



**Berlin – Hauptstadt  
der DDR 1949–1989  
Utopie und Realität**

**Berlin als Hauptstadt des «Ersten  
Arbeiter- und Bauernstaates auf  
deutschem Boden» — Ort der  
Hoffnung auf eine bessere deutsche  
Zukunft und Zentrale der Unter-  
drückung und Machtentfaltung in  
einem. Annäherungen an ein  
brisantes Thema.**

**ISBN 3-89151-302-x**

*Fortsetzung von vorderer Klappe*

**Die DDR – und beispielhaft Ostberlin – war nicht einfach nur das negative Gegenbild zu Freiheit und Wohlstand. Stadt und Staat übten vielmehr wegen ihres Bruchs mit der Vergangenheit und der Berufung auf antifaschistische Traditionen einen großen Einfluß auf viele Intellektuelle aus, besonders auf die Emigranten, die die Nazizeit im Exil überlebt hatten. Doch die Geschichte der DDR wurde nicht zu Geschichte der Stärkung der sozialistischen Utopie. So zeichnen die Essays dieses Bandes eine Entwicklung nach, die mit dem Niedergang des «ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden» enden mußte: die Phasen der Auflösung sozialistischer Vorstellungen im realsozialistischen Alltag, den immer deutlicher werdenden Alleinanspruch der Partei auf Wahrheit und Führung sowie die Entwicklung der SED-Herrschaft zu einem Mittel der Unterdrückung und Machtentfaltung. Die Autorinnen und Autoren setzen sich in ihren Beiträgen**

**mit den vielfältigen Facetten des Spannungsverhältnisses von Utopie und Agonie auseinander, das sich im Laufe von vierzig Jahren in Ostberlin beispielhaft niederschlug.**

**Der Herausgeber:**

**Bernd Wilczek, geboren 1959, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt a.M.**

*Fortsetzung auf hinterer Klappe*

# **BERLIN – HAUPTSTADT DER DDR**

**1949-1989**

## **UTOPIE UND REALITÄT**

Herausgegeben von Bernd Wilczek  
unter Mitarbeit von Peter Knopp  
und Vincent von Wroblewsky

© by Rio Verlag und Medienagentur AG, Zürich und  
Elster Verlag GmbH u. Co. KG, Baden-Baden, 1995

Satz: Minion 10/12, Rio Verlag, Zürich  
Druck und Bindung: OAN Offizin Andersen Nexö, Leipzig  
ISBN: 3-89151-302-x

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader 16

## INHALT

Vorwort.....	7
Vincent von Wroblewsky: Aus meinem Berliner Bilderbogen.....	10
Simone Hain: Zwischen sowjetischer Europapolitik und linkem Nationalismus. Ein Versuch, sich der Stalinallee zu nähern.....	33
Holger Kuhle: Auferstanden aus Ruinen: Der Alexanderplatz .....	52
Peter Knopp: «Ist ein Traum, kann nicht wirklich sein ...».....	73
Dorothea Dornhof: Der Traum von einer Gelehrtenrepublik. Die Anziehungskraft Berlins auf Emigranten und Intellektuelle .....	94
Anne Worst: Heisses Herz – Kühler Verstand? Ein Leben im Dienste der Stasi.....	113
Friedrich Tomberg: Das Faszinosum Ostberlin. Impressionen und Reflexionen eines westdeutschen Vorachtundsechzigers .....	136
Armin Mitter: Das Nilpferd und die Mauer .....	159
Horst Domdey: Der Anfang vom Ende. 1976, Wolf Biermanns Ausbürgerung .....	175
Klaus Michael: Prenzlauer Berg. Streifzüge durch eine Kulturlandschaft	192
Martin-Michael Passauer: Schutzraum für die Opposition? Die Rolle der Kirche in der DDR (Gespräch mit Bernd Wilczek)	216
Peter Wicke: «Der King vom Prenzlauer Berg». Vom Mythos des Rock in einer sozialistischen Metropole.....	236
Clément de Wroblewsky: Die Hauptstadt Berlin. Ein Witz.....	247

Anmerkungen .....	265
Zu den Autoren.....	275
Chronologie .....	279
Personenindex.....	295
Bildnachweis .....	300

BERND WILCZEK

## VORWORT

Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 markiert symbolisch den Beginn einer neuen Ära deutscher Geschichte, und mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 wurde dieser Tatbestand rechtlich festgeschrieben.

Die sinnfälligste Verkörperung der Bruchlinie zwischen «Altem» und «Neuem» ist Berlin. Die Mauer mitten durch die Stadt war eine nie verheilende Wunde. Beständig führte sie die eigene Vergangenheit augenfällig und schmerzhaft ins Bewusstsein. Ein in Betonplatten gefasster und mittels Minenfeldern, Selbstschussanlagen sowie mit Schiessbefehl versehenen Wächtern gesicherter Verweis darauf, dass Berlin als der Ort dichtester Konfrontation zweier Gesellschaftssysteme mit entgegengesetzten kulturellen, politischen, sozialen und ökonomischen Vorstellungen anzusehen ist.

Seit dem 3. Oktober 1990 besitzt dieser Tatbestand de jure keine Gültigkeit mehr. Allerdings gibt es unzählige Hinweise darauf, dass trotz der endgültigen staatlichen Vereinigung sehr viel grössere Schwierigkeiten beim Zusammenwachsen dessen, «was zusammengehört», zutage traten, als von den meisten erwartet oder prognostiziert. Darüber hinaus ist nicht auszuschliessen, dass mit dem Abraum der Mauer auch gleich grosse Teile der Geschichte mit entsorgt werden. Und diese Geschichtsentsorgung treibt oftmals die merkwürdigsten Blüten. Eine der harmloseren Sorte dürfte beispielsweise der «Schilderstreit» sein. Gemeinsam mit den Namenszügen aus der Ahnengalerie der staatlich verordneten Ideologie verschwinden auch solche von unumstritten kritischen und unabhängigen Geistern, die die DDR für sich vereinnahmte. An ihre Stelle treten nicht selten solche von Persönlichkeiten, die zu allem anderen als zu Vorbildern für ein demokratisches Gemeinwesen taugen. Eine allerdings weniger harmlose Blüte ist die der Diskussion über die Schliessung der Stasi-Akten. Daneben ist das Aufkeimen einer DDR-Nostalgie zu beobachten, mit der sich sicherlich teilweise die jüngsten, bei vielen Irritation und Unverständnis hervorruhenden Wahlerfolge der SED-Nachfolgepartei PDS erklären lassen. Es keimten sogar sehr konkrete Pläne zur Errichtung eines DDR-Nostalgie-Parks

mit echtem Stacheldraht, echten Uniformen usw. Die Aufzählung der Indizien, die auf eine breit angelegte Überwältigung der Geschichte hindeuten, liesse sich beliebig fortsetzen.

Die zeitgeschichtliche Erforschung der DDR-Gesellschaft mag den Historikern und Enquete-Kommissionen vorbehalten bleiben, die dort geleistete Arbeit entbindet aber nicht von der Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit dem Teil unserer eigenen Geschichte, der erst jetzt tatsächlich auch als ein solcher zu erforschen und erfahrbar zu machen ist. Will man nicht den verschiedenen Mystifizierungen unterliegen, die eines Tages die Geister wieder erwecken werden, die man zu vertreiben suchte, so tut nicht nur die neutrale Erforschung, sondern auch und gerade die von jedem Einzelnen zu leistende Auseinandersetzung mit dem Gewesenen zum Verständnis des Gegenwärtigen Not. Vorschnelles Übergehen zur Tagesordnung inklusive der damit verbundenen Gefahr der Tilgung von vierzig Jahren Geschichte verbaut den Zugang zum Verständnis sowohl dieser Geschichte als auch des Status quo.

Zu welchem Zeitpunkt, wenn nicht jetzt, ist der Entsorgung einer vierzigjährigen Geschichte etwas entgegenzusetzen, in der der jeweils andere Staat als Projektionsfläche der eigenen, stets problematischen Identität diente?

Es wäre sicherlich falsch, Berlin (Ost) mit der DDR gleichzusetzen. Trotzdem eignet sich gerade diese Stadt, die demonstrativ als Hauptstadt der verschwundenen DDR bezeichnet wurde, um einige beispielhafte Schnitte durchzuführen, mit deren Hilfe ein Einblick in die verschiedenen Facetten und Widersprüche der Realität dieses Staates möglich wird.

So befremdlich und unpassend es auf den ersten Blick erscheinen mag, die DDR – und paradigmatisch Berlin – war nicht von jeher und erst recht nicht einfach nur das Gegenbild zu Freiheit und Wohlstand. Vielmehr übte diese Stadt nicht zuletzt dank dem vorgeblich konsequenten Bruch mit der Vergangenheit und der Berufung auf die Tradition des Antifaschismus eine nicht zu unterschätzende Anziehungskraft auf rückkehrende Emigranten und Intellektuelle aus, die mit der Errichtung des ersten «Arbeiter- und Bauernstaats» auf deutschem Boden aufrichtige Hoffnungen verbanden und an diesem Aufbauwerk partizipieren wollten.

Die Risse in dieser «Utopie», der immer deutlicher werdende Alleinanspruch einer Partei auf Wahrheit und Führung sowie die Erstarrung dieser sozialistischen Utopie zum reinen Ideologem im «real existierenden Sozialismus», die spätestens mit der Ausbürgerung von Wolf Biermann ihren endgültigen Ausdruck fand, sollen in diesem Band nachgezeichnet und verständlich gemacht werden. Genauso grosser Wert wurde gelegt auf die Darstellung des sehr

komplexen Spannungsverhältnisses zwischen dem staatlich verordneten Konsens und den Instrumenten seiner Durchsetzung sowie der damit verbundenen Abwesenheit einer rasonierenden «Öffentlichkeit» einerseits und den sukzessiven, aber auch immer schon ambivalenten, da kontrollierten Versuchen zur Konstituierung einer «Gegen-Öffentlichkeit» andererseits.

Konkrete Örtlichkeiten – zum Beispiel der Alexanderplatz, die Stalinallee/Karl-Marx-Allee oder der Prenzlauer Berg – und die mit ihnen verbundenen Ereignisse und Segmente der DDR-Realität bilden den Ausgangspunkt für die Suche nach einer Antwort auf die Frage, in welchem Masse und auf welche Weise versucht wurde, Ansätze für eine Verwirklichung einer «klassenlosen Gesellschaft» umzusetzen oder inwiefern sämtliche Lebensbereiche mit den herrschenden Ideologemen durchsetzt und entsprechend kontrolliert wurden. Jedenfalls verweist der zunehmende Legitimations- und Repräsentationsbedarf der Partei direkt auf das Problem des sich darin widerspiegelnden Phänomens des tatsächlichen Verlusts ihrer Bindungskraft, mit anderen Worten: des Verlusts der Hegemonie in der «Zivilgesellschaft».

Die Autoren dieses Bandes setzen sich in ihren Beiträgen durchaus auch mal betont, mal unterschwellig-subjektiv mit den vielfältigen Facetten und Schattierungen des Spannungsverhältnisses zwischen Utopie und Agonie auseinander, das sich im Laufe von vierzig Jahren Geschichte in Berlin beispielhaft niederschlug. Wenn sie dabei zu unterschiedlichen Ergebnissen gelangen, so liegt dies im Interesse dieses Bandes. Gemeinsam jedenfalls ist sämtlichen hier versammelten Aufsätzen das Ziel, die inneren Ursachen und die Entwicklung hin zu dem von vielen gefeierten, von einigen wenigen bedauerten Zerfall der DDR-Gesellschaft nachvollziehbar zu machen und damit Kriterien für die Überprüfung und Beurteilung unserer Gegenwart an die Hand zu geben.

Besonderen Dank beim Zustandekommen dieses Bandes schulde ich Peter Knopp und Vincent von Wroblewsky.

VINCENT VON WROBLEWSKY

## Aus MEINEM BERLINER BILDERBOGEN

«Ich bin ein Berliner» – für viele ist dieser Satz mit dem Präsidenten John F. Kennedy verbunden: ein politisches Bekenntnis, abgegeben 1963 vor oder hinter dem Brandenburger Tor, je nachdem, von wo aus man es betrachtet. Am 12. Juli 1994 stand wieder ein amerikanischer Präsident am Brandenburger Tor, diesmal im «Osten» Berlins, im Rücken das nun offene Tor und Westberlin, an seiner Seite der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland – weder 1963 noch 1973 oder 1983 als realistische Zukunftsvision denkbar. Die Wiederholung des Kennedy-Satzes durch Bill Clinton wäre eine Absurdität gewesen, etwa wie die Forderung «Macht das Tor auf», die heute nur verstanden werden könnte als Forderung von Autofahrern, wie Busse und Taxen geradewegs hindurchfahren zu können.

Wenn schon so einfache Sätze ihren jeweiligen Sinn nur erhalten durch viele andere, die ihren Kontext markieren, wie soll dann Aufstieg und Fall des «ersten Staates der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden», der immerhin vier Jahrzehnte, fast soviel wie das von Bismark gegründete Deutsche Reich, mehr als Weimarer Republik und sogenanntes Dritte Reich zusammengenommen, durchhielt, auf wenigen Seiten Platz finden, wenn auch nur im Focus seiner Hauptstadt, «die Hauptstadt» tout court, und subjektiv zumal? Der Zufall wird mitblättern, auslesen müssen ...

Bin ich ein Berliner? Wenn es, ganz gewöhnlich, danach geht, wo man die längste Zeit seines Lebens verbracht hat, brauche ich nicht zu zögern: über fast vereinhalf Jahrzehnte erstrecken sich Erinnerungen, die mit dieser Stadt verbunden sind. Mit dieser Stadt? Nein, wohl doch nur mit einem Teil von ihr – kaum hatte ich begonnen, den westlichen Teil intensiver einzubeziehen, verschwand er hinter einer Mauer, gründlich und langanhaltend...

Wer den Wandkalender des Jahres 1951 auf grünlich bedrucktem, schlechtem Papier erworben hatte, sollte einen Monat lang das Bild betrachten können: eine Gruppe von fünf oder sechs Kindern vor dem Bärenzwinger in der Wallstrasse, Berlin-Mitte. Berlin gleich mehrfach: das Wappentier, von dem die Stadt ihren Namen herleitet, im Zentrum, dort, wo der Strassenname auf die alte Stadtmauer hinweist, vor dem gebändigten Meister Petz, der zugleich auch

für die vielberufene Tierliebe der Berliner stehen kann, die typischen kessen Berliner Jören, bezopfte Mädchen, Jungs in auf Zuwachs gekauften kurzen Hosen, rutschenden Socken ...

Wer genauer hinschaute, bemerkte vielleicht, dass zwei der Knaben etwas besser gekleidet, auch besser genährt waren. Was man jedoch nicht sehen konnte: der Sechs- und der Zehnjährige, Brüder, sprachen kein Deutsch, sie hatten nicht recht verstanden, was der Fotograf von ihnen wollte, waren dem Beispiel ihrer neuen Spielgefährten gefolgt und hatten eine lockere Gruppe gebildet. Vor zwei, drei Wochen waren sie hier gelandet, und es waren nicht nur der Fotograf und die Kinder, die sie nicht verstanden. Warum dieser plötzliche Wechsel? Warum sollten echte Pariser Jungs aus dem Zwanzigsten Arrondissement nun zu Berliner Jören mutieren? Später, als sie die neue Sprache längst nicht schlechter als ihre Altersgenossen beherrschten und das Französische verblasste, erfuhren sie ausgiebig, wie sinn geladen, ja überladen ihr ihnen zunächst unsinnig scheinender Neubeginn mit dem Anspruch auf Neubeginn eines ganzen Teillandes zu tun hatte.

In der Wallstrasse befand sich das SED-Gästehaus. Kein luxuriöses Hotel, ein halbe Ruine mit einigen Zimmern, um zurückkehrende Emigranten solange zu beherbergen, bis eine Wohnung für sie gefunden war. Kaum hatten wir uns in dem einen Raum, der meiner Mutter, meinem Bruder und mir als Wohn- und Schlafzimmer zur Verfügung stand, ein wenig eingelebt, als ich eines Morgens von der aufgeregten Stimme meiner Mutter geweckt wurde. Sie hatte nach dem Wecker geschaut – er war verschwunden. Sie suchte ihre Uhr – diese war ebensowenig da. Bald war kein Zweifel möglich: alles, was in diesem Mai 1950 im Demokratischen Sektor von Gross-Berlin begehrenswert war, war verschwunden – Füllfederhalter, die wenigen Devisen ... Also ein gewöhnlicher Dieb, der die günstigen Aufstiegsmöglichkeiten der angrenzenden Ruine genutzt hatte?

Gegen den gewöhnlichen Dieb sprach nicht nur die Geschicklichkeit, aus einem Raum, in dem drei Personen schlafen, unbemerkt aus Taschen und Fächern das Richtige und nur das auszuwählen – was will ein gewöhnlicher Dieb mit Pässen, Mitgliedsausweisen und ähnlichen Papieren? Gab es wenige hundert Meter weiter, jenseits des Demokratischen Sektors, geheime Interessenten, die wissen wollten, wer woher eintrifft, und die auch Verwendung für die diversen «Dokumente» hatten? Natürlich sollten wir auf diese Fragen niemals eine Antwort bekommen, sie waren jedoch geeignet, mit der schon entfalteten Atmosphäre des Kalten Krieges, der Frontstadt, der sich belauernden Geheimdienste, der Wachsamkeit und der Verdächtigungen vertraut zu machen. Eine Wachsamkeit, die im Falle des Gästehauses allerdings entgegen der kommu-

nistischen Tradition des «Kaderschutzes» vergessen worden war. Das Gästehaus der Wallstrasse war vermutlich Rückkehrern unserer Kategorie vorbehalten: ohne Bedeutung für den Apparat, und dann noch aus dem Westen kommend. Meine Mutter, die mit viel Naivität und gutem Willen gekommen war, vor allem in dem Glauben, in einem antifaschistischen Deutschland hätten ihre Söhne anders als in Frankreich, wo sie trotz siebzehnjähriger Emigration eine Fremde geblieben war, eine glückliche Zukunft, erzählte mir erst später, stückchenweise, welch Empfang ihr bereitet worden war, und dass sie, hätte sie nicht alle Brücken hinter sich abgerissen – die Wohnung in Paris aufgegeben, den Umzug (auf 800 kg beschränkt) nur mit Hilfe von Hilfsorganisationen bestritten, und auch ohne den Einbruch so gut wie mittellos –, sofort umgekehrt wäre (oft habe ich mich gefragt, wie mein Leben dann verlaufen wäre). Von den Funktionären im Zentralkomitee jener Partei, der sie seit 1931 angehörte, bekam sie Vorwürfe zu hören: «Jetzt erst kommst du, wo es uns gutgeht!» Also war damals schon die Täuschung in autosuggestiver Absicht eine beliebte Übung. Und auch an Drohungen fehlte es nicht: «Glaube ja nicht, dass du je im ZK arbeiten wirst» – als wäre das Traum und Ehrgeiz dieser bescheidenen Frau gewesen, der nichts ferner lag, als führende Rollen zu spielen. Nach dem qualvollen Tod ihres Mannes, meines Vaters, im Oktober 1944 – er war gerade vierzig Jahre alt geworden, unter den Bedingungen des Widerstandskampfes war er schwer erkrankt und ohne die nötige ärztliche Pflege schaffte er es trotz eines ein Jahr lang währenden Kampfes nicht mehr, das ersehnte Ende des Nazismus zu erleben –, war meine Mutter damit ausgefüllt, mit ihren beiden Söhnen zu überleben, aus dem Dorf Moutier-Rozeille im Département Creuse nach Paris zurückzukehren ... So ahnte sie nichts vom Nachkriegsstalinismus, von den Verdächtigungen gegen Westemigranten, Juden, ehemalige Spanienkämpfer (je mehr man von diesen Eigenschaften in sich vereinte, desto schlimmer war der Fall), von der Ausschaltung dieser Infizierten durch die aus sowjetischer Emigration nach Deutschland Zurückgekommenen, allen voran die «Gruppe Ulbricht» ... Sie glaubte an die Utopie vom besseren Deutschland, wo freie, freundliche, tolerante, solidarische Menschen miteinander sich ein besseres Leben schaffen würden, statt gegeneinander zu konkurrieren und um den grösseren Anteil zu kämpfen, mit dem Hochmut einer Herrenrasse, der alles auf Kosten anderer zusteht. Zwar sah sie viel, das dieser Utopie widersprach, doch versuchte sie noch lange, es auf Reste der Vergangenheit, Einflüsse des bösen Nachbarn, zufällige Dummheit der führenden Köpfe zurückzuführen. Und sicher hatte sie damit nicht unrecht, den Nazis (doch wie viele waren ihnen mehr oder weniger bereitwillig, wenn nicht begeistert gefolgt) die Hauptschuld dafür

zu geben, dass sie dieses Berlin, in dem sie zu Beginn des Jahrhunderts geboren worden war, das sie als junge Frau 1933 verlassen hatte, nun 1950 verstümmelt und entstellt (Häuser wie Menschen, äusserlich und innerlich) wiederfand. Wie wenig ist die Tragödie vieler Emigranten bekannt, die aus der Fremde zurückkehrend ihre Heimat nicht wiedererkannten, in der einst vertrauten Umgebung nun fremder denn je waren. Meine Mutter beklagte nicht nur den Verlust des einstigen Glanzes von Berlin-Mitte, geprägt durch seine zum grossen Teil jüdischen Zeitungsredaktionen, Verlags-, Kauf- und Modehäuser, seine eleganten Cafés und Boutiquen. Der Ullstein-Verlag, aus dem sie 1933 mit besten Zeugnissen entlassen worden war, gehörte zu diesem Milieu, mit ihm verbanden sich Erinnerungen an Jugend und Zukunft. Schlimmer als diese verlorene Zukunft war die immer wieder sich aufdrängende Frage – in der S-Bahn, in einem Warteraum, überall dort, wo man plötzlich gezwungenerweise einem Fremden gegenüber sitzt, steht, der alt genug war, um in Frage zu kommen: «Was hat er vor 1945 getan? War er vielleicht an der Ermordung meiner Mutter, meiner Brüder beteiligt? Organisierte er Osttransporte, war er vielleicht gar einer der Henker in den Vernichtungslagern? Was für eine Uniform trug er noch vor fünf Jahren?» Meine Mutter brauchte diese Fragen nicht auszusprechen, es war nicht schwer, ihre Gedanken zu erraten, ihre Fragen waren bald auch meine Fragen. Und bei allen Argumenten, Beweggründen, Überzeugungen, eine ganz und gar befriedigende Antwort auf die zwangsläufig diesen Fragen folgende Frage: «Warum in dieses Land zurückkehren, bleiben» habe ich nicht gefunden – keine andere als mir nahe Menschen, mit denen mich Freundschaft, manchmal auch Liebe verband und dank derer ich die endgültige Antwort hinausschieben kann. Mehr als die Dauer eines Aufenthaltes an einem gegebenen Ort sind vielleicht sie und die mit ihnen verbundenen Erinnerungen letztlich mit der Behauptung «Ich bin ein Berliner» gemeint.

Eine erste Wohnung, bescheidene zwei Zimmer, Küche und Bad, vermutlich in der Nazizeit für unsere Beamten gebaut, erhielten wir nach einigen Wochen in der Köpenicker Landstrasse in Baumschulenweg. Der Treptower Park war nicht weit, dahinter die Spree. Diesen Park erlebte ich später öfter, unter verschiedenen Umständen. Da waren die offiziellen, die jährlichen Kranzniederlegungen zur Erinnerung an die Zehntausende von Sowjetsoldaten, gefallen im Kampf um die Befreiung von Berlin, verewigt in dieser imposanten Anlage, in deren Weite sich der sozialrealistische Kitsch verlor und auch angesichts des Symbolisierten nebensächlich wurde. Doch es verbinden sich auch weniger offizielle Erinnerungen mit diesem schönen Treptower Park, der nur zu einem Teil Gedenkstätte ist.

Es war in einer lauen Sommernacht, doch jetzt springe ich gut ein Jahrzehnt voraus, da wohnte ich bereits zum zweiten Mal in Baumschulenweg, war Anfang zwanzig, frisch verheiratet, auch die Mauer stand schon seit kurzer Zeit, einige Freunde und ich waren in ausgelassener Stimmung im Café Ulla, als wir nach dessen Schliessung um Mitternacht in den Park zogen. Beim Schwanenteich angekommen, hatten wir alle Mühe, Detlef B., der als freischaffender Künstler lebte, und überhaupt in allem etwas exzessiv war, davon abzuhalten, einen Schwan mit einem Luftgewehr zu erlegen, um ihn dann am Spiess gebraten zu verspeisen. Wir waren schliesslich froh, unseren Künstler, der bei seinem Trunkenheitsgrad zum Glück nicht traf und schliesslich ins Wasser fiel, aus dem Teich zu fischen und nach Hause zu schaffen, ohne das Aufsehen der Staatsmacht zu erregen. Wer konnte auch ahnen, dass die Aufpasser unter uns waren – bis auf diese selbst? Doch das erfuhr ich erst viel später ... Zurück zur Chronologie, wenigstens ein wenig.

Seltsamerweise blieben wir bei allen Umzügen immer in der südlichen Hälfte (des Ostens) von Berlin, was bei der Ausdehnung der Stadt noch unübersichtlich genug ist. Und wären nicht – anderer Zufall – die meisten meiner Freundinnen aus der nördlichen Hälfte gewesen, würde ich diese noch schlechter kennen als ohnehin. Nach Baumschulenweg kam Lichtenberg, die Marie-Curie-Allee, und auch eine kurze schöne Zeit in Kleinmachnow bei Berlin. Was für ein Kontrast zwischen dem dichtbesiedelten Arbeiterviertel Lichtenberg, das sich in meiner Erinnerung mit den Bandenkriegen zwischen verschiedenen Strassengängen verbindet, und der Idylle hinter Potsdam mit Spaziergängen im Grunewald, am Wannsee ... Meine Mutter hatte eine Freundin aus der Zeit vor 1933, die ebenfalls emigrieren musste, wiedergetroffen, sie zogen zusammen, so gehörte Traute F. für mehrere Jahre zur Familie. Dass wir in Kleinmachnow ein Haus mit Garten bewohnten, war ihre Initiative, ohne ihre Ansprüche hätte ich keine Erinnerungen an über das Fensterbrett meines Mansardenzimmers (mein erstes eigenes Zimmer) huschende Eichhörnchen ... Die Idylle währte nicht lange, während meine Mutter in der Stadtbibliothek von Kleinmachnow eine bescheidene Anstellung gefunden hatte, arbeitete Traute F. in Berlin, in der Internationalen Abteilung des Bundesvorstandes des FDGB. Der Kalte Krieg hatte sich inzwischen weiter verschärft, und so wichtigen Funktionären war es nicht mehr gestattet, mit der S-Bahn durch Westberlin nach Ostberlin zu fahren. Und selbst die nach 1961 allgemein gewordene mühselige (alternativlose) Möglichkeit, Westberlin im Süden über Schönefeld zu umfahren, um vom südwestlichen Kleinmachnow, Potsdam ... in das Ostberliner Zentrum zu ge-

langen, bestand damals noch nicht. So war ein Umzug unvermeidlich geworden, und schliesslich tauschten wir das Haus in Kleinmachnow gegen eine stattliche Bürgerwohnung in Karlshorst – mit vier Zimmern, einer Mädchenkammer, Badezimmer und separater Toilette, zwei Balkons.

Anders als in Treptow war in Karlshorst die russische Präsenz nicht auf Monumentales und Offizielles beschränkt. Hier hatte am 8. Mai 1945 Keitel als Nachfolger Hitlers die bedingungslose Kapitulation unterzeichnet, und die Russen erwählten dieses Viertel, jedenfalls den schönsten Teil, um ihren Generalstab unterzubringen. Dieses eingezäunte, uns nicht zugängliche Gebiet begann gleich hinter dem Bahnhof mit dem Haus der Offiziere, mit einem eigenen Kino und Theater, Kaufhaus und Läden. Vor allem aber waren es viele schöne Villen mit weiträumigen Gärten, die sich in dem Winkel zwischen Treskowallee (später Hermann-Duncker-Strasse) und der S-Bahn in Richtung Wuhlheide erstreckten, in denen die höheren Offiziere mit ihren Familien wohnten. Im Unterschied zu den niederen Chargen, die nur als geführte Gruppen im Stadtbild vorhanden waren, gehörten in Karlshorst die schon an den elegant geschnittenen, engtailligen Uniformen erkennbaren höheren Dienstgrade sowie deren meist füllige Gattinnen und propere Kinder zur täglichen Begegnung, obwohl sie genauso isoliert lebten und jeden privaten Kontakt mit der deutschen Bevölkerung mieden.

Einmal ergab sich die Gelegenheit, die sonst übliche Distanz zu überwinden und mit einfachen Soldaten ins Gespräch zu kommen – soweit unsere bescheidenen Russischkenntnisse (immerhin lernten wir alle von der fünften Klasse an Russisch, also mit dem zehnten Lebensjahr beginnend) und deren noch bescheidenere bzw. nicht vorhandenen Deutschkenntnisse es erlaubten. Doch das Sprechen war das wenigste: wir kosteten von ihrem Brot und ihrer Wurst, krochen in ihre Panzer, liessen uns Geschütze und Maschinengewehre vorführen, schauten unter ihre Zelte, sahen, wie Tarnnetze gespannt wurden ... Was kann es für halbwüchsige pubertierende Knaben Aufregenderes geben? Die Geschichte hatte uns diese Gunst erwiesen, auch wenn es sicher ihre letzte Absicht war, uns in dieser Weise zu gefallen. Doch wer kennt schon die Absichten der Geschichte?

Ich hatte also in der Nacht – in der Nacht von 16. zum 17. Juni 1953 – nicht geträumt, als ich Panzer rollen hörte, die ganze Nacht durch. Am Morgen war es offensichtlich. Die Waldstücke, die an unsere Strassen grenzten, gegenüber der Trabrennbahn, an meinem Schulweg die Ehrlichstrasse hinunter, hatten sich in ein riesiges Militärlager verwandelt. In der Schule hörten wir dann, der Aus-

nahmezustand sei ausgerufen worden, es sei verboten, Ansammlungen von mehr als drei Personen zu bilden. Ängstlich schauten wir uns um, wenn wir während der Pause oder nach der Schule plötzlich zu viert oder fünft zusammenstanden. Vom Streik der Bauarbeiter gegen die Normerhöhungen in der Stalinallee hörten wir, von Kundgebungen in der Stadt, Aufläufen, Kämpfen, aufgefahrenen Panzern, auch von westlich gesteuerter Konterrevolution. Ich kam aufgeregt nach Hause, fragte meine Mutter, ob sie nicht auch, wie viele andere, Brot, Zucker, Mehl, Nudeln und ähnliche Dinge in möglichst grossen Mengen kaufen wolle. Sie war sehr gelassen, beruhigte mich, sagte, es sei keine längere Krise oder gar ein Krieg zu erwarten, wie die Panikkäufer offensichtlich glaubten, gestützt auf ihre nicht so fern zurückliegende Erfahrung, wenn Panzer rollen, ist Hunger angesagt. Heldenhafter Aufstand oder Konterrevolution? Das lässt sich heute, wo Archive zugänglich sind wie sonst selten in der Geschichte, gewiss besser entscheiden. Sicher hatten die Arbeiter, und nicht nur sie, gute Gründe, sich gegen das Regime zu empören. Wollten sie es stürzen oder zu Reformen zwingen? Wer wollte was? Und gab es in dieser Situation des Kalten Krieges keine westliche Einmischung, spielten die westlichen Medien keine Rolle? Hat der 17. Juni 1953 – schlechte List der Geschichte – Ulbrichts Herrschaft gerettet (Berija, nach Stalin der einflussreichste Mann auf russischer Seite, soll zu einem Rückzug aus der DDR gegen entsprechende westliche Konzessionen bereit gewesen sein, nach dem Aufstand konnte er es nicht mehr)? Das sind Fragen, die die Zeithistoriker heute noch, wieder interessieren. Für mich als Dreizehnjährigen gab es nicht nur den abenteuerlichen Aspekt, in Panzer kriechen zu können – ein Detail belegte auch die Erklärungssplitter, die ich über Konterrevolution und Klassenkampf zu hören bekam: ich erlebte, wie in meiner Klasse der Sohn des Bäckers und der Sohn des Fleischers sich darüber austauschten, wie ihre Väter untereinander die HO-Läden, das heisst die staatlichen Geschäfte der «Handelsorganisation», im Rahmen der nach dem siegreichen Aufstand fälligen Privatisierung des sozialistischen Eigentums aufzuteilen gedachten. Vielleicht haben sie – oder inzwischen ihre Söhne – jetzt etwas bekommen?

Die nächste «Krise» des Sozialismus erlebte ich nicht als unmittelbarer Zeuge, dennoch intensiver und bewusster. Dabei hatte ich es inzwischen weit gebracht: beim Absender schrieb ich unter meinem Namen schlicht «Wiesenburg/Mark – Schloss». Kaum als neuer Schüler in der Internatsschule Wiesenburg, die ihr feudales Äusseres durch umso heftigeren sozialistischen Inhalt kompensieren wollte, eingetroffen, hatte ich es schon zu ungewolltem Bekanntheitsgrad gebracht. Zunächst war in dieser Umgebung der adlige Name an der

Tür meines Gemeinschaftszimmers aufgefallen, doch mehr noch erwarb ich mir teils Anerkennung, teils Spott dadurch, dass ich mir Eimer, Bürste und Reinigungslauge aus der Küche holte und die zur Parkseite aufgestellte marmorne Renaissanceschöne von den sie verunstaltenden Sprüchen zu reinigen versuchte. Bald sollte ich erkennen, dass der angebliche neue sozialistische Geist in den alten Gemäuern eher durch alte preussische Tugenden wie Ordnung, Sauberkeit, Disziplin, Gehorsam geprägt war denn durch Schönheit, Kreativität, Grosszügigkeit, Gleichberechtigung, Lust ... Auch die Formen waren danach: die Woche begann und endete mit einem Fahnenappell auf dem Innenhof, neben dem Renaissancebrunnen ragte die Fahnenstange empor, und auch andere militärische Bräuche und Übungen standen bei den tonangebenden «Erziehern» hoch im Kurs. Regelmässig wurden wir nachts durch «Alarme» aus dem Schlaf gerissen, unter verschiedenen Vorwänden, zum Beispiel um in den umliegenden Wäldern von westlichen Propagandaballons abgeworfene Flugblätter aufzusammeln. Überhaupt gab uns der «Klassenfeind» viel zu sammeln; auch die Kartoffelkäfer, speziell zu diesem Zweck vom US-Imperialismus und seinen Agenten gezüchtet und ausgesetzt, mussten eingesammelt werden, um die sozialistische Ernte zu retten. Und waren die Kartoffeln dank dieser Rettungsaktionen dann endlich ausgereift, war auch ihre Ernte nicht ohne uns Schüler zu bewerkstelligen.

Das scheint mit Berlin wenig zu tun zu haben, Berlin war jedoch allgegenwärtig, nicht wegen der kurzen Entfernung – 89 km sagte der Fahrplan aus, doch dafür benötigten die Züge dreieinhalb Stunden –, sondern aus anderen Gründen. Hier in Wiesenburg, in dem Zimmer, das ich mit sieben Mitschülern zu teilen hatte, wurde mir erstmals deutlich bewusst, welche Stellung Berlin in dem Land einnahm, dessen Hauptstadt es sich nannte, wie von aussen in einer Mischung von Neid (die berühmten Hauptstadtprivilegien bestanden damals mehr darin, in Westberlin über ein Angebot verfügen zu können, das sonst in der DDR unbekannt war) und Ressentiments, wenn nicht Hass auf diese Stadt geschaut wurde. Nicht selten verwandelten sich die Argumente in handfeste Überzeugungsversuche ... Dieser alberne «Konflikt», der einen glauben lassen könnte, eine eigene «Identität» oder Selbstdefinition sei ohne einen Gegensatz, einen Gegner nicht zu haben, der andere, in dem man sich sieht, müsse als Feind oder mindestens als Konkurrent wahrgenommen werden, überlagerte sogar soziale bzw. Standesunterschiede, die besonders durch die Berliner Gruppe hindurchgingen. Da waren auf der einen Seite Kinder aus dem Waisenheim «Königsheide». Diejenigen, die in diesem Heim die Voraussetzungen für den Besuch der Oberschule erfüllten, kamen nach Wiesenburg. Andere waren in ganz

anderer Weise elternlos: ihre Eltern vertraten die DDR als Diplomaten oder in anderer Mission in Ländern, in die sie ihre Kinder nicht mitnehmen durften, konnten, wollten ... oder waren höhere Funktionäre, die so unentbehrlich und hoch beansprucht waren, dass sie für ihre Kinder keine Zeit hatten (es haben vermutlich mehr Funktionäre in den Apparaten der Partei und des Staates mehr oder weniger guten Glaubens ihre Kinder für die «gute Sache des Sozialismus» geopfert, als man sich gemeinhin vorstellt).

Zwischen den echten und den zeitbedingten Waisenkindern gab es auch Halbwaive wie mich oder auch «Normale», deren Eltern mangels besseren Wissens oder aus anderen Gründen an die Tugenden kollektiver Erziehung glaubten. Diese hatten häufig den Vorteil, regelmässig nach Hause fahren zu können. Etwa alle drei Wochen lief ich die vier Kilometer durch den französischen, dann den englischen Teil des Parkes und den anschliessenden Wald zum Bahnhof Wiesenburg, um an Potsdam vorbei durch Westberlin nach Berlin (bis heute wundere ich mich, dass die Westberliner sich umgekehrt definieren: für sie gab es Berlin und Ostberlin) zu fahren. Im ersten Teil des damals für jeden Schüler obligatorischen Filmepos «Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse» entdeckte ich die Züge, mit denen ich zwischen Wiesenburg und Berlin hin- und herfuhr. Sie brachten 1914 Soldaten zur Front. Ich war über diesen Anachronismus im Film empört (es gab schlimmere) und prüfte bei nächster Gelegenheit den Waggon, bevor ich einstieg – tatsächlich entdeckte ich das Herstellungsdatum: 1913! Was beweist, dass Zweifel lehrreich sein kann.

Eine andere Dimension bekam der Zweifel 1956, während meines zweiten und letzten Wiesener Jahres. Wieder rollten Panzer, diesmal in Budapest. Ich erinnere mich an eine heftige Auseinandersetzung mit Kurt P. Er war mit Abstand der Klassenbeste, ein sehr gewissenhafter, fleissiger und auch intelligenter Schüler. Er gehörte zu unserer Karlshorster Gruppe, durch fünf Schüler vertreten. Nach dem Abitur studierte er theoretische Physik, später trafen wir uns zwei-, dreimal Unter den Linden vor der Humboldt-Universität, wo er inzwischen lehrte. Dann hörte ich eines Tages, er habe Selbstmord begangen – nicht mehr ... Damals, in unserem Vier-Mann-Zimmer (ein gewaltiger Fortschritt gegenüber den acht Insassen während des ersten Jahres) stritten wir bis tief in die Nacht. Er lag mir gegenüber, oben im anderen Doppelbett, dazwischen war gerade Platz für einen Tisch und vier Stühle. Es war nicht leicht, unsere Erregung zu zähmen, mussten wir doch flüstern, um die anderen nicht zu wecken. Ich erinnere mich nicht an Details, nur an seine Hauptthese: es gibt Situationen, in denen man das Volk auch zu seinem Glück zwingen muss. Eine knappere, einfachere Zusammenfassung der grundlegenden Selbstlüge, mit der

die «führenden Repräsentanten der Arbeiter- und Bauern-Macht» ihre Macht-ausübung und deren fehlende demokratische Legitimierung vor sich und der Welt zu rechtfertigen versuchten, habe ich nicht wieder gehört. Für mich war sie prinzipiell unakzeptabel, auch wenn ich über keine erschöpfenden historischen, philosophischen und moralischen Argumente verfügte, sie zu widerlegen. Doch wenn ich für mich – wie Sartre – zwischen zwei Typen von Gedanken unterscheiden sollte, zwischen *idées racines*, Wurzelgedanken, die von Kindheit an da sind und sich durch das ganze Leben ziehen, und vermittelnden, variableren Gedanken, würde es zu meinen Wurzelgedanken gehören, dass man niemanden, kein Individuum und kein Volk, zu seinem Glück zwingen kann, allein schon deshalb, weil ein aufgezwungenes Glück kein wirkliches Glück sein kann.

Während also in Budapest versucht wurde, das Volk zu seinem Glück zu zwingen, geschah auch in Berlin einiges, mehr hinter den Kulissen, weniger in der Öffentlichkeit. Mit dem XX. Parteitag der KPdSU und Chruschtschows Geheimbericht, in dem er mit den Stalinschen Verbrechen abrechnete, wurde vor allem in Intellektuellenkreisen die Forderung lauter, es nicht bei einem halbherzigen «Neuen Kurs» bewenden zu lassen, wie er zwar schon vor dem 17. Juni 1953 eingeführt werden sollte, den Aufstand jedoch nicht mehr hatte verhindern können, sondern zu einer wirklichen Entstalinisierung, das heisst Demokratisierung der Verhältnisse zu gelangen. Ulbricht hatte schnell begriffen, dass seine Herrschaft wieder gefährdet war und schaffte es, mit der Losung «Keine Fehlerdiskussion» seine Haut zu retten. Die Entstalinisierung blieb weitgehend auf Umbenennungen beschränkt – aus Stalinstadt wurde Eisenhüttenstadt, die Elektroapparatewerke J.W.Stalin in Berlin-Treptow verloren ihren Ehrennamen und auch die Stalinallee, die «erste sozialistische Strasse Berlins», wurde zwischen Frankfurt und Karl Marx geteilt (der Westberliner Kabarettist Wolfgang Neuss fragte danach in seinem Programm: wer ist überhaupt dieser Dr. Frankfurter?). Am spektakulärsten wäre natürlich die Entfernung des stattlichen Stalindenkmals in der gleichnamigen Allee gewesen, hätte man nicht die Öffentlichkeit gescheut. Doch so war sie unwillig wie die Entstalinisierung in der DDR: unangekündigt verschwand das Denkmal heimlich bei Nacht. Am nächsten Tag versammelten sich einige Bürger dort, wo jahrelang der immerwache grosse Führer der Völker unerschütterlich gestanden hatte. Nur eine Frau aus dem Volke empörte sich, eine echte Berlinerin, die etwas von der von Brecht so geschätzten Weisheit des Volkes verriet: «So jeht det ja nu och nich, hat ja schliesslich allet Jeld jekostet.»

1957 drehte ich Wiesenburg und seinem Schloss den Rücken. Mit Beginn

des neuen Schuljahres wechselte ich nach Berlin an die Kant-Oberschule, eine der grössten Oberschulen im Osten Berlins, mit je sechs neunten, zehnten und elften Klassen, aus denen zum Abitur sieben zwölfte Klassen gebildet wurden, da der Klassendurchschnitt von fast dreissig Schülern für dieses letzte entscheidende Jahr als zu gross betrachtet wurde. Ausserdem bot das die Gelegenheit, aus den sechs elften Klassen einen Teil der Schüler auszusondern, von denen man meinte, sie übten einen negativen Einfluss auf die anderen aus, und sie in der neugebildeten Klasse unter besondere Kontrolle zu stellen. In meiner Klasse waren die Kandidaten für eine derartige Auslese zu zahlreich, wir hatten uns als intellektuell-aufmüpfige Gesellschaft einen besonderen Ruf verdient. Die Verantwortung hierfür trug unter anderem Brecht. Einige von uns hatten es übernommen, für eine zentrale Schulfeier ein Brecht-Programm zu inszenieren. Ich erinnere mich nicht im Einzelnen, was wir vortrugen, jedenfalls hatten wir uns Brechts Bürgerschreckprinzipien der zwanziger Jahre zu eigen gemacht, und wenn auch nicht «Glottz nicht so blöde» über unserer Bühne stand, ging es schrill und verfremdet genug zu, um für Aufregung zu sorgen. Gemeinsam mit einem Freund hatte ich sogar die Kühnheit gehabt, direkte Unterstützung vom Berliner Ensemble zu holen. Ich erinnere mich, wie ich aufgeregt die Tür zur Dramaturgie aufriss und forderte: «Wir brauchen Uniformen!» Elisabeth Hauptmann schaute freundlich hinter ihrem Schreibtisch auf und sagte: «Guten Tag, erstmal.» Doch dann erhielten wir, was wir brauchten, und stolz spielten wir in Originalkostümen aus dem Berliner Ensemble. Wie sehr Brecht die Schülerschaft spaltete, ganz nach seinem Wunsch, seine Stücke mögen das Publikum spalten, ist mir gegenwärtig, wenn ich daran zurückdenke, wie ein Mitschüler mir Prügel androhte, weil ich ganz und gar nicht einsehen wollte, dass Brecht im «Guten Menschen von Sezuan» den Kapitalismus verherrliche, was er natürlich besonders verwerflich fand.

Im Herbst 1959 begann mein Studium an der Humboldt-Universität Unter den Linden. Nun glaubte ich mich von Schulzwängen frei und handelte danach. Neben der Altphilologie (so lautete der übliche Begriff, der offizielle war «klassische Philologie»), für die ich zunächst immatrikuliert worden war, besuchte ich Vorlesungen über Dogmatik bei den Theologen (wobei mein Interesse kein primär theologisches war, ich glaubte, über Dogmatismus mehr zu erfahren), über die Malerei des Impressionismus bei den Kunsthistorikern und war gelegentlich sogar bei der forensischen Medizin zu finden, wo ich hoffte, über die Ursachen von abartigem oder normabweichendem Verhalten wie Mord, Vergewaltigungen und ähnliches etwas zu erfahren.

Meine Begeisterung, Schulzwängen entronnen zu sein, äusserte sich nicht nur in Neugier und Offenheit gegenüber dem universitären Angebot (es war keineswegs als solches gemeint, die Universität war bereits sehr verschult und eigentlich hatte man strikten Plänen zu folgen, doch in den Jahren vor dem Mauerbau war durch die offene Grenze vieles noch nicht so «sozialistisch», wie es dann immer konsequenter durchgesetzt wurde, in der Universität vor allem nach dem berühmten «elften Plenum» 1965 und der Hochschulreform 1968, mit dem bekannten schliesslichen Ergebnis, im Herbst 1989). Ich folgte also innerhalb der Universität weitgehend meinen Neigungen – ab 1960 studierte ich Romanistik und hatte, wegen meiner Französischvorkenntnisse, unüblicherweise ein Nebenfach wählen können, Philosophie, was mir eine noch grössere Narren- oder Vogelfreiheit einräumte, da es diese Kombination von Amts wegen nicht gab und ich im jeweiligen Fach bei dem, was mich nicht interessierte, gerade zur gleichen Zeit eine eminent wichtige Lehrveranstaltung im anderen Fach geltend machen konnte.

Auch ausserhalb der Universität gestaltete ich mein Leben so interessant, abwechslungs- und lehrreich, wie ich konnte – das entsprach meinen Vorstellungen von einem normalen studentischen Leben; seitdem ich im Herbst 1958 Wolfgang Fritz Haug in Westberlin kennengelernt hatte, nahm ich dank seiner Bekanntschaft zunehmend an mich interessierenden Aktivitäten in Westberlin teil, zum Beispiel 1960 am Oberseminar von Margarita von Brentano über Sartres «Kritik der dialektischen Vernunft», die in Frankreich gerade erschienen war. Regelmässig lud ich Freunde – aus Ost- und Westberlin – ein, kochte einen grossen Topf Suppe mit reichlichen Suppenknochen und Gemüse, soweit es in der Jahreszeit gerade zu finden war, und wir diskutierten über Themen, die uns bewegten – politische, kulturelle, philosophische ... Zwar war der Verdacht immer mit im Spiel, es könnten Spitzel unter uns sein, die der Staatssicherheit berichteten, doch letztlich hatten wir nicht das Bewusstsein, etwas Verbotenes oder gar Gefährliches und Umstürzlerisches zu tun.

Da die Geschichte – wieder sie! – ausnahmsweise mal einen Blick hinter die Kulissen der Macht erlaubt, will ich kurz einige Aperçus darüber in meinen Bilderbogen aufnehmen, mit welchem Blick die Staatslenker und die von ihnen eingesetzten Kontrolleure auf das harmlose Treiben harmloser Untertanen schauten.

In meinen Stasiakten befindet sich unter dem Datum 5.12.1960 (16 Tage vor meinem zwanzigsten Geburtstag!) ein «Suchzettel» der «HA V/6/III 2635». Er enthält die üblichen persönlichen Daten (Name, Adresse, Beruf) und, unter «Hinweis zur Person», «op. angefallen». Am 15. Januar 1961 gibt ein «Sach-

standsbericht – Betr.: Operativ-Vorlaufakte Nr. 13 482/60» und ein «Massnahmeplan zum Operativ-Vorlauf Nr. 13 482/60» bereits erste Auskunft. Im Sachstandsbericht geht es um zwei «beschuldigte Personen»: 1. von Wroblewsky, Vincent etc. und um P., Horst, geb. am 23.8.39 in Lodz, Student der Philosophie im dritten Studienjahr. Aus dem Text: «Beide Studenten stehen im Verdacht, ideologische Zersetzungstätigkeit unter den Studenten der HU [Humboldt-Universität – V.W.] durchzuführen. Beide sind miteinander befreundet und haben Verbindung zu dem Leiter des sogenannten ‚Argumentkreises‘ in Westberlin, dem Studenten an der ‚Freien Universität‘, Philosophische Fakultät, Haug, Wolfgang [folgt Geburtsdatum, Adresse]. Laut Einschätzung eines inoff. Mitarbeiters soll HAUG links gerichtet sein und hätte Verbindung zu Studenten der HU, die an der Philosophischen [sic!] Fakultät studieren. Von diesen Verbindungen wurden uns die bereits genannten Personen WROBLEWSKY und P. bekannt. Weiterhin hat er noch eine Freundin am Germanistischen Institut der HU, II. Studj.» Nach diesen aufregenden Suchergebnissen sagt der nächste Abschnitt: «Über WROBLEWSKY wurde bisher folgendes bekannt:

Der Vater von Wroblewsky war Funktionär der KPD und emigrierte 1933 mit seiner Frau nach Frankreich, wo er später am Widerstandskampf gegen den Faschismus teilgenommen haben soll [bei der ersten Lektüre fand ich dieses ‚haben soll‘ am empörendsten im ganzen Text] und 1944 starb.

1950 kam W. mit seiner Mutter wieder nach Deutschland zurück. Nach dem Besuch verschiedener Oberschulen in Berlin nahm er 1959 sein Studium an der Humboldt-Universität auf.

Wie bereits erwähnt hat W. enge Verbindungen zum ‚Argument-Kreis‘ in Westberlin und nimmt auch an dessen Veranstaltungen teil. So nahm er im Frühjahr 1960 am Algerienseminar (unter falschen [sic] Namen) und am Antisemitismusseminar [re-sic] teil. Die Zeitschrift ‚Das Argument‘ erhält er zugeschickt.» Dann folgt, zu wem ich noch «enge Verbindung» unterhalte ..., was hinreichend gefährlich und verdächtig schien, um im «Massnahmeplan» festzulegen: «Ziel der Bearbeitung ist, den beschuldigten Personen die Feindtätigkeit nachzuweisen. Folgende Massnahmen sind im Einzelnen durchzuführen:...» Unter 5. erfahre ich, dass die Ermittlungen nicht nur über Berlin ausgedehnt werden, sondern sich sogar eines früheren Schulfreundes bedienen, wobei dieser so konspirativ war, dass er mich zunächst auf eine falsche Spur führte: was für ein Einfall, als Decknamen den Familiennamen eines anderen Mitschülers zu nehmen! So lese ich: «Zur Bearbeitung des W. wird der GI [Geheimer Informant] ‚Tittman‘ [in Wirklichkeit war es Peter F., der mit mir in Wiesen-

burg zur Schule ging, mir dann zur Kant-Oberschule folgte und mir wegen des «Guten Menschen von Sezuan» Prügel angedroht hatte – vielleicht war ihm die Doppelrolle der Shen Te alias Shui Ta aus naheliegenden Gründen unerträglich –, nach dem Abitur in Dresden Theoretische Physik an der dortigen TU studierte (deshalb gleich im Text Bezirksverwaltung Dresden) und schliesslich auch noch über lange Jahre mein Kollege am Philosophischen Institut der Akademie der Wissenschaften wurde] der BV Dresden mit eingesetzt. Der GI wird beauftragt, die Verbindungen des W. festzustellen, dessen politische Einstellung, welche Tätigkeit er gegen die DDR durchführt und die Verbindung zu ihm zu festigen.» In der Wiedergabe (am 9. Februar 1961) eines Gesprächs des GI «Karl Schreiber» mit Horst P. heisst es u.a.: «P... ist sehr hinter Brecht-Neuauisgaben im Westen her. Er scheint einige Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen im Brecht-Archiv sehr gut zu kennen.» Doch das bisher Zitierte, das man – was es ohne Zweifel ist – für eine Form gesellschaftlichen Infantilismus halten könnte, war es nicht, was für Horst P. schliesslich das eifrige Informationensammeln zu bitterem Ernst werden liess: er erhielt eine längere Haftstrafe, wie ich erst jetzt im Gespräch mit meinem «Betreuer» in der Gauck-Behörde bei der Einsicht in die Akten hörte. Und ich vermag nicht zu sagen, ob ich es damals erfuhr und verdrängte oder so geschickt manipuliert wurde, dass ich tatsächlich annahm, er habe lediglich die Universität gewechselt und in einer anderen Stadt weiterstudiert, so dass wir uns aus den Augen verloren – wie es in meiner Erinnerung auftauchte, als ich jetzt nach ihm gefragt wurde.

Bei Horst P. war es dem «Schild und Schwert der Partei» dank der eifrigen Zuträger gelungen, genug «Beweisstücke» für einen Prozess zusammenzubringen und so das gesteckte Ziel zu erreichen. In den Akten kann man lesen: «P. ist von revisionistischen Auffassungen durchdrungen [...] P. und H. sind bemüht, die trotzkistische Literatur und ihre Ansichten weiterzubreiten und ‘zuverlässige’ Studenten um sich zu sammeln, um vor allem die Partei zu zersetzen. Diese Tätigkeit trägt bereits konspirativen Charakter ...» Erschwerend kam noch hinzu: «P. ist leidenschaftlicher Fotograf, der auch seine Bilder selbst entwickelt. Dabei wurde bekannt, dass er Bilder macht, die offensichtlich eine anti-sozialistische Tendenz tragen und zur Hetze gegen unseren Staat ausgenutzt werden können. So machte er z.B. Aufnahmen einer Einheit der NVA, wo er nur die Stiefel der marschierenden Soldaten fotografierte [die Beschreibung ist nicht ganz korrekt, auf dem Foto, das jahrelang in meiner Wohnung hing, sieht man eine der bei «Kampf- und Feiertagen» wie dem 1. Mai oder 7. Oktober, dem Tag der Gründung der DDR 1949, üblichen Absperrungen durch Soldaten,

diese sind bis kurz über dem Koppel sichtbar, man sieht auch ihre Hände, die einen Strick halten], oder er wartet auf dem Bahnhof Friedrichstrasse, um durch das AZKW [Amt für Zoll und Kontrolle des Warenwesens, wenn meine Erinnerung richtig ist] festgenommene Personen zu fotografieren. Es wurde bekannt, dass er Bilder nach Westberlin verkauft.» Der von Leutnant Dreier aus den verschiedenen Informantenberichten zusammengestellte Text endet mit dem Zusatz: «Ausser den bisherigen Verbindungen ist P. befreundet mit dem Romanistik-Studenten Vincent von Wroblewski [auch heute kämpfe ich oft vergebens um mein ‚y‘ am Namensende], der ausser zu dem Westberliner Haug noch weitere undurchsichtige Verbindungen hat. Zu W. wurde ein gesonderter Bericht angefertigt.»

Diesen Bericht fand ich nicht in den Akten, dafür wurde am 13. Dezember 1963 unter der Registriernummer XV/5393/63 von der Abteilung V/2 unter Führung des Leutnant Otto Sperling ein «Operativ-Vorgang» unter dem Decknamen «Schlange» angelegt. Interessant ist dabei, welche Weiche mit der «Veränderung einer Vorlaufakte zum Vorgang» gestellt wurde – es gab zwei Möglichkeiten: «Die Vorlaufakte ist zum IM bzw. Operativ-Vorgang erhoben.» Vielleicht sollte ich es bedauern, die Chance zum IM nicht erhalten zu haben? Dann hätte ich vielleicht, wie mein Kommilitone Peter K., der unter dem Decknamen «Tiger» mehrere Jahre ausführliche Berichte über mich schrieb und mit anerkennungsheischendem Eifer nicht genug Einzelheiten, auch intime, zutragen konnte – er berichtete zum Beispiel ausführlich über meine Hochzeit im Dezember 1961 in Karlshorst, fertigte Skizzen meines Zimmers an, listete die Bücher in den Regalen auf ... –, eine glänzende Karriere gemacht. Dieser etwas unbeholfene Bursche, der mich in grüner Polizeiuniform am Tag der Immatrikulation im September 1959 auf dem Bahnhof Friedrichstrasse nach dem Friedrichstadtpalast gefragt hatte (war es wirklich so weit gehende Unkenntnis von Berlin oder ein plumper Trick zur Kontaktaufnahme, auf den ich hereinfiel), wo die Immatrikulation des neuen Studienjahres stattfand und seit diesem Tag mit mir zusammen Philosophie studierte, von vielen bespöttelt, wenn er sich wieder in der deutschen Sprache verhedderte und grobe grammatikalische Schnitzer machte, verblüffte uns bald mit seinen guten Prüfungsergebnissen. Er war nach dem Studium einer der ersten, der promovierte, seine Dissertation erschien 1972 im VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften unter dem Titel «Zur Moralphilosophie Hegels» – wie man sieht, hatte er sich ein durchaus passendes Thema gewählt –, und der «Tiger» wusste, was er tat. Bald wurde K. Professor, hielt sich, von der DDR entsandt, jahrelang in lateinamerikanischen Ländern

als Gastprofessor auf, später traf ich ihn einmal bei einer Verteidigung, zu der er aus Wien nach Berlin gekommen war – und vor kurzem sah ich, dass der Akademie-Verlag Berlin von ihm eine Geschichte der lateinamerikanischen Philosophie herausgebracht hat. Womit bewiesen wäre, dass «das Erkennen der jeweils gesellschaftlich bedeutsamen Aufgabe» und «die entsprechende Einsicht in die Notwendigkeit» (vgl. S. 110 – die letzte Seite – seiner Moralphilosophie Hegels) sich auszahlen! Manch anderer kam durch ähnliche Ergebnisse zu seinem Professorentitel, hatte dann schon seit Jahren im Westen die richtigen Beziehungen, um seine Laufbahn nach der «Wende» ohne allzu grosse Störungen fortzusetzen. Angesichts der Art, wie die «Abwicklung» 1991 in der Akademie der Wissenschaften stattfand und zu welchen Ergebnissen sie führte, müsste ich es fast bedauern, dass die Weiche im Dezember 1963 in Richtung «Operativ-Vorgang» gestellt wurde. Doch das hatte ja auch mit mir, mit der von mir bestätigten Willensfreiheit zu tun – die «Gründe für das Anlegen» lauten: «Der von Wroblewski, Vincent schart eine Gruppe von negativ eingestellten Personen um sich, die sich regelmässig in verschiedenen Wohnungen zu sogenannten Diskutierparties zusammenfinden. Diese Zusammenkünfte tragen organisierten Charakter. Bei diesen Zusammenkünften wird von den Teilnehmern gegen die Massnahmen von Partei und Regierung gehetzt. An diesen Zusammenkünften nehmen auch Westberliner teil.» Wie gefährlich diese «Gruppe von negativ eingestellten Personen» war, will ich nicht unterschlagen: «Laut Information des GI ‚Tiger‘ erhalten diese Unterstützung von WB [Westberlin natürlich!] in Form von Übergabe und Übersendung von Studienmaterial, Zigaretten sowie anderer Genussmittel, auch Nylonmäntel [...] Aufgrund des bisher uns bekannten Verlaufes der Zusammenkünfte muss man einschätzen, dass es dem dirigierenden Teil der Gruppe nicht darum geht, sich politisch-ideologisch Klarheit zu verschaffen, sondern gegen die Massnahmen und Beschlüsse von Partei und Regierung zu polemisieren, sie zu diffamieren, zu zerreden. Wie man erklärt, ‚freien Meinungs austausch‘ durchzuführen ‚ohne Aufsicht‘, um sich eine ‚objektive Meinung‘ zu bilden. Es ist bisher bekannt, dass einige Teilnehmer bei solchen Diskutierabenden bis zur Verleumdung von Partei und Regierung gehen. Wobei betont werden muss, dass sehr oft die Grenzsicherungsmassnahmen der Regierung angeführt werden, die dann von der Mehrheit abgelehnt werden. Die Grenzsicherungsmassnahmen werden als Schwäche der DDR bezeichnet und richten sich in der Hauptsache zur Verhinderung von R-Fluchten [die Abkürzungen wären ein Kapitel für sich, kam der Begriff ‚Republikflucht‘, der ja selbst bereits eine Erfindung des Apparats war, so oft vor, dass man ihn

verkürzen musste, oder haben wir es mit dem aus der Sprachgeschichte bekannten Phänomen zu tun, dass man an die Macht des Wortes glaubt, das Bezeichnete herbeizurufen, und deshalb Tod, Teufel usw. umschreibt?]. Aufgrund des bisher vorliegenden Materials muss eingeschätzt werden [auch diese Formulierung ist unverkennbar Indikator für einen bestimmten Teil der DDR-Bevölkerung und dessen Mentalität gewesen, sie wird in letzter Zeit seltener], dass sich bei dieser Gruppe immer mehr der staatsfeindliche Charakter herausbildet, was erforderlich macht, diese Gruppierung auf der Grundlage der strafrechtlichen Bestimmungen der § 19 des STEG und des Befehls 264/62 des Gen. Minister zielstrebig operativ zu bearbeiten.» Leutnant Brachlow – er ist der Verfasser dieser «Einschätzung» – schliesst optimistisch: «Durch das Vorhandensein von 4 GIs, welche dieser Gruppe angehören, besteht die Möglichkeit, diese Gruppe, ihre Ziele und Absichten, den Charakter und damit diesen Personenkreis von innen heraus aufzuklären und op. zu bearbeiten, um dadurch in kürzester Zeit über die Konzeption dieser Gruppierung Klarheit zu gewinnen.» Dennoch sah der «Operativ-Plan» vom gleichen Tag zusätzlich zu den vier geheimen Informanten (die Kontaktperson Jochen war inzwischen als IM geworben, und von der HVA, der Hauptverwaltung Aufklärung, war ein GI hinzugekommen) umfangreiche Mittel vor, darunter: «Einleitung umfassender Ermittlungen in den Wohngebieten und Arbeitsstellen», «Prüfung der Möglichkeiten des Einsatzes der op. Technik in den Trefforten – Ausrüstung eines geeigneten IM mit op. Technik bei anfallender Notwendigkeit, Prüfung und Einrichtung von Stützpunkten in unmittelbarer Nähe der Zusammenkünfte zur op. Überwachung der Trefforte. Einleitung von Telefonüberwachung bei Wr. u.a., die im Besitz eines privaten Telefonanschlusses sind, Einleitung der Postkontrolle über die Hauptverdächtigen der Gruppe.» Dann folgen in diesem Ordner knapp zweihundert Blatt mit Berichten, Briefkopien (und Übersetzungen) usw. usw., in einem weiteren finden sich noch einmal ca. 250 Seiten, wovon ein grosser Teil Telefonaufzeichnungen sind. Am 7. Mai 1965, also nach etwa eineinhalb Jahren, «in kürzester Frist», stellte ein «Abschlussbericht» fest: «... wurden von dem vom GM ‚Tiger‘ genannten Personenkreis um den WROBLEWSKY [meinen Namen hatten sie inzwischen wenigstens gelernt] seit Anfang 1964 keine Zusammenkünfte mehr organisiert.» Und mit offensichtlichem Bedauern: «Das im Laufe der Bearbeitung geschaffene offizielle Beweismaterial reicht nach Einschätzung der Abt. IX für die Einleitung eines E-Verfahrens [Ermittlungsverfahren] nicht aus.» Hatten wir vorsichtshalber unsere Treffen eingeschränkt, waren wir vorsichtiger geworden? Ich müsste in alten Kalendern nachschauen, recherchieren ...

Ab 1968 – seit November 1967 arbeitete ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften – verdiente ich mir wieder die regelmässige Aufmerksamkeit der wachsam Genossen, mit kleinen Unterbrechungen bis 1987 – soweit die Unterlagen es erweisen. Und rückblickend wird mir noch deutlicher, was lange eine Ahnung war: dieser aufgeblähte Apparat war nicht nur Ausdruck und Ergebnis der Angst vor der Bevölkerung, des Misstrauens in sie, er war selbst im Interesse der Herrschenden kontraproduktiv. Nicht nur, dass er in dieser DDR, die ständig unter Arbeitskräftemangel litt, einen Teil von qualifizierten Leuten derart sinnlos beschäftigte, er war auch äusserst erfolgreich darin, viele kritische Geister, die die Idee des Sozialismus als menschlichere Form des Zusammenlebens ernst nahmen und sich engagierten, auszuschalten, zu demoralisieren, in die Resignation oder noch Schlimmeres zu treiben, während er das angepasste Mittelmass zur Norm erhob und den Opportunisten und Karrieristen alle Wege öffnete. Doch auch auf diese konnten sich die Herrschenden nicht verlassen, und selbst die Kontrolleure mussten noch kontrolliert werden, was zu einem Regress ad infinitum und einem ständig erweitert reproduzierten Misstrauen führte. Die Kehrseite dieses Misstrauens und der fehlenden demokratischen Legitimierung, die ja nicht allein durch die sich selbst zugesprochene historische Mission kompensiert werden konnte, war das regelmässige Bedürfnis, sich von jubelnden Massen feiern zu lassen. Noch besser als die nationalen Treffen der Jugend in der Hauptstadt (die «Deutschlandtreffen») waren die «Weltfestspiele der Jugend und Studenten» geeignet, nicht nur die massenhafte freudige Zustimmung der kommenden Generation, also von Gegenwart und Zukunft, entgegenzunehmen, sondern sich auch noch in der Illusion weltweiter Anerkennung und Bewunderung zu sonnen. Wesentliche Teile des Legitimationsdiskurses flossen hier zusammen: Friedenskampf, antiimperialistische Solidarität, Internationalismus (der zunehmend im Laufe der DDR-Geschichte vom proletarischen zum sozialistischen, das heisst vom weltweiten zur besonderen Beziehung mit den «Bruderländern» – natürlich unter Führung der Sowjetunion – reduziert wurde) ...

1973 war Berlin (nach 1951 zum zweiten Mal) als Austragungsort auserkoren worden. In der Mauerstrasse (nach der alten Stadtmauer genannt) hatte sich das «Internationale Organisationskomitee zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele» etabliert. Obwohl ich mich mitten in der Arbeit an meiner Dissertation über Jean-Paul Sartre befand, erforderte dieses herausragende Ereignis, dass ich meine Französischkenntnisse zur Verfügung stellte, und meine Arbeitsgruppen-

leiterin appellierte nicht nur an mein Pflichtbewusstsein, sondern versuchte, mir diese Arbeit mit zahlreichen Reisen in sonst nicht zugängliche Länder schmackhaft zu machen. So befand ich mich ab i. April 1973 in der Mauerstrasse, natürlich dem ebenfalls dort sitzenden DDR-Organisationskomitee unterstellt. Mit diesen Funktionären des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend (FDJ), der «Kampfreserve der Partei», hatte ich schon Ende der fünfziger Jahre als gelegentlicher Dolmetscher in Pionierlagern zu tun gehabt. Nachdem ich kurz nach dem Mauerbau einem solchen Funktionär beim Dolmetschen erklärte hatte, die «Aktion Ochsenkopf», (FDJler waren dazu animiert worden, von den Dächern Fernsehantennen herunterzureissen, die in Richtung Westen, dem Sender auf dem Berg «Ochsenkopf» zeigten) würde ich für faschistoid halten, war meine Beschäftigung durch den Zentralrat der FDJ abrupt beendet. Nun hatte ich wieder mit ihm zu tun, massiver denn je. Ehrgeizige Apparatschiks («Berufsjugendliche» im Volksmund), denen die FDJ das Sprungbrett für die Parteikarriere war (nach ihrem Vorbild Honecker, der seit 1971 an der Spitze der Partei stand), hatte ich ihnen von früh bis in die Nacht als Simultandolmetscher zur Verfügung zu stehen. Und die vielen Reisen ins Ausland erwiesen sich natürlich auch als Aprilscherz.

Erträglich war die Arbeit nur durch die Einblicke in die politischen Mechanismen hinter den Kulissen und die freundschaftlichen Beziehungen, die ich sofort zum französischen und italienischen Vertreter des internationalen Vorbereitungskomitees unterhielt. Selbstverständlich assen wir mittags auch zusammen, was die Funktionäre als Skandal empfanden. Nicht nur, weil das Essen für die internationalen Gäste und die führenden Zentralratsfunktionäre in dem ihnen vorbehaltenen Speisesaal von wesentlich besserer Qualität war als im Nachbarsaal für das schlichte werktätige Volk, sondern weil private Kontakte zu diesen – auch noch westlichen – Ausländern selbstverständlich ausgeschlossen waren (hier endeten die Völkerfreundschaft, internationale Solidarität usw.). Ich bemühte mich also, mit der durchaus zutreffenden Begründung, ich könne nicht unter solchen Bedingungen arbeiten und ausserdem noch zum vorgegebenen Termin meine Dissertation abschliessen, aus dieser mich sehr belastenden Situation wieder herauszukommen. Zu meiner Überraschung gelang mir das bald, und ich war stolz darauf, durch meine entschiedene Haltung so schnell zum Ergebnis gekommen zu sein.

Noch grösser war allerdings meine Überraschung, als ich auch diesen «Vorgang» vor kurzem von der anderen Seite sehen konnte. Denn da erfuhr ich, dass ich schon vor Beginn meines «Einsatzes» zurückgezogen werden sollte. Am 26. März 1973 schreibt die «Hauptabteilung XX» der Stasi an die «Hauptabtei-

lung XVIII/5 – Leiter – im Hause» u.a.: «Der W. soll ab 1.4.1973 im Organisationskomitee der DDR zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele hauptamtlich als Dolmetscher (Französisch) eingesetzt werden. Er wird gegenwärtig bereits zu verschiedenen Einsätzen herangezogen.

Es ist bekannt, dass W. zur Zeit für eine Aspirantur vom Betrieb freigestellt ist.

Die Hauptverwaltung A, Abteilung X, für die die Person erfasst ist, teilte der HA XX in einer Information mit, dass es ernstzunehmende Hinweise über Verbindungen des W. zu einem feindlichen Geheimdienst gibt. Dieser Hinweis bedingt, dass ein Einsatz des W. im Org.-Komitee verhindert werden muss ...» Ich weiss nicht, ob ich je erfahren werde, wem ich für die «ernstzunehmenden Hinweise» zu danken habe – meine «Verbindungen zu einem feindlichen Geheimdienst» jedenfalls waren so geheim, dass selbst ich bis zur Lektüre dieses Textes nichts von ihnen wusste. Der Hauptmann Mauersberger konnte einem Vermerk vom 23. Mai handschriftlich hinzufügen: «Der W. wurde unter genannter Legende aus dem Org.-Kom. am 30.5.73 herausgelöst. Es gab keine Komplikationen; die Legende wurde von W. voll akzeptiert.» Ich hatte Glück und entging der «Rückversetzung». So konnte ich meine Dissertation abschliessen und die Festivalwoche als Privatperson erleben. In meiner Einzimmerwohnung (plus Kammer, in der ein Bett und ein Schrank Platz hatten, sowie einem langen Korridor, wo ich einen Teil meiner Bücher unterbringen konnte) im Stadtbezirk Friedrichshain – als Geschiedener war ich mit dieser Wohnung gut bedient – hatten sich gut ein halbes Dutzend französischer Freunde einquartiert, die offiziell irgendwo bei Potsdam untergebracht worden waren. Nachts fanden wir manchmal Zeit, unsere Erfahrungen und Eindrücke auszutauschen. Es war eine Mischung von ungewohnter Freiheit und Lockerheit und doch nicht zu übersehender Präsenz organisierten Eingreifens ... Dennoch dominierte der ausgelassene Karnevalscharakter, die Freude an der ungewohnten Grosszügigkeit. Lebhaft steht mir noch das Bild des frühen Montagmorgens nach der Festivalwoche vor Augen: versprengte Gruppen von Jugendlichen, die glaubten, noch etwas weiterfeiern zu können, wurden von den gestern noch freundlichen Polizisten barsch zur Ordnung gerufen, die Strassenreinigung war – vermutlich mit Hilfe von ausserhalb – damit beschäftigt, in wenigen Stunden alle Spuren zu beseitigen. Bald verband sich die Katerstimmung mit der sterilen Sauberkeit und Ordnung, die es kaum noch erlaubte, sich vorzustellen, was für ein farbenfroher Trubel vor kurzem hier noch stattgefunden hatte. Der graue sozialistische Alltag war so übergangslos wiederhergestellt, dass er nun doppelt wahrnehmbar wurde ...

Die Ära Honecker setzte, im Gegensatz zur heroischen Askese der Ulbrichtjahre («so wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben»), mehr auf das Prinzip von Brot und Spiele, ohne jedoch die dadurch erhoffte Massenbasis für die Politik zu gewinnen. Stattdessen trug das mit dazu bei, die Staatsverschuldung rasch anwachsen zu lassen und den wirtschaftlichen Ruin – der eine Zeitlang gut kaschiert werden konnte – zu beschleunigen. Ungeachtet des immer dünner werdenden Eises schlitterte die von Honecker geführte offizielle DDR von einem Höhepunkt zum anderen. 1987 bot der 750. Geburtstag von Berlin einen dieser willkommenen Anlässe zur ausgiebigen Selbstbejubelung, zumal es ja galt zu beweisen, «die Hauptstadt» und nicht etwa Westberlin sei das eigentliche Berlin.

Als im Sommer 1989 die ungarische Regierung nicht mehr bereit war, an ihrer Grenze nach Österreich DDR-Bürger von «R-Fluchten» abzuhalten, wagte ich die – weder besonders kühne noch originelle Prophetie –, Honecker würde bestenfalls am 7. Oktober 1989 seinen letzten Höhepunkt erleben. Vierzig Jahre DDR! Noch einmal strahlte der nun sichtlich senile Herr über Partei und Staat angesichts Zehntausender blaubehemdeter Jubler, die die alten Lieder sangen. Man sah förmlich, wie er sich in die Aufbruchstimmung von vor vierzig Jahren versetzt fühlte, sich mit verklärtem Blick erinnerte – wäre das alles nicht derartig anachronistisch gewesen, hätte man fast Mitgefühl mit dem alten Herren entwickeln können ... Seit Jahren mied ich bewusst solcherlei Massenveranstaltungen, doch mein Freund Heinz E. war extra vom Bodensee gekommen, um einige Tage bei mir zu bleiben, und er wollte natürlich nicht auf das für ihn seltene Schauspiel verzichten. So fanden wir uns Unter den Linden wieder und kamen just hinzu, als Gorbatschow aus dem Prinzessinnenpalais hinaustrat und zu den herbeistürzenden Journalisten seinen berühmt gewordenen Satz sagte: «Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.» Zehn Tage später löste Egon Krenz Honecker ab, dann verging kein Monat, und der Bahnhof Friedrichstrasse hörte auf, der schwer oder gar nicht passierbare Grenzbahnhof zu sein.

Zum Schluss will ich einen nur flüchtigen Blick auf das momentan letzte Blatt meines Bilderbogens werfen – die eben zu Ende gehende Woche. Sie begann mit auswärtigen Besuchern – im grossen welthistorischen wie im kleinen privaten Massstab. Während mein «fellow» Max H. aus dem Woodrow Wilson International Center for Scholars (Washington D.C. 1990/91) als Journalist und Zeithistoriker sich am Dienstag, den 12. Juli zu seinem Präsidenten ans Brandenburger Tor hingezogen fühlte, hatte am gleichen Tag Alison K., Sopransängerin aus Wien, aufgewachsen in den USA, Frankreich und Israel, den Schock

vom Sonnabend Abend noch nicht ganz überwunden: aus dem Zentrum nach Friedrichshagen kommend – auch im Süden Berlins, immer noch und wieder an der S-Bahn-Strecke Potsdam-Erkner, auf der ich von Karlshorst nach Rummelsburg zur Kant-Oberschule, von Karlshorst bis Friedrichstrasse zur Humboldt-Universität gefahren war –, fand sie sich auf dem Bahnsteig plötzlich mit Hunderten von in Springerstiefeln und Bomberjacken steckenden «Glatzen» wieder, und auch zahlreiche Soldaten fielen ihr auf. Die Zeitungen vom 13. lösten das Rätsel: im Kulturhaus von Rüdersdorf – von Friedrichshagen fährt eine Strassenbahn nach Rüdersdorf – hatten sich «unbehelligt von der Polizei am Sonnabend mehrere hundert Neonazis eingefunden». Zwar «waren im Vorfeld des konspirativ organisierten Konzertes des rechtsextremen Liedermachers Frank Rennecke in Rüdersdorf wie in vergleichbaren anderen Fällen alle Vorkehrungen getroffen worden, um die Veranstaltung zu verbieten. An Einsatzkräften sowohl der Brandenburger als auch der Berliner Polizei habe es nicht gemangelt ...» Die falsche Reaktion des Einsatzleiters ist die Erklärung. Unmittelbar neben dem Artikel lese ich von Polizisten, die auf der Bernauer Wache vietnamesische Zigarettenhändler misshandelt haben, von einem Angestellten des Ordnungsamtes Biesenthai, der zugegeben hat, einen festgenommenen Vietnamesen sexuell genötigt zu haben ... Im gleichen Blatt lese ich vom Karlsruher Urteil – Bundeswehreinsätze im Ausland sind nun möglich, ich erfahre, dass namhafte Historiker sich darüber streiten, wer zum deutschen Widerstand gehört, einige möchten ihn möglichst auf den 20. Juli 1944 reduzieren und den kommunistischen Widerstand aus der Geschichte streichen, jedenfalls als denkwürdigen. (Wer masst sich an, über die Motive meines Vaters fünfzig Jahre nach seinem Tod zu richten?) Am gleichen Tag beschwören Bill Clinton und Helmut Kohl die neue Verantwortung des vereinten Deutschland, die neue Rolle seiner Hauptstadt. Clinton wendet sich besonders an die Jugend, warnt vor Ausländerhass, bezieht die Neue Synagoge in der Oranienburger Strasse in seinen kurzen Besuch Berlins ein ...

Am Abend des 13. Juli folge ich der Einladung zum Empfang anlässlich des französischen Nationalfeiertags am 14. Juli, diesmal im Quartier Napoléon, kurz vor Tegel, im einst französischen Sektor. Es ist der letzte Tag, an dem die Franzosen hier Herren sind. Seit langen Jahren erlebe ich wieder einen Fahnenappell: erst erklingt, gespielt von der französischen Militärkapelle, die deutsche Hymne, dann die französische, die Offiziere der vier Siegermächte und ihre Gattinnen (die Russinnen scheinen schlanker geworden zu sein), die Vertreter der verschiedenen Waffengattungen der Bundeswehr, die ab morgen hier Ein-

zug halten wird, die Diplomaten und Journalisten, Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur und andere «Ehregäste» erheben sich, ich stehe zwischen ihnen mit gemischten Gefühlen: Was wird dieses neue Deutschland, diese neue «Hauptstadt» mir, uns, gar der Welt bescheren? Die verschiedenen Bilder der Vergangenheit schieben sich zusammen, überlagern sich, ergeben keine eindeutige Prognose. Qui vivra verra – man wird sehen.

SIMONE HAIN

## ZWISCHEN SOWJETISCHER EUROPAPOLITIK UND LINKEM NATIONALISMUS

EIN VERSUCH, SICH DER STALINALLEE ZU NÄHERN

Der alte Mann tritt ans Fenster und schaut hinaus. Er zuckt mit der Schulter und schüttelt dann leicht den Kopf. «Ich begreife nicht, warum die Leute da unten keine Barrikaden errichten.»

Es ist in den Tagen vor der Währungsunion, Juni 1990. Der ratlose Greis spricht vor laufender Kamera. Er ist kein Deutscher. Obwohl er seit vielen Jahren teilweise in Berlin lebt, stellt er im letzten Jahr der DDR erstmals einen Antrag auf deren Staatsbürgerschaft. Ganz zum hoffnungsvollen Schluss mit seinen Runden Tischen ist sie ihm offensichtlich so nah, dass er von Barrikaden träumt. Der Mann heisst Gabriele Mucchi. Er ist Architekt, wurde vor allem aber bekannt als Maler. Er gilt zusammen mit Renato Guttuso als Begründer des italienischen Realismo. Nach Berlin kam er in den zwanziger Jahren aus Liebe. Die Liebe führte ihn an der Seite seiner deutschen Frau in den Widerstand bei den Garibaldi-Partisanen. Seit 1956 hatten beide eine Wohnung an der Stalinallee, wie andere Antifaschisten auch. Doch ist die Strasse an sich keine «rote» Adresse. Hier wurden nicht – wie häufig vermutet – Staatsfunktionäre und SED-Prominenz gestapelt. Die Wohnungen waren im Wesentlichen unter Trümmerfrauen, Bauarbeitern und Aufbauhelfern verlost worden, ein Drittel etwa wurde an Opfer des Nationalsozialismus und Intellektuelle, die man im Osten halten wollte, vergeben. Diese Zuweisungspraxis macht die Allee bis heute zu einem exklusiven Milieu. Hier wohnen Menschen, die sich entweder durch persönliche Arbeitsleistungen oder durch ihre politische und geistige Parteinahme unmittelbar als Eigentümer ihrer Häuser und Aktivisten des jungen Staates fühlen durften. Durch alle Schichten hindurch gibt es eine mentale Gemeinsamkeit, die etwa die Trümmerfrau und Krankenschwester Margarete Petersilie mit der holländischen Architektin und Antifaschistin Liv Falkenberg verbindet. Neben dem derben Idiom der Baustellen tradieren die Bewohner bis heute einen hohen Idealismus und eine leidenschaftliche Bindung an die Pionierjahre der DDR. Dennoch haben sie 1990 auch in der Karl-Marx-Allee keine Barrikaden errichtet. Es lag nicht allein daran, dass niemand sich auch nur vor-

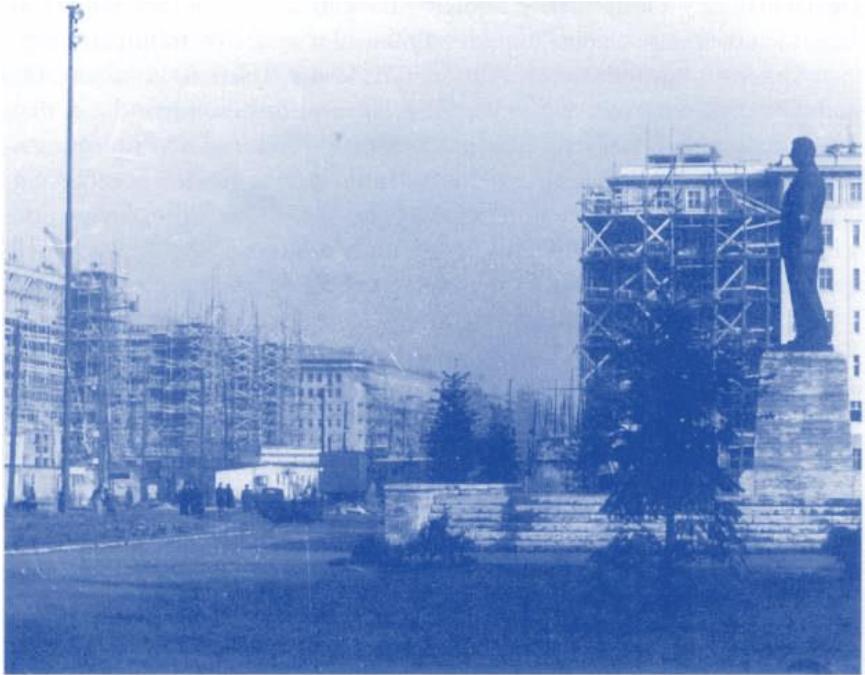
stellen konnte, dass drei Jahre später alle Gebäude an der 2,3 Kilometer langen «ersten sozialistischen Strasse Deutschlands» ungefragt an eine Bank fallen würden. (Nicht einmal im Westen hielt und hält man ein solches Mass an Zynismus und Instinktlosigkeit für möglich. Bis heute neigen sehr viele Beobachter dazu, den Verkauf der Allee, wenn nicht für eine Zeitungsentse, so doch zumindest für reversibel zu halten.) Der Klassenkampf jedenfalls fiel aus, 1990 vor der Währungsreform vielleicht im Vertrauen auf eine schmerzarme nationale Wiedergeburt bei Wahrung der Chancengleichheit und Weihnachten 1993 beim Verkauf bereits wegen tiefer seelischer Depression aufgrund des eingetretenen Verlustes aller kollektiven Eigentumsrechte und der Beschneidung vieler persönlicher Sozialansprüche. In der Geschichte der Allee selbst liegt eine mögliche Erklärung dafür, warum zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung so viele Menschen hofften, mit ihrer Mitgift, dem Volkseigentum, willkommen zu sein im fast schon vergessen geglaubten «Neuen Deutschland». Versuchen wir zu verstehen, was dem Italiener als unbegreifliche Fahrlässigkeit erschien.

Überlegter, ausgewählter kann ein Design nicht sein. Nichts an dieser Strasse, die 1949 bis 1961 Stalinallee hiess, wurde dem Zufall überlassen. Vom Gesamtplan, der auf die Umgestaltung der ganzen Stadt zielte, bis zum Uhrzeiger in den Einkaufsläden war alles Programm. Der Strassenzug war nach Osten gerichtet, der aufgehenden Sonne entgegen. Von dort waren unter hohen Verlusten Berlins Befreier bis zum Reichstag der deutschen Hauptstadt vorgedrungen. Die Ost-West-Orientierung der Strasse wurde zum Symbol für die künftige geopolitische Bedeutung des ungeteilten Deutschlands. Monumentale «Wohnpaläste für Arbeiter» sollten überdies den Siegeszug der Roten Armee auch als sozialen Befreiungsakt im Interesse einer unterprivilegierten Mehrheit deuten helfen. Über der noch in Trümmern liegenden Stadt erhoben sich in der Tat verheissungsvoll strahlend weisse Grossplastiken, die von einem starken Gestaltungswillen kündeten. Die Wirkung ist von Reisenden wie dem Schweizer Architekten Hans Schmidt beschrieben worden. «Den entscheidenden Schritt in den Massstab eines neuen Berlin bildet die im wichtigsten Abschnitt bereits ausgebaute, bewohnte und belebte Stalinallee. Man kann die überraschende Grösse und lebensfreudige Munterkeit dieser neuen Hauptstrasse nicht aus Bildern und Plänen ermessen. Erst die Wirklichkeit, die lichterfüllte Weite des Raumes, die freundliche Wärme der mit lichtgelber, unglasierter Keramik verkleideten Fassaden, das belebende Element der Ladenfronten, zeigt das Neue ... Seit wann haben die Architekten nicht mehr die Möglichkeit gehabt, eine



«Täglich wird die Erfüllung der Tagesnormen der einzelnen Brigaden des Bau-Kollektivs ‚Friedrich Ebert‘ auf A-Südwest für Jeden sichtbar verzeichnet.» (Aufnahme aus dem Jahre 1952)

ganze Strasse zu bauen? Die grossen Beispiele der Rue de Rivoli in Paris, der Ludwigstrasse in München, der Regent Street in London liegen schon über hundert Jahre zurück.» Zu der beeindruckenden städtebaulichen Wirkung des Ensembles trat die architektonische Struktur der raumbildenden Wände. Gliedernde Lisenen, klassische Details, Mosaiken an den Türstürzen, Säulen und insbesondere die damals noch hellen Meissner Keramikoberflächen mit folkloristischen Ornamenten bildeten das Vokabular einer Reichtum imaginierenden Sprache. Sozialismus, so die Überzeugung jener Jahre, dürfe sich nicht allein in der Sicherung des Daches über dem Kopf und der menschlichen Grundbedürfnisse erschöpfen, sondern müsse sich auch in der Fähigkeit erweisen, erfolgreich das Erbe älterer deutscher Geschichte aufzuheben in einen neuen plebejischen Gebrauch. Dies bezog sich in erster Linie auf die als progressiv angesehenen Epochen des Berliner Klassizismus und die bürgerlich demokratischen Elemente des preussischen Staatswesens. Gewichtiger noch als das Was der Ikonographie war das Wie der Ausführung. Neben die Ideologie des Planes trat daher die konkrete Materialität. Jenseits der blossen Verheissung von Zukunft pflegten die Bauherren auf diese Weise die Faktizität des Begreifbaren. Bauaufmasse von Bürgerhäusern und Knobelsdorffschen Portiken hingen in den Meisterwerkstätten der Deutschen Bauakademie neben Schinkel-Zeichnungen. Die Architekten waren bemüht, mit der Konstruktion jedes Details, zum Beispiel dem Entwurf der Fussböden und Decken in den Hauseingängen oder bei den Ladenausstattungen glaubhaft den Nachweis zu erbringen, es vollziehe sich hier tatsächlich die Rettung der grossbürgerlichen Kultur in den Alltag der kleinen Leute. «Hier wohnt der Arbeiter Meier», lautete in einer zeitgenössischen Publikation die vielversprechende Bildunterschrift unter dem Foto eines der herrschaftlichen Portale am Block E. Es sollte ein Anfang sein, jedes Bauwerk stellte scheinbar die Realisierbarkeit des gesellschaftlichen Vorhabens unter Beweis. Es ist heute leicht, darauf hinzuweisen, dass man alles besser wissen konnte. Selbstverständlich stand hinter der romantischen Schwärmerei linksnationaler Intellektueller auch ein deutliches machtpolitisches Interesse der in der Moskauer Emigration geformten Elite. Teils aus herrschaftstechnischem Kalkül, teils in gutwilligem Selbstbetrug oder in eher rauschhafter Erhebung aus der Nachkriegsdepression zwang man die Utopie zu konkreter Gestalt. Zwang wortwörtlich, denn die warnenden Stimmen von erfahrenen Wohnungspolitikern wie Karl Brockschmidt, die mit harten ökonomischen Kennziffern operierten, wurden zum Schweigen gebracht. Der ohnmächtigen Kritik der Antistali-



*«Blick vom Kulturhaus der Bauarbeiter auf die Stalinallee. Rechts das Stalin-Denkmal, dahinter Block C-Süd.» (Aufnahme vom 18. Oktober 1952)*

nisten wiederum blieb bei allen Risiken nur ein ästhetisches Ersatzgefecht wider die «Zuckerbäckerei». So hatte der Westemigrant Ludwig Renn während der «Formalismusdebatte» im «Neuen Deutschland» standhaft, aber erfolglos Position für die – gleichfalls und eigentlich deutsche – Tradition des Bauhauses und des Werkbundes bezogen. Der Auftrag der Staatsmacht an die entwerfenden Architekten war dadurch nicht umzuwerfen gewesen. Er lautete unmissverständlich, den Reichtum einer Gesellschaft befreiter Arbeit, die für ihre Produzenten baut, auf volkstümliche, allgemeinverständliche Art auszudrücken. Kein Geringerer als Bertolt Brecht hat dieses gebaute Lehrstück mit Versen und elf Thesen über eine neue Architektur kommentiert. Der gleichfalls zu den Proletariern übergelaufene Bürger Johannes R. Becher gar sang um die Wette mit dichtenden Arbeitern Hymnen auf «der Strasse jubelnden Klang». Scheint es zunächst so, als ob die Intellektuellen den mit der Arbeiterklasse verwechselten Auftraggebern im Politbüro der SED hierin in peinlicher Weise zum Munde redeten, so sei der Gerechtigkeit halber auf die gelegentlich positive Resonanz auch im Westen verwiesen. Besonders im Jahr der Stalinnote fuhren grosse schwarze Limousinen mit CD-Kennzeichen der Westalliierten im Schrittempo über die Baustelle. Die *New York Times* schrieb am 1. September 1952 in ihrer Pariser Ausgabe: «Das Projekt ist grossartig in seinem Ausmass. Der Anblick der vielen vorhandenen Bauten ist eindrucksvoll, selbst für den skeptischsten Besucher. Westberlin, das durch wirtschaftliche Probleme belastet wird, ist nicht fähig, irgendetwas so Ehrgeiziges zu unternehmen.» Auch der *Spiegel* lobte am 14. Mai 1952 die «deutschen Wühler» um den Aufbauleiter Richard Paulick: «Im Ostsektor aber baut man – wenn auch im östlichen Sinne – schon hauptstädtisch für Gesamtdeutschland.» Dies war als Aufforderung zu Gesprächen mit Ostberlin gedacht. An den «Exiltürmen in Bonn rüttelnd», hiess es in dem redaktionellen Artikel abschliessend mahnend, «eine Stalinallee tut uns noch nicht weh, eine zweite muss man verhindern.»

Dabei hatte nach dem Krieg zunächst alles eher schlicht begonnen. Die ersten Heimstätten an der Weberwiese waren rasch und effizient nach bewährten Standards des Siedlungshauses der Weimarer Republik errichtet worden. Doch schon am Tag der Einweihung fielen sie bei der politischen Führung der SED durch. Einige Planer im Magistrat, so wettete Walter Ulbricht, würden wohl glauben, sie könnten die Hauptstadt Deutschlands verniedlichen, indem sie Häuser errichteten, die besser in die südafrikanische Landschaft passten. Er forderte indes, die Grösse des gesellschaftlichen Anspruches, Schönheit und nationale Identität auch im Bauen zum Ausdruck zu bringen. Den aus Moskau reemi-

grierten Tischler bewegten dabei ganz andere Bilder als die Bauhüßler im Planungsamt der Stadt. Diese träumten – so Hans Scharoun – von «Freiheit, Gleichheit Brüderlichkeit, Worten wie Fanfaren», und sahen Berlin als «weisse Stadt» im Urstromtal der Spree aus Trümmern einer verderblichen Vergangenheit neu entstehen. Sie entwarfen die Stadt vollkommen neu, in unschuldigen, nicht von Traditionen belasteten Strukturen und baulichen Formen. Im «Stadt-dorf» sollten die Berliner nach den Idealen eines aufgeklärten demokratischen Sozialismus, wie ihn der Friedrichshainer Bürgermeister Gustav-Adolf Werner und die Ost-SPD vertraten, neu zueinander finden. An welche Art von Repräsentation, Ausdrucksmacht und Volksverbundenheit die Modernen dachten, kann man am späten Werk Scharouns, der Berliner Philharmonie, studieren. Ulbricht, der 1907 ausgebildete Handwerker, dagegen sah die Gедiegenheit der bürgerlichen Salons, die Seriosität der Herrenzimmer und den Aufwand veredelnder Handarbeit als Inkarnation des Luxus an, den es zu beerben galt. Als Tischlergeselle hatte er in seinen Wanderjahren ein eifersüchtiges Gefühl für den Lebensstil in den «herrschaftlichen Häusern» der Kundschaft entwickelt. Ihre Kommoden, Löwenfusstische und Intarsiensekretäre hatten seinen Geschmack für ein Leben geprägt. Er hielt ihn für repräsentativ für Arbeiter überhaupt. Dies traf aber zumindest in Berlin nur bedingt zu, wo man sich modisch an der Produktwelt des Westens orientierte oder die funktionale Ästhetik der zwanziger Jahre tradierte.

Der Aufbau der Stalinallee war somit der Höhepunkt eines Kampfes um die kulturelle Orientierung der alternativen deutschen Republik, dessen Fronten sich unübersichtlich kreuzten. Einerseits artikulierte sich hier ein konservativer Geschmack, der besonders im Westen einen potentiellen Adressaten in nationalistischen Ressentiments gegen den amerikanischen «Kosmopolitismus» und Modernismus suchte und zumindest in regionalistisch orientierten Architektenkreisen auch fand. Diese Allianz war politisch ebenso zweckmässig wie ein behutsames Selektieren in der Konkursmasse einstiger nationalsozialistischer Ideale. Ernst Bloch hatte bereits 1935 analysiert, dass Arbeitsethos, Jugendbünde, Volksgemeinschaft wie der Druck der Strasse einen älteren und solideren Kern besaßen, als dass sie nicht hätten vom demagogischen Missbrauch im Dritten Reich befreit werden können. «Grosse Gefühle», so Bloch, seien im Nationalsozialismus «vor die unrechte Schmiede gekommen». Diese Tatsache erweise sich über die Zerschlagung des Nationalsozialismus hinaus als ein Menetekel für die politischen Eliten. Nicht selten wird gerade dieser für das «Nationale Aufbauwerk» der fünfziger Jahre kennzeichnende und wohlreflektierte Zugriff auf die Praktiken der Fackelzüge, Fahnenwälder im Wind, blütenbekränzten Eh-

renpforten und Trachtengruppen als peinlich ungebrochene Fortführung brauner Maskaraden angesehen. Es handelt sich indes durchaus um eine im Volksfrontdiskurs entwickelte, bewusste Technik rückholender Besetzung archaischer politischer Symbolformeln. Allein die Formen waren in der Linken heftig umstritten, nicht der spontane Wunsch, sich vor Gräbern zu verneigen und Gelöbnisse zu tun. Es waren Sozialdemokraten, die sich 1945 von der Gruppe Ulbricht ihren Berliner «Père Lachaise» in Friedrichsfelde zurückgefordert hatten, den Ort, wo Karl und Rosa lagen. Die grossen Gesten und politischen Symbolformeln der Nachkriegszeit gehen durchaus nicht ausschliesslich auf kommunistisch-stalinistische Impulse zurück, wenngleich sie häufig in diesem Sinne instrumentalisiert werden konnten.

Im Bezirk Friedrichshain allerdings sollte der permanente Kampf um die ästhetische und politische Kultur des alternativen Deutschlands demonstrativ zugunsten der ehemaligen Moskauemigranten entschieden werden. Hier, wo die kommunale Planungsbehörde mit der volkseigenen Wohnungsgesellschaft «Heimstätten» die erste demokratisch-sozialistische Siedlungszelle errichtete, nagelte die junge Regierungsmacht der DDR sechs Wochen nach deren Gründung den Namen Stalin auf ein Strassenschild. Dies war, wie sich zeigen sollte, ein Besetzungsakt von nachhaltiger Bedeutung. Dadurch kamen gegenüber den lokalen Demokratiekonzepten, die in der recht bunten Berliner Linken eine weite Anhängerschaft besaßen, sowjetische Interessen ins Spiel. Fortan nämlich sollte es nicht mehr gleichgültig sein, wer an der Strasse mit diesem Namen baute und welche Art von Stadt dort entstand. Es bedurfte starker Gegenprojekte, um die Weimarer Identität der Sozialdemokraten und die alternativen Ansätze anarchistischer Provenienz zu tilgen, die durch dezentrale und «grüne» Siedlungskonzepte gegen das legendäre «Steinerne Berlin», «die grösste Mietskasernenstadt der Welt», zu Felde zogen. Der folgende Leitbildwechsel hin zur ausdrücklich wieder kompakten und zentral strukturierten Stadt wäre ohne Moskauer Beistand mit seinen Siedlungsbauerfahrungen der zwanziger Jahre schlechterdings aussichtslos gewesen. Um die Wende in der Berlin-Planung und der Metropolendiskussion zu erzwingen, stellte Aufbauminister Lothar Bolz eine Regierungsdelegation zusammen, die unter seiner Leitung im Frühjahr 1950 zu einer sechswöchigen Studienreise in die Sowjetunion fuhr.

Dieser Reise war im Dezember 1949 ein persönliches Gespräch Walter Ulbrichts mit Stalin und dessen Spitzenarchitekten vorausgegangen, in dem es um den Hauptstadtanspruch für Berlin und den Stand der dortigen Planungen ge-

gangen war. Wohl durch Ulbricht alarmiert, hatten die Russen dem Besuch einer Delegation zugestimmt, um ihr politisches Interesse an der künftigen deutschen Hauptstadt auch in den städtebaulichen Leitbildern zu manifestieren. Fünf Monate später absolvierten fünf deutsche Architekten aus Berlin und Dresden gemeinsam mit dem Minister ein ausgesprochen intensives Studienprogramm. Exkursionen führten sie über Moskau hinaus nach Stalingrad, einer im Krieg vollkommen zerstörten Stadt, nach Kiew, wo der Neuaufbau des historischen Zentrums und Werkssiedlungsbau studiert werden konnten, und schliesslich nach Leningrad, das als denkmalgeschützte Stadanlage einer akribischen Rekonstruktion vorbehalten war. In allen Städten standen die Stadtarchitekten oder deren Stellvertreter für Erklärungen zur Verfügung. In Moskau selbst boten die Bauausstellung, das im Bau befindliche Hochhaus am Smolensker Platz, Theaterbauten, Stadien, die Metro und historische Baudenkmale reichlich konkretes Anschauungsmaterial. Die überlieferten Tagebuchnotizen halten die Eindrücke dieser deutsch-russischen Begegnung in differenzierter Weise fest. Man vergegenwärtige sich: Fünf Jahre nach Kriegsende studieren Deutsche den Wiederaufbau zerstörter russischer und ukrainischer Städte und fliegen über die ehemaligen Schlachtfelder. Konfrontiert mit den Folgen des Kriegsgeschehens greifen die Besucher sehr schnell den rettend distanzierenden Terminus «Hitlerfaschisten» für die deutsche Wehrmacht auf, der zwei von ihnen doch selbst angehört haben. Sie flanieren über menschengefüllte Moskauer Boulevards und erleben auf dem Roten Platz den 1. Mai. Welche Vorurteile sie bei aller Bereitwilligkeit, sich begeistern zu lassen, insgeheim unterdrücken, wird eher aus den besonders hervorgehobenen Wahrnehmungen deutlich. Die Sauberkeit, die Belebtheit der Strassen und Geschäfte zu allen Tageszeiten wie die Sachkunde und Teilnahme der Theater- und Museumsbesucher werden wiederholt erstaunt und anerkennend vermerkt. Über den «Sozialistischen Realismus» in der Tretjakow-Galerie und das architektonische Formgefühl der Russen waren die deutschen Besucher offensichtlich geteilter Meinung.

In einem Arbeitszimmer des sowjetischen Ministeriums für Städtebau lagen schliesslich auch die Pläne aus, die seit Kriegsende im Auftrag des Berliner Magistrats zur Neuordnung Berlins entstanden waren. Edmund Collein, frischgebackener Leiter des Hauptamtes Stadtplanung, referierte vor russischen Kollegen die Grundzüge der von ihm persönlich nicht bearbeiteten Planung. Collein hatte am Bauhaus studiert und verfügte aus seiner Wiener Zeit über Erfahrungen im gemeinnützigen Wohnungsbau. Noch teilte er den Traum von der «Weissen



*«Die Strassenbau-Arbeiten des Strausberger Platzes stehen kurz vor der Vollendung.»  
(Aufnahme aus dem Jahre 1953)*



*Stalinallee.  
Blickrichtung Frankfurter Tor*

Stadt» der Moderne. Die Konsultierten aber waren gelinde entsetzt über die Rückständigkeit des Ansatzes. Die aktuellen Berliner Denkmodelle waren ihnen nur allzu vertraut, hatten sie doch die Theoriebildung der zwanziger Jahre um die sozialistische Stadt Sozgorod bestimmt. Diese Bandstadt- und Dezentralisierungskonzepte hatten die Russen damals auch mit den deutschen Experten geteilt, die 1930 ins Land gerufen worden waren. Nichts gegen Ernst May, Hannes Meyer und Werner Hebebrand hiess es 1950 während der Konsultationen, aber man sei aus vielen Gründen längst zur Kurskorrektur gezwungen worden. Auch der Berliner Plan wäre sowohl vom philosophischen wie vom ökonomischen Standpunkt her gleichermassen utopisch, weil er davon ausginge, in allen Teilen der Stadt einen gleichmässig geringen Bodenwert zu realisieren und gleiche Wohnbedingungen an allen Orten zu schaffen. «Das ist die Schule von Jean-Jaques Rousseau! Ersetzen Sie den utopischen Sozialismus durch Realismus! Der Boden kostet auch im Sozialismus Geld. Wir legen in der Infrastruktur und Erschliessung Kapital an, das sich nur bei hohen städtebaulichen Dichtewerten amortisieren kann.» «Sie glauben nicht, wie teuer Ihnen in Berlin Licht, Luft und Sonne zu stehen kommen werden, wenn Sie am Potsdamer Platz mit einem Quadratmeterpreis von 50 Pfennig operieren. Auch Ihr Verkehrssystem ist reiner Funktionalismus, Abercrombie pur.» «In der Sowjetunion ist man unter allen Umständen gegen die englisch-amerikanische Theorie von der Güte und der Wirtschaftlichkeit der ‚aufgelösten‘ Stadt. Sie ist unwirtschaftlich. Sie ist auch keineswegs besser gegen Luftangriffe gesichert, sondern isoliert vielmehr den Arbeiter vom politischen Leben und macht ihn zum Kleinbürger.» Seele der Stadt sei nun einmal das Zentrum. «Wo bleibt bei Ihrem Plan die Idee der Hauptstadt, wenn Sie die Ministerien aus der Mitte verdrängen? Wo gehen die Demonstrationen hin? Wo ist der Aufmarschplatz? Wo sind die Aufmarschstrassen? Wo sind die Regierungsinstitutionen und zentralen Kulturstätten? Das ist das Zentrum.» Für die folgende Veränderung der Friedrichshainer Aufbaupläne an der Stalinallee wurde insbesondere die Neudefinition der Funktionen der traditionellen Korridorstrasse, die die Moderne für überwunden erklärt hatte, bestimmend. Die Strassen hatten nach Moskauer Erkenntnis nicht nur Verkehrsfunktionen zu tragen, sondern seien in erster Linie ein Ort für die Bevölkerung, ihre Feste, politischen Manifestationen und kulturellen Bedürfnisse. Collein erklärte später in Berlin die entscheidende Korrektur seiner Auffassungen: «Die Strasse ist nicht nur ein Verkehrsband, der Platz nicht nur ein Verkehrsknotenpunkt, das Wohnhaus kein ‚Wohnmaschine‘, sondern Strasse, Platz und Gebäude sind in ihrer äusseren Erscheinung Ausdruck einer gesellschaftlich-künstlerischen Idee.»

Die Idee der Stalinallee ist genau besehen mehreren Strategien verpflichtet. Einerseits steht sie gewissermassen als Memorandum, als diplomatische Note der Sowjetunion an die Gegner im Kalten Krieg, die das russische Begehren nach europäischer und internationaler Integration verdeutlichen sollte. Mit der demonstrativen Betonung des Hauptstadtanspruches Berlins versuchte die ausgegrenzte Siegermacht gewissermassen auf ihrem westlichsten Vorposten europäische Politik zu machen. Gegen den rheinischen Separatismus entwickelte sie ein Konförderationskonzept, für das eine starke und ausdrucksmächtige Hauptstadt werben sollte. Als erster Baustein war die Stalinallee gedacht. Die historische Mitte und der Fischerkietz sollte denkmalfreundlich rekonstruiert werden. Unter den Linden, am Brandenburger Tor und am Roten Rathaus wurden dafür erste Massnahmen getroffen. Das Areal des gegen den Willen der Sowjetunion niedergelegten kaiserlichen Schlosses wurde bis 1961 für ein dominantes Gebäude der deutschen Konförderation reserviert. Überhaupt ist der Einheitsgedanke geradezu zum Mörtel der Stalinallee geworden. «Für Frieden und Einheit», liest man die Transparente auf historischen Fotografien. Sehnsucht nach den Landschaften von Rhein und Mosel ist in die Entwürfe der Restaurants und Weinhandlungen geschrieben. Worüber sollte man wohl im «Café deutsche Einheit» plaudern, das später Café Warschau hiess? Im Reisebüro wurden die «Werte unserer Heimat» zwischen Schwarzwald und Rügen noch über den sieben Wundern der Volksdemokratien gepriesen. Ganz unmittelbar und unabhängig von höherem politischen Kalkül ist das Aufbauwerk der fünfziger Jahre im Osten Deutschlands ein nationaler Akt gewesen. Unentgeltliche Arbeit und hohe Spenden dienten auch der individuellen und kollektiven Selbstvergewisserung, nicht mit leeren Händen in die Einheit zu streben. In Leipzig, Dessau, Calbe, Magdeburg und anderswo wurden im Nationalen Aufbauwerk innerstädtische Zerstörungen beseitigt, in Rostock der dringend benötigte Überseehafen gebaut, an den Stahl- und Maschinenbaustandorten die demontierten Anlagen von null an ersetzt. An der Oder, in Schwedt und Fürstenberg, und südlicher im Calauer und Senftenberger Revier entstanden neue Industrien mit dazugehörigen Städten. Der rasche Bau auch der Berliner Stalinallee innerhalb von zunächst zwei Jahren wäre unmöglich gewesen, ohne die breite Unterstützung im ganzen Land. Leistungen, Bauholz, Maschinen, Schafe, Schweine, Brot und Eier wurden aus Überplanbeständen gespendet. Die Feierabendentrümmerrtrupps wuchsen über die Zeit zu Lebensgemeinschaften zusammen. Die Marken der geleisteten Halbschichten wurden Jahr für Jahr in kleine Hefte ge-

klebt, in deren Geleittext abermals von Frieden und Einheit die Rede war: «Lasst uns Dir zum Guten dienen ...» Jedes dieser Aufbaubüchlein ist im Grunde genommen ein Wechsel auf die Zukunft im «einig Vaterland» gewesen. Wen wundert's noch, dass insbesondere diese Generation darauf vertraute? Zu nahe kam die christdemokratische Melodie von den blühenden Landschaften den nationaldemokratischen Aufbauliedern aus den Lautsprechern an ehemals Deutschlands berühmtester Baustelle. Die Stalinallee ist daher nicht minder Monument eines unbegreiflich hypertrophierten Einheitsstrebens denn soziale Utopie. Ja, gerade die Vermischung zweier Zwecke macht bis heute ihre Faszination aus: Die Überzeugung, das Volk und die sozialistische Linke haben sich durch Arbeit und antifaschistischen Widerstand ein Anrecht auf Beteiligung an der Neugestaltung Deutschlands erworben. Die Allee galt gewissermassen als Probe darauf, dass mit den bisherigen Underdogs Staat zu machen sei.

Die wichtigsten Konzepture der Stalinallee waren zwei 1903 in Gleiwitz geborene Juristen, der NDPD-Aufbauminister Lothar Bolz und der als Chefredakteur des *Neuen Deutschland* ins Politbüro der SED gewählte Rudolf Herrnstadt. Die Jugendfreunde hatten die Nazizeit in der Sowjetunion überlebt und waren Mitglied der KPdSU beziehungsweise Mitarbeiter der Kommunistischen Internationale gewesen. Der Literat und Publizist Herrnstadt, den Moltke in den dreissiger Jahren als deutschnationalen Juden charakterisiert hatte, war in Moskau unter anderem Mitverfasser des Gründungsaufrufs des «Nationalkomitees Freies Deutschland» gewesen. Die Strategie der kommunistischen Deutschlandpolitik entsprang den Moskauer Emigrantendebatten über antifaschistische Ethik und Volksfrontstrategien. Zu dem intellektuellen Kapital, mit dem beide Männer nach Deutschland zurückkehrten, gehörte gewiss auch das Erbekonzept von Ernst Bloch. Schon 1937 hatte dieser in der in Moskau erscheinenden Zeitschrift *Internationale Literatur* der kommunistischen Propaganda unter anderem eine «revolutionäre Traditionskompanie» angeraten. Wie Bloch war die intellektuelle Elite der europäischen Linken in den dreissiger Jahren durchaus geneigt, der ahistorischen Sachlichkeit der zwanziger Jahre Mitschuld am irrationalistischen Siegeszug der faschistischen Mythologien zu geben. Man habe sich in der modernistischen Askese über die Wünsche, Träume und Affekte der kleinen Leute, der Mittelmässigen hinweggesetzt. Die Rechten hätten so reichlich Beute an brachliegendem Gefühlsgut gehalten. Selbst ein indifferent Konservativer wie Le Corbusier hatte trotz tiefen Bedauerns wegen seiner persönlichen Niederlage beim Wettbewerb für den Sowjetpalast im gleichen Atemzug der «aufgeklärten Entscheidung» der Russen für eine sprechende Architektur

durchaus Referenz erwiesen. Es gehörte zum Diskurs jener Jahre, wie Bloch die «internationale Bahnhofhaftigkeit» der modernen Stadt zu beschreiben oder wie Sartre das Transitorische der sachlich dominierten Welt mit Eklassoziationen zu besetzen. Vor Ministern der «Front Populaire» forderte Le Corbusier 1937 für das in die Vororte zurückgestossene Volk Zugang zum Herzen der Stadt. Im politischen Klima jener Zeit der Kirschenblüten schwärmte er vom «Atmen in den Strassen» und «den Liebkosungen eines empfindsamen Pariser Klimas». «Die Anziehungskraft der Stadt ist nicht ihr Komfort oder eine gut bezahlte Arbeit. Es ist die Anziehungskraft der Lichter, des Gedränges, kurz der Wunsch nach einem gesellschaftlichen Heim, das die wirkliche Stadt, klein oder gross, zu der Stunde sein wird, in der dort die Harmonie regiert. Jeder möchte dem Herzen der Stadt nahe sein, an der Wärme ihres Lebens teilhaben.» Ein deutscher Besucher jener Pariser Tagung, Kurt W. Leucht, der als Begleiter Ernst Sagebiels zur Weltausstellung gefahren war, sollte fünfzehn Jahre später zu den Architekten der Berliner Stalinallee gehören und für die Planung von Stalinstadt alias Eisenhüttenstadt verantwortlich zeichnen. Er hatte auch zu den Teilnehmern der Moskau-Reise und den Autoren der in Moskau verfassten und anschliessend zu Gesetzeswirkung gelangten «16 Grundsätzen des Städtebaus» gehört. Mit diesen Grundsätzen hatte der DDR-Ministerrat in kritischer Auseinandersetzung mit der 1937 in Paris von Le Corbusier vorgestellten «Charta von Athen» die Voraussetzungen für eine behutsame und kritische Rekonstruktion der ostdeutschen Städte zu geben getrachtet. Weder Leucht noch Le Corbusiers Stadt aber haben indes vermocht, die Wärme und Identität über lange Zeiten gewachsener Milieus zu stiften. Vermutlich waren beide zu «ordentlich», auf imaginierte Harmonie orientiert, statt auf Konflikt, Chaos und Spiel. Überdies lehren uns beide Stadtmodelle, dass Urbanität weniger eine Frage bestimmter Raumformen und Oberflächen zu sein scheint als vielmehr Folgeerscheinung einer inneren Verfassung der städtischen Gesellschaft, die sich wie selbstverständlich Räume in der ihr gemässen Weise aneignet. Wie das vor sich gehen kann, hatte die Londoner Architektengruppe MARS 1949 in einem von Max Bill ins Deutsche übertragenen Text zur Debatte gestellt: «neben den (von Le Corbusier ... d.A.) definierten ... gibt es noch eine andere funktion, die das leben der gemeinschaft eigentlich bestimmt, in der eindeutigsten form prägt es sich im forum aus, besonders wenn es sich um einen Versammlungsort mit rednertribüne handelt, ein wort macht die runde, gefühle werden angeregt, wir verlassen unsere individuellen aufgaben oder sektionsinteressen und strömen hinaus auf die strasse, kleine aufgeregte gruppen haben sich gebildet, sie ver-

schmelzen mit anderen Gruppen, bis eine grosse Menschenansammlung sich vorwärts bewegt in Richtung auf ... was? den Marktplatz? den Platz um die Kathedrale? den Schlackehaufen hinter dem Gaswerk? irgendwo ist ein Konzentrationsspunkt für den Ausdruck der kollektiven Gemütsbewegung als Herz des Organismus ...» Hier wird von Planern ein in heutigen Städten selten gewordener Vorgang von «grassroot»-Demokratie beschrieben, die sich auf dem Reissbrett nur schwer antizipieren lässt. Der Bau der Stalinallee war, wenn auch überlagert von gegenläufigen staatspolitischen Interessen, ein solcher – historisch bedingter und nur zeitweilig erfolgreicher – Versuch, architektonisch Gemeinnutz zu evozieren und das Potential für öffentliches Glück als Möglichkeit in den Stadtplan einzubauen.

Das eigentlich nachhaltige Erlebnis für alle Beteiligten war die Baustelle. Mit jeder Losung, jeder Zeitungsseite wurde den ausgebrannten, missbrauchten Überlebenden der nationalen Katastrophe so lange Souveränität suggeriert, bis neuer Mut in ihren Augen blitzte. Vergessen wir nicht, es war mehrheitlich keine proletarische Elite, die hier baute. Die Zuweisung zum Bau galt als milde Form der Umerziehung von kleinen und mittleren Parteigenossen. Unter strenger Aufsicht sollte sich nützlich machen, wer nicht «entnazifiziert» worden war. Es gibt zweierlei Arten fotografischer Dokumente in den Archiven. Die einen, heftig retuschiert und inszeniert, zeigen den heroischen Maurer-Aktivist. Andere, Zufallseinstellungen, fangen an denselben Schauplätzen die wahre Physiognomie des Berliner Nachkriegsostens ein. Alte Menschen wie trauernde schwarze Vögel, junge, aber erloschene Gesichter, gewendete Militärjacken, Uniformmützen. Am Rande eines Baustellenbildes sieht man überaus zarte Frauengestalten bei schwerster körperlicher Arbeit. Der Kontrast dieser tief melancholischen Nebenherbefunde zu den zupackenden freiwilligen Aufbauhelfern ist erschütternd. Es sind, da ist kein Zweifel, dieselben Gesichter, die man auf älteren Bildern in vollkommener Verzückung sah. Ein anderes Volk konnte sich die kommunistische Führung nicht suchen. Sie hat sich, das bleibt ihr Verdienst, auch dank den germanophilen russischen Kulturoffizieren darauf einzustellen vermocht; sie hat ihr tiefes Misstrauen bis zuletzt jedoch nicht überwinden können – das wurde ihr Verhängnis. Zwischen Anfang und Ende der DDR allerdings ereignete sich – «oben» nicht wahrgenommen – das volle Leben. «Wir Lehrlinge haben den gesamten Anschlussblock des Hochhauses an der Weberwiese gebaut. Man hat uns nicht die besten technischen Hilfsmittel gegeben, man hat uns keinen Turmdrehkran gegeben, dafür aber schlechte klapp-

rige Aufzüge. Trotzdem haben wir es verstanden, uns durchzusetzen, so dass man sagte, die Lehrlinge arbeiten besser als die Leistungsbrigade der älteren Kollegen. Auch unsere Lehrbaustelle wird in wenigen Wochen soweit sein, dass aus dem jetzigen Vorwärtstuckern ein Tempo wird, wenn nicht gleich ein Warschauer, so doch zumindest ein vorbildliches Berliner Tempo.» Es gibt zahlreiche authentische Dokumente, die noch der präzisen sozialhistorischen Analyse bedürfen, will man sich dem komplizierten Prozess schrittweiser Identifikation mit dem Aufbauwerk im Osten Deutschlands nähern. Jenseits der zentralstaatlichen Direktiven haben ganz wesentlich auch persönliche Leistungen, individuelle Hoffnungen und Wertvorstellungen dazu beigetragen, das gesellschaftliche Experiment zu stützen. Wie stark die namenlosen Einzelnen schliesslich – auch wider die tyrannischen Züge des Apparates – an die Macht ihres Handelns glaubten, sollte sich am 17. Juni 1953 zeigen.

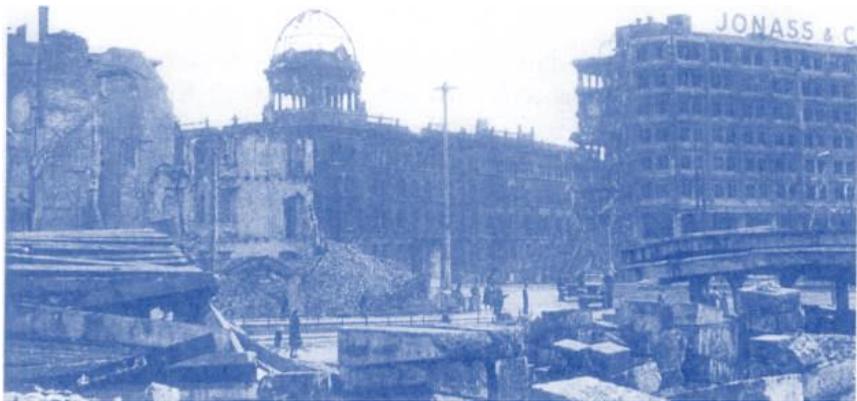
Mit diesem Ereignis hat schliesslich die Stalinallee ihre besondere Aura auf andere Weise und in gewisser Hinsicht gegen ihre festgefügte architektonische Form gewonnen. Vollkommen unbeabsichtigt ist die Idee von einem werktätigen Volk, das für sich selber baut, in ungesteuerte Dynamik geraten, hat sich die intendierte Affirmation ins Gegenteil verkehrt. Der Aufstand der Bauarbeiter an der grössten Baustelle des Landes kann durchaus als spontaner Versuch gesehen werden, sich eine bessere Regierung zu suchen. Der Ausgang allerdings war kläglich; statt radikaler Demokratisierung, freier Wahlen und Mitbestimmung der Staatsgeschäfte konnte lediglich die Zurücknahme der Normerhöhungen erpresst werden. Die Erpressung, nicht der Dialog, blieb bis 1989 die einzig praktizierte «Volksherrschaft». Trotz ihres Scheiterns haben sich die streikenden Arbeiter in der Stalinallee in das kollektive Gedächtnis einer Generation eingetragen. Noch heute meinen damals unbeteiligte Menschen, sie seien Augenzeuge des Aufmarsches der weiss bekleideten Maurer in der Leipziger Strasse gewesen. Dieses Bild ist als eine Sternstunde öffentlichen Konfliktaustrags nachweislich mythologisiert worden, wohl etwa nach dem Muster «Oh, when the Saints go marching in.» Der ebenso zornige wie lustvolle Ruf «Wir sind das Volk» sollte spät, aber schliesslich doch noch, im Osten Deutschlands Mauern brechen helfen. «Dass ich das noch erleben durfte», stand auf einem Transparent, als die Berliner SED-Basis am 9. November 1989 vor dem Palast der Republik das Politbüro in die Knie zwang. (Halten wir es nebenbei fest: der kollektive Höhenflug jenes Herbstes war auch ein Aufstand der Genossen.) Abermals aber reagierte die regierende Elite nach dem alten Muster der Erpressung. Handlungs- und demokratieunfähig von jeher, griff man nach

dem vermeintlichen Ventil und hob statt des unhaltbaren ReiseGesetzesentwurfs gleich jegliches Grenzregime auf.

Sechsendreissig Jahre, ein halbes Menschenleben, mussten seit dem Ruf der Bauarbeiter, «Der Spitzbart muss weg!», und jenem zweiten grossen Aufbruch vergehen. Zu schwer hatte man sich in Deutschland den russischen Bären auf-laden lassen. Stalin und seine Nachfolger behielten ihr deutsches Faustpfand als vermeintliche Eintrittskarte zu Europa fest im Griff. Schwer und für die Nachgeborenen eher bedrohlich hielten die Turmriesen am Strausberger Platz darüber düstre Wacht. Nachdem der frische Glanz des Neuen verfliegen und die Bäume wie eine Dornenhecke gewachsen waren, hatte sich auch die gesellschaftliche Vision verdüstert. Geblieben war immerhin ein angenehmes Wohngebiet mit Achse, sonst nichts Verheissungsvolles. Kein Traum von Rhein und Mosel, nur dieser wunderliche Zeitungstitel irritierte die ewig Nachdenklichen zuweilen: *Neues Deutschland*. Deutschland?

Wohl hatten Bolz und Herrstadt seinerzeit in Moskau auch in den Schriften Ernst Blochs kommunistische Strategie und Taktik studiert, doch war ihrem heissen Bemühen die Tiefe seines Utopiekonzeptes verschlossen geblieben. Jedes Leichte, Offene musste sich notwendig dem Zugriff von Dogmatikern entziehen. Es war letztendlich eine primitive Musik, nach der die Architekten damals tanzen sollten. Immerhin wussten die Könner unter ihnen, wie Richard Paulick, Rolf Göpfert und Emil Leibold, noch beeindruckende Pirouetten zu drehen. Aus den Tausenden überlieferter Bauzeichnungen spricht bis heute ihr persönliches Engagement eine deutliche und souveräne Sprache. Aber die Partitur ist trotz der Virtuosität der einzelnen Interpreten das geblieben, was Bloch gefürchtet hatte, ein «Staatsmärchen». Die wahrhaft humane Phantasie hatte der Philosoph, dessen Frau Karola übrigens Kindergärten für die Allee projektierte, sich jenseits subjektiver Postulate und mythologischer Verbrämung fertiger Wunschinhalte entfalten sehen. Denn die echte Utopie sah er im Gegensatz zum mechanistischen Materialismus als eine Bewegung an, worin menschliche Arbeit eingezahlt werden kann und die sich über Widersprüche weiterhilft. Sie sei «arbeitend, dialektisch, hoffend, erhend schlechthin». Abseits der statischen und abbildenden Utopiefigur, wie sie in den Bauwerken der Stalinallee überliefert ist, hat sich aber gerade in der Lebenswelt ihrer Erbauer eine Art Gegenutopie entwickelt. Die Akteure des Aufbaus haben tatsächlich Arbeit wie Hoffnungen investiert und Konflikte ausgetragen. Die historischen Erfahrungen, die sie dabei gewonnen haben, stehen auch über den Abbruch des gesellschaftlichen

Experimentes in der einen deutschen Republik hinweg weiter zur Verfügung. Warum schliesslich hätte man 1989 auch Barrikaden bauen sollen, da man glücklich meinte, endlich zu Sprache und Artikulationskraft gefunden zu haben? Wie seinerzeit beim Bau der Stalinallee zielt die «echte» Utopie ohnehin darauf, Einfluss auf die Gestaltung ganz Deutschlands zu erlangen.



Alexanderplatz – Ruinen  
Gebäude mit Kuppel: Polizeipräsidium

HOLGER KUHLE

## AUFERSTANDEN AUS RUINEN: DER ALEXANDERPLATZ

Sieben Millionen Eisenbahnwaggons würde man benötigen, wollte man allen Schutt aus Berlin abtransportieren, hiess es nach Kriegsende. Die DDR-Geschichtsschreibung des Luftkrieges vermutete hinter den Angriffen der Alliierten auf den Alexanderplatz, wie hinter den Verwüstungen durch die Bomben der Alliierten überhaupt, Drohgebärden des Westens gegenüber der heranrückenden Roten Armee und Behinderung eines sozialistischen Aufbaus.<sup>1</sup> Allerdings wurden die Kriegsschäden nicht im Namen des «sozialistischen Aufbaus» Ende der vierziger Jahre beseitigt. Der Überlebenswille war es, der die Trümmerfrauen dazu bewegte, die Steine aus den Ruinen zu sortieren und zu putzen, damit aus ihnen das Neue errichtet werden konnte.

Nach der Teilung Deutschlands und der Teilung Berlins in zwei Städte fungierte Ost-Berlin seit 1949 als Hauptstadt der DDR. Als sich die Teilstadt darauf einrichtete, beauftragten die DDR-Mächtigen ihre Städteplaner, die zum Ostteil Berlins azentral gelegene Mitte für die neuen Hauptstadtfunktionen umzugestalten. Walter Ulbricht, Generalsekretär der Partei, verordnete auf dem III. Parteitag der SED im Juli 1950 das Konzept für den Aufbau des Stadtzentrums: «Das Zentrum der Stadt soll ein charakteristisches Bild erhalten durch monumentale Gebäude und eine architektonische Komposition, die der Bedeutung der Hauptstadt gerecht wird.»<sup>2</sup> Sein Vorschlag lautete, den «Strassenzug von der Stalinallee bis zum Brandenburger Tor» als Hauptmagistrale der Stadt zu entwickeln und die an ihr liegenden Plätze, vor allem den Alexanderplatz, «architektonisch schön im Sinne des Volksempfindens» zu gestalten. Es komme darauf an, «in den monumentalen Bauten die Kraft und die Stärke des Aufbauwillens und der grossen Zukunft» auszudrücken.<sup>3</sup> «Wer das vorhatte, der musste zugunsten eigener neuer Monumentalität fremde alte Monumentalität ausschliessen.»<sup>4</sup>

Nicht auf dem Alexanderplatz, sondern mit dem Bau der circa zwei Kilometer langen Stalinallee als «erster sozialistischer Magistrale» begann 1952 die «sozialistische Umgestaltung des Zentrums». Für den Alexanderplatz kündigte sich insofern eine Neugestaltung an, als in seiner unmittelbaren Nähe, am Ende der Stalinallee, das Haus des Lehrers und die Kongresshalle errichtet wurden.

Die Erneuerungsstunde für den populärsten Berliner Platz schlug im Juli 1958 auf dem V. Parteitag der SED. Hier stellte man die Weichen für den kommenden Siebenjahresplan der DDR, und die SED erhob die Forderung, «die Zentren der zerstörten Städte wiederherzustellen». Betont wurde besonders «der Aufbau des Stadtzentrums der Hauptstadt der DDR, Berlin».<sup>5</sup> Dem Platz der Plätze innerhalb Berlins bescherte dieser offizielle Planauftrag die «Aktion Alex». Unter diesem Motto war ihm fortan die Fürsorge der Partei sicher. Wer und was sich auch immer der Hingabe der Partei erfreute, konnte gewiss sein, dass es an Zuwendungen nicht mangeln würde, aber auch, dass deren aufmerksamer Blick nicht wieder loszuwerden sei. Welche Gestalt nahm der neue Alexanderplatz nun an?

### **Monumentale architektonische Komposition als Zäsur nach 1945**

Durch die fast yoprozentige Zerstörung der alten Berliner City entstand für die Stadt eine Situation, in der viele Architekten, Planer und Kommunalpolitiker eine einmalige Chance sahen, erwünschte Korrekturen oder Veränderungen an der gewachsenen Stadtstruktur vorzunehmen.<sup>6</sup> Die in Deutschland seit 1933 unterdrückten Ideale des Funktionalismus und einer strengen Formensprache kamen nun in den Nachkriegsplänen für die Gestaltung Berlins wieder hoch. Während die Entwicklung der funktionalistischen modernen Architektur in Deutschland durch die Nazis abgebrochen wurde, war sie als internationaler Stil bereits in ganz Mitteleuropa, in Skandinavien, den USA, in Lateinamerika und Japan etabliert. Im Nachkriegs-Berlin lebten «alte und neue Zukunftsvisionen für die moderne Grossstadt als ‚Lebensform und Lebensraum des 20. Jahrhunderts‘» auf, «viele an den Congrès International d’Architecture Moderne<sup>7</sup> anknüpfend, andere sich am amerikanischen Städtebau orientierend».<sup>8</sup> Es sollte nicht nur um einen Traditionsbruch zum Historismus gehen. Vielmehr wollte man die Umgestaltung des Alexanderplatzes als «Reinigungswerk» endgültig und demonstrativ vollziehen hin zur modernen funktionsgerechten Stadtmitte, für die Bedürfnisse einer Zukunft, die nach Meinung der SED nicht mehr unbekannt und offen sein durfte.

Als sich die Neugestaltung des Alexanderplatzes mit dem 1958/59 veranstalteten Zentrumswettbewerb konkretisierte, wurden das «Gründungsfieber» der hieran beteiligten «Architektenkollektive» mit den Vorgaben der Partei konfrontiert, die die Teilnehmer des Zentrumswettbewerbs für Ostberlin gröss-

teils beachteten.<sup>9</sup> Sie fertigten Entwürfe für ein gewünschtes zentrales Gebäude als «Krone» der Stadt, das nicht im engeren Bereich des Alexanderplatzes, sondern am Ufer der Spree seinen Platz finden sollte, mitten in der wichtigsten Sichtachse Deutschlands, an dem Ort, wo seit dreihundert Jahren das symbolträchtige Schloss der Hohenzollern stand. Man verfolgte die Absicht, das zentrale Gebäude mit einem kultischen Ideologietempel zu verbinden, einer Art Mausoleum, in dem die geistige Hinterlassenschaft von Marx und Engels aufbewahrt werden sollte: das Manuskript des «Kommunistischen Manifests».<sup>10</sup> Von dieser offiziellen Version entfernte sich Hermann Henselmann, Chefarchitekt von Ostberlin und ausser Konkurrenz am Wettbewerb beteiligt. Er wollte statt des gewünschten Büroturmhauses einen Fernsehturm errichten, dreihundertzwanzig Meter hoch und semantisch «aufgeladen» mit dem Namen «Turm der Signale».<sup>11</sup>

Prompt denunzierten einige diesen Entwurf als westlich beeinflusst.<sup>12</sup> Andere diffamierten Henselmanns Ideen als «ausgesprochen formalistische, uns fremde Auffassungen»<sup>13</sup>, so dass er schliesslich öffentlich Selbstkritik übte. Henselmann bekannte 1960, dass «der ungenaue und verallgemeinernde Symbolismus, der in dem Motiv des Fernsehturms steckt, von der Arbeiterklasse und der Partei nicht akzeptiert werden» könne.<sup>14</sup>

Umso überraschender waren die neuen Töne von 1964. In diesem Jahr fasste man den Beschluss, kein Regierungshochhaus zu bauen, sondern den ohnehin für Berlin vorgesehenen Fernsehturm.<sup>15</sup> 1969 stand der Turm, und zwar im weiteren Bereich des Alexanderplatzes. In relativer Nähe zu ihm entstanden zur gleichen Zeit eine Reihe weiterer, neuer Gebäude. Selbstbewusste Neubauten in geschichtsträchtiger Umgebung sollten es sein und wurden es auch, doch wirkten sie weniger als ausdrucksstarke Einzelgebäude, sondern durch ihre dogmatische Massivität. Es entstanden in ihrer Höhe hierarchische, in ihrer Breite ähnliche und in ihrer simplen Form verwandte Gebäude. Am höchsten hinauf ragt das 39stöckige Hochhaus «Hotel Stadt Berlin», zu dem es schon 1962 einen Wettbewerb gegeben hatte. Es wurde als höchstes Haus und grösstes Hotel der DDR konzipiert. 1967 bis 1970 errichtete man das Warenhaus Centrum nach Entwürfen von Kaiser und Kuhnert als grösstes Kaufhaus der DDR. Auch das «Haus der Elektroindustrie», das «Haus der Gesundheit», das der «Zentralverwaltung für Statistik» und das «Haus der Verlage» wurden fertiggestellt sowie das zentrale «Haus des Reisens» ebenfalls eingeweiht. Es bildete die Begrenzung an der nordöstlichen Seite des Platzes. Die bereits mit der Stalinallee errichtete Kongresshalle sowie das «Haus des Lehrers» begrenzten den neuen Alexanderplatz östlich. Das «Haus des Lehrers» wurde etwa am gleichen Standort des 1908 errichteten Lehrervereinshauses mit einem grossen ho-



*Alexanderplatz – Umgestaltung  
links: Fernsehturm (im Bau)*

hen und langen Bildfries erbaut. Bei diesem und beim Bildfries am «Haus des Reisens» im Stile des «sozialistischen Realismus» galt: «Bei der architektonischen Gestaltung ganzer Ensembles muss zur Grösse und Schönheit der Bauten die Monumentalplastik, müssen die Leistungen der Künstler passen.»<sup>16</sup>

Zwischen den repräsentativen Bauten siedelte man einzelne Handels-, Vergnügungs- und Dienstleistungseinrichtungen an, die sich aufgrund ihrer exponierten Warenangebote ständiger Warteschlangen sicher sein konnten. Diese «sozialistischen Wartegemeinschaften», wie die Käuferschlangen im Volksmund hiessen, im inneren Bereich des Alexanderplatzes, wie auch der «Brunnen der Völkerfreundschaft» und die Weltzeituhr, blieben die einzigen menschlichen Proportionen. Doch sie verloren sich im gesamten Platzensemble, und der Wasserstrahl aus dem Springbrunnen hätte kälter und härter nicht sein können. Auch die Festpunkte der Planung, die «alten» Bauten von Peter Behrens, halfen nicht, den neuen Platz zu proportionieren. Beide von ihm geplanten Gebäude, das Berolinahaus und das Alexanderhaus, sind die ältesten Häuser am Alexanderplatz. Sie wurden seit dem Wiederaufbau nach dem Krieg als Bürogebäude genutzt.

Die Weltzeituhr, eine zehn Meter hohe Stahlkonstruktion vor dem Berolinahaus von 1969, zeigt auf mittlerer Ebene die Uhrzeit einiger Hauptstädte an. Den oberen Abschluss bildet ein Sinnbild des Sonnensystems, in den Schaft ist eine Weltkarte geätzt und das Bodenmosaik stellt eine Windrose dar. Wie die Weltzeituhr bezeugt auch die Namensgebung für den Brunnen, «Brunnen der Völkerfreundschaft», der in der Mitte des Alexanderplatzes gelegen ist, das krampfhaft Bemühen der DDR, Internationalität zu demonstrieren. Es ist dies die Zeit, in der die DDR eine eigene Staatsangehörigkeit einführt, die ausser den «Bruderländern» niemand anerkennen wollte. Unermüdlich bemühen sich gleichzeitig die Mächtigen der DDR in ihrer Aussenpolitik um internationale Reputation.

Der «Brunnen der Völkerfreundschaft» liegt in der Mitte des inneren Platzes. Es ist eine von Womacka geschaffene spiralförmige Komposition von siebzehn wassertragenden Kupferschalen. Der Pflasterbelag des inneren Platzraumes führt diese Spirale bis zum äusseren Platzring fort. Diese Bodengestaltung ist ebensowenig wie der gesamte Platz als Stadtraum im traditionellen Sinne erfahrbar. Hergeleitet wurde die Grosszügigkeit dieses Raumes von seiner ideologischen Definition. Die funktionalistische moderne Architektur lag dieser Form der Baukunst zugrunde. Die entstandene Massstabslosigkeit des Platzes wird durch seine Gestaltung und Form bewirkt, die durch die freie Verfügbar-

keit über Grund und Boden erst ermöglicht wurde und die viele internationale Städtebauer beneideten. Auf dem Alexanderplatz entstand so ein exemplarisches Areal «sozialistischer Architektur».

Die scheinbare Überdimensionierung rund um den Alexanderplatz wurde vor allem durch den Ausbau der grosser Magistralen Karl-Marx-Allee, Karl-Liebknecht-Strasse komplettiert, die den Platz an allen Seiten begrenzen. Um die plötzlich zum Ostteil Berlins azentral gelegene Mitte zum Zentrum der Teilstadt Ost umzugestalten, erschien es den Stadtplanern notwendig, das bestehende, für eine ungeteilte Stadt konzipierte Tangentialstrassensystem neu zu ordnen. Vom Alexanderplatz aus wurde das Verkehrssystem der Berliner Teilstadt Ost neu justiert und als Sammelpunkt der grossen Magistralen zentriert. Man konzipierte vier Ost-West-Verbindungen, die von bestehenden Strassen ausgehend mit den sternförmig auf die Innenstadt zulaufenden Radialen verbunden werden sollten. Im Zuge dieser Umbauten wurden bau- und kulturgeschichtlich bedeutende Bauwerke wie beispielsweise das ehemalige königstädtische Theater und das «Haus zum Hirschen» unter den Asphaltschneisen begraben.

Man beabsichtigte nicht, die künstlerische Gestaltung des neuen Alexanderplatzes an der Kategorie individueller Erfahrbarkeit zu orientieren. Vielmehr sollte sie «zu einem Moment der Formierung der baulichräumlichen Umwelt insgesamt» werden, wobei sie vor allem umfassende städtebauliche Ensembles zum Gegenstand hatte, deren Formen sich erst in der Vogelperspektive erschliessen lassen. In dieser Perspektive entlarvt sich das absichtsvolle Ästhetikum als ein Platz, der auf imponierende Wirkung abzielt.

Von unten wirkt der Platz zwar gigantisch, doch seltsam leer. Die wenigen reingängigen Häuser verlieren sich in dem hohen Raum. Der Restauranttrakt am «Hotel Stadt Berlin» wirkt verwaist. Vom Beton windet sich eine gesichtslose Ungeborgenheit über den Platz. Was ein Höhepunkt sein sollte, war dazu verdammt, eine leere Versprechung zu werden. Doch welche Versprechungen symbolisierte der neue Alexanderplatz? Was versprach sich die SED, die ihn so und nicht anders gestalten liess?

### **Der Setzkasten «sozialistischer Lebensweise»**

Mitte der sechziger Jahre verabschiedete sich die SED von der Erwartung, dass die kommunistische Gesellschaft in absehbarer Zukunft zu verwirklichen sei. Mit Hilfe neuer wissenschaftlicher Methoden aus der Systemtheorie und Kybernetik sollte nun der Aufbau des «entwickelten gesellschaftlichen Systems

des Sozialismus» bewerkstelligt werden.<sup>17</sup> Der Aufbau des Sozialismus schien nicht mehr die Aufgabe von Berufsrevolutionären und Ideologen, sondern von Technokraten und Spezialisten zu sein, die allerdings weiterhin der Kontrolle von Ideologen unterlagen. Diese systemtheoretisch begründete technokratische Version des Sozialismus fand ihre Abbildung in den Alexanderplatzbauten, in denen sich das alle gesellschaftlichen Bereiche umspannende Organisationsgefüge materialisierte.

Die Architektur am Alexanderplatz steht symbolhaft für die mechanistische Konzeption von Politik und Gesellschaft. Alle gesellschaftlichen Prozesse wurden einem einheitsstiftenden Prinzip unterworfen: dem «demokratischen Zentralismus». Als Strukturprinzip der gesamten Gesellschaft bestimmte er entscheidend das Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Max Weber<sup>18</sup> hat darauf hingewiesen, dass der Sozialismus aus der «Fabrikdisziplin» erwachsen sei. In der Tat liegt dem Sozialismus der DDR eine Faszination für grossindustrielle und grossorganisatorische Lösungen, für fabrikmässige Disziplin, militärischen Gehorsam, Zentralisation der Entscheidung zugrunde. Analog wirken alle Häuser am Alexanderplatz wie von einem Reissbrett und aus einem Guss, trotz der unterschiedlichen Konstruktionen verschiedener Architekten.

In die Gebäudenutzung rund um den Alexanderplatz gingen zentrale Axiome des Gesellschafts- und Politikverständnisses der SED ein. Nämlich der Anspruch, die Gesellschaft nach deren Willen zu lenken und planmässig zu entwickeln. Die Betonung der Arbeit stand ebenso im Zentrum aller menschlichen Lebensäusserungen wie die politische Beteiligung und Aktivierung der Bürger im Rahmen des bestehenden Institutionen- und Organisationsgefüges unter den Bedingungen des «demokratischen Zentralismus».<sup>19</sup>

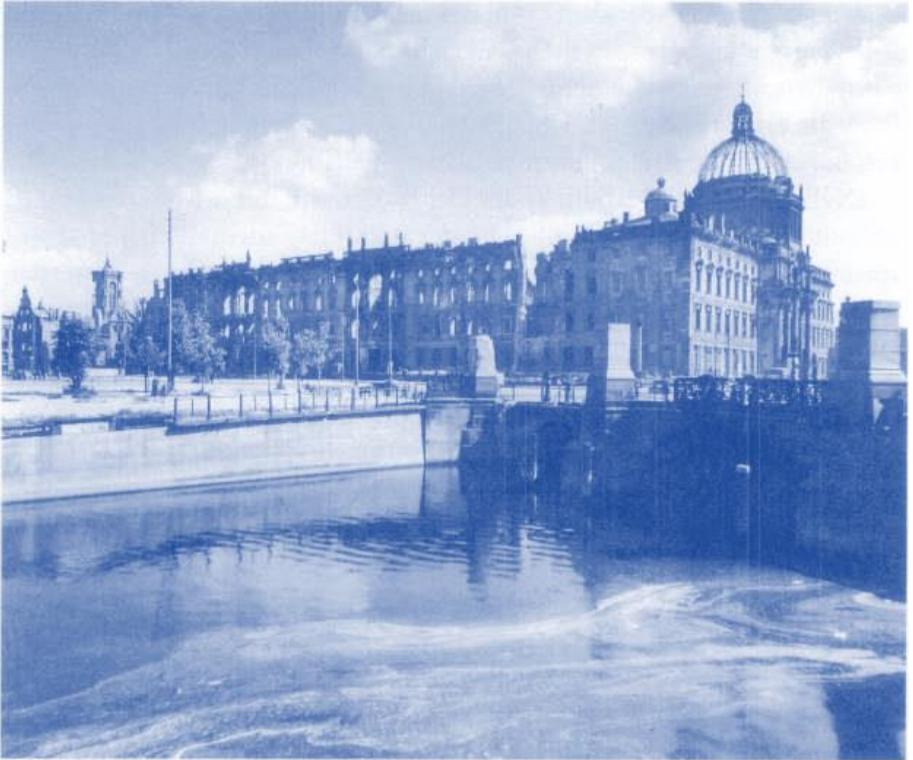
Das Beton-Gewand des Alexanderplatzes diente der Konturierung des modernen «sozialistischen Zeitalters». Bereits seine Errichtung hielt als Inkarnation eines «neuen Lebens» her und wurde literarisch und theatralisch pädagogisiert. Im Volksstück «Mässigung ist aller Laster Anfang» – untertitelt mit «Szenen um den Alexanderplatz» – ist der Ort der Handlung die Baustelle Alexanderplatz. Bejubelt wurde es als ein prosaisches Theaterstück, in dem es gelang, «Arbeiterstolz und -selbstbewusstsein echt darzustellen, (und) ein neues Verhältnis zur Arbeit»<sup>20</sup> zu bekunden. Der Bauplatz zeigt: «Die Gemeinschaft trägt in letzter Instanz das Individuum, es ist die gemeinsame Arbeit, die die Menschen formt... Die Hauptsünde ist das Sichzufriedengeben. Die neue Tugend ist das Höherstreben, und es ist sinnbildlich, dass sie bei den Bauleuten zu finden

ist. Statt auf der biblischen Jakobsleiter, sieht der Autor Lucke die Bauleute auf Kränen und Aufzügen nach oben schweben und sich statt in den siebenten Himmel in ein höheres Bewusstsein befördern. An den Wolken kratzend, kratzen die Bauleute an ihrer eigenen Unzulänglichkeit und bringen das ideelle und kollektive Fundament der sozialistischen Moral in Ordnung.»<sup>21</sup>

Der inhaltlichen Sortierung der Gebäude sowie ihren Dimensionen ist un schwer zu entnehmen, dass der Alexanderplatz thematisch das repräsentativ gesellschaftliche Zentrum Ostberlins und der ganzen DDR werden sollte. Auf dem Platz wurden jene Einrichtungen konzentriert, die man als Höhepunkte der vollkommenen «sozialistischen Lebensweise» definierte. Für die Lehrer, denen die Partei als «sozialistischen Pädagogen des Volkes» eine herausragende Aufmerksamkeit widmete, war das «Haus des Lehrers» als zentrale politisch-ideologische und fachwissenschaftliche Einrichtung gedacht, ebenso wie für die Statistiker das «Haus der Statistik». Alles wohlgeordnet und klar hierarchisch strukturiert. Ideologiekonferenzen, FDJ-Happenings, Kongresse vom Schriftsteller- und Künstlerverband sowie andere weihevollen Veranstaltungen fanden in der Kongresshalle statt. So wie sich die Gesellschaft planmässig und angeleitet durch den sozialistischen Staat entwickeln sollte, so sollte sie sich auch alltags und feiertags planmässig bewegen: «Das Zentrum unserer Hauptstadt ... müsse zu dem grossen Demonstrationsplatz werden, auf dem der Kampfwille und Aufbauwille unseres Volkes Ausdruck finden können.»<sup>22</sup> Diese Konzentration gesellschaftlich bedeutender Einrichtungen an einem Ort entsprach dem ideologischen Prinzip der Orientierung an einem Zentrum. Das Machtzentrum stellte die SED dar. Sie wollte die Gesellschaft kontrollieren, und demzufolge bestand ihr Ziel in der Sicherung ihres alleinigen und unangefochtenen Führungsanspruchs. Die Gebäude auf und rund um den Platz, die diesen uneingeschränkten gesellschaftlichen Herrschaftswillen vereinen, offenbaren in ihrer anmassenden Komposition, in ihren Widersprüchen sowie in der noch zu beschreibenden weiteren Entwicklung ihrer Nutzungen das Scheitern der DDR an sich selbst. Wenn sich im neugestalteten Alexanderplatz der umfassende Herrschaftswillen der SED ausdrückt, was integrieren seine neuen Gebäude? Umgekehrt gefragt: Wovon distanziert sich der neue Platz?

### **Distanz und Nähe des neuen Platzes**

Mit den neuen Magistralen rund um den Alexanderplatz wurden Verbindungen quer durch alte Stadtquartiere zu jenen östlichen Stadtvierteln geschlagen, die



*Berliner Stadtschloss (Ruine)  
Im Vordergrund: Spree mit Schlossbrücke, links: Rathausurm*

sich «planmässig» als «sozialistische Wohnsiedlungen» herausbilden sollten. Beispielsweise die kilometerlange Leninallee, die am Friedrichshain vorbei bis in die Lichtenberger Wohnquartiere und weiter bis in die Grosssiedlung Marzahn hineinlangte, jenen Stadtteil, der später erst aus dem Boden gestampft wurde. Scheibchenhochhäuser, die man durch die verstärkte Fertigbauweise unter Verzicht auf kosten- und zeitaufwendige Repräsentation in schlichter Sachlichkeit im Akkord erstellte, wurden bis nahe an den neuen Alexanderplatz herangeführt. Nur das Leben im Neubau galt als «dem Sozialismus gemäss». Diese Wohnsiedlungen sollten sich an den Alexanderplatz anschliessen, denn «hier wohnen die werktätigen Menschen, die in aufopferungsvoller und planvoller Arbeit das neue Leben in einem friedliebenden Deutschland bauen».<sup>23</sup> Durch die grossen Magistralen wurden die Altstadtgebiete in einer Art «realsozialistischen Hausmannisierung», deren «alter» plebejischer Charakter sich noch teilweise weiter erhielt, voneinander geschieden: Beispielsweise die sogenannte Spandauer Vorstadt am Fusse des Alexanderplatzes als traditionelles Arbeiterviertel. Sie ist ein Teil vom «Steinernen Berlin» mit Häusern aus dem 19. und zum Teil noch 18. Jahrhunderts, mit einer Bebauung, in der neun Hinterhöfe keine Seltenheit sind. Durch die Entwicklung des grossen Strassenquadranten Karl-Liebknecht-Strasse, Mollstrasse, Hans-Beimler-Strasse und neuen Alexanderplatz anstelle der ehemaligen Georgen- bzw. Königvorstadt sind am Rande der Spandauer Vorstadt Brüche in der Bebauungsstruktur und unansehnliche Hinterseiten entstanden. Die Altstadtgebiete um den Prenzlauer Berg und das Scheunenviertel wurden radikalen Schnitten unterzogen. Diese Quartiere darbtten im Schatten des neuen Platzes an der Spannung von Mauer und Stacheldraht. Mit der Ausgrenzung bestimmter Viertel entstand der neue Alexanderplatz als ein moderner Solitär mit lediglich einseitigen Verbindungs- und Nachbarschaftsfaktoren.

Diese Barriere war zugleich Foyer, ein Entree zu den Räumen der Macht. Erst hinter dem Alexanderplatz liess sich das hauptstädtische Zentrum mit allen Partei- und Regierungszentralen nieder. Die augenfällige Gegensätzlichkeit zwischen dem aufgehellten Zentrum und dem verdunkelten Alt-Berliner Kiez blieb den Augen der Mächtigen erspart. Verbunden waren sie mit den Stadtteilen, wo nur jenes treue Personal siedelte, das durch den Filter staatlicher Wohnungsvergabe die Genehmigung dazu erhielt.

Distanz und Nähe bewirkte auch die Hierarchisierung der Gebäude im näheren Umfeld des Alexanderplatzes. Seine Hexagonalität, seine Abstufung war zugleich Abweisung. Die nach 1945 übriggebliebenen alten prunkvollen Gebäude wurden rücksichtslos ausgeschart oder ins räumliche und visuelle Ab-



*Marx-Engels-Brücke (vorher: Schlossbrücke)  
im Hintergrund: Palast der Republik und Fernsehturm, Dom  
Die Schlossbrücke wurde in den jähren 1922-24 nach einem Entwurf von Karl Friedrich Schinkel er-  
baut. Die Figuren wurden im 2. Weltkrieg abgebaut, 1984 wieder aufgestellt.*

seits plaziert, da man sie als «Überbleibsel früherer Klassengesellschaften» ansah. Tausende von zum Teil internationalen Protesten bändigten Ulbrichts Abrissentschluss und verhinderten, dass er sich an der Marienkirche vergriff. Sie blieb. Doch an den Rand des neuen Alexanderplatzes gedrängt, wirkt sie verloren. Demonstrativ dominieren die modernen Formen und die weiten Freiräume ringsum aufgrund ihrer Monumentalität.

Die Umgestaltung des Alexanderplatzes bedeutete eine kulturelle Neudefinition. Sie korrigierte das Metropolitane der vergangenen, der Weimarer Geschichte. Der neue architektonische Habitus des Platzes und seine kulturelle Tradition schlossen einander aus. Der Alexanderplatz wurde somit ein Teil jenes kulturellen Defizits, aufgrund dessen sich das nicht inszenierte Kulturleben immer weiter aus der zentralen Stadt zurückzog. «Gut» und lasterlos sollte der Platz sein, «der Grösse und Kraft der fortschrittlichen Gesellschaftsordnung, der Freude und Schönheit des Lebens in Frieden und Wohlstand» Ausdruck verleihen: eine «Art der Repräsentation, die auf einem auf eigene Kraft errungenen Reichtum des Volkes beruht und Ausdruck der Erfolge volksverbundener Kultur ist».<sup>24</sup> In den modernsten städtebaulichen und architektonischen Konzepten ging es nicht nur um Abgrenzungen gegenüber Vergangenen. Zugleich ging es um die symbolische Funktion, sich gegenüber den modernen Westberliner Nachkriegsplanungen zu behaupten. Als hier in den fünfziger Jahren die modernen Vorzeigevierviertel entstanden, wollte Ostberlin nicht hinten anstehen.

Wer sich die Utopien in der stabilen und prinzipiellen Architektur vom Alexanderplatz vor Augen führt, erkennt mühelos, dass ihnen Totalität, Simplizität, und Homogenität zugrunde liegt, die sich nur durch Liquidation aller nach dem Krieg verbliebenen «wesensfremden» Bauten durchsetzen liessen. Dieses Phänomen ist auch in anderen Gesellschaftssystemen anzutreffen, in denen der Mainstream der Nachkriegsmoderne seine Spuren hinterliess. Am Alexanderplatz kommt aber noch das ursächlich Politische hinzu. Die Identität der Charakteristika der Gebäude am Alexanderplatz mit dem politisch-ideologischen Grundmuster der DDR ist augenfällig. Welche Strategie offenbart diese Liquidation? Welche Strategie stand hinter dieser Architektur, die Distanz vermittelt gegenüber Pluralität und Komplexität?

Platz der «Bewunderung» und der «Gemeinsamkeit»

Architektur und die Gestaltung öffentlicher Räume in der DDR waren durchweg politisch motiviert. Harold D. Lasswells<sup>25</sup> Studie «The Signature of Power.

Buildings, Communication and Policy» gewährt äusserst interessante Einsichten in den Zusammenhang von Bauten und Macht, die Rückschlüsse auf den Alexanderplatz zulassen. Der tragende Gedanke in Lasswells Arbeit ist die Beobachtung, dass alle Herrscher versuchen, ihre Macht durch besondere Bauten innerhalb der Architektur der Hauptstadt darzustellen oder zu integrieren. Die Gebäude sind nicht nur als Dekoration gedacht, sondern Teil eines simultanen Prozesses von Kommunikation und Kollaboration. Das heisst, unbewusst passt sich das Publikum an die Symbolik der Gebäude an. Lasswell beschreibt die zwei unterschiedlichsten Formen, die die Ausübung von Macht durch Bauwerke annehmen kann: die Strategie der Ehrfurcht und die Strategie der Gemeinsamkeit.

Die erste Strategie ist typisch für Tyrannen oder Autokratien, die zweite für etablierte populäre Demokratien. Dazwischen liegen viele mögliche Regierungsformen und somit viele andere Strategien. Die am weitesten verbreitete Strategie ist die «Strategie der Bewunderung», die in antidemokratischen Systemen anzutreffen ist. Anstelle einer implizierten Bedrohung geht es hier um ständige Schau sowie darum, das Verhalten des Publikums an das dargestellte Modell anzupassen. «Bewunderung» wird als offizielles Ziel verstanden und darf nicht mit Akzeptanz durch die Passanten verwechselt werden.

Eine Zuordnung der Architektur am Alexanderplatz zu einer der Strategien leitet sich nicht nur aus seiner sinnbildlichen Gestaltung ab. Hierbei gilt es, die bereits oben beschriebene Art und Weise der Errichtung des Platzes zu reflektieren sowie die vorweg ausgeführte Wirkung auf seine Umgebung als auch die architektonischen Sinnbilder im Umfeld des Platzes zu erfassen. Zugleich kann die mit dem Platz intendierte Strategie nicht losgelöst von dem ideologischen und dem realen gesellschaftlichen Gesamtkonzept erörtert werden.

Die DDR-Machthaber setzten ganz bewusst auf eine Mischstrategie mit Merkmalen der «fraternity» und «approachability». Die *Nutzungen* der Gebäude rund um den Alexanderplatz offenbaren die «Strategie der Gemeinsamkeit». Sie sind Ausdruck der Dominanz öffentlicher Interessen. Diese «Öffentlichkeit» entstand vor allem in Demonstrationen und Festen. Die Nutzungsverteilung auf dem Platz zeigt, dass er auch für Öffentlichkeit in Form von Bewegungen des alltäglichen Lebens konzipiert wurde. Die Öffentlichkeit als Markt, als Warenaustausch wurde auch hierher plaziert, doch so gestaltet, dass sie die anderen hofiert. Die meisten Gebäude am Alexanderplatz waren als zentrale sinnstiftende Orte geplant, in denen Gemeinsamkeit zelebriert und, entsprechend der thematischen Gebäudenutzungen, Gemeinschaft definiert werden

sollte. Hier ging es nicht um Gemeinschaftsstiftung durch die Herstellung von Konsens. Vielmehr sollten in diesen Gebäuden von der Partei vorgegebene Leitsätze «abgeholt» und bestätigt werden. Nicht das Prinzip der Repräsentation, sondern das der Präsentation bestimmte das Konzept der öffentlichen Räume. Doch Ziel der Präsentation war die Herstellung von Gemeinsamkeit.

Hinter dem *Aufbau* des Alexanderplatzes steht die «Strategie der Bewunderung». Die akribisch geplante Errichtung des «neuen» war zugleich eine gewollte Vernichtung des «alten» Alexanderplatzes. Lebendige Geschichte wurde mit der Gründung der DDR als abgeschlossener Prozess betrachtet und die architekturgeschichtlichen Zeugen quasi zum Abriss freigegeben. Auf die «Strategie der Bewunderung» weist zugleich die *Konfrontation* der am Alexanderplatz in Beton gegossenen Städtebauziele *mit seinem Umfeld* hin. Es wurde bereits gezeigt, dass die geschaffenen Distanzen und Grenzen unverkennbar sind. Der Umgang mit den Räumen im städtischen Umfeld des Platzes bestätigt diese Strategie. Der Alexanderplatz war nicht nur ein Zentrum, er war im Verbund mit der Karl-Marx-Allee und der Strasse Unter den Linden *das* einzige Zentrum. Andere mobile und urbane traditionelle Zentren mit lokalen Bezügen fielen dem gezielten Leerstand zum Opfer.

Die «Strategie der Bewunderung» beim Aufbau des Platzes sollte also mit der «Strategie der Gemeinsamkeit» bei der Nutzung eine Verbindung eingehen. In Analogie hierzu steht, dass politischer Absentismus in der DDR als Verstoß gegen den Moralkodex der sozialistischen Gesellschaft verstanden wurde, die Bürger sollten «dabei» sein, jedoch nicht partizipierend in gesellschaftlichen und politischen Angelegenheiten, sondern mobilisiert für die Ziele der Partei. Die ideologische Grundidee bestand darin, dass der Unterschied von Staat und Gesellschaft aufgehoben sei. Staat und Gesellschaft bildeten zwar eine Einheit, an der Bestimmung der Ziele und Aufgaben waren die Bürger aber nicht beteiligt. Der Staat trat den Bürgern ganz nach obrigkeitsstaatlicher Tradition als höchste Autorität gegenüber, verlangte jedoch mittels seiner Institutionen ein permanentes Aufgebot an Gemeinsamkeit.

Wie kam es jedoch zu dieser Mischstrategie? Vor allem, wie ging die ideologische Rechnung von «Bewunderung» und «Gemeinsamkeit» auf?

### **Der real existierende Alexanderplatz**

Die Mischstrategie entspricht der gegen Ende der sechziger Jahre aufkommenen Vision einer «sozialistischen Menschengemeinschaft», in der alle Mitglie-

der der Gesellschaft, ungeachtet ihrer sozialen Stellung, vereint werden sollten. Diese Vision implizierte die harmonische Überhöhung einer «konfliktfreien sozialistischen Gesellschaft». Sie war zwar eine Utopie an sich, doch sie ersetzte zugleich die utopische Zukunftserwartung, in absehbarer Zeit den Kommunismus zu errichten.

Die SED war in den sechziger Jahren gezwungen, eine realitere Normierung der sozialen Verhaltensweisen zu formulieren. Längst vor dem Bau des neuen Alexanderplatzes wurde mit ersten gesellschaftlichen Krisentendenzen des DDR-Staates in den fünfziger Jahren offensichtlich, dass es der Partei nicht gelang, «Gemeinsamkeit» zwischen der Bevölkerung und den Machthabern durch «Bewunderung» der mächtigen Ideologieziele zu stiften. Die anstelle von «Bewunderung» herrschende Skepsis und die statt der «Gemeinsamkeit» verbreitete Distanz entlud sich während des Arbeiteraufstandes am 17. Juni 1953, der unweit vom Alexanderplatz an der Stalinallee begann. Es war jene Zeit, als die SED beinahe der ganzen alten Gesellschaft den Kampf ansagte. Eine «präzise Klassenanalyse sollte der Partei darüber Auskunft geben, wie die Widerstands- und Anpassungspotentiale in den sozialen Klassen, Schichten und Gruppen, die entmachtet, umgeschichtet oder neu erzogen werden sollten, aussehen».<sup>26</sup> Dieser absolute Führungsanspruch der SED geriet mit dem durch die wirtschaftliche Misere motivierten Aufstand 1953 in eine Krise. Nach dem Juni-Aufstand zeigte die Partei zwar ihren entschlossenen Machtwillen an der unumkehrbaren Entwicklung des Sozialismus in einem halben Land, doch sie musste ihrer seit Anfang der fünfziger Jahre propagierten Programmatik vom «planmässigen Aufbau des Sozialismus» mit raschem ökonomischen Fortschritt Halt geben.

Dieser pragmatische «Materialismus» wurde als Stütze für eine Mischstrategie der «Bewunderung» und «Gemeinsamkeit» bezweckt, deren Ziel in der Absicherung der Macht bestand. Mit der «neuen Sachlichkeit des ‚neuen ökonomischen Systems‘ Anfang der sechziger Jahre» wurde eine forcierte Modernisierung in Gang gesetzt. Nicht nur die mangelnde Leistungsfähigkeit, sondern den gewachsenen technologischen Rückstand galt es aufzuholen: «Überholen statt einzuholen» lautete Ulbrichts Direktive, nach der der Lebensstandard der Westdeutschen erreicht und übertroffen werden sollte.

Wie kein anderes architektonisches Ensemble im Osten Berlins verkörpert der Alexanderplatz die Ende der sechziger Jahre zur «sozialistischen Hauptaufgabe» erklärte «Einwilligung der Gesellschaft in ihre Rationalität, Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit».<sup>27</sup> So wie sich die architektonischen Abbildungen dieser neuen Essenzen sozialistischer Lebensweise wenig von denen

im «modernen» Westen unterschieden, prägten sie in Analogie neue Strukturen und Werthaltungen, die immer mehr Ähnlichkeiten mit denen in westlichen Industriegesellschaften aufwiesen.

Inwieweit der Ökonomismus, die Reduktion auf das unmittelbar Materielle in der DDR der siebziger Jahre zur «lingua franca» (Lutz Niethammer)<sup>28</sup> wurde, spiegelte sich in den Umnutzungen alter und im Ausbau neuer Ladenzeilen rund um den Alexanderplatz wider. Die «Strategie der Bewunderung», so wurde den Herrschenden klar, liess sich nicht mit leeren Regalen einlösen. Wenn sich schon keine «Gemeinsamkeit» zwischen den Mächtigen und der Bevölkerung einstellen wollte, so sollte doch mittels materieller Befriedigung der Bevölkerung wenn schon nicht Gemeinsamkeit dann zumindest «Duldung» erwachsen. Die SED erkannte, dass sie es weiterhin mit «Franz Bieberköpfen» zu tun hatte. Franz Bieberkopf, jener Mann vom Alexanderplatz in Döblins Grossstadtepos, der anständig blieb, solange er Geld hatte, aber eben auch nur so lange, weil er «mehr vom Leben verlangte als ein Butterbrot». Neben «Versorgungseinrichtungen für den gehobenen Bedarf», die Lebensmittel mit der Qualifizierung «Delikat» anboten, und denen für Textilien mit dem Etikett «Exquisit» öffnete auch ein «Intershop». Jene Handelseinrichtung, die sich als «Mauer» innerhalb der DDR erwies und die DM-Besitzer von den DM-Losen abgrenzte. Versuche der Traditionsadaption, das Restaurant «Zillestuben» und das Berliner Kaffeehaus unter der Sparkasse am Rande des grossen leeren Platzes wirkten zwar verloren, wurden aber zu erstrebenswerten «guten» Adressen der Ostberliner. Das «Einrichtungshaus für Klein- und Grossmöbel» im «alten» Peter-Behrens-Haus trug sowohl einen programmatischen als auch symptomatischen Namen. Beide, die politische Führung und die Bürger hatten Anfang der siebziger Jahre begonnen, sich im Hier und Jetzt einzurichten.

Mit Hilfe einer paternalistischen Sozialpolitik seit Anfang der achtziger Jahre, geschmückt mit den Bonbons zugeteilter «exquisiter und delikater Konsumartikel», schaffte es die SED, das Potential an «Skepsis» zu verringern und den Grad der «Duldung» zu erhöhen. Die «Strategie der Bewunderung» trug insoweit Früchte, als die DDR-Bürger im direkten Vergleich zu den osteuropäischen Besuchern, die die Auslagen des DDR-Lebensstandards am Alexanderplatz bestaunten, ihren wachsenden Wohlstand zu schätzen lernten. Als Gegenleistung erwartete die SED die Einhaltung der Gebote einer neuen sozialistischen Sittlichkeit, die da lauteten: Liebe, Güte und Engagement für das sozialistische Vaterland und mit «du sollst» eingeleitet wurden.

Die ökonomistisch motivierte Mischstrategie der «Bewunderung» und «Ge-

meinsamkeit» bezweckte die politische Bindung der Bevölkerung an das DDR-System. Die Modernisierung der DDR, an der die Partei weiterbauen wollte, ging nicht nur bezüglich der ökonomischen, sondern auch bei der gesellschaftlichen Modernisierung mit einem technischen-obrigkeitsstaatlichen Ansatz vor sich. Die DDR war und blieb eine politische Zielkultur. Obgleich sie ihre Ziele weitgehend verloren hatte, basierte die offizielle politische und gesellschaftliche Kultur auf hierarchisch obrigkeitlichen Gesellschaftsvorstellungen. Sie verlangte, die eigenen Lebenserfahrungen nach vorgegebenen Interpretationsmustern zu verarbeiten. Demgegenüber waren das Alltagsbewusstsein, die Einstellungen und Gefühle, die Einsichten und das politische Verhalten der Bürger von vielfältigen Einflüssen geprägt, die eine Entfremdung von der offiziellen Kultur und den formalen Regeln bewirkten.

Dieser manifeste Widerspruch zwischen der offiziellen politischen Kultur in den gesellschaftlichen Gebäuden mit ihren abgelebten Ritualen und Parolen und der gelebten Alltagskultur klappte gerade am Alexanderplatz offensichtlich auseinander. Die Mächtigen in Ost-Berlin konnten ihn nicht einmal in «ihrem» Zentrum auflösen. Gerade der Vergleich zwischen den Bewegungen in den am Alexanderplatz offiziell plazierten «Handelsund Versorgungseinrichtungen» sowie in den ideologisch und gesellschaftlichen Räumen ringsum offenbarte die Spannung zwischen Individuum und Gesellschaft, zwischen der Sphäre des Privaten und der Sphäre des Öffentlichen. Der zunehmende Wohlstand führte nicht zu dem von der Partei erhofften Effekt wachsender Verbundenheit mit dem politischen System. Im Gegenteil, er bewirkte eine wachsende Entfremdung. Das Sich-Einrichten in der «Nischengesellschaft» (Günter Gaus) wurde vollends vom privaten Wohlstandstreben ausgefüllt. Im Wohlstandsgerangel ging es um die «kleine» und hier und da um die von den Machthabern erklärte «grosse» Welt.

Dieser Widerspruch wuchs augenscheinlich am Alexanderplatz. Je mehr «buntere» Geschäfte entstanden, desto unanschaulicher grauten einen die offiziellen Gebäude. Es war die Unanschaulichkeit der Macht. Die in das «Haus des Lehrers» und in die «Kongresshalle» projizierte Macht besass keine sinnlich positiv erfahrbare Dimension. Sie blieb abstrakt und unbegreifbar. Schliesslich wurde sie als bedrohlich empfunden im Kontrast zu den kleineren privaten Räumen der «Nischengesellschaft», in den Cafés und Geschäften. Immer offensichtlicher lief die Strategie der «Bewunderung» und «Gemeinsamkeit» ins Leere. Mit dem «Sich-Einrichten» wuchs der Anteil jener, die die offizielle DDR ignorierten und deren dünne Fäden an «Gemeinsamkeit» mit ihr sich auflösten.

## Die Inszenierung vor der Ruinierung

Ein verbindender Mechanismus auf dem Alexanderplatz zwischen den offiziellen präsentativen Gebäuden und den privatisierten öffentlichen Nischen schwand zunehmend. Ihre jeweiligen Nutzungen, ihre jeweilige Ästhetik und ihre verschiedenen Farben und Töne wurden immer beziehungsloser. Der «generalisierte» Platz drohte von seinen sich «partikularisierenden» Räumen in Frage gestellt zu werden. Symbolhaft zeigte sich am Alexanderplatz, wie zwar autoritäre Strukturen allzeitig präsent, nicht aber allseitig durchsetzbar waren. In diesen Zwischenräumen entlastete sich das Volk.

Als die Mächtigen den Alexanderplatz aufgrund der sozialen Wirklichkeit der Nischengesellschaft immer weniger als geplant «vollkommen» erfuhren, sondern als den aus dem praktischen Alltagsleben hervorgegangenen profanen Konsumplatz, delegierten sie immer häufiger seelenlose Volksfeste an diesen Ort. Die Volksfeste und Kundgebungen sollten dem Platz jene Aura sichern, die ihm von Anbeginn der DDR zgedacht war.

Damit auf dem Alexanderplatz der kulturelle Primat der «sozialistischen Hauptstadt» über die populäre Gegenmacht der «Nischengesellschaft» die Oberhand behielt, versuchte die Partei auf die vielfältigen Einflüsse zu reagieren, sie zu steuern und überschaubar zu halten. Die vielen Kameras rund um den Alexanderplatz durften gewissermassen als das permanente Indiz dafür gelten, dass sich die SED ihrer Untertanen nicht sicher sein konnte. Den Besuchern aus dem «nichtsozialistischen Ausland» galten ihre Aufnahmen weniger. Deren Aussonderung besorgten die «Genossen Einlasswärter» an den Grenzübergangsstellen zur DDR.

Die Gesellschaft der realsozialistischen Rundstrickbürger, die sich, aus allen Gegenden der DDR kommend, am Alexanderplatz versammelte, um ihre Einkaufsnetze mit denjenigen Waren zu füllen, die es per Sonderzuteilungen nur am Alex gab, bestaunte das internationale Treiben. Die meisten Besucher aus dem Westen, deren Exkursion nach «Ostberlin» auf dem Alexanderplatz endete, staunten demonstrativ zurück. Sie liessen es sich nicht nehmen, beim Wühlen in den Auslagen des Centrum-Warenhauses den Habitus von Zeitreisenden hervorzukehren, um mit dem erhebenden Gefühl abzureisen, «besser» zu leben. Der unterdrückte metropolitane Platz wirkte trotz Bockwurstbude, Kaufhaus und anderen «gehobenen Versorgungseinrichtungen» auf sie sonderbar altmodisch. Denn er blieb auch mit seinen DDR-unüblichen reichhaltigen Verzierungen ein Platz geprägt von einer Art kollektiver Provinzialität. Die Geschäftigkeit konnte nicht darüber hinwegtäuschen: Die Zeit stand still. Doch für die DDR-Bürger liefen die Lebensuhren.



*«Zwanzig erfolgreiche Jahre prägen das neue Gesicht des ‚Alex‘, neues Zentrum der Hauptstadt der DDR. Die neuen Bauwerke Fernsehturm (M.), Interhotel ‚Stadt Berlin‘ und das ‚Haus des Lehrers‘ beherrschen das Bild des neuen Zentrums.»*

Die Besucher von aussen, die bunten Auslagen in den Geschäften sowie die noblen Hotels und Restaurants irritierten die DDR-Einheimischen nicht nur. Der Kontrast zu den offiziellen Versammlungsorten vermittelte den Besuchern aus Bitterfeld, Leuna oder anderswo, wie «ihre» Orte im Innern des realen DDR-Sozialismus aussahen. Jene Orte in der stumpfsinnig-brutalen Öde, die sie begeistert akzeptieren mussten. Im marxistischen Idiom: Die einheimischen Passanten auf dem Alexanderplatz mussten einen antagonistischen Widerspruch über sich ergehen lassen zwischen dem, was nach aussen in die fremde Welt hin präsentiert wurde und dem, worin und womit sie täglich im Innern leben mussten. Die gesellschaftliche Basis kam somit leicht ins Wanken, und es stellte sich die Frage, wie der ungeheure Überbau und die zunehmend verwirrte Apathie in der gesellschaftlichen Basis sich zueinander entwickelten.

Indem der Platz das andere, den Westen, so stark betonte, auch wenn er sich wiederum durch Abgrenzung vom Westen zu definieren versuchte oder andererseits seit Mitte der achtziger Jahre westliche Kultur- und Konsummuster adaptierte, wurden – ungewollt – die DDR-üblichen Bewertungsmaßstäbe unterstützt: Was sind wir im Vergleich zur Bundesrepublik? Viele, wenn nicht die meisten DDR-Bürger verglichen ihre Situation mit der im Westen. Als Massstab des Vergleichs diente die durch die westlichen elektronischen Massenmedien vermittelte Wirklichkeit. Als dieser Vergleich aufgrund grosszügigerer Westreisemöglichkeiten in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre für eine immer grössere Anzahl DDR-Bürger erfahrbare Wirklichkeit wurde, wirkte er für nicht wenige wie ein Schock. Die tausendfachen Erlebnisberichte verbreiteten sich in der bleiernen Zeit und beflügelten auch die Phantasien derer, die ohne Pause im absurden DDR-Arrest verharren mussten. Nicht zuletzt dadurch veränderte die DDR ihren politischen Aggregatzustand. Die einzige Säule für die Strategie der «Bewunderung» und «Gemeinsamkeit», der bescheidene Wohlstand, brach weg. Was hatten die exklusiven Nischen am Alexanderplatz im Vergleich zum Kurfürstendamm noch zu bieten? Mit den präsentierten Horizonten westlichen Lebensstiles wuchs die «Ablehnung» der DDR. Jeglicher Rest identitätsstiftender Gemeinsamkeit war von Auflösung befallen.

Hilflos stand die SED auch den vielfältigen neuen sozialen Erscheinungen gegenüber, die vor allem in der jüngeren Generation zutage traten. Ein bedeutender Aspekt der Ostberliner Stadtgesellschaft war, dass es nicht nur eine einzige «herrschende» Stadtkultur gab. Unweit vom Alexanderplatz wirkten in mehr oder weniger ausgeprägten Subkulturen einerseits tradierte Vorstellun-

gen, die sich gegenüber den vierzig Jahren DDR als äusserst resistent erwiesen. Benachteiligte und Ausgeschlossene entwickelten andererseits ein Eigenleben mit einer eigenen Kultur. Auch trotz, oder vielleicht gerade wegen, des freiwilligen und erzwungenen Abflusses Oppositioneller in den Westen, wuchs diese kritische Kultur und mit ihr eine quirlig-kritische Grundstimmung.

Versuche, Teile des DDR-Systems aufzubrechen, kamen aus Gruppen, die vorwiegend im Prenzlauer Berg zu Hause waren. Diese Widerstände aus längst abgesagten Stadtvierteln erschienen als Proteste gegen jenes historische Ziel, für das der Alexanderplatz stand.

Anfangs, als diese Kultur die Herrschenden zunehmend beunruhigte, war der Alexanderplatz der am wenigsten oppositionelle Platz. Doch das Ende des totalitären Clinchs wurde gerade dort eingeläutet. Nachdem hier die DDR, das Derivat «stalinistischer Prägung» ihre Feierlichkeiten zum vierzigsten Gründungstag inszeniert und eine Massenmanifestation und militärische Schaustellung präsentiert hatte, sammelte sich im nahegelegenen Prenzlauer Berg bereits jenes Ferment, das den Platz am 4. November 1989 fünfhunderttausendfach von seiner erzwungenen Unschuld befreite.

PETER KNOPP

## «IST EIN TRAUM, KANN NICHT WIRKLICH SEIN ...»

ASPEKTE VON LEGITIMATIONSPROBLEMEN  
IN DER KULTURPOLITIK

*Für Octavian*

### 1. Unverhofftes Schattenlicht

Am Abend des 16. Juni 1994 war in Berlin, im Französischen Kulturzentrum Unter den Linden, ganz ausdrücklich von Gespenstern die Rede. Jacques Derrida, der Philosoph der Dekonstruktion, sprach über sein unlängst in Frankreich erschienenen Buch «Spectres de Marx» («Gespenster von Marx»).

Es ist nicht bekannt, wie viele der zahlreich andrängenden Zuhörer das Werk bereits gelesen hatten, aber der Diskurs über Karl Marx, den Derrida ohne Weiteres das Hauptgespenst unserer Zeit nannte, und über Möglichkeiten von Aufklärung heute und für uns, berührte die Zuhörenden, denn man war hier in Berlin in einer Stadt, die voll ist von Gespenstern und Alpträumen, die die Menschen heimsuchen und ihre Hoffnungen bedrängen.

Als Derrida vor seinem Publikum sass und zu ihm redete, hatte die Dekonstruktion in der ehemaligen Hauptstadt der DDR schon lange stattgefunden, und zwar in durchaus unvorhergesehener Weise, nämlich als plötzlicher Einsturz und methodenfreier Zusammenbruch sowohl eines Gesellschafts- als auch eines Denksystems. Was blieb, waren Bruchstücke, vielfach verstreut, an denen man sich stossen und noch immer verletzen kann.

Das Denken von Marx und was man daraus gemacht hatte, ein geschlossenes System zum Einfangen und zur Bändigung einer Realität, die sich nicht fügen will, west in seinen zahlreichen spektralen Brüchen unter uns und lässt sich nicht verdrängen. Die Spur der grossen Marxschen Erzählung in unserem Jahrhundert, seine alles prägende Signatur kann nicht ausgelöscht werden, und es wäre nicht einmal wünschenswert. Nach seinem Tod ist Marx noch immer unter uns als Revenant, als ein die Lebenden bedrängender Wiedergänger.

Mit einem Gespenst kann man nicht reden. Auf ein Gespenst geht man nicht zu wie auf einen Passanten. Man findet es nicht irgendwo draussen, zu bestimmter Stunde an vorgegebenem Ort. Die eigentliche Heimstatt von Gespenstern sind wir selbst, und sie erscheinen in uns ganz unverhofft: am Schreibtisch, beim Gang durch die Stadt, im Theater oder während wir mit einem Freund sprechen. Irgendeine spontane Assoziation, ein Wort, eine Erinnerung, der Anblick eines Gebäudes oder eines Menschen – alles macht, dass auf uns plötzlich ein Schatten fällt. Wie soll man sich wehren?

Man muss warten, bis das Gespenst in einem zu sprechen beginnt, und dann, vielleicht, kann man es anreden und einen inneren Diskurs eröffnen über Ökonomie und die Autonomie der Subjekte, über gesellschaftliche Strukturen und das absolute Wissen und was davon bleibt.

## 2. Kulturpolitische Rahmenbedingungen

Die DDR verstand sich als ein sozialistischer Staat, der gesetzmässig und unter grossen Mühen aus kapitalistischen Strukturverhältnissen zu einer neuen und höher entwickelten Gesellschaftsformation aufgestiegen war. Die Existenz dieses Staates wurde zuvörderst als das Verdienst der sich emanzipierenden Arbeiterklasse und ihrer sie führenden Partei, der SED, ausgegeben. Als Kompass der gesellschaftlichen Bewegungsrichtung galt der Marxismus-Leninismus, der als die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse und ihrer Bündnispartner propagiert wurde.

In der DDR war zu jedem Zeitpunkt ihres Bestehens die Politik von Partei und Staat – aber die Partei war eigentlich auch der Staat – darauf gerichtet, den Menschen die Erfolge der neuen sozialistischen Ordnung und vor allem deren tiefe geschichtliche Berechtigung ins Bewusstsein zu bringen. Aber im zweigeteilten Berlin liefen die bewusstseinsbildenden Vorgänge oft besonders spannungsreich, gelegentlich hochdramatisch ab. Die Ost-West-Teilung verunsicherte die Ostberliner, zwang sie zum täglichen Vergleich der Systeme und liess sie das schwierige Verhältnis zwischen Ideal und Wirklichkeit im sozialistischen Alltag spüren. Die Spaltung der Stadt war aber in den Augen und im Verständnis der Parteipropaganda auch die Teilung in eine trügerische kapitalistische Glanz- und Glitzerwelt («... ein Sumpf zieht am Gebirge hin ...») und in einen nur äusserlich ärmeren Stadtteil, mit einer friedliebenden, den Sozialismus aufbauenden Menschengemeinschaft («... freies Volk auf freiem Grund ...»), die die hohen Ideale der deutschen humanistischen Tradition nun endlich zu verwirklichen begann.

Walter Ulbricht war allen Ernstes der Ansicht, in der DDR könne und müsse ein abschliessender dritter Teil des Faust geschrieben werden.

Indessen waren im Ostteil der Stadt auch die berühmtesten Bühnen im gesellschaftlichen System der DDR fest verankert, eingebunden in eine Kulturpolitik, die zu jedem Zeitpunkt ein unabdingbarer Bestandteil des jeweiligen parteipolitischen Kurses der SED war. Die Prominenz von Künstlern verhinderte nicht, dass auch für ihre Arbeit die normative Ästhetik des sozialistischen Realismus galt. Es ging um die Beförderung eines sozialistischen Menschenbildes durch die Theater und um deren besonderen Beitrag zur Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit.

Die Massgaben des sozialistischen Realismus, also Volkstümlichkeit, verständlicher Abbildrealismus, Parteilichkeit, Optimismus, galten strikt für jeden Schöpfer eines Kunstwerkes: das Bild vom neuen Menschen sollte wirkungsvoll und überzeugend zur Geltung kommen. Auch die Interpretation, die Inszenierung älterer Werke auf den Bühnen hatte im Geist eines historischen Optimismus zu erfolgen. Die Rezeption des deutschen klassischen Erbes, wie der Weltkultur, erfolgte ganz im Sinne des Marxismus. Man sah die sozialistischen Werte im bürgerlich-klassischen Humanismus verwurzelt, aber über ihn hinausgehend und in einem neuen, einem sozialistischen Humanismus aufbewahrt.

Durch die Kunstdoktrin sollte die marxistisch-leninistische Staatsideologie als ein wichtiges Legitimationsinstrument des Herrschaftssystems, in jeder künstlerischen Produktion der Theater direkt oder in vermittelter Form anwesend sein. Die gesamte Öffentlichkeit des Staates, einschliesslich der immer schwerer zu disziplinierenden Kunstöffentlichkeit, war ein für allemal in den festen Rahmen eines geregelten und kontrollierten Sprachkodex einzupassen. So war es geplant und so ist es manchmal auch gewesen. Zum Glück konnte man auch andere Erfahrungen machen. Der gelebte Alltag der Künstler, die reale Praxis der Theater und Opernhäuser brachte vieles: hemmungslosen Opportunismus, aber auch distanzierte Zurückhaltung, Zivilcourage und listiges Taktieren in der Sklavensprache. Die Menschen in Ostberlin, der nachmaligen Hauptstadt der DDR, waren aus ebenso «krummem Holz» wie anderswo auch. Nur die Bedingungen waren eben ganz besondere, und das hat nicht wenige noch krummer gemacht.

Immer wieder haben sich auch die Theater der Stadt geschickt den restriktiven ästhetischen und politischen Vorgaben entzogen und grosse, vielbeachtete Kunstleistungen auf die Bühne gebracht. Konflikte mit der Obrigkeit blieben nicht aus. Es ist der Partei nie dauerhaft gelungen, die grossen Kunststätten Ostberlins in den politischen Griff zu bekommen. Die ablaufende Zeit in der DDR war, wie überall, kein dichtes Kontinuum.

Neben lastenden Perioden voll von administrativer Gewalt, gab es Zeiträume der Lockerung und der begrenzten Erlaubnis für Experimente. Später und dem Ende zu, in den achtziger Jahren, erweiterte sich der Aktionsrahmen für die Kunst ständig. Die kulturpolitische Dogmatik hatte im Verlauf des langsamen gesellschaftlichen Sterbeprozesses, der gleichwohl für die meisten von uns als solcher noch nicht erkennbar war, viel Kraft verloren und befand sich in der Defensive. Die wortreichen Zuchtmeister der Kulturpolitik waren allmählich stiller geworden und gaben sich verhalten liberal.

Kein Zweifel: Unter Theaterleuten und grossen Teilen ihres Publikums herrschte vielfaches Einverständnis über die Wünschbarkeit und die Möglichkeit einer sozialistischen Gesellschaft. Die repressive Realität des gewöhnlichen Sozialismus oder was sich dafür ausgab in der DDR wurde von vielen abgelehnt. Die bedrückenden Probleme des Alltags kamen in den offiziellen Sprachregelungen des Systems nicht vor. Irrwege und Sackgassen in Politik, Wirtschaft und Kultur wurden verschwiegen oder verleugnet. Gelegentlich gab man kleine Fehler zu. Aber es war wie in einer Erzählung Iwan Turgenjews:

«Ich hab ein kleines Fehlerchen gemacht» – sagte der Kutscher. Der Reisende sah aus dem Wagen: sie befanden sich mitten im Fluss ...

Da es keine Möglichkeit gab, die reale Befindlichkeit der Gesellschaft in den öffentlichen Diskurs zu heben, wurden Theater, Opernhäuser, Bücher, die ganze Welt der Kunst und des Imaginären zum Ersatz für die fehlende Öffentlichkeit. Aber auch zum Ventil für angestauten psychischen Druck, für brachliegende Energien. Man kam aus dem Theater wieder etwas entspannter heraus, nachdem die Dialoge die gesellschaftlichen Tabus indirekt und meist assoziativ umkreist hatten. Die Aggressivität, der Ärger des kritischen Zuschauers entlud sich in Gelächter oder heftiger Zustimmung, wenn Tacheles zwischen den Sätzen geredet wurde. Am Tag nach dem Theaterabend konnte man das loyale und konforme Leben besser wieder fortsetzen. So lebten viele hin ...

Menschen, die sich auf diese Weise immer wieder gut entspannen können, bilden keine nennenswerte Opposition. Unter diesem Aspekt wirkten die Theater durchaus systemstabilisierend. Was viele wollten, war nicht die Beseitigung, sondern die Verbesserung des Systems, eine Überschreitung des schlechten aktuellen Zustands hin zu einer sozialistischen, aber demokratisch verfassten Gesellschaft.

In den Theatern und Kunststätten Berlins konnte der Geist eine eindrucksvolle dialektische Geschmeidigkeit erringen – die Realität blieb davon unberührt und der schlechte Zustand reproduzierte sich immer aufs Neue. Während

im Theater dialektische und totalisierende Bewegungsabläufe kunstvoll und unterhaltsam sichtbar gemacht wurden, herrschte vor den Türen der Kunsttempel ein anderes gesellschaftliches Bewegungsgesetz, das der Wiederholung. Aber auch diese reale Wiederholung mit ihren Ritualen und inszenierten politischen Abläufen, den grossen Demonstrationen mit Sprechchören und Hochrufen, den Jugendtreffen mit Fackelzügen, den Parteitag – auch das lief nach einer, keineswegs unbekanntem, disziplinierenden Ästhetik für Menschenmassen ab. – Es schien, als wechselte man nur das Theater und käme von einer Vorstellung und von einer Ästhetik in die andere.

### 3. Eingreifendes Denken, befremdeter Blick

Vielleicht war in Berlin, der Theaterstadt, nichts so anziehend wie die Namen Brecht und Felsenstein und ihre Theater: das Berliner Ensemble und die Komische Oper.

Zwei Namen, die für scheinbar grundverschiedene ästhetische Auffassungen standen und die mit ihrer Theaterpraxis die Konventionen zerbrachen, ihr Publikum begeisterten, verstörten, zum Widerspruch reizten und es zu einer veränderten Wahrnehmung von Kunst und manchmal auch von Wirklichkeit brachten.

Aus der Emigration zurückkehrend, gründete Brecht im September 1949, zusammen mit seiner Frau Helene Weigel als Prinzipalin, diese engagierte Theatergruppe, die zunächst im Deutschen Theater gastierte und wenig später ins eigene Haus zog, ins Theater am Schiffbauerdamm, der Uraufführungsstätte der «Dreigroschenoper».

Seit der Premiere von «Mutter Courage und ihre Kinder» zu Beginn des Jahres 1949 war das Theater Brechts für einen langen Zeitraum die fraglos bedeutendste Bühne in Deutschland, vielleicht in Europa. Das Berliner Ensemble war ein Ort der lebendigen Auseinandersetzung mit dem Marxismus und der Einbeziehung dialektisch-materialistischer Philosophie in die gesamte dramaturgische Arbeit

In Brechts Marx-Rezeption war entscheidend, dass er die gesellschaftliche Wirklichkeit als Tätigkeit und verändernde Praxis begriff. Er hatte sein Theater in einem Land aufgeschlagen, dessen vorgeblich antifaschistischdemokratischen Grundkonsens er teilte und dessen sozialistisch-marxistische Zielsetzungen die seinen waren. Viele Emigranten, von gleichen Intentionen beseelt, liessen sich in der DDR, meist in Ostberlin nieder. Die Vorstellung von einem re-

alen Sozialismus, in dem der Humanismus gewissermassen schon aufgrund veränderter Produktionsverhältnisse eine natürliche Heimstatt hätte, war indessen bereits beschädigt. Die diktatorischen Verhältnisse in der Sowjetunion, die Moskauer Prozesse, der Stalin-Hitler-Pakt, das Verschwinden von Freunden, Sozialisten und gar Kommunisten in den stalinschen Lagern, hatte auch Brecht vorsichtig gemacht. Dennoch: Nach dem Ende des Hitlerfaschismus schien ein Neuanfang möglich, bei dem auch das sowjetische Sozialismusmodell entscheidend korrigierbar, also humanisierbar wäre. Alles konnte, so hoffte man, noch einmal neu beginnen. Man hatte viel gelernt in den Kriegs- und Emigrantenjahren. Jetzt sollte das Gelernte und neu Erkannte aus dem Kopf heraus, in das wirkliche Leben und sich dort verwurzeln.

Brecht ging davon aus, dass die Menschen im Wechselverhältnis mit materiellen Gegebenheiten, die objektiven Gesetzmässigkeiten erkennen und nutzen und dabei nicht nur die Natur bearbeiten und umgestalten, sondern auch das menschliche Zusammenleben. Für Brecht und jeden marxistischen oder dem Marxismus nahestehenden Intellektuellen ist Gesellschaft nur als veränderbare und sich ständig wandelnde strukturierte Vielfalt denkbar und erkennbar. In diesem Sinne verstand Brecht sein Theater, das Adjektiv «episch» zunehmend beiseitelassend, als dialektisches Theater, das Impulse geben wollte zur Veränderung.

«Die marxistische Lehre», schreibt er im «Messingkauf», «stellt gewisse Methoden der Anschauung auf, Kriterien. Sie kommt dabei zu gewissen Beurteilungen der Erscheinungen, Voraussagen und Winken für die Praxis. Sie lehrt eingreifendes Denken gegenüber der Wirklichkeit, soweit sie dem gesellschaftlichen Eingriff unterliegt.»<sup>1</sup>

Das dialektische Theater hatte in diesem Sinne das *eingreifende Denken* zu befördern und es zu einer kritischen, abwägenden und antizipierenden Funktion der Praxis zu machen. Brechts Theater faszinierte den Zuschauer durch seine hohe Kunstleistung und seinen kreativen Anspruch und brachte ihn gleichzeitig wieder auf Distanz als der besseren Position für das Erkennen von Zusammenhängen. Die Inszenierungen im Berliner Ensemble von Stücken Brechts und anderer Autoren waren als Appell an den Zuschauer gedacht, selbst geistig produktiv zu werden und die tradierte passive, nur einführende Aufnahme von Bühnenvorgängen zu überwinden. Das Spiel auf der Bühne, mit vielleicht mehreren Lösungsmöglichkeiten, war nach dem Ende der Vorstellung nicht aus, sondern ging im Kopf, im Erwägen neuer, anderer Auswege weiter. Brecht und sein dialektisches Theater machten die Zuschauer zu Mit-Schöpfern, so dass das Hierarchieverhältnis Dichter-Publikum verringert wurde und sich vielleicht Wechselseitigkeit einstellen konnte:

«Damit auf spielerische Weise das Besondere der vom Theater vorgebrachten Verhaltensweisen und Situationen herauskommt und kritisiert werden kann, dichtet das Publikum im Geist andere Verhaltensweisen und Situationen hinzu und hält sie, der Handlung folgend, gegen die vom Theater vorgebrachten.»<sup>2</sup>

Brechts neue Dramaturgie, seine Methode, Stücke als Versuche und als Vorschläge aufzufassen, die verändert werden können, hat nicht nur grossen Anklang und begeisterte Fürsprecher gefunden. Es gab auch Anfeindungen und kulturpolitische Widersacher, und es gab die schwierige Realität ausserhalb des Theaters. Die nichtaristotelische Dramaturgie Brechts, ein Instrument radikaler Aufklärung und Sichtbarmachung von Zusammenhängen, die den wachen, kritisch-kreativen Zuschauer wollte und an die Dramaturgien und Inszenierungsmethoden von Meyerhold, Eisenstein und Piscator anknüpfte, stand durchaus im Spannungsverhältnis zu den Vorstellungen massgebender Kulturverantwortlicher und Kritiker, für die Aufklärung gleichbedeutend mit Indoktrination und Einfühlungsrezeption war. Einfühlung wurde hier nicht verstanden als eine subtile intellektuelle und emotionale Leistung, deren Ziel darin bestand, sich in eine fremde Haltung oder Situation zu versetzen, sondern als ein Gebanntsein, als eine Form konsequenter und parteilicher Erstarrung. Das Hervorrufen von Faszination und gebannter Erstarrung im Theater oder in der politischen Praxis war für Brecht ein durchaus «mittelalterlicher» Vorgang. Das wegweisende Licht der Erkenntnis wurde dabei gewissermassen ausgeblasen. Wenige Jahre nach dem Krieg, 1948, beschreibt Brecht im «Kleinen Organon» Theater, in denen die Zuschauer, eingefangen durch die Einfühlungsdramaturgie, wie in einem Schlaf ihr kritisches Bewusstsein verloren haben. Er winkt uns gewissermassen zur Beobachtung heran: «Gehen wir in eines dieser Häuser und beobachten wir die Wirkung, die es auf die Zuschauer ausübt. Sich umblickend, sieht man ziemlich reglose Gestalten in einem eigentümlichen Zustand: sie scheinen in einer starken Anstrengung alle Muskeln anzuspannen, wo diese nicht erschlaft sind in einer starken Erschöpfung. Untereinander verkehren sie kaum, ihr Beisammensein ist wie das von lauter Schlafenden, aber solchen, die unruhig träumen, weil sie, wie das Volk von den Alpträumern sagt, auf dem Rücken liegen. Sie haben freilich ihre Augen offen, aber sie schauen nicht, sie stieren, wie sie auch nicht hören, sondern lauschen. Sie sehen wie gebannt auf die Bühne, welcher Ausdruck aus dem Mittelalter stammt, der Zeit der Hexen und der Kleriker.»<sup>3</sup>

In dieser dramaturgischen Notiz hatte Brecht das Verhalten eines im politischen Wahn befangenen Volkes, das nach dem Krieg auch wieder neu sehen und hören lernen musste, gleich mitbeschrieben.

Statt überschwappender, einführender Emotionalität wird der befremdete, irritierte Blick auf scheinbar Wohlbekanntes bevorzugt. Verfremdung hiess der neue Begriff.

Der in Berlin zur Ruhe gekommene Philosoph der dialektischen Totalisierung, G.F.W. Hegel, hatte in seiner «Phänomenologie des Geistes» diesen Vorgang so formuliert: «Das Bekannte überhaupt ist darum, weil es bekannt ist, nicht erkannt.» Brecht hatte mit Verfremden keineswegs blosses Distanzieren gemeint, wie ihm von den Vertretern einer noch von Shdanow geprägten Ästhetik immer wieder gern unterstellt wurde. Vielmehr hat er die Verfremdung als einen dialektischen Prozess gesehen, der über These und Antithese zur Synthese verläuft. Die uns wohlvertrauten Dinge erkennen wir nur unzureichend (These), und erst wenn sie uns gewaltsam unvertraut gemacht werden (Antithese), können wir sie vielleicht erkennen (Synthese).

Die Vertreter der Einfühlungs- und Erlebensdramaturgie hatten Stanislawski zum massgebenden Theoretiker des Theaters erhoben, und er wurde mit seinem psychologisierenden Abbildrealismus für die Ästhetik des sozialistischen Realismus zu einer der wichtigsten Bezugspersonen. Die Kontroversen um die bessere Dramaturgie, die angemessenere Ästhetik war kein abgehobener Streit unter Theoretikern und Theaterleuten. Es ging immer um praktische, handfeste Dinge, die im Verlaufe eines theoretischen Diskurses gern ein wenig verhüllt wurden. Wichtig im Streit um Stanislawski und Brecht war das Verhältnis von Kunst und Realität sowie die Frage, auf welche Weise Kunst Realität abbilden kann. Es ging, natürlich, um den Blick, der auf die Gesellschaft fällt, was er wahrnimmt und was er als veränderungswürdig ansieht. In einer Gesellschaft, in der nur eine einzige Partei das Wahrheits- und Interpretationsmonopol besitzt, ist das eine Angelegenheit, deren Bedeutung beinahe der Zulassung einer Oppositionspartei nahekommt.

Brechts Theater machte Vorschläge an die Zuschauer. Man konnte diese Vorschläge ablehnen oder modifizieren oder andere Vorschläge machen – wenn man es konnte. Lösungsmöglichkeiten konnten in der Diskussion oder auf der Bühne erprobt werden. Realität galt im Berliner Ensemble als modellhaft abbildbar, wenn sie in ihrer Veränderbarkeit dargestellt wurde.

Die Ästhetik des sozialistischen Realismus, die besonders in den fünfziger und sechziger Jahren die Kunstproduktion belastete, war normativ und hatte einen nur schlecht verhüllten Weisungscharakter. Ein Kunstwerk, das dem sozialistischen Realismus und seinen ästhetischen Kriterien genüge, hatte nicht nur allgemein der Sache des Sozialismus zu dienen, da waren vielleicht viele



»Berlin 1951. Bertolt Brecht (2. v.l.) bei einer Probe im Berliner Ensemble. Als erste Neuinszenierung studierte er »Mutter Courage und ihre Kinder« mit Helene Zeigel (l.) in der Titelrolle ein. Angelika Hurwitz (2. v.r.) als Katrin und Erwin Geschonnek (r.), der den Prediger spielte.«

Wege möglich. Vielmehr wurde von diesem Kunstwerk erwartet, dass es die Beschlüsse der SED respektierte, sich an die von der Partei ausgegebene Denk- und Bewegungslinie hielt und das Publikum in diesem Sinne zur Einfühlung brachte. In der Kontroverse um den richtigen Blick auf die Wirklichkeit bestand für Brecht und sein Theater immer die Gefahr, als formalistisch abgestempelt und in die Nähe spätbürgerlicher Dekadenzdichtung gerückt zu werden, was eine Gefährdung seiner Theaterarbeit bedeutet hätte. Brechts Ruhm hat da wohl manches verhindern können. Die Vehemenz, mit welcher beispielsweise der Berliner Theaterkritiker und Chefredakteur der Zeitschrift *Theater der Zeit*, Fritz Erpenbeck, aber auch andere Wächter des Wahns, gegen Brechts anti-illusionistische Theaterarbeit ideologisch anrannten, wirkte zwar wie ein giftiges Nachgefecht zum Expressionismus-Streit der dreissiger Jahre, sollte aber eher die unkalkulierbaren Denkergebnisse des jetzt aufmerksam gewordenen Zuschauers rechtzeitig eingrenzen und disziplinieren. Im Grunde war aber diese Furcht überflüssig. Erst sehr viel später haben die Ideologen das bemerkt. Vielmehr hat der dialektisch denkende Zuschauer sich, entsprechend seinen Lebensumständen draussen im Alltag, häufig kunstvoll selbst diszipliniert und eingegrenzt. Diese Selbsteingrenzung geschah oft aus Vorsicht und aus Angst vor der besonderen, organisierten Aufmerksamkeit der Obrigkeit. Die Kunst des dialektischen Denkens und der Verfremdung war indessen auch kein Löschmittel gegen die opportunistische Brunst vieler Bürger im gesellschaftlichen Getriebe. Man konnte die dialektische Methode durchaus gut nutzen, um den persönlichen Opportunismus und die eigene moralische Gebrechlichkeit den Blicken der anderen weitgehendst zu entziehen.

#### 4. Gelebte Dialektik: Erleiden und ausgleichen

Das Berliner Ensemble hat mit seiner Theaterarbeit Weltruhm erlangt. Es hat zahlreiche Gastspiele auch im westlichen Ausland absolviert, die seinen Ruhm mehrten. Für viele wurde das Haus in Ostberlin am Schiffbauerdamm eine Art Wallfahrtsort, wie für andere Bayreuth oder die Scala oder das Piccolo Teatro Giorgio Strehlers. Es zog besonders viele Intellektuelle aus dem Westen an, die das Berliner Ensemble alsbald gut kannten, Ostberlin als Hauptstadt und die DDR dagegen weniger. Nach Brechts Tod im Jahre 1956 setzte Helene Weigel seine Arbeit fort, und nach einigen stürmischen Jahren mit Ruth Berghaus als Intendantin übernahm Manfred Weckwerth die Leitung des Hauses.



*Berliner Ensemble (seit 1954)  
(vorher: Theater am Schiffbauerdamm) erbaut  
1891-1892, Entwurf Heinrich Seeling*

Das Theater Brechts am Schiffbauerdamm ist ohne die DDR nicht denkbar. Hiermit sind nicht nur die staatlichen Subventionen gemeint, die das Haus von allen materiellen Sorgen freihielten. Das Berliner Ensemble hat als Institution und mit dem wohl überwiegenden Teil seiner Mitarbeiter den Staat der SED befürwortet und die DDR als ein Land angesehen, mit dem man das Ideal des Sozialismus gemeinsam hatte. Trotz ästhetischer Differenzen und gelegentlichen Querlagen zur kulturpolitischen Linie oder Spannungsverhältnissen zu gewissen Doktrinären im Gestrüpp des ideologischen Überbaues, war das Ensemble nicht nur ein loyaler, sondern ein engagierter Mitstreiter auf dem vermeintlichen Weg in den Sozialismus.

Viele Menschen aus der DDR, die sich über den realen sozialistischen Alltag und das tatsächliche Herrschaftsgefüge mit seinen Betonstrukturen schon lange keine Illusionen mehr machten, sind in ihrer Illusionslosigkeit im Berliner Ensemble mindestens verunsichert worden. Brechts grosse Methode schien in Inszenierungen wie «Galileo Galilei» oder dem «Kaukasischen Kreidekreis» oder «Frau Flinz» oder im «Aufhaltsamen Aufstieg des Arturo Ui» und vielen anderen ein authentisches marxistisches Denken zur Grundlage seiner Theaterarbeit gemacht zu haben. Von Brechts Theater ging eine Verführung zum Handeln aus und die Lust, es noch einmal zu versuchen und mitzuhelfen, wieder auf den richtigen Weg zu kommen. Ernüchterung und Resignation folgten schnell: dialektisches marxistisches Denken hatte ausserhalb kultureller Schutzzonen keine Überlebenschance als Praxis.

Im Berliner Ensemble, aber auch in der Partei- und Staatsführung, hat man das gewusst, und die DDR hat sich mit dem zunehmenden Ruhm des Ensembles geschmückt, wie später mit dem der Sportler.

In den Krisenzeiten der DDR, am 17. Juni 1953 und am 13. August 1961 stand das Ensemble, bei aller vorsichtigen internen Kritik, in der Öffentlichkeit fest an der Seite von Partei und Staat.

Als nach dem Mauerbau der Regisseur am Berliner Ensemble, Peter Palitzsch, von einer Regiearbeit in Ulm, wo er Brecht/Seghers «Der Prozess der Jeanne d'Arc» zu Rouen auf die Bühne brachte, nicht mehr in die DDR zurückkehrte und dies in einem privaten Brief an Manfred Weckwerth begründet hatte, antwortete ihm das Berliner Ensemble in einem offenen Brief im *Neuen Deutschland*, dem SED-Zentralorgan.

Palitzsch hatte, wie er schrieb, weder den 17. Juni noch die Ungarnkrise von 1956 verkraftet. Dennoch sah er im «Sozialismus die einzige Möglichkeit, zu einer grundsätzlich menschlichen Form des menschlichen Zusammenlebens zu

kommen, Humanismus und Frieden sind ihm immanent».<sup>4</sup> Aber «die letzten Massnahmen haben dem friedlichen Weg zum Sozialismus in Deutschland auf das Entsetzlichste geschadet».<sup>5</sup> Dass ihm bei Rückkehr in die DDR weitere Westreisen trotz Sperrmauer zugesichert werden, will Palitzsch nicht gelten lassen und wendet ein: «Ich sehe mich voller Angst einen Privilegierten werden, aber ich wollte mithelfen, Privilegien abzuschaffen – ist das schon Gleichmacherei?».<sup>6</sup>

Die Antwort des Berliner Ensembles ist kurz und kalt. Von differenziertem Abwägen und Dialektik keine Spur, man war jetzt nicht mehr auf der Bühne und in einer Modellwelt. Die Wirklichkeit des Theaters in Ostberlin erforderte die Anerkennung der «Berechtigung der Massnahme des 13. August», und der künstlerische Beirat des Berliner Ensembles stellt die rhetorische Frage, ob der Abtrünnige nicht «denen in den Rücken gefallen ist, die auf Änderung der Zustände in Westdeutschland – dem Land der aufsteigenden Uis – bestehen?»<sup>7</sup>

Der Brief an Palitzsch endet mit zwei lakonischen Sätzen: «Wir haben Verluste erlitten. Wir haben sie ausgeglichen.»<sup>8</sup>

Noch heute, nach so vielen Jahren, ist es schmerzlich, in diesen alten Sachen zu lesen. Soll man das und anderes vergessen? Zeigt dieses Beispiel nicht auch die reale Verwurzelung des Berliner Ensembles und die wirklichen Bedingungen für die wunderbaren dialektischen Equilibrismen auf der Bühne am Schiffbauerdamm? Da sind wieder die Gespenster von Marx und anderen, von denen Derrida gesprochen hatte und die einen plötzlich heimsuchen.

## 5. Felsenstein und das wahrhafte Musiktheater

Am 5. Juni 1947 wurde in der Berliner Behrenstrasse, im wiederaufgebauten ehemaligen Metropoltheater, durch den sowjetischen Kulturoffizier Alexander Dymshitz an Walter Felsenstein die Lizenz für die Komische Oper überreicht. Felsenstein wurde zum Intendanten und Chefregisseur des neuen Hauses berufen und eröffnete das Theater am 23. Dezember 1947 mit seiner Inszenierung der «Fledermaus» von Johann Strauss.

Von Anfang an verfolgte Felsenstein das Ziel, die ausgetretenen Wege des üblichen Opernbetriebs zu verlassen und mit einem Musiktheater neuen Stils zu beginnen. Hier entwickelte er seine Methode einer musikalisch-szenischen Interpretation der Bühnenvorgänge, für die Musik und Theater gleichermaßen wichtig ist.

«Denn Musik, die nicht aus dem Dargestellten wächst», hatte Felsenstein gleich zu Beginn seiner Arbeit geschrieben, «hat nichts mit dem Theater zu tun,



*«Fachgespräch zwischen Prof. Walter Felsenstein (links), Intendant der Komischen Oper Berlin, und dem Chefregisseur des Berliner Ensembles, Manfred Weckwerth, vor der Eröffnung des Brecht-Dialoges 'Politik auf dem Theater am 10.2.68 im Foyer des Berliner Ensembles.»*



*Komische Oper  
erbaut 1891-1892 als «Theater Unter den Linden», später «Metropoltheater»,  
Entwürfe Ferdinand Fellner und Hermann Gottfried Helmer (Wien)  
im 2. Weltkrieg stark beschädigt, Wiederaufbau 1966-1967 durch das Architektenkollektiv Kunz  
Bierade, ornamentierte Kupferplatten von Fritz Kühn*

und eine Darstellung, die sich nicht präzise und künstlerisch gültig mit der Musik identifiziert, sollte besser auf Musik verzichten. Der dramatische Einfall schafft die Situation, in der die Musik unentbehrlich und der Gesang zur einzig möglichen Aussage der Darstellung wird.»<sup>10</sup> Felsenstein hatte schon in den ersten Jahren der Komischen Oper seine Methode des realistischen Musiktheaters mit grossem Erfolg an den unterschiedlichsten Werken der Opernliteratur erprobt, und es ist ihm auch gelungen, vollkommen neue Zuschauerschichten dem bisherigen Opernpublikum hinzuzugewinnen. Seine Erneuerung des gesamten Opernbetriebs zielte auch auf eine Demokratisierung der Institution Oper selbst, um sie aus dem eng umgrenzten Bereich von Konvention und elitärer Abgehobenheit herauszulösen, um sie in die Nähe gewöhnlicher, täglicher Lebensumstände und -bedürfnisse der Menschen zu bringen.

Felsenstein sah in seinem realistischen Musiktheater ebensowenig die einzig mögliche Weiterentwicklung der Opernpräsentation wie Brecht sein dialektisches Theater als ausschliessliche Spielmethode für das Sprechtheater verstand. Es galt vielmehr, das Musiktheater dem üblichen Opernbetrieb sinnfälliger gegenüberzustellen.

Für diese Konzeption hatte Felsenstein auch die Unterstützung der Kulturbehörden der DDR, die in der Option für ein realistisches und volkstümliches Musiktheater ihre eigenen kulturpolitischen Vorstellungen bestätigt und unterstützt sahen. Vor allem Felsensteins Abgrenzung sowohl gegen flaches Unterhaltungstheater als auch gegen Werke der musikalischen Moderne wurden beifällig registriert. «Abseits vom belanglosen Amüsement und abseits vom unpopulären Experiment», hatte der neue Intendant schon 1947 verkündet, «soll die Komische Oper Freude bereiten.»<sup>11</sup>

Felsenstein hat später wiederholt bekannt, dass alle seine Aktivitäten und methodischen Überlegungen nur einem Ziel dienten, das er in jahrzehntelanger Anspannung auch erreicht hat: das wahrhafte Musiktheater.

Wahrheit und Wahrhaftigkeit sind die Schlüsselworte, um die sich alle anderen Begriffe der Ästhetik Felsensteins gruppieren und jeweils unterordnen.

Das dramatische Geschehen hatte sich auf einer emotionalen Ebene zu vollziehen, wo Musik das einzige Ausdrucksmittel ist und die Wahrheit des menschlichen Abenteuers in immer neuen musikalischen Bildern sinnfälliger wird. Auf der Bühne der Komischen Oper war und ist der Gesang «die unentbehrliche Äusserung eines Menschen»<sup>12</sup>, um etwas mitzuteilen, was sonst «unsagbar» wäre. Felsenstein hat die Emotionalität und die Einfühlung des Zuschauers ganz in sein Konzept der Wahrhaftigkeit auf der Szene des Musikthea-

ters einbezogen, korrespondierend mit der tiefen Emotionalität der handelnden Person auf der Bühne, für die Musik und Gesang eine eindringliche, existentiell notwendige Lebensäußerung in einer bestimmten Situation ist.

Der Sängerdarsteller hatte glaubhaft zu machen, dass jede seiner Äusserungen einem «erkennbaren Anlass entspringt, dass nur aus diesem Anlass seine Emotion wächst, die ihn das Singen finden lässt. Und zwar genauso finden lässt, wie es der Komponist vorgeschrieben hat.»<sup>13</sup>

Demnach ist das Musiktheater als eine höhere Form des Sprechtheaters anzusehen. Man könnte auch sagen, dass es die Überschreitung einer durch grosse emotionale Spannungen unerträglich gewordenen Situation ist, bei der sich Sprache in Musik verwandelt.

Der französische Existenzphilosoph Gabriel Marcel hat übrigens mit ganz ähnlichen Worten und unabhängig von Walter Felsenstein seinen Übergang von der Philosophie zum Schreiben von Dramen erklärt. Sein dramatisches Philosophieren sah er in einer begrifflich nicht mehr fassbaren grossen emotionalen Spannung begründet «ähnlich dem Übergang vom Sprechen zum Singen».

Indessen zeigt das realistische Musiktheater in der Regel dem Zuschauer keine Lösungen als mögliche Auswege, sondern die allgemeine, durch die Opernliteratur vermittelte Situation des Menschen mit ihren Gewalttätigkeiten, Grotesken, Verbrechen, Rasereien und Verzweiflungen. Es zeigt uns auch die «durch die Kunst nachgeahmten Ungeheuer», von denen schon Nicolas Boileau sprach und die unmissverständlich wir selbst sind. Dem wahrhaften Musiktheater Felsensteins gelingt es vielleicht immer wieder, durch seine Darstellungen und realistischen Verzauberungen den Menschen ein kleines abendliches Glück zu verschaffen und ihnen, für kurze Zeit, eine Art von Existenz erleichterung zu ermöglichen.

Felsenstein selbst scheint es so gesehen zu haben: «Die menschliche Wahrheit des dargestellten und gesungenen Vorganges erreicht ... eine solche Überzeugungskraft, dass der Zuschauer in die Metamorphose einbezogen, zum Mithandelnden wird und eine höhere Wirklichkeit und Gemeinsamkeit erlebt, als er sie bisher kannte und wie sie vielleicht ausserhalb des Theaterereignisses nicht möglich sind.»<sup>14</sup>

Für den Intendanten der Komischen Oper war Stanislawski ein Mentor des Hauses und der bewunderte Theoretiker und Praktiker aller Metamorphosen, die zwischen Wirklichkeit und Imagination stattfinden. Alles was er gefunden und erprobt hatte, sollte am realistischen Musiktheater – mutatis mutandis – selbst erkannt und ergänzend fortgeführt werden. Das ist Walter Felsenstein ohne jede Frage aufs Glücklichste gelungen.

Die am nahegelegenen Schiffbauerdamm praktizierte Verfremdungsästhe-

tik des Berliner Ensembles scheint weit entfernt von den Prinzipien eines realistischen Musiktheaters in der Behrenstrasse. Aus der zeitlichen Distanz sind die ästhetischen Streitpunkte interessant in Bezug auf die Art und Weise, wie sich zwei bedeutende Theaterinstitutionen in der Realität einer geteilten Stadt, deren Ostteil später zur Hauptstadt mit Mauer wurde, situierten und ihre jeweils neuen Sichtweisen durchsetzten.

Wie das Berliner Ensemble kam die Komische Oper mit ihren Inszenierungen zu Weltruhm. In beiden Häusern bekamen die Inszenierungen den Charakter von Modellaufführungen. Die grossen Erfolge dieser beiden hoch subventionierten Bühnen waren für die Oberen in der DDR ein wichtiger Prestigegegewinn sowohl im Ausland als auch in den Augen der eigenen Bürger, denn die DDR war als Staat ausserhalb des Ostblocks noch lange nicht diplomatisch anerkannt.

Trotz der grossen Erfolge der Komischen Oper mit Gastspielen auch in der Bundesrepublik und anderen westlichen Ländern war das Haus in der Behrenstrasse bei den Kulturfunktionären nicht unumstritten. Problematisch war nicht Felsensteins realistische, an Stanislawski orientierte Musiktheater-Ästhetik. Die war der offiziellen Kulturpolitik nur recht. Als Problem erwies sich der relativ hohe Westanteil beim Personal der Oper. Von den etwa 300 Mitgliedern der künstlerischen Sparten des Hauses kamen vor dem Mauerbau allein hundertsevenundfünfzig aus Westberlin bzw. der Bundesrepublik, den USA, Österreich und der Schweiz. Die Bezahlung dieses künstlerischen Personals erfolgte zum grossen Teil in Devisen bzw. auf der Grundlage von günstigen Geldumtauschvereinbarungen. Die Personalpolitik des Opernhauses stand deshalb in den obereren Staats- und Parteigremien nicht selten auf der Tagesordnung, denn der chronische Devisenmangel des Landes schien unauflösbar.

Es ist Felsenstein, der wie Brecht österreichischer Staatsbürger war, durch kluges loyales Taktieren immer wieder gelungen, die Interessenlage seines Opernhauses durchzusetzen gegenüber allen Versuchen, die Personalstruktur grundlegend zu verändern. Felsenstein besass hier durchaus auch die Unterstützung Wilhelm Piecks, Ulbrichts und anderer, die aus Gründen eines Prestigezuwachses für den Staat diese Institution schützten und weiter förderten. Der Intendant mit den einzigartigen Subventions- und Produktionsbedingungen hat das gewusst und geschätzt.

Die einzige wirkliche Gefährdung der Komischen Oper in den Zeiten der DDR wurde durch den Bau der unrühmlichen Berliner Mauer herbeigeführt. Ein grosser Teil des westlichen Personals konnte oder wollte unter diesen neuen Umständen nicht mehr in Ostberlin an der Komischen Oper arbeiten. Auch an anderen Häusern der Stadt gab es Probleme, beispielsweise an der Deutschen

Staatsoper Unter den Linden. Für die immer prestigeorientierte DDR wurde es zur Notwendigkeit, den Spielbetrieb ihrer berühmten Häuser unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Es ist auch gelungen. – Felsenstein hat in den Folgejahren weiterhin bravouröse Inszenierungen auf die Bühne gebracht. Erinnerung sei an den *Ritter Blaubart* (1963), den «Fiedler auf dem Dach» (1971) und vor allem an Felsensteins letzte Inszenierung, Mozarts «Hochzeit des Figaro» (1975).

Die Ostberliner, die Hauptstädter, die jetzt jahrzehntelang in ihrer Stadt und dem Hinterland eingeschlossen blieben, falls sie nicht durch günstige Umstände oder einen wirksamen Opportunismus zu den Bevorrechteten gehörten, die das Land eine Reisezeit lang verlassen konnten, waren durchaus stolz auf ihre renommierten Häuser, die in der Welt Beachtung fanden und in die Besucher aus aller Welt strömten.

Auch wer nicht in die Oper ging und sein Glück eher beim Fussball fand, hörte das Lob der Komischen Oper aus westlichem Mund gern: es trug irgendwie zur Erhöhung des eigenen Selbstwertgefühls bei und war dringend erwünscht.

Nach Felsensteins Tod im Oktober 1977 führten Joachim Herz und ab 1981 Harry Kupfer seine Arbeit in seinem Geist, aber auf ihre eigene und originäre Weise fort. Das Repertoire wurde jetzt zunehmend auch durch zeitgenössische Opernwerke erweitert. Die Inszenierungen von Herz und Kupfer waren in einem viel stärkeren Masse auf die Realität des allmählich zerfallenden Landes gerichtet als das bei Felsenstein, in einer Phase relativer Stabilität, der Fall sein konnte. Diese kritische Bezugnahme auf die tatsächliche Situation des Staates und seiner maroden Verhältnisse wurde auch von anderen Bühnen der Hauptstadt geleistet und auch von anderen Bühnen des Landes gegen den oft erbitterten Widerstand von Kultur-, Partei- und Staatsinstanzen durchgesetzt.

Der repressive Tagesablauf in den Arbeitsstätten Ostberlins, besonders in den achtziger Jahren, stand in krassem Gegensatz zu der offenen, kaum verhüllten Kritik an dieser Wirklichkeit, die abends in den Theatern und Opernhäusern geleistet wurde. Die systemstabilisierende Komponente dieses Sachverhaltes ist schon eingangs kritisch reflektiert worden. Aber wer kann je vergessen, wie Joachim Herz mit dem «Peter Grimes» von Benjamin Britten das Elend der Aussenseiter auf die Bühne der Komischen Oper brachte und wie im schlimmen Jahr 1983, dieser Zeit der Raketenstationierungen und Nachrüstungen, in der die Ost-West-Konfrontation einem neuen Höhepunkt entgegenstrebte, Harry Kupfer mit zwei Inszenierungen Kommentare zur Zeit gab, die man sonst in keiner Ostberliner Zeitung lesen konnte?



*«Der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, und seine Gattin waren zur festlichen Eröffnung der Komischen Oper am 4.12.66 erschienen und wurden vom Hausherrn, Prof. Walter Felsenstein (rechts), herzlich begrüsst. Damit begann nach 2jähriger Umbaupause zugleich die 20. Spielzeit des weltberühmten Opernhauses. Premiere hatte die Felsenstein-Inszenierung ‚Don Giovanni‘ von Mozart.»*

Kupfer inszenierte Aribert Reimanns *Lear* durchaus als drohendes Endspiel der Zeit und den «Boris Godunow» als ein Machtspiel mit eingesperrem, bespitzeltem und sich gegenseitig bespitzelndem Volk.

Ein Gespenst ging gelegentlich um auf den Bühnen – das Gespenst der verdrängten Wirklichkeit.

## 6. Schöne unerlöste Bilder

Die Theater, die Opernhäuser Ostberlins, die Museen waren immer wichtige Stützen für den bis zuletzt vorhandenen Legitimationsbedarf des SED-Staates. Die Kulturstätten sollten nicht nur zeigen, zu welchen Kunstleistungen man fähig war, sondern indirekt auch auf die Gesellschaft verweisen, in der diese Kunstproduktionen hervorgebracht wurden: die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der es, nach den Worten der SED und ihrer Repräsentanten, gewiss noch Mängel und Unzulänglichkeiten gab, die sich aber dennoch gesetzmässig weiter vervollkommnete. In den letzten zehn Jahren der DDR, also in den Jahren ihres unaufhaltsamen Niedergangs, fiel allgemein der inbrünstige Gebrauch der Vokabel «Vervollkommnung» auf.

In einer Situation unübersehbaren Verfalls schien die Sprache der Medien eine andere Wirklichkeit zu beschreiben. Die Menschen in Ostberlin, wie auch sonst überall in der DDR, fanden ihren gelebten Alltag in der medialen Öffentlichkeit nicht mehr vor. Die öffentliche Rede des Staates war darauf aus, durch die Festlegung bestimmter Sprachchoreographien als geltender Wahrheit ganze Wirklichkeitsbereiche zum Verschwinden zu bringen. Denn immer mehr Wirklichkeit verwandelte sich rapide in eine Endspiel-Szenerie wie in den Stücken des lange geschmähten Samuel Beckett und musste ideologisch entsorgt werden.

Das Ideal, die Utopie, die Vorstellung einer demokratischen sozialistischen Gesellschaft fand ihr effizientes Wirkungsfeld nur noch in der Kunst, in den Theatern. Hier war ein Ort, wo man dem sozialistischen Gedanken treu bleiben konnte und wo die Hoffnung auf eine sich erneuernde Welt lebendig gehalten wurde. Bis zuletzt haben viele Künstler, Intellektuelle und auch Wissenschaftler der DDR an die Reformierbarkeit der Gesellschaft und des Staates geglaubt. Noch die grosse, eindrucksvolle Massenkundgebung am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz, die auf Initiative von Theaterleuten zustande kam, war keine antisozialistische Veranstaltung. Immer wieder wurden auch Bilder eines freiheitlichen Sozialismus beschworen.

«Stellt euch vor», rief Christa Wolf aus, «es ist Sozialismus und keiner läuft weg.» Für diesen Satz gab es damals viel Beifall. Aber der Geist der Utopie, der von so vielen Künstlern als Vorschein einer künftigen solidarischen Gesellschaft verstanden wurde, fand noch immer keine Möglichkeit zur Annäherung an reale Verhältnisse und musste sich in immer weniger werdende Köpfe zurückziehen.

Die Vorstellung eines wahrhaft sozialistischen Staates als erreichbares Ziel eines historisch-materialistischen Geschichtsverlaufs hat irgendwie auch noch diejenigen gerechtfertigt, die alles deformiert und pervertiert haben. Auch die «verdorbenen Greise» des SED-Politbüros hatten es vielleicht einmal ehrlich anpacken wollen. blieb die Utopie und das Ideal unangetastet, wie es auch im kritischen, dialektischen oder wahrhaften Theater der Fall war, dann konnten jetzt andere kommen und es noch einmal neu versuchen. Das unbeirrte Festhalten an der sozialistischen Utopie, vielleicht aus künstlerischen Gründen und entgegen allen gemachten Lebenserfahrungen, hat den Legitimationsanspruch des Herrschaftssystems unterstützt und alle inhumanen Irrwege relativiert. Die «verdorbenen Greise» haben das spät doch noch begriffen und auf dem sinkenden Schiff den Freiraum für kritische Kunst erweitert.

Alle Kunst verwandelt Realität im Abbildungsprozess in reinen Schein. Aber die Modelle und Bilder auf der Bühne, obwohl Trugbilder, können uns die wirklichen Gesetze enthüllen, die das menschliche Verhalten bestimmen. Hier lässt sich gut verändern. Brecht hat das ausgesprochen: «Die leichteste Weise der Existenz ist in der Kunst.»

Die Welt der schönen Bilder und dialektischen Modelle aber lässt sich nicht mehr rückverwandeln. Unvergesslich und bedrängend sind die Bilder in uns und stören uns auf, unerlöste Schatten, die nicht wirklich werden können.

DOROTHEA DORNHOF

## DER TRAUM VON EINER GELEHRTENREPUBLIK

DIE ANZIEHUNGSKRAFT BERLINS AUF EMIGRANTEN UND INTELLEKTUELLE

### 1. Varianten der Rückkehr – die Semantik des Verdrängens

Als Hannah Arendt 1950 das erste Mal seit ihrer Emigration im Jahre 1933 Deutschland besuchte, war sie entsetzt über die allerorten zu beobachtende Wirklichkeitsflucht. «Doch nirgends wird dieser Alptraum von Zerstörung und Schrecken weniger verspürt und nirgendwo wird weniger darüber gesprochen als in Deutschland.»<sup>1</sup> Die Verdrängung der Nazi-Verbrechen in der allgemeinen Geschäftigkeit des Wiederaufbaus sieht sie in einer intellektuellen Atmosphäre gedeihen, die von vagen Gemeinplätzen durchdrungen ist, «von Anschauungen, die sich lange vor den jetzigen Ereignissen, zu denen sie nun passen sollen, herausgebildet hatten.»<sup>2</sup> Hannah Arendt hütet sich jedoch davor, die von ihr gespürte Abwehr der Wirklichkeit des Grauens und der Toten auf alle Deutschen zu übertragen. «Vor allem gibt es da Berlin, dessen Bevölkerung inmitten der schrecklichen materiellen Zerstörung nicht zu erschüttern war. Ich weiss nicht, warum sich das so verhält, aber Sitten und Gebräuche, Redeweise und Umgangsformen sind bis ins kleinste Detail so anders als alles, was man im übrigen Deutschland zu Gesicht bekommt, dass Berlin schon fast wie ein anderes Land wirkt. Es gab und gibt in Berlin offenbar kaum Ressentiments gegen die Sieger ... Es gibt kein verlegenes Verhalten und kein Schuldgefühl, sondern es wird offen und detailliert geschildert, was den Berliner Juden bei Kriegsausbruch zustiess.»<sup>3</sup>

In diesen Beobachtungen klingen drei Momente an – die Ausklammerung der historischen Schuld am Nationalsozialismus, die Besonderheit Berlins als Sitz des Alliierten Kontrollrates und die Inanspruchnahme rhetorischer und symbolischer Ressourcen zur Bewältigung gegenwärtiger politischer Probleme –, die für das Verhalten und das Selbstverständnis von Intellektuellen in der Nachkriegszeit entscheidend wurden. Für alle Emigranten war die Zugehörigkeit zur deutschen politischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Tradition ein wichtiger Faktor für die Integration oder Desintegration im Exilland und

ebenso für ihre Rückkehr in die sowjetische oder die westlichen Besatzungszonen. Hannah Arendt – sie wurde am 11. Dezember 1951 amerikanische Staatsbürgerin – kehrte sicherlich aus anderen Gründen nicht nach Deutschland zurück als Thomas Mann. Sowohl für die in mehrere Lager zerfallene Gruppe der aus Nazi-Deutschland vertriebenen Juden, Kommunisten und bürgerlichen Humanisten als auch für die in Deutschland verbliebenen Intellektuellen der «Inneren Emigration» war das Bild der Zurückgekehrten politisch und kulturell sehr disparat.

Das politische Engagement der Schriftsteller Erich Arendt, Bertolt Brecht, Franz Werfel, Anna Seghers, Alfred Döblin, Johannes R. Becher oder der Wissenschaftler Jürgen Kuczynski, Wolfgang Steinitz oder Werner Krauss war trotz ihrer gemeinsamen NS-Gegnerschaft auf keinen einheitlichen Nenner zu bringen. Berlin war für viele, die das alte Deutschland ins Exil oder ins Zuchthaus getrieben hatte, attraktiv. Der Zuspruch zur «antifaschistisch-demokratischen Ordnung» in der Ostzone förderte Illusionen auch der sogenannten «bürgerlichen» Intellektuellen, die einen wirklichen Neubeginn suchten. Die ersten Rückkehrer aus dem Exil waren die aus Moskau. So konnten Johannes R. Becher, der zukünftige erste Kulturminister der DDR, Erich Weinert und Friedrich Wolf bereits im Sommer 1945 nach Berlin zurückkehren, als alle anderen Grenzen noch geschlossen waren. Im November 1945 erging auf Initiative Johannes R. Bechers ein «Ruf an die deutschen Emigranten», und viele von den nach Mexiko oder in die USA Emigrierten mussten noch ein bis zwei Jahre auf ein Einreisevisum warten, wie Bertolt Brecht, Anna Seghers, Alexander Abusch, Bodo Uhse, Arnold Zweig, Louis Fünberg, Eduard Claudius oder Erich Arendt. Nach dem Beginn des Kalten Krieges kamen Stefan Heym, Hans Marchwitza, Stephan Hermlin nach Berlin, und der Literaturwissenschaftler Hans Mayer nahm einen Ruf an die Universität Leipzig an. Vor allem die Autoren und Wissenschaftler, die aus den westlichen Emigrationsländern zunächst in westliche Besatzungszonen und dann in die SBZ/DDR kamen, hatten von Beginn ihres Wirkens an Konflikte mit dem sich allmählich zur Staatsideologie konstituierenden Marxismus, mit der auf die deutsche Klassik reduzierten Erbkonzeption sowie mit einer auf Erziehung und gesellschaftlichen Auftrag reduzierten Kunst und Ästhetik. Kollisionen mit der ideologisch determinierten administrativen Kulturpolitik und reglementierenden Ästhetik gehören zur vierzigjährigen DDR-Geschichte ebenso wie das konfliktreiche Verhältnis von systemstabilisierender und systemkritischer Rolle der Intellektuellen im Sozialismus.

Als im Oktober 1947 der Erste Deutsche Schriftstellerkongress in Berlin durch die vier Vertreter der Alliierten eröffnet wurde, waren bereits die Wei-

chen für die zukünftigen Konfliktlinien bzw. für die Dominanzansprüche auf die «Erneuerung der Kultur» festgelegt. Dieser erste und letzte gesamtdeutsche Schriftstellerkongress ging auf eine Idee Günther Weisenborns vom Schutzverband Deutscher Autoren (SDA) zurück, die an Johannes R. Becher und Alexander Abusch vom Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands herangetragen wurde. Die von Ricarda Huch in ihrer Begrüßungsrede vielbeschworene «Einheit deutscher Literatur»<sup>4</sup> war bereits im Vorfeld des Kongresses durch einen «Offenen Brief sowjetischer Schriftsteller» mit dem Titel «Mit wem geht Ihr, Meister der amerikanischen Kultur?» in den Zeitungen der SBZ, mit dem sich der antiamerikanische Stil und der Konfrontationskurs sowjetischer Kulturpolitik ankündigte, zu einer tragischen Illusion geworden.<sup>5</sup> Die Spannungen zwischen Vertretern der «Inneren Emigration» und den zurückgekehrten Emigranten um die Repräsentanz der «wahren deutschen Literatur» waren bereits überlagert durch die «Berliner Fehde»<sup>6</sup> um den Kulturbund unter Johannes R. Becher. Die Kontroverse offenbarte den Gegensatz zwischen ostdeutschen Intellektuellen, die dem Kulturbund nahestanden, und jenen Westberlinern, die vor allem im *Tagesspiegel* gegen die SED und die sowjetische Hegemonie im Berliner Kulturleben polemisierten. In welchem Masse der Ost-West-Konflikt politische Polarisierung, Feindseligkeit und Abwehr produzierte, zeigte der letzte Tag des Schriftstellerkongresses, als der amerikanische Journalist Melvin J. Lasky in den Ostberliner Kammerspielen auf die sowjetischen Herausforderungen reagierte und die provokative Frage nach den sowjetischen Lagern und der kulturellen Repression in der Sowjetunion stellte. Die Autoren aus dem Umkreis des Kulturbundes verließen unter Protest den Saal. Johannes R. Becher, der Präsident des Kulturbundes, wies mehrfach an ihn oder den Kulturbund gerichtete Anfragen wegen politischer Verfolgung von Autoren als Lüge zurück.<sup>7</sup> Dieses historische Ereignis sei hier erwähnt, weil es ein für deutsche Intellektuelle gefährliches Verdrängen von modernen Gewaltstrukturen im utopischen Denken zum Ausdruck bringt. Das aus der deutschen Klassik überlieferte und in der Emigration erneuerte Denkbild der KulturNation wurde nach 1945 zum Modell der politischen Nation, in der Geist und Macht zur Versöhnung gebracht werden sollte. Die Idee eines «anderen Deutschland», als dessen Repräsentanten sich die exilierten Schriftsteller begriffen, war eine geistige Projektion, die das «böse» machtbesessene Deutschland mit Luther, Bismarck, Friedrich II., Wilhelm II. und Hitler von dem «guten» der geistigen Traditionen eines humanistischen Deutschland trennte. Im Diskurs der KulturNation wurden die Machtstrukturen der Kultur, auf die Benjamin, Adorno und

Horkheimer verwiesen, nicht wahrgenommen und der Bildungs- und Erziehungsbegriff der deutschen Klassik sowie die Idee des universellen Intellektuellen für die geistig-moralische Erziehung aktiviert.<sup>8</sup> In einem Artikel im Umfeld des Ersten Deutschen Schriftstellerkongresses schrieb Alexander Abusch über das Verhältnis von innerer und äusserer Emigration: «Deshalb verwechseln die deutschen Schriftsteller draussen nicht das andere Deutschland, für das sie tätig zeugten, mit der Haltung des ganzen deutschen Volkes. Doch das grosse bleibende Werk der äusseren Emigration war, dass sie in ihrem dichterischen, wissenschaftlichen und publizistischen Schaffen – unter einem nur zeitweilig freieren Himmel, oft genug über Nacht in tragische Lagen geworfen, von Gestapo und Tod gejagt –, bis in den letzten Winkel der Erde half, das Deutschtum in seiner edleren Ausdrucksform vor der Welt zu bewahren.»<sup>9</sup>

So wurde das «geistige Deutschland», wie es auch Heinrich Mann beschwor,<sup>10</sup> zum Staatsgründungsmythos der DDR. Die Begriffe Volk, Nation und Kulturnation stammen zwar aus einem historisch weit zurückliegenden Symbolsystem, sie konnten jedoch auf der semantischen Ebene neue Handlungsorientierungen und integrierende Sinnkonzepte bieten.

So standen der aus Moskau kommenden Führungsgruppe um Walter Ulbricht aus dem Exil heimkehrende kulturelle Eliten zur Seite, die den Sozialismus nach zwei Weltkriegen, nach Auschwitz, Hiroshima und Nagasaki als Hoffnungsträger antizipierten, trotz der Stalinismuserfahrungen gerade dieser Exilgeneration um Anna Seghers, Johannes R. Becher und Bertolt Brecht. Die Epochenillusion, getragen von der grossen Sehnsucht nach einer Alternative zu den katastrophischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, war resistent gegenüber den erfahrenen Deformationen des Sozialismus.

Mit der fast religiösen Verehrung von Kultur und Bildung sowie der Trennung von Kultur und Politik, von Geist und Macht – entgegen den intendierten Absichten – ging eine unpolitische kulturelle Tradition deutscher Intelligenz unreflektiert in sozialistische Kultur- und Wissenschaftspolitik über.

Für die gesellschaftswissenschaftliche Intelligenz der verschiedensten politischen Richtungen boten Sozialismus und Antifaschismus mit den Verheissungen zukünftiger Harmonie und der Verabsolutierung der Wissenschaftsgläubigkeit nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts die Alternative eines geschichtlichen Neubeginns. Die Projektion einer feindlichen westlichen Zivilisation, die durch Heterogenität, Chaos und Dekadenz die Moderne nur in der Negation wahrnehmen konnte, gehörte in den Anfangsjahren der DDR zum in-

tellektuellen ideologischen Arsenal des Sozialismus und seiner politischen Kultur der Angst vor dem anderen.<sup>11</sup> Der humanistische Diskurs verhüllte rhetorisch die Selbstprivilegierung und Monopolstellung der Parteiherrschaft, die jedoch angesichts zunehmender Modernisierungspotentiale die Gesellschaft nicht total beherrschen konnte. Die stete Wachsamkeit und Kontrolle gegenüber den Intellektuellen war Ausdruck des Zweifels an der Loyalität dieser heterogenen Schicht. Für die Intellektuellen, die sich anlässlich einschneidender zeitgeschichtlicher Ereignisse immer wieder vor Entscheidungszwänge gestellt sahen, ist ebenfalls der Habitus des Zweifels bestimmend, allerdings in der protestantischen Variante einer engen Verbindung mit Glauben und Versöhnung. Die Utopie einer gerechten Gesellschaft und einer ganzheitlichen Weltanschauung sowie Geschichtsphilosophie war für viele Intellektuelle das ausgleichende Moment, das die Konflikte zwischen immer moderner werdenden und vormodernen Strukturen, wie mit dem politischen System und seinen autoritären politischen Orientierungs- und Einstellungsmustern, zu kompensieren half.

Mit dem Antifaschismus und seiner für ihn konstitutiven Idee der «Einheit» aller sozialen, kulturellen und politischen Kräfte war eine Legitimationsinstanz geschaffen, die nicht nur auf die intellektuellen Eliten grosse Faszination ausübte, sondern zugleich als «Deckerinnerung» für den Faschismus die «Unfähigkeit zu trauern» zur Folge hatte. Ausgefüllt wurde das darauf basierende Gesellschaftsmodell durch die «grossen Erzählungen» des Marxismus, als Emanzipations- und Fortschrittsdiskurs, an denen die Intellektuellen, und hier vor allem die Gesellschaftswissenschaftler eifrig mitschrieben. Die marxistischen Entwürfe einer sozialistischen Gesellschaft enthielten Gegenbilder zum Bestehenden, die aus der Negation entstanden sind und wiesen selbst Merkmale von Utopiebildung auf – «so etwa die diskursiven Fehlkopplungen zwischen veränderten Eigentumsverhältnissen, Entfaltung moderner Produktivkräfte und der Gesellschaft als Selbstorganisation befreiter Individuen. In diesem grenzüberschreitenden, fiktionalen Charakter einer utopischen Erzählung gewinnt die Befreiungstheorie des Sozialismus an ästhetischem Reiz, verliert aber – wollte man sie in dieser Form fortspinnen – jegliche Realisierungschance.»<sup>12</sup>

Unter welchen Besonderheiten die intellektuelle Identifikation mit der politisierten Wissenschaftsgemeinschaft einen institutioneilen Konsens regulierte, soll nun am Beispiel der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (später Akademie der Wissenschaften der DDR) gezeigt werden.

## 2. Der Traum von einer «Gelehrtenrepublik»

Das traditionelle Wissenschaftssystem, das nach dem Krieg in Berlin die Universität und die Preussische Akademie der Wissenschaften repräsentierte, war für eine Politisierung zunächst noch ungeeignet, da die Lehrstühle und Institute für Philosophie, Rechts-, Literatur-, Wirtschaftswissenschaften und Geschichte mit «bürgerlichen» Gelehrten besetzt waren. Die Monopolstellung des Marxismus-Leninismus mit seiner ideologischen Legitimationspraxis konnte sich in diesen Institutionen erst Ende der fünfziger Jahre durchsetzen. So schuf sich die SED zunächst eigene Institutionen, wie die Abteilung Schulung, Kultur und Erziehung des Zentralsekretariats der Partei, aus der dann später die Abteilung Wissenschaft des Zentralkomitees der SED hervorging. Im März 1949 beschloss das Zentralsekretariat der Partei die Gründung des Instituts für Marxismus-Leninismus nach dem Vorbild der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Das ebenfalls 1951 in Berlin gegründete Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und die auf Beschluss des Ministerrats der DDR 1953 begründeten Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar sicherten die institutionellen und wissenschaftspolitischen Rahmenbedingungen, um den Führungsanspruch des Marxismus-Leninismus durchzusetzen.

In Berlin war die politische Lage besonders zugespitzt; die Grossmächte, noch bis 1948 vereint im Alliierten Kontrollrat, kamen zu keinerlei Einigungen. Der Ost-West-Konflikt gestaltete in Berlin den Kultur- und Wissenschaftsbetrieb auf besondere Weise, weil die hautnahe Präsenz des «anderen» besondere Mechanismen der Abgrenzung als auch der Integration auf Grund subtiler Vernetzungen mit sich brachte.

Am 16. April 1948 wurden drei Studenten (Hess, Stolz und Schwarz) der «Berliner-Universität», die erst ab 8. Februar 1949 den Namen «Humboldt-Universität» verliehen bekam, vom Vorsitzenden der Zentralverwaltung für Volksbildung, Paul Wandel, exmatrikuliert, weil sie als verantwortliche Redakteure der Studentenzeitschrift *colloquium* einen Artikel mit der Forderung nach unabhängiger und freier Wissenschaft abdrucken liessen. Als am 23. April 1948 eine erste Massenveranstaltung von Studenten im halbzerstörten Hotel Esplanade am Potsdamer Platz stattfand, an der etwa 2'000 Studenten, Journalisten und Beobachter teilnahmen, wurden bereits Pläne einer neuen «Freien Universität» im Westsektor diskutiert.

Mit der «Freien Universität» sollte sich ein anderer Typus von Universität in Berlin herausbilden, der gleichzeitig gegen eine politisch kontrollierte Uni-

versität des Ostens und gegen die Ordinarienuiversität des Westens gerichtet war.<sup>13</sup>

Zu Beginn der fünfziger Jahre wurde an den Schulen und Universitäten der marxistische Führungsanspruch nicht nur deutlich artikuliert, er wurde mit Hilfe der Wissenschaftspolitik der Sowjetischen Militäradministration und mit administrativen Mitteln der deutschen Behörden durchgesetzt.

Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin bildet hier eine Ausnahme, die nicht zuletzt mit der noch bis in die sechziger Jahre hineinreichende gesamtdeutschen Repräsentanz dieser Wissenschaftsinstitution zusammenhängt.

Gegen Ende des Krieges war die Arbeit der Preussischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zum Stillstand gekommen. Bereits 1943 mussten die wichtigsten Bestände und Materialien, die Archive und Bibliotheken in Bergwerke ausgelagert werden, nachdem das Gebäude Unter den Linden der Zerstörung anheimfiel. Die Abteilung Volksbildung des Magistrats von Gross-Berlin, der seit Juni 1945 die alleinige deutsche Verwaltung in Berlin verkörperte, erteilte nach einem Befehl der Sowjetischen Militäradministration der Akademie die Genehmigung für die Wiederaufnahme der Arbeit. Bereits im Mai 1945 konstituierte sich eine kleine Gemeinschaft von Wissenschaftlern, die dann vom Magistrat als latenter Ausschuss für Fragen der Hochschulen und der Forschung eingesetzt wurde, so dass am 6. Juni 1945 eine «ausserordentliche Gesamtsitzung» mit zwölf Ordentlichen Mitgliedern, einer zahlenmässig kleinen überalterten Gruppe von Natur- und Geisteswissenschaftlern, stattfinden konnte. Nach Errichtung der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung im September 1946 ging die Zuständigkeit für die Neueröffnung der Akademie an diese über.

Die Suche nach neuen Wegen für die Bildung einer umfassenden staatlichen Forschungsinstitution, deren Trägerin die Akademie werden sollte, war verbunden mit der Verabschiedung der traditionellen «Gelehrtengesellschaft», die ihre alleinige Aufgabe in der Betreuung akademischer Unternehmungen sah, und der Errichtung einer eigenständigen Forschungsbasis in Instituten. Das Bild der «Gelehrtenrepublik» geht auf den aufklärerisch-platonischen Anspruch eines vollkommenen Staates zurück, in einer Verbindung von Wissen und politischer Macht. Durchgesetzt hatte sich jedoch nicht die Gründungsidee von Leibniz, dass die Wissenschaft dem Volke zu dienen hätte, sondern die Humboldtsche Idee der Akademie, die eine Tradition der Politikabstinenz einleitete. Die Akademie galt Humboldt als die «höchste und letzte Freistätte der Wissenschaft und die vom Staat am meisten unabhängige Korporation», die es «rein nur mit der Wissenschaft an sich zu tun» hätte<sup>14</sup>.

Die fatalen Konsequenzen dieser illusionären Autonomievorstellung bekam die Preussische Akademie der Wissenschaften 1938 zu spüren, als ihr damaliger Präsident eine Vorlage des Reichsministeriums erhielt, nach der alle jüdischen und «jüdisch versippten» Akademiemitglieder zu entlassen seien. Es kam zwar zu keinen Entlassungen, weil der amtierende Sekretär Max Planck allen jüdischen Mitgliedern dieses Schreiben zukommen liess, so dass sie von sich aus ihre Mitgliedschaft niederlegten, wenn sie nicht, wie Carl Einstein, schon 1933 Deutschland verlassen hatten, jedoch war das Bedürfnis nach Reformen der akademischen Institution gerade aus diesem Versagen heraus nicht nur bei marxistischen Wissenschaftlern oberstes Gebot der Stunde.

Die Wissenschaftspolitik der Sowjetischen Militäradministration unterstützte das Vorhaben, die geeignetsten Wissenschaftler des Landes in einem Netz der verschiedensten Forschungsinstitute zu verbinden. Doch zunächst wurden im Zuge der «Entnazifizierung» zwölf Wissenschaftler wegen ihrer direkten oder indirekten Teilnahme an Naziverbrechen aus der Liste der Ordentlichen Mitglieder gestrichen. Philipp Lenard, dem Verfechter der «Deutschen Physik», wurde die Ehrenmitgliedschaft aberkannt. Am 29. April 1946 war das vom Alliierten Kontrollrat verabschiedete «Gesetz zur Regelung und Überwachung der wissenschaftlichen Forschung»<sup>15</sup> verkündet worden, das wissenschaftliche Forschung für militärische Zwecke ausschliessen sollte. Am 1. Juli 1946 konnte der Oberste Befehlshaber der Sowjetischen Militäradministration, Marschall Sokolowski, die offizielle Wiedereröffnung der Akademie unter der Bezeichnung «Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin» anweisen.<sup>16</sup> Damals hatte die Akademie hundertdreissig Mitarbeiter, an ihrer Spitze wurde der Althistoriker Johannes Stroux als Präsident bestätigt, der gleichzeitig Rektor der wiedereröffneten «Berliner-Universität» war, gleichermassen als Symbol für das traditionelle Prinzip der Akademie, die Einheit von Lehre und Forschung. Wissenschaftlicher Direktor wurde der Kommunist und Mathematiker Josef Naas, der das Konzentrationslager Mauthausen überlebt hatte. Auf dem Festakt zur feierlichen Wiedereröffnung der Akademie im Deutschen Theater am 1. August 1946 sprachen neben dem Präsidenten der Zentralverwaltung für Volksbildung, Paul Wandel, und dem Vertreter der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, Solotuchin, auch der Präsident Johannes Stroux über die neuen Aufgaben der höchsten wissenschaftlichen Institution des Landes beim demokratischen Aufbau: «Als deutsche Wissenschaftler erfüllen wir die Aufgaben unseres neuen Lebens im Geiste des neuen einheitlichen deutschen Volksstaates, den wir von dem kommenden Frieden erwarten und den wir auf

geistigem Gebiete vorzubereiten bemüht sein werden. Aus der Gewissheit der Einheit deutscher Kultur und deutscher Geistesarbeit kann die Deutsche Akademie der Wissenschaften an keinem anderen Platze stehen. Deutsche Wissenschaft als Fundament deutscher Kultur ist ein Ausdruck der geistigen Einheit Deutschlands, aber auch eine Kraft, sie in ihrer Gefährdung zu schützen.»<sup>17</sup> Otto Hahn telegraphierte aus Göttingen, dass ihm die Teilnahme am Festakt leider unmöglich sei, verbunden mit den besten Wünschen für die Arbeiten der Akademie im Dienste wahrer unabhängiger Forschung.<sup>18</sup>

Der aus dem Bewusstsein des Versagens grosser Teile der deutschen Intelligenz getragene Reformwillen und zugleich die strukturelle und personelle Fortführung einer Tradition, die eben diese Gefährdung und ihre Folgen hervorgerufen hat, kennzeichneten die Ambivalenz des Neubeginns. Der aus den Vereinigten Staaten nicht zurückgekehrte Philologe Leo Spitzer schrieb in seinem Aufsatz «Das Eigene und das Fremde über Philologie und Nationalismus» 1946 in der Heidelberger Zeitschrift *Die Wandlung* über die Gefahren geisteswissenschaftlicher Befangenheit: «Der durch Geisteswissenschaft zersetzte deutsche Geist ist jedenfalls eine an ihrem eigenen Übermass zugrunde gehende edle Anlage. Die Verführung zum Toxin der billigen Synthese, zum allzu schnellen Aufschwung in künstliche Paradiese des Gedankens, diese Haschisch-Wirkungen einer unverpflichteten geisteswissenschaftlichen Spekulation sollte der gewandelte Deutsche hinfort meiden.»<sup>19</sup>

Als «Einheit deutscher Geistesarbeit» wird die Berliner Akademie mit ihren neueröffneten naturwissenschaftlichen Instituten, aber auch mit neuen Unternehmungen in den Geisteswissenschaften, zu einer «Gelehrtenrepublik» modernisiert, zu der neben den ordentlichen und korrespondierenden Mitgliedern nun auch eine Forschungsgemeinschaft mit angestellten Fachgelehrten zählte, die sich jedoch auf Grund der personellen Kontinuität in der geisteswissenschaftlichen Forschung noch bis weit in die sechziger Jahre hinein resistent gegenüber dem neuen gesellschaftswissenschaftlichen Diskurs zeigte.

Die zahlreichen historischen, philosophischen und editorischen Unternehmen wurden zum grössten Teil zunächst in traditioneller Form weitergeführt, wie das Grimmsche Wörterbuch der deutschen Sprache oder das Mittelhochdeutsche Wörterbuch, die Ausgaben der Werke Goethes, Jean-Pauls, Wielands, Hamanns, Leibniz' oder Otto Ludwigs, und teils reorganisiert, wie die geplante Herausgabe eines Marx-Engels-Wörterbuchs sowie das Goethe-Wörterbuch. Die Berufung auf eine deutsche Kultur- und Wissenschaftstradition, deren hu-

manes Ideal sich in mörderische Konzepte der Nazi-Kultur verkehren konnte, fand trotz dieser inneren Spannungen grossen Zulauf unter Intellektuellen. Es war einerseits die Besinnung auf eine deutsche humanistische Tradition, die es ermöglichte, Kultur als Kompensation für moderne Deformationen und Entfremdung zu sehen, und andererseits die gesamtdeutsche Repräsentanz, die mit zunehmenden institutionellen Veränderungen zum Anachronismus werden musste, die die besondere Anziehungskraft der Berliner Akademie ausmachten. Mit der Wissenschaftspolitik der SED, die sich ebenfalls auf das Erbe der deutschen Klassik berief, wurde die Wissenschaft in politischpraktische Verantwortung gezogen, so wie es Otto Grotewohl in seiner Rede «Der Bund der Arbeiterschaft mit der Intelligenz» in einer für die damalige Zeit charakteristischen pathetischen Rhetorik zum Ausdruck brachte: «Die Rechte und Freiheiten eines Volkes – hier sind die Verflechtungen und Verbindungen der Wissenschaft und Kunst mit den Fragen unserer heutigen Politik offensichtlich – sind unlösbar mit den Rechten und Freiheiten der Wissenschaft und der Künstler verbunden. Die Männer von Kunst und Wissenschaft mögen sich einmal rückblickend erinnern an die tatsächlichen Auswirkungen dieses von mir aufgestellten theoretischen Satzes. Sie mögen sich daran erinnern, dass mit den politischen Rechten und Freiheiten der deutschen Arbeiterbewegung im Jahre 1933 auch gleichzeitig die Freiheit der Wissenschaft und Kunst geraubt und zertrümmert wurde. Hier liegt die wirkliche politische Verbindung zwischen Wissenschaft und Kunst und den arbeitenden Menschen unseres Volkes.»<sup>20</sup>

In diesem Sinne wurde das Vermächtnis der Leibnizschen Akademiegründung, die Verbindung der Wissenschaft mit der Wohlfahrt des Volkes und den praktischen Erfordernissen des Lebens für die wissenschaftspolitische Steuerung der SED instrumentalisiert. Im marxistischen Diskurs entfalteten sich jedoch in der programmatischen Verbindung von Wissenschaft und Politik und den damit einhergehenden Forderungen nach politischer Harmonie und Einheit gerade jene Momente spekulativen Denkens in einer Idealität, vor der Leo Spitzer für die deutsche Entwicklung nur warnen konnte.

Ein entscheidender Schritt zur Einordnung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in den neuen sozialen Aufbau geschah im Zusammenhang mit der sog. «Kulturverordnung» der Deutschen Wirtschaftskommission vom 31. März 1949, in der es zwar noch um die Gewinnung der «alten Intelligenz», vorrangig jedoch um die Förderung einer «neuen Intelligenz» ging. Diese Verordnung hatte zum Ziel, personalisierte Sozialisationsbeziehun-

gen, die in jeder akademischen Einrichtung eine Reproduktionsmacht gewährleisten, zu unterbrechen. Die «Verordnung über die Erhaltung und die Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, die weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und die Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben» bedeutete für die Akademie, dass ihre Mitgliederzahl sich von sechzig auf hundertzwanzig erhöhen konnte und eine neue Gliederung in sechs Klassen: für Naturwissenschaften, Medizin, Technik, Landwirtschaft, für Sprachen, Kunst und Literatur sowie für Gesellschaftswissenschaften. Damit wurde die seit über hundert Jahren für die Wissenschaftskonzeption der Akademie konstituierende Parität zwischen Geistes- und Naturwissenschaften aufgegeben. Mit dieser Neuordnung erhielt die Akademie einflussreiche Anteilnahme bei der künftigen Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses für Forschungsinstitute und Lehrstühle der Universitäten. In einem Brief des Direktors Naas vom 15. Juni 1949, der als Pressemitteilung gekennzeichnet ist und die Überschrift trägt «Wer wird in die Akademie aufgenommen?», findet sich bereits folgender Vorspann der Redaktion: «Das Sekretariat des Politbüros fordert alle Kulturabteilungen der Parteien auf, sich an der Vorbereitung bei der Auswahl von Kandidaten für wissenschaftliche Lehre und Forschung und von Stipendisten unter den Studenten höherer Semester zu beteiligen. Die entsprechenden Massnahmen der Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission bedeuten einen wichtigen Schritt für die innere Festigung der wissenschaftlichen Arbeit an den Universitäten, Hochschulen und Forschungsinstituten. Über die Kandidatenstellen und Stipendien kann eine fortschrittliche Einstellung in der deutschen Wissenschaft eine weitere Stärkung erfahren. Deshalb muss von unserer Partei an der Verwirklichung dieses Teils der Kulturverordnung intensiv mitgearbeitet werden.»<sup>21</sup>

In den fünfziger Jahren wird die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin zunehmend zur Erfüllung der Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes umstrukturiert, und insbesondere die Gesellschaftswissenschaften wurden aufgefordert, ihren Beitrag zur nationalen Einheit Deutschlands und zur Förderung des sozialistischen Bewusstseins zu leisten. «In den Gesellschaftswissenschaften ist in gemeinsamer Arbeit aller Wissenschaftler der Kampf zur Verteidigung und Weiterentwicklung unserer nationalen wissenschaftlichen Traditionen gegen die wissenschaftsfeindliche imperialistische Ideologie zu führen. Die Arbeit der Forschungsinstitute ist so zu verstärken, dass sie nach Inhalt und Umfang ihrer Tätigkeit die führenden Einrichtungen der friedliebenden nationalen deutschen Wissenschaft werden.»<sup>22</sup>

Mit der rhetorischen Beschwörung der Unteilbarkeit der deutschen Wissen-

schaft sollte die Forschung gefördert werden, die die nationalen progressiven Traditionen zur Stabilisierung einer sozialistischen Nationalkultur aufbereitete. Zu welchen Konflikten die einseitige Verpflichtung der Wissenschaft auf eine konstruierte Praxis führen musste, zeigt ein unter Wissenschaftlern der Akademie in Umlauf gesetzter «gefälschter Brief» des damaligen Präsidenten der Akademie, Walter Friedrich, nach dem 17. Juni 1953, der sich auf die im *Neuen Deutschland* vom 8. Juli 1953 veröffentlichten Vorschläge des Präsidialrates des Kulturbundes zur Verbesserung der Lage der Intelligenz berief. Er verweist auf die oft unverantwortliche Behandlung der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz und zitiert ein am 24. Mai 1953 vom Zentralkomitee der SED veröffentlichtes Schreiben, das grösste Geduld und Takt gegenüber Vertretern der «alten Intelligenz» anmahnt. «Jeder Fall von Ungesetzlichkeit oder willkürlichem Handeln gegenüber der Intelligenz, jede Tatsache fälschlicher Anzeigen und Beschuldigungen gegen Angehörige der Intelligenz muss sorgfältig untersucht und die Schuldigen nach dem Gesetz bestraft werden.»<sup>23</sup> Zu den hauptsächlich festgestellten Übergriffen nennt der «Brief» im Bereich der Akademie besonders die Zurücksetzung und Diffamierung von Wissenschaftlern, die wegen ihrer starken beruflichen Inanspruchnahme keine Zeit für gesellschaftliche Tätigkeit erübrigen können, den Entzug von Intelligenz-Lebensmittelkarten und die stark differierende Bezahlung von Angehörigen der Intelligenz in der Grundstoff-, Reparationsgüter- und in der Konsumgüterindustrie. Dem Brief folgt trotz einer in der Tagespresse vom 23. August 1953 veröffentlichten «Erklärung des Präsidiums der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Feindtätigkeit westlicher Agenturen» eine Flut von Zuschriften, die der Bitte des Präsidenten auf Angabe sachlich begründeter Unzulänglichkeiten nachkommen. «Die ideologische Offensive»<sup>24</sup> machte nun auch nicht mehr vor den Mauern der «Gelehrtenrepublik» halt. Die entscheidenden Begriffe wie «Ästhetizismus», «Formalismus», «Irrationalismus» und «Moderne» zur Ausgrenzung «bürgerlicher» Kunst und Wissenschaft wurden bereits in philosophischen und kulturpolitischen Debatten seit 1947 inhaltlich ausgefüllt. In der Akademie mussten zunächst die institutioneilen und personellen Strukturen verändert werden, um die parteipolitische Instrumentalisierung der Wissenschaft durch den Marxismus-Leninismus wirksam werden zu lassen. Im Bereich der Gesellschaftswissenschaften dominierten noch immer die sog. «Traditionsunternehmen», d.h. Editionen und Wörterbuchprojekte. In der Ministerratsvorlage – seit dem 17. Juni 1954 ist die Akademie direkt dem Ministerrat unterstellt – «Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit und weiteren Entwicklung der Deut-

schen Akademie der Wissenschaften zu Berlin» vom März 1955 wurde dementsprechend kritisiert, dass die Deutsche Akademie der Wissenschaften noch nicht den ihrer Bedeutung entsprechenden Platz in der Leitung des wissenschaftlichen Lebens in der DDR einnimmt.<sup>25</sup>

Die Übertragung eines symbolischen Führungsanspruchs auf die Intellektuellen war an die Verbindlichkeit der von der Partei als praktische Bedürfnisse der Gesellschaft definierten Parameter als Ausgangspunkt wissenschaftlicher Arbeit gebunden. Für alle Klassen und den ihnen angegliederten Instituten und Kommissionen enthielt die Vorlage gesonderte Festlegungen. Die Klasse für Sprache, Literatur und Kunst wurde vor allem auf die Weiterentwicklung nationaler wissenschaftlicher Traditionen verpflichtet. Das im April 1952 gegründete Institut für deutsche Sprache und Literatur, dessen Bedeutung vor allem in der «Erhaltung und Festigung des Nationalbewusstseins unseres Volkes»<sup>26</sup> gesehen wurde, sollte sich der nationalen Politik der SED entsprechend auf die Erforschung der Geschichte der deutschen Nationalliteratur und der Nationalsprache konzentrieren. Bereits im Mai 1955 konnte in einem Bericht der Klasse über die Realisierung der «Empfehlungen» für das Institut für deutsche Sprache und Literatur die Gründung einer «Arbeitsstelle für Literaturgeschichte» zur Erforschung der deutschen Nationalliteratur, zunächst für den Zeitraum 1450-1700, gemeldet werden. Zum Leiter wurde der an der Potsdamer Hochschule lehrende Literaturhistoriker Joachim G. Boeckh berufen, der 1957 seiner Funktion wieder enthoben wurde. Der aus Heidelberg stammende Religionswissenschaftler und Germanist hatte für die damalige Zeit äusserst originelle Interessen, wie beispielsweise für Wirtschaftsgeographie und für den Zusammenhang von Geographie und Ästhetik. Seine grösste Aufmerksamkeit galt jedoch methodologischen Fragen der Literaturgeschichte im Zusammenhang mit dem historischen und dialektischen Materialismus. Ebenso wie Werner Krauss in seinem berühmten Aufsatz «Literaturgeschichte als geschichtlicher Auftrag» von 1950, setzte sich Boeckh vehement mit der Krise geisteswissenschaftlicher Literaturwissenschaft auseinander. In der Deutschen Kommission der Akademie stiess er eher auf Unverständnis, als er nicht müde wurde, auf die notwendige Erarbeitung einer umfassenden Theorie der Literatur und einer Methodologie der Literaturgeschichte hinzuweisen, indem er konkrete Vorschläge unterbreitete. Gegen den inflationären Gebrauch von Schlagworten der Literaturtheorie forderte er die Rehistorisierung und Entmythisierung der Literaturgeschichte, die breiteste Erforschung der Wirkung von Literatur auf die Lesermassen, eine Erforschung der Trivalliteratur und der ökonomischen und ideologischen Ein-

wirkungen des Verlagswesens, des Buchhandels und der Leser auf die literarische Produktion sowie den Zusammenhang zwischen literarischer Produktion und geschichtlichem Prozess. Diese Überlegungen wurden erst mit der Gründung des Zentralinstituts für Literaturgeschichte 1969 wieder aufgenommen, jedoch stets unter Bezugnahme auf den Romanisten Werner Krauss, der bis zu seiner Emeritierung 1965 das von ihm zu Beginn der sechziger Jahre gegründete Institut für romanische Sprachen und Kultur leitete. Der Einsatz von Joachim G. Boeckh für eine echte Zusammenarbeit aller literaturwissenschaftlichen Institutionen in der DDR, um so die folgenschwere philologische Isolation zu überwinden und einen öffentlichen Gedankenaustausch herbeizuführen, waren von einem zutiefst politischen Gedanken getragen. Als Nicht-Genosse schreibt er 1956 in einem vertraulichen Bericht an die Parteileitung der Akademie: «Ich brauche nicht besonders darauf hinzuweisen, dass die Entwicklung der politischen Lage in Westdeutschland und in der ganzen Welt so ist, dass wir sehr plötzlich vor neue Tatsachen gestellt werden. Darüber hinaus ist auch zu fragen, was wir im Bereich der internationalen wissenschaftlichen Diskussion zu bieten haben. In Wirklichkeit ist es so, dass die Literaturwissenschaft bei uns in einer recht unerfreulichen Isolation lebt.»<sup>27</sup> Den von Boeckh aufgeworfenen Problemen einer sinnvollen wissenschaftlichen Organisation aller vereinzelt arbeitenden Institute und Arbeitsstellen hatte sich am Ende der fünfziger Jahre die Parteiorganisation der Akademie angenommen. Der allmähliche Aufbau moderner gesellschaftswissenschaftlicher Forschung und das damit verbundene Zurückdrängen der alten intellektuellen Eliten folgten nach moralischer Überzeugungskraft einem eigenständigen intellektuellen Diskurs. Zur Parteiorganisation der Akademie zählten in den fünfziger Jahren nicht mehr als vierzig Genossen, darunter die aus dem kommunistischen Exil zurückgekehrten Wolfgang Steinitz, Jürgen Kuczynski, Fred Oelssner oder Alfred Meusel. Die kurze Phase der Hoffnung auf ein «Taufwetter» fand mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Ungarn und mit dem Niederschlagen des Aufstandes vom 4. November 1956 ein jähes Ende. Die Partei unter Walter Ulbricht konnte nun auf Gefahren der Entstalinisierung und auf zu weitgehende Fehlerdiskussionen verweisen. Bereits im Dezember 1956 begannen die Kampagnen gegen das Akademiemitglied Ernst Bloch, die 1957 mit seiner Zwangsemeritierung endeten. Georg Lukacs wurde nach dem Ungarereignissen als «Revisionist» aus der Gemeinschaft des «Marxismus-Leninismus» ausgeschlossen. Walter Ulbricht diffamierte reformerisch orientierte Intellektuelle in Wirtschafts-, Staats- und Rechtswissenschaft als «Revisionisten», die nach dem XX. Parteitag offen Kri-

tik am Stalinismus und an der ideologischen Bevormundung in Wissenschaft und Kultur geübt hatten, so dass die Historiker Jürgen Kuczynski und Joachim Streisand Selbstkritik üben mussten und der Ökonom Fred Oelssner im Februar 1958 aus dem Politbüro ausgeschlossen wurde.

Der Führungsanspruch der neuen sozialistischen Intellektuellen gegenüber der alten Intelligenz basierte trotz der negativen Reformenerfahrungen auf der Faszination der symbolischen und funktionalen Macht als Erzieher in einer «Kulturrevolution» zu wirken, die ihre eigene Ohnmacht und zunehmende Disziplinierung vergessen machte. So wird von den Genossen der Akademie die Situation im Institut für deutsche Sprache und Literatur besonders problematisch eingeschätzt. Mangelnder Praxisbezug und ungenügende Kenntnis des Marxismus-Leninismus werden dem Konglomerat verschiedenartiger, zu verschiedenen Zeiten gegründeter und oft zufällig miteinander verbundener Abteilungen und Arbeitsgruppen nachgesagt. Von den fünfundzwanzig Berliner Unternehmungen waren elf sprachwissenschaftliche, vorwiegend lexikographische, dreizehn editorische oder bibliographische und nur eine Arbeitsstelle befasste sich mit Literaturwissenschaft im «eigentlichen Sinne».<sup>28</sup>

Im Vordergrund des hauptsächlich sprachwissenschaftlich arbeitenden Instituts standen bis zu diesem Zeitpunkt die Arbeit an Wörterbüchern, «die angeblich politikfreie Registrierung des Wortschatzes, die Edition oft nicht zentraler Autoren und die Herausgabe unedierter Handschriften».<sup>29</sup> Da auch noch nach 1961 Westberliner und westdeutsche Professoren leitende Stellen einnahmen, wurde von der Mehrheit der Wissenschaftler an der nationalen Einheit der Wissenschaft und an der Unteilbarkeit der Germanistik festgehalten. Die Partei forcierte ihren Einfluss auf die Leitung des Instituts, auf die Kaderplanung und vor allem auf eine Planung und Koordinierung der wissenschaftlichen Arbeit aller gesellschaftswissenschaftlichen Einrichtungen der Akademie. Als einzige marxistische Arbeitsstelle wurde auf Grund ihrer Zielsetzung und ihres personellen Bestandes die Herwegh-Ausgabe angesehen. Perspektivisch sollte diese Arbeitsstelle zu einem Zentrum der Erforschung sozialistischen Literatur ausgebaut werden. Doch zunächst wurde sie aus dem Institut ausgegliedert, weil der damalige Institutsdirektor, der Altphilologe und Germanist Theodor Frings, dem Wissenschaftsgehalt literaturgeschichtlicher Arbeit mit grossem Misstrauen begegnete und für den Ausbau der Arbeitsstelle keine Mittel bewilligte.

Es wäre zu einfach, den Konflikt zwischen zwei konträren Wissenschaftskonzepten und den sie tragenden intellektuellen Haltungen auf klare und institutionell gesicherte Ausgrenzungsverfahren zu reduzieren.

Mit Loyalität und Kooperationsbereitschaft versuchten die «bürgerlichen» Intellektuellen eine ideologisch aufgeladene Praxisverpflichtung der Wissenschaft nicht einfach abzulehnen, sondern sie aus ihrer Perspektive zu hinterfragen. Die geforderte Praxisverbundenheit wurde gerade in der Erarbeitung von Wörterbüchern betont, die nicht nur wissenschaftliche Arbeitsmittel hohen Ranges, sondern auch den Wert praktischer Hilfsmittel für Universitäten und Schulen darstellten.

Wie einseitig die Politisierung einer Wissenschaft von den Intellektuellen selbst forciert wurde, belegt eine parteipolitische Analyse aus dem Jahre 1961: «Von der Fragestellung, inwieweit die Kulturrevolution und die Erziehung des sozialistischen Menschen eine Veränderung der Aufgabenstellung – die auch von vielen Genossen bisher nur als geisteswissenschaftliche Aufgabenstellung und nicht als gesellschaftswissenschaftliche gesehen wird – in der Germanistik notwendig macht, sind wir noch weit entfernt.»<sup>30</sup> Es folgen konkrete Vorschläge zur Einstellung bzw. Einschränkung der «unpolitischen» Wörterbuchprojekte bzw. Vorschläge für Neugründungen, z.B. einer Arbeitsstelle zur Erforschung der sozialistischen deutschen Literatur der Gegenwart und der Probleme der Kulturrevolution für die Literatur der Gegenwart. Doch zunächst wurde eine Strukturkommission eingesetzt, zur Klärung des Verhältnisses zwischen der Akademie bzw. der Gelehrtenengesellschaft und den gesellschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten. Nach der Gründung der Forschungsgemeinschaft für naturwissenschaftliche, medizinische und technische Institute hatte man hier klare parteiliche Zuordnungsverhältnisse geschaffen, die für die noch den Klassen unterstehenden gesellschaftswissenschaftlichen Institute nun auch angestrebt wurden. Vor allem die Wissenschaftler, die Mitglieder der SED waren, erachteten die Bindung an die Klassen als hemmend, da die dort vertretenen Mitglieder in der Mehrzahl noch der «alten» Intelligenz angehörten und nur wenig Verständnis für die neuen Praxisorientierungen der Gesellschaftswissenschaften unter den Bedingungen des Aufbaus des Sozialismus in der DDR aufbrachten. Um der wachsenden Bedeutung der Gesellschaftswissenschaften für die «Organisation und Leitung der Gesellschaft beim umfassenden Aufbau des Sozialismus»<sup>31</sup> gerecht werden zu können, wurde zu Beginn des Jahres 1963 die «Arbeitsgemeinschaft gesellschaftswissenschaftlicher Institute und Einrichtungen» gegründet, die die Forschung auf diesem Gebiet zusammenfassen, lenken und kontrollieren soll. Nachdem der Ministerrat das Statut der Arbeitsgemeinschaft vom 15. Februar 1964 bestätigt hatte, wurden die gesellschaftswissenschaftlichen Institute politisch und administrativ von den Klassen getrennt.

Die Akademie erhielt nun den Auftrag, dem Ministerrat Vorschläge für eine entsprechende Neuregelung für den gesellschaftswissenschaftlichen Forschungsbereich vorzulegen, aus denen sich dann nach zahlreichen Ministerratsvorlagen über die Hauptrichtungen der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und deren Überarbeitungen der erste Perspektivplan «Die Schwerpunkte der Forschung und Prinzipien der Leitung und Organisation der Arbeitsgemeinschaft 1965-1970» entwickelte.

Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, dass sich auch die Literaturwissenschaft in den sechziger Jahren zur marxistischen Leitungswissenschaft entwickeln konnte; alle Traditionsunternehmen, bis auf das Grimmsche Wörterbuch, die Wieland- und die Forster-Ausgabe, wurden von Berlin aus eingestellt.

Im Juli 1967 stimmte der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Zielsetzung für eine zu bildende Arbeitsstelle für marxistische Literaturtheorie zu, die von dem Brecht-Forscher Werner Mittenzwei begründet wurde. Für die neue sozialistische Intelligenz war es nach der Vertreibung und Ausgrenzung der bedeutendsten Denker des 20. Jahrhunderts aus der Gemeinde des Marxismus, wie Lukacs und Bloch, kein äusserer Zwang mehr, alle wissenschaftspolitischen, -organisatorischen und personellen Entscheidungen mit der Abteilung Wissenschaft des Zentralkomitees der SED abzustimmen bzw. nichts mehr ohne deren Zustimmung tun zu können. Für die sozialistische Identität wissenschaftlicher Eliten gehörte diese Art von Kooperation zu den Selbstverständlichkeiten, obwohl damit die Preisgabe von selbständigem Handeln und Entscheiden verbunden war. Der marxistische Herrschaftsdiskurs konnte zur Legitimation des Parteimonopols als auch zur Erweiterung wissenschaftlicher Spielräume genutzt werden, nicht jedoch zum Ausbau einer wissenschaftlich begründeten Gegenposition. Das Vorhaben, als marxistische Gesellschaftswissenschaftler einen Beitrag zur Leitung und Entwicklung der Gesellschaft zu leisten und dafür die besten wissenschaftlichen Köpfe auf die Hauptprobleme der Entwicklung, die Gemeinschaftsarbeit und die exakte Planung und Leitung der wissenschaftlichen Arbeit konzentrieren zu können, hatte zunächst einen durchaus rationalen Kern: die Überwindung der philologischen Zersplitterung und den Ausbau eines einheitlich geleiteten Forschungszentrums. Als nach der Akademiereform 1969 aus der Arbeitsstelle Literaturtheorie gemeinsam mit Germanisten, Slawisten, Romanisten, Anglisten und Amerikanisten, genauer: aus den philologischen Instituten der Berliner Akademie, dem von Theodor Frings gegründeten Institut für deutsche Sprache und Literatur, dem von Werner Krauss 1960 ge-

gründeten Institut für romanische Sprachen und Kultur und dem von Hans Holm Bielfeld gegründeten Institut für Slawistik, das Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR gegründet wurde, war dies auch ein Ausbruch aus der Provinzialität der fünfziger Jahre und eine Öffnung zu internationalen und interphilologischen Forschungsfeldern, wie z.B. europäische Aufklärung, deutscher Vormärz, Exilliteratur, europäische Avantgarde, Literatur und Kunst der Weimarer Republik, deutsche Literatur um 1800 und Literatur der DDR. Dass es sich für die damalige Gründergeneration um Werner Mittenzwei, Manfred Naumann, Robert Weimann und Gerhard Ziegengeist um eine Zeit revolutionärer Erneuerung der Literaturwissenschaft handelte, ist aus ihrer Perspektive nur zu verständlich, denn es entsprach ihrem Selbstverständnis, gegen den marxistisch-leninistischen Führungs- und Alleinvertretungsanspruch eine aus dem Geist des progressiven Marxismus kommende historische und theoretische Forschung zu initiieren. Zunehmende Professionalität und Differenziertheit der Literaturwissenschaft war jedoch mit unhintergehbaren marxistischen Forschungsstandards verbunden, die dazu beitrugen, dass die präzise Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse hinter dem Nebelschleier gesellschaftlicher Gesetze von der Geschichte, der kulturellen Grundaufgabe und der Entwicklung sozialistischer Nationalkultur verschwand. Kritisches Denken und intellektueller Habitus richteten sich auf die Reformierung der Literaturwissenschaft, auf interphilologische und epochengeschichtlich vergleichende Projekte, nicht jedoch auf eine im marxistischen Sinne kritische Theorie der Gesellschaft, die ein herrschafts- und autoritätskritisches Denken zur Voraussetzung gehabt hätte. Den Führungsanspruch der Partei und die Wissenschaftlichkeit des Marxismus-Leninismus in Frage zu stellen hätte mit Blick auf die gescheiterten Prager Reformversuche des Sozialismus das wissenschaftlichen Aus bedeutet. So liess sich das Zentralinstitut zwar nicht zum literaturwissenschaftlichen Führungsinstitut im Sinne verbindlicher theoretischer Vorgaben für die Universitäten instrumentalisieren, wie es parteipolitisch beabsichtigt war; es entwickelte sich jedoch eine Art Elitebewusstsein, das um die Ambivalenz der in Anspruch genommenen marxistischen Position wusste, denn als herrschaftskritisches Denken war es für die eigene Gegenwart nicht anwendbar.

Als Ende der siebziger Jahre, nach der Biermann-Ausbürgerung, die Repressionen gegen Künstler und Wissenschaftler erneut zunahmen und Resignation und Enttäuschung angesichts erstarrter und unveränderbar scheinender Gesellschaftsstrukturen auch unter den reformbewussten marxistischen Intellektuel-

len umgingen, konnten Rephilologisierung und Provinzialismus erneut zu geeigneten Räumen des Überwinterns werden.

Die Intellektuellen des Literaturinstituts der Berliner Akademie der Wissenschaften gehörten nicht zu den politischen Machteliten, sie bildeten eher eine kulturelle Elite mit emanzipatorischem Selbstverständnis. Die von ihnen getragenen reformsozialistischen Bestrebungen waren geneigt, den Geist und ihren privilegierten Zugang zum Wissen über die Macht zu stellen bzw. die stets schlechten Verhältnisse, nicht aber die richtigen marxistischen Ideen in Frage zu stellen. Mit der marxistisch-leninistischen Fundierung der Literaturwissenschaft ist die von Werner Krauss geforderte neue «Wissenschaftlichkeit» nicht erreicht worden. Die Analyse sozialer Realität ging nicht von lebendigen Gegenwartserfahrungen aus, sondern war diktiert von einer rigiden Theorie, die die Fortschrittlichkeit und Höherentwicklung der sozialistischen Gesellschaft gegenüber dem Kapitalismus stets zu beweisen hatte. Der humanistische Diskurs verhüllte einerseits die parteistaatliche Monopolstellung und wurde andererseits für die Revision des «Marxismus-Leninismus» als Ausgangspunkt genommen. Das langsame Aufbrechen seiner Monopolstellung durch die politischen Kämpfe um Hans Mayer, Ernst Bloch, Alfred Kantorowicz, Bertolt Brecht, Georg Lukacs, die Frankfurter Schule, die Klassik- und Romantikrezeption, die Moderne und Postmoderne zieht sich durch die gesamte Wissenschaftsgeschichte der DDR.

Das intellektuelle Selbstverständnis progressiver Marxisten in der DDR war nicht auf die Bestätigung des herrschenden politischen Systems gerichtet, sondern orientierte sich an einer internationalen «scientific community» und war verwickelt in den verinnerlichten Widerspruch zwischen Handlungen, die die Monopolstruktur legitimierten und jenen, die sie durch Modernisierung erodierten. Zum Schluss möchte ich einen Berliner Philosophen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften zu Wort kommen lassen, der die lebensweltlichen Folgen dieses Widerspruchs reflektiert: «Reformsozialistische Ideen ermöglichten den versöhnlichen Umgang mit unserem Selbstwiderspruch. Strukturell ist es unvereinbar, ein Monopolregime mitzutragen, auch nur mitzudulden, und gleichzeitig Selbstverwirklichung für alle und mit allen zu beanspruchen. Die Konsequenz der Unvereinbarkeit blieb lebensweltlich verborgen. Man kann vieles ohne Versöhnung tun, nur nicht leben. Indem wir diese Versöhnung lebten, konnten wir uns als Schizophrene erkennen. Hätten wir die Versöhnung des Unversöhnlichen nicht gelebt, wären wir tatsächlich schizophren gewesen.»<sup>32</sup>

ANNE WORST

## HEISSES HERZ – KÜHLER VERSTAND?

EIN LEBEN IM DIENST DER STASI

*Herbert M. – wir nennen ihn so, denn er will anonym bleiben – wurde am 6. November 1935 in Prag geboren. Seine Eltern waren überzeugte Kommunisten, lebten als Deutsche in der Tschechoslowakei und arbeiteten dort mit den Genossen der KPC zusammen, illegal, höchst risikobereit, bis sie 1945 die Befreiung vom Faschismus erlebten. Anders allerdings, als sie es sich vorgestellt hatten. Eine Welle von Grausamkeiten schlug allen Deutschen entgegen, egal, ob sie schuldig waren oder nicht. Tschechische Nationalisten verprügelten den Vater mit Eisenstangen, schnitten ihm ein Ohr ab, zwangen ihn, es roh und blutig hinunterzuwürgen, liessen ihn ohnmächtig zurück, halbtot. Herbert hatte an diesem Tag fast seinen Vater verloren. Er war damals zehn Jahre alt. Sein Bruder war im Krieg gefallen.*

*Die Familie zog weg aus Prag, nach Karlsbad, engagierte sich in den Antifa-Ausschüssen. Und wieder passierte Unglaubliches: der Vater wurde verschleppt, trotz aller Beteuerungen, trotz Aussagen seiner Genossen, und zusammen mit Kriegsverbrechern und Nationalsozialisten interniert. Es kostete ihn ein brutales, unmenschliches Jahr, seine Unschuld zu beweisen.*

*Inzwischen waren Mutter und Sohn in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands emigriert, erst nach Sachsen, dann nach Thüringen. Hier besuchte Herbert die Oberschule und wurde FDJler. Er war stets einer der besten Schüler.*

*Um die Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit agitatorisch vorzubereiten, veröffentlicht die Tageszeitung Neues Deutschland am 28. Januar 1950 einen «Bericht des Generalinspektors der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft, Erich Mielke». Darin werden unter anderem Fälle von «Diversions» sowie «Agenten- und Spionagetätigkeit» angeprangert, ausserdem «kriminelle Verbrecher im Dienst des amerikanischen und britischen Geheimdienstes». In der Einleitung heisst es, dass jeder, der den Bericht lese, feststellen werde «mit welcher Skrupellosigkeit die in- und ausländischen Gegner unseres Aufbaues vorgehen, dass es sich um Gangster und Mörder handelt, die unser Leben bedrohen und deshalb mit grösster Entschlossenheit unschädlich gemacht werden müssen».<sup>1</sup>*

Am 8. Februar 1950 passiert das Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) die Volkskammer der DDR. Zwei Wochen später, am 20. Februar 1950, wird Wilhelm Zaisser als Minister eingesetzt, Erich Mielke als Erster Staatssekretär.

Die Auslandsspionage, wohlgetarnt unter dem Dach des «Instituts für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung» (IWF), untersteht zunächst pro forma Anton Ackermann, dem Staatssekretär im Aussenministerium. Schon 1951 gehört der langjährige Chef der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), Markus Wolf, zum Mitarbeiterstab des IWF. 1953 wird das Institut dem MfS zugeschlagen.

*Die Welt zu Beginn der fünfziger Jahre war aufgeteilt in gut und böse, in gerecht und ungerecht. Herbert stand auf der richtigen Seite, davon war er fest überzeugt. Auf der Seite derer, die progressiv und revolutionär waren. Die alte Nazilehrer aus der Schule verbannten und durch begeisterte Neulehrer ersetzten. Die für eine antifaschistische, demokratische Grundordnung kämpften unter Führung der SED, einer Partei neuen Typs. Er war stolz darauf, dass namhafte Antifaschisten aus dem Exil nach Ostdeutschland zurückkehrten und nicht in den Westen. Bertolt Brecht etwa, Gerhart und Hanns Eisler, John Heartfield, Wieland Herzfelde, Wolfgang Langhoff, Anna Seghers, Stefan Heym. Herbert hatte sich gerade den Roman «Kreuzfahrer von heute» aus der Bibliothek besorgt. Er glaubte jedes Wort in diesem dickleibigen Schmöker, den Heym zur Entlarvung der amerikanischen Kriegszielpolitik verfasst hatte.*

*Oktober 1950, die ersten Wahlen in der DDR. Herbert, mittlerweile glühender FDJler, ebenso glühender Anhänger seines neuen Staates, fünfzehn Jahre alt, stutzte: eine Einheitsliste? Wählen hiess aber doch: Auswahl haben, nicht bloss zustimmen. Selbst bei der FDJ wurde «richtig» gewählt. Das Argument, das in diesem Zusammenhang zum ersten Mal fiel, sollte ihn sein Leben lang begleiten, beschwichtigen, hinhalten: «... weil es der guten Sache dient!» Später zählte er es zu den «Totschlagargumenten», auf die es keine Erwiderung mehr gab: Bist du für den Frieden – dann musst du auch für die DDR sein, für die Partei, für diese und jene Massnahme, für Entscheidungen, zu denen es keine Alternative gab. Damit wurde in der DDR eine Generation von Jasagern herangezüchtet, die holzschnittartig, karrierebewusst, undifferenziert der SED-Führung und ihren Entscheidungen folgten. Die unbedenklich in Kauf nahmen, dass Kritiker eliminiert wurden, der Parteiräson wegen.*

*Aber noch war Herbert zu jung, das alles zu erkennen. Noch war für ihn und seine Eltern die Sowjetunion das gelobte «Vaterland der Werktätigen», eine Überzeugung, die an religiöse Gläubigkeit grenzte. Während die imperialisti-*

*sche USA in Korea Krieg führte, war Stalin, der «wahre Freund» Deutschlands, ein Garant des Friedens, der «Über-Vater» schlechthin. Und so sahen alle, die aus der kommunistischen Bewegung kamen, die Erfüllung eines Traumziels nahen, als Ulbricht 1952 auf der II. Parteikonferenz in Anlehnung an die Sowjetunion die «Errichtung der Grundlagen des Sozialismus» verkündete. Die Widerstände, Einwände und Ängste der «bürgerlichen» Seite, der Bauern, kleinen Geschäftsleute und Handwerker wurden übersehen oder höchstens mit einem Kopfschütteln bedacht. Als die FDJ im Herbst 1952 zum bewaffneten Schutz des Staates aufrief, war Herbert unter den ersten, die sich freiwillig für diesen «Ehrendienst» meldeten.*

Von Anfang an ist das Ministerium für Staatssicherheit eng an das sowjetische Vorbild angelehnt, eine Kopie im kleineren Massstab. Wie in der Sowjetunion bilden auch in der DDR die Tschekisten «Schild und Schwert» der Partei. Sie schützen die Interessen der SED, schirmen sie ab, so dass diese die Macht im Staate uneingeschränkt behaupten und ausüben kann. An der Spitze des MfS stehen mit Wilhelm Zaisser, Ernst Wollweber und Erich Mielke stets Männer, die bereits zum illegalen Apparat der KPD gehörten, die während der dreissiger und vierziger Jahre in die Sowjetunion emigrierten und dort ihre politische Prägung erhielten. Die leitenden Kader im MfS sind ebenfalls erprobte Kommunisten, «die in den Schulen des MGB<sup>2</sup> in der Sowjetunion eine Spezialausbildung genossen hatten».<sup>3</sup> Ihre Kompetenzen sind, dem Auftrag der Stasi entsprechend, weit gefasst: politische Geheimpolizei, geheimer Nachrichtendienst, Untersuchungsbehörde für politische Strafsachen mit exekutiven Befugnissen. Niemand kontrollierte sie, weder eine Behörde noch das Parlament. 1952 stehen bereits 4'000 hauptamtliche Mitarbeiter im Dienst der Stasi.<sup>4</sup>

*Am 5. März 1953 gegen 21.50 Uhr starb Stalin. Die Nachricht verbreitete sich mit Windeseile um die Welt. Was für die einen Hoffnung auf das Ende von Terror und Leid bedeutete, war für andere ein schlimmer Schock. Herbert und seine Familie waren tief erschüttert, beweinten den Verlust, gingen auf die Strasse und schlossen sich einer spontanen Massendemonstration an. Stalin, für sie der Inbegriff von Frieden und Hoffnung, der Führer des Weltproletariates, der Held unzähliger Gedichte und Kantaten, die unangefochtene Lichtgestalt, war tot. Doch der Kult ging weiter.*

*Gesiegt. Und alles, alles ist vollbracht!  
Er ruht! Millionen sind die Seinen.  
Sein Lächeln leuchtet uns auch diese Nacht...*

*Gesiegt! Der Schwur an Lenins Bahre ward erfüllt.  
Vollbracht! Er gab uns noch ein Buch voll guter Lehren ...  
Wir schwörn, Genosse Stalin! Unser Schwur  
wird treu erfüllt! In Ehren!*<sup>5</sup>

*Stalins Eid bei den Trauerfeierlichkeiten an Lenins Bahre hatte auch Herbert beeindruckt. Er sass im Kino und sah wieder und wieder das sowjetische Monumentalepos Klatwa – Der Schwur von Michail Tschiaureli. «Wir schwören dir, Genosse Lenin», ruft der Film-Stalin theatralisch, «dass wir unser Leben nicht schonen werden, um den Bund der Werktätigen der ganzen Welt zu festigen und zu erweitern!» Und Hunderttausende schwärten und traten in den darauffolgenden Wochen in die KPdSU ein. Die Anzahl der Parteimitglieder verdoppelte sich im Handumdrehen.*

*Im März 1953 eiferten Tausende DDR-Bürger diesem Vorbild aus den frühen fahren der Sowjetunion nach. Auch Herbert stellte den Antrag auf Aufnahme in die SED. Kurz zuvor hatte er sein Abitur mit «sehr gut» bestanden. Er war stolz und glücklich, als er von einem Mitarbeiter des MfS im Zimmer des Schuldirektors zur Seite genommen wurde: «Willst du, Herbert M., FDJ-Sekretär mit gerade bestandenen Abitur, bei uns mitmachen, in guten und in schlechten Zeiten?» Herbert sagte bedenkenlos ja. Er hätte damals jeden Eid geschworen.*

Der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 bringt das Ministerium für Staatssicherheit in seine erste, ernsthafte Krise: Der Ministerrat beschliesst am 23. Juli, das Ministerium für Staatssicherheit aufzulösen und als Staatssekretariat für Sicherheit (SfS) in das Ministerium des Innern unter dessen Minister Willi Stoph einzugliedern. Durch die Umbenennung wird das MfS zwar pro forma «degradiert», faktisch aber kontrolliert es, obwohl Teil des Ministeriums des Innern, sogar dessen Mitarbeiter.

Walter Ulbricht, der schwer unter dem Druck Moskaus steht, kündigt eine «Politik des Neuen Kurses» an.<sup>6</sup> Hinter den Kulissen toben derweil heftige Auseinandersetzungen. Wilhelm Zaisser versucht zusammen mit Rudolf Herrnstadt und einigen anderen, Walter Ulbricht zu stürzen, um eine Demokratisierung der SED zu erreichen. Seit Anfang der fünfziger Jahre kritisieren sie den sich immer weiter verselbständigenden Parteiapparat, den Personenkult um Ulbricht und seinen autoritären Führungsstil. Doch die Reformer verlieren den Machtkampf. Die Ereignisse des 17. Juni 1953» vor allem das Versagen der Staatssicherheit, werden der Zaisser-Herrnstadt-Gruppe angelastet, Wilhelm Zaisser wird entmachtet und im Januar 1954 aus der SED ausgeschlossen. Der offizielle Vor-

wurf: Er sei «mit einer defaitistischen, gegen die Einheit der Partei gerichteten Linie aufgetreten» und habe eine «parteifeindliche Fraktion» gebildet.<sup>7</sup>

Ernst Wollweber, bis dahin Staatssekretär im Ministerium für Verkehr, erhält den Posten als neuer Leiter des Sfs. Am 24. November 1955 wird das Staatssekretariat für Staatssicherheit wieder zum eigenständigen Ministerium.

*Den 17. Juni 1953 erlebte Herbert in Weimar, wo er mithalf, ein Treffen Thüringer Oberschüler vorzubereiten. Vom Ausnahmezustand erfuhren die FDJ-Funktionäre übers Radio. Sie zogen daraufhin demonstrativ ihre blauen Uniformen an, um Solidarität mit ihrem Staat zu bekunden und sich «Provokateuren» entgegenzustellen. Doch auf Weimars Strassen blieb es verhältnismässig ruhig. Herberts fester Wille, den Feinden von Staat, Sozialismus und Parteiführung die Stirn zu bieten, hatte sich durch die Juni-Ereignisse allerdings verfestigt.*

*Zu Hause lag für ihn der sehnlichst erwartete Brief: Zwecks Einstellung in die Bezirksverwaltung Erfurt des MfS unverzüglich melden! Dort sass er im August 1953 und schrieb mit allerbesten Schönschrift die Verpflichtungserklärung als Mitarbeiter der Staatssicherheit ab. Er war stolz darauf, dass man gerade ihn gewählt hatte. In seinem Kopf ging es durcheinander: Realität mischte sich mit Fiktion, Agentenromantik mit Verantwortungsbewusstsein, revolutionäre Überzeugung mit Heldenmut in der illegalen Arbeit.*

Erich Mielke, Generalleutnant und Stellvertretender Leiter im MfS, kennt nur ein Ziel: die Entmachtung seines direkten Vorgesetzten. Weil Ernst Wollweber die Auffassung vertritt, «dass die Ideen des MfS nicht in die damalige Landschaft des politischen Klassenkampfes» passen und deshalb massive Veränderungen durchführen will.<sup>8</sup> Hinzu kommt, dass Wollwebers aktionistische Amtsführung Mielkes Denkweise vollkommen widerspricht. Während Wollweber seinen Ehrgeiz daransetzt, alle operativen Arbeiten und die damit verbundenen Erfolge, etwa die Enttarnung von angeblichen Agenten, an die grosse Glocke zu hängen,<sup>9</sup> ist Mielke ein Befürworter absoluter Konspiration und Geheimhaltung. «Ein Schwätzer ist eine Fundgrube für jeden Spion. Deshalb darf von unseren Staats- und Parteigeheimnissen nur der Kenntnis bekommen, der sie für die Arbeit benötigt.»<sup>10</sup>

Am 6. Februar 1958 wird Wollweber zusammen mit Karl Schirdewan wegen «Fraktionstätigkeit» und Opposition gegen Ulbricht aus dem ZK der SED ausgeschlossen und mit einer strengen Rüge bestraft. «Die fraktionelle Gruppe Schirdewan, Wollweber und Ziller», ereiferte sich Ulbricht auf dem V. Partei-



«Erich Mielke. Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Minister für Staatssicherheit der DDR, Armeegeneral.» (Aufnahme aus dem Jahre 1976)

tag der SED, «denen die Genossen Oelssner und Selbmann Schützenhilfe leisteten, wollten der Generallinie der Partei eine opportunistische Linie entgegenzusetzen.»<sup>11</sup>

Am 1. November 1957 ist Mielke am Ziel: er tritt als Minister für Staatssicherheit die Nachfolge des entmachteten Wollweber an. Seit dieser Zeit steht er unangefochten an der Spitze des MfS.

*In der Bezirksverwaltung Erfurt arbeitete Herbert M. zunächst in der Abteilung VIII: Ermittlung, Beobachtung, Festnahme. Der Kalte Krieg, die paranoide Furcht vor angeblichen und echten Spionen, Stalins These von der «Verschärfung des Klassenkampfes» angesichts des wachsenden Erfolges des Sozialismus – Begründungen für den massiven Einsatz des MfS gab es genug. So wuchs denn auch die Zahl der sogenannten «Sicherheitsüberprüfungen» von Personen mit jedem Tag. Ob es Wirtschaftsfachleute waren, Offiziersbewerber oder FDJ-Funktionäre, Abgeordnete der Blockparteien oder studentische Delegierte für Moskauer Universitäten, Künstler, Professoren – alle waren im Visier der Staatssicherheit, nur hauptamtliche Genossen von der SED waren tabu.*

*Herbert führte die verdeckten Ermittlungen mit grosser Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt durch. Er machte keine steile, aber eine stetige Karriere innerhalb des Apparates. Mittlerweile waren auch seine Eltern Zivilangestellte des MfS. Die Abteilung VIII hatte eine sogenanntes «U-Haus» eingerichtet, ein Wohnheim für «U-Mitarbeiter».<sup>12</sup> Dort wurde ein Hausmeisterehepaar gebraucht. Für die Eltern war es eine Ehre, der Stasi zu dienen, die Krönung ihres Lebenswerkes als Kommunisten. Auch später, als der Vater in die Abteilung M, in die Postkontrolle, versetzt wurde und die Briefe fremder Leute öffnen musste, berichtete er in den Augen der Familie einen ganz normalen Job: Was das MfS praktizierte, stand zwar so nicht im Gesetz, wurde aber als Notwendigkeit akzeptiert.*

*Herbert wurde ebenfalls versetzt, zur Hauptabteilung XX<sup>13</sup> in der Berliner Zentrale. Er war jetzt für alle Universitäten der Republik zuständig, führte eine erkleckliche Anzahl IM.<sup>14</sup> Sie berichteten über den Widerstand bei der sozialistischen Umgestaltung der Unis, bürgerliches Gedankengut unter den Studenten und über einen «Hort der NSDAP» unter der Professorenschaft in Halle.*

*Gemeint war die «Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina», eine der ältesten deutschen Wissenschaftlervereinigungen, die bereits 1652 gegründet wurde und seit 1878 ihren Sitz in Halle hatte. Diese Gesellschaft, eine exotische Pflanze wie die gleichnamige Amazonaspalme, war nach 1945 weder verboten noch erneut zugelassen worden, man hatte sie schlicht vergessen. So existierte*

*tierte sie weiter, und zwar gesamtdeutsch! Das reichte aus, um eine Routineuntersuchung auszulösen, denn Ende der fünfziger Jahre ging eine regelrechte Hatz gegen alles Gesamtdeutsche los.*

*Herbert legte einen Operativen Vorgang an und nannte ihn «OV Komet». Seine analytische Untersuchung ergab, dass innerhalb der Akademie die SED fast nicht vertreten war, wohl aber eine hohe Anzahl ehemaliger NSDAP-Mitglieder – ein Alarmsignal. Aber was sollte er für operative Massnahmen einleiten? Gegen eine Statistik konnte selbst die Stasi nicht vorgehen. Herbert machte einen Vorschlag: Ministerpräsident Otto Grotewohl sollte die Leopoldina legalisieren und dem Ministerrat unterstellen. Dadurch, so Herbert weiter, könne man den langfristigen Einfluss von Staat und Partei erhöhen. Ein Schritt auf dem Weg zur Gleichschaltung.*

*Im «OV Komet» notierte Herbert einen Satz, den er nie vergessen sollte. Der langjährige Präsident der Leopoldina, der Physiologe Kurt Mothes, soll einem IM-Bericht zufolge behauptet haben: «In einem Staat wie der DDR kann selbst ein Karl Marx nichts werden!»*

*Die Leopoldina existierte weiterhin als internationale Wissenschaftlervereinigung, Mothes blieb trotz allem in der DDR. Viele andere wanderten ab in den Westen. Professoren, Schriftsteller, Ärzte, Bauern, Handwerker, Studenten. Rückholaktionen, von der Stasi gestartet, blieben meist erfolglos.*

*Mit Herbert waren die Vorgesetzten zufrieden. Er versuchte, loyal zu sein, hielt sich an die Regeln von Staat und Partei, sozialistischer Moral und Disziplin, Konspiration und Wachsamkeit. Und: Er befolgte die West-Verbote! Keine Kontakte zu Verwandten in der BRD, kein heimlicher Abstecher nach Westberlin, keine Mädchen von «drüben». Aus Versehen fuhr Herbert einmal eine Station zu weit mit der S-Bahn, landete in der Sonnenallee im Westsektor der Stadt. Er war ausser sich, sah Disziplinarstrafen auf sich zukommen, Arrest im MfS-eigenen Karzer. Böse Erinnerungen wurden wach: Während der Weltfestspiele 1953 war er mit einer Gruppe FDJler durch Westberlin gezogen, nur ein paar Stunden. Diesen kurzen Abstecher hatte er beim Einstellungsgespräch verschwiegen: er wollte um jeden Preis zum MfS. Zwei Jahre später packte ihn das schlechte Gewissen, er beichtete und heulte, schrieb mehrere Berichte, legte anhand eines Westberliner Stadtplans seine Verfehlung offen. Damals hatte er sich geschworen: Westberlin – nie wieder!*

Februar 1956, XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Der Terror Stalins wird intern verurteilt, politisches «Tauwetter» setzt ein. In der DDR werden nach der III. Parteikonferenz im März 1956 rund 23 000 Strafgefangene aus den Gefängnissen entlassen.<sup>15</sup>

Im MfS merkt man jedoch wenig von der Entspannung. Zwei Grundsätze

kennzeichnen nach wie vor den internen Herrschaftsstil: die unangefochtene Führungsrolle der Partei und die straffe, zentrale Einzelleitung durch Erich Mielke. Er ist ein Despot, rechthaberisch, misstrauisch, Stalinist, devot gegenüber der SED und der Sowjetmacht. Mit den Jahren erhält sein Ministerium immer weitreichendere Kompetenzen, mehr Sachmittel, mehr Technik, mehr Personal. 1959 arbeiten bereits rund 13'000 Offiziere, Unteroffiziere und Zivilbeschäftigte bei der Stasi.<sup>16</sup>

Das grösste Problem dieser Jahre: Hunderttausende verlassen die DDR. Dieser «Republikflucht» wird mit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 ein Riegel vorgeschoben. An der Vorbereitung und Durchführung der Absperrmassnahmen ist die Stasi massgeblich beteiligt. In diesem Zusammenhang nennt Mielke die Zahl der Regimegegner, die von der Staatssicherheit in der Zeit vom Januar 1960 bis Juni 1961 «unschädlich gemacht» wurden: es sind «über 4'000».<sup>17</sup>

*Am 20. September 1954 nahm die Fakultät für Journalistik der Karl-Marx-Universität Leipzig den Lehrbetrieb auf eine Novität im deutschen Hochschulwesen. Sie erhielt schnell den Beinamen «Rotes Kloster», denn in dieser Kadenschmiede für sozialistische Journalisten galten die Schriften von Lenin, Marx und Engels mehr als die Zehn Gebote. Von 1957 bis 1962 absolvierte Herbert hier ein Fernstudium bis zum Diplomjournalisten. Den Mauerbau erlebte er damals mit zwiespältigen Gefühlen.*

*«Am 13. August 1961», schrieb er zwar in seiner Diplomarbeit, «wurden durch das entschlossene Handeln der Deutschen Demokratischen Republik und die Unterstützung der Länder des Sozialismus die grössenwahnsinnigen Annexionspläne der westdeutschen Imperialisten und ihre Hoffnungen auf eine Unterminierung der DDR von innen gänzlich über den Haufen geworfen.»<sup>18</sup>*

*Doch so kämpferisch sich das liest: im Innern nagten bei Herbert Zweifel: Warum schaffen wir es nicht, die Menschen zu überzeugen, in der DDR zu bleiben? Warum müssen wir sie mit Zwangsmassnahmen daran hindern, in Scharen wegzulaufen? Es kann doch nicht nur an der wirtschaftlichen Überlegenheit der BRD liegen! Bieten wir hier nicht stabile Niedrigpreise, Studienmöglichkeit für Leute mit wenig Geld, soziale Sicherheit, Kindergartenplätze, Frieden? Er suchte nach Gründen: zuwenig Devisen, mangelnde Reisemöglichkeiten, bestimmte Konsum- und Luxusgüter fehlten schlichtweg. Die wesentlicheren Ursachen: Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft, Sozialisierung von Handwerksbetrieben, Unterdrückung von Meinungsfreiheit – daran dachte Herbert nicht. Das konnte und wollte er nicht verstehen.*

*Ebensowenig verstand er die Vorgänge in der Tschechoslowakei 1968. Seine Eltern kannten einen Teil der Aufständischen aus ihrer Prager Zeit. Jetzt gingen diese Leute auf die Strasse und riefen lautstark nach einem anderen, menschlicheren Sozialismus. Die Familie war fassungslos, sah es als Verrat an der kommunistischen Idee, an den klaren Standpunkten Breschnews und Ulbrichts.*

Als die Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR einmarschieren, laufen zahlreiche Protestaktionen in der DDR. Die Menschen können nicht begreifen, dass Ulbrichts These von der «sozialistischen Menschengemeinschaft» so verschieden von den Forderungen DubČeks nach einem liberalen Sozialismus mit menschlichem Gesicht sein soll. Die Solidaritätsbekundungen und Unmutsäusserungen seien «feindlich-negative Handlungen», wie es im Bürokratendeutsch der Staatssicherheit heisst. Trotz massiver Gegenmassnahmen und Repressionen hat die Stasi die «Unruhen» nicht völlig im Griff. «Wir haben keinerlei Grund zur Selbstzufriedenheit», schreibt Mielke resümierend, «zumal eine grosse Anzahl, über 2'700, dieser angeführten feindlichen Handlungen noch unaufgeklärt ist, darunter auch solche Delikte wie Anbringen von Hetzlosungen (469 Fälle) und Verbreitung von Hetzschriften (332 Fälle).»<sup>19</sup>

Unter Erich Honecker, der 1971 Erster Sekretär, 1976 dann Generalsekretär des ZK der SED wird, keimt allenthalben Hoffnung auf Veränderungen: «Keine Tabus in der Kultur!» verkündet er auf dem VIII. Parteitag. Und die Leute sind so begeistert, dass sie den Nachsatz überhören: «... wenn man von den festen Positionen und Grundsätzen des Sozialismus ausgeht». In den folgenden Jahren wird das Misstrauen der Bevölkerung in die Politik der Staats- und Parteiführung immer grösser.

In noch grösserem Masse wächst das Misstrauen der Staatssicherheit gegenüber der eigenen Bevölkerung. Je weiter die Entspannungspolitik zwischen Ost und West gedeiht, je mehr die weltweite diplomatische Anerkennung der DDR fortschreitet, desto mehr Möglichkeiten zu Westkontakten ergeben sich für DDR-Bürger. Nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages tauchen mit einem Mal westdeutsche Korrespondenten auf – die DDR wird als Objekt der Berichterstattung von innen entdeckt. Gleichzeitig fungieren die Journalisten durch ihre Kontakte zur kritischen Intellektuellenszene als Multiplikatoren, denn über Rundfunk und Fernsehen tragen sie die Ideen der oppositionellen Kräfte in die Wohnstuben, nach West und Ost zur gleichen Zeit.

Der Arbeitsschwerpunkt der Stasi verlagert sich von der Abwehr des «äusseren» auf den «inneren Feind». Im Mittelpunkt steht die Frage «Wer ist wer?»,

sprich Sicherheitsüberprüfungen. PiD (politisch-ideologische Diversion) und PUT (politische Untergrundtätigkeit) werden zu Schlüsselbegriffen der operativen Arbeit. Beides sind Umschreibungen für Opposition gegen das System der DDR, für Pläne und Aktivitäten, die sich gegen den Kurs der Partei- und Staatsführung richten. Das alles rechtzeitig zu erkennen, möglichst lückenlos unter Kontrolle zu halten und vorbeugend zu verhindern, füllt den Arbeitsalltag der Mitarbeiter in der HA XX. Mittlerweile sind DDR-weit rund 52'700 Personen hauptamtlich beim MfS in Lohn und Brot.<sup>20</sup>

*«Ich war immer einer der bravsten und diszipliniertesten unter den MfS-Angehörigen», sagt Herbert von sich selbst. Trotzdem bekam er Schwierigkeiten in seiner Abteilung. Er litt unter der bedingungslosen Unterordnung, dem Kadavergehorsam in der XX, wo wider besseres Wissen kein Kontra geduldet wurde. Wo sich Selbstherrlichkeit statt revolutionärer Wachsamkeit breitgemacht hatte. Wo Pedanterie statt nüchterner Analyse herrschte. Wo Versorgungsmentalität an die Stelle sozialistischen Gemeingeistes getreten war. Deshalb empfand er die Versetzung zur Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) wie eine Befreiung. Herbert wurde verantwortlich für die Bibliothek, die Auswertung von Westzeitschriften und für die Dokumentation. Jetzt war er in seinem Element: so lange grübeln, recherchieren, analysieren, bis er auf jede erdenkliche Frage eine Antwort geben konnte. Und Fragen hatten alle Abteilungen: ob es um die Führer von neonazistischen Gruppen im Westen ging oder um Landtagsabgeordnete der CDU in Hessen, um die Mitarbeiterstruktur im ZDF oder um die Auseinandersetzungen beim Bau der Wiederaufbereitungsanlage im bayerischen Wackersdorf. 1974, als er hier anfing, war er der einzige Mitarbeiter, 1989, bei der Auflösung des MfS, waren sie sechzehn. «Japanische Wachstumsraten beim Personal», pflegte Herbert scherzhaft zu sagen. Doch die schleichende Veränderung, die damit einherging, lähmte zusehends den Apparat, das Ministerium, ja, das ganze Land.*

*Man lebte in der DDR schon lange nicht mehr so, wie man redete, sogar im MfS, der Gralsburg, wo das Heiligste gehütet wurde: der unabdingbare Machtanspruch der SED. Doch gerade die Losung «Die Partei hat immer recht» führte zu äusserer und innerer Anpassung. Man sprach sich zwar noch mit «Genosse» an, aber mit politischer Solidarität im Kampf um die gute Sache hatte das nichts mehr zu tun. Auf Parteiversammlungen im MfS wurde laut: «Wir Tschekisten!» gerufen, aber beim Rausgehen dachte man schon an der Tür: Wo krieg 'ich den Grill her, wo die Holzkohle für das Wochenende auf der Datsche?*

*Je vollmundiger die Phrasen, desto geringer der Revolutionsgeist, desto weniger Idealismus. Die Flucht ins Private wurde zur Lebensmaxime, denn: privat geht vor Katastrophe.*

*Herbert erinnerte sich manchmal noch an die fünfziger Jahre, als seine Eltern Hunderte und Tausende Aufbaustunden in Berlin leisteten, um zu enttrümmern, unentgeltlich, in der Freizeit. Oder im Herbst, wenn die ganze Familie an den Wochenenden zum Ernteeinsatz aufs Land fuhr. Irgendwann in den siebziger Jahren äusserte er in der Parteiversammlung besorgt, er habe den Eindruck, das Interesse am freiwilligen Arbeitseinsatz für die sozialistische Gemeinschaft sei kaum noch vorhanden. Schliesslich hatte Lenin geschrieben, dass der Sozialismus dort anfängt, wo die Einzelnen ihren Subotnik leisten, also die «freiwillige kollektive Arbeit sozialistischer Werktätiger ohne Entgelt». «Aber», wurde da gesagt, «Genosse, da irrst du dich! Wir ergreifen nach wie vor die Initiative, aber an anderer Stelle. Man braucht uns jetzt in der normalen tschekistischen Arbeit.»*

*Auch die wachsende Anzahl der Intershops gab Herbert zu denken. Gewiss, wirtschaftlich gesehen war es eine geniale Idee: ins eigene Land exportieren und dafür auch noch Devisen kassieren! Herbert sah darin aber den Ausverkauf seiner Ideologie. Was aber am meisten schmerzte: es war die eigene Führung, die korrupt genug war, harte Währung gegen den Traum von Gleichheit und Brüderlichkeit auszuspielen.*

*Vielleicht war es auch eine Frage der Generation, warum soviel von den sozialistischen Idealen im Laufe der Zeit auf der Strecke blieb. Die Gründerväter des MfS waren kommunistische Widerstandskämpfer, die in Gefängnissen und KZs der Nazis gesessen hatten oder aus der Ostemigration kamen und mit den sowjetischen Verhältnissen vertraut waren. Wer in westlicher Kriegsgefangenschaft war, bekam keine Position bei der Stasi. Zu gross war die Furcht vor Spionen. Die meisten dieser Leute hatten keine hohe Bildung, machten Fehler, waren aber bescheiden, hatten kein grosses Repräsentations- und Anspruchsdenken.*

*Die zweite Generation, zu der auch Herbert zählt, steckte bei Kriegsende noch in den Kinderschuhen, durchlebte die schwere Nachkriegszeit und glaubte an den Aufbruch in eine bessere Zukunft. Sie sangen mit heissem Herzen Lieder wie: «Bau auf, bau auf.» und «Vorwärts, der Partei unser Vertraun!». Sie waren getragen von der Hoffnung, dass es besser wird, wenn alle fleissig mithelfen. Sie glaubten an die Weisheit der Führungsriege, die ihrer Meinung nach ja von einem «wissenschaftlichen» Weltbild, dem Marxismus-Leninismus, gespeist wurde.*

*Die dritte Generation im MfS war bereits Produkt der autoritären Erziehung, mit der eine schleichende Entpolitisierung einherging: Nur wer keine kritische Meinung hatte, sie zumindest nicht offiziell vertrat, wer sich anpasste*



*Gebäude der Staatssicherheits-Zentrale*

*und das tat, was von ihm verlangt wurde, konnte was werden. Die Schriften von Marx, Engels und Lenin wurden zwar gelesen, auswendig gelernt und nachgebetet, aber die innere Verbundenheit mit den Idealen des Sozialismus war abhandengekommen. Sie hatte zunehmend einem eigennützigen Karrieredenken Platz gemacht: möglichst viele Auszeichnungen einheimsen, Jahresendprämien kassieren, Held der sozialistischen Arbeit werden.*

*Bei Neueinstellungen rekrutierte das MfS immer öfter Familienangehörige von zuverlässigen Kadern: Geschwister, Ehefrauen, Kinder, ja sogar Enkel. Die private Umgebung, die keine direkten Kontakte zur «Firma» hatte, wurde dadurch überschaubarer, ein Plus für die allzeit geforderte Konspiration. Gleichzeitig wurde die Disziplin durch die Familienbande geschärft. Auch die Freizeit fand im Kreis Gleichgesinnter statt, ohne lästige Diskussionen, ohne Widerspruch von Leuten, die anderer Meinung waren. Die Folge: Gleichgültigkeit, Intoleranz, Scheuklappenblick, Phlegma.*

*Umso mehr, als dass sich bei vielen Stasi-Mitarbeitern die Ansicht durchsetzte: in der Privatsphäre haben MfS-Hierarchien und Partei nichts zu suchen. Hinter der tschekistischen Kulisse herrschte da oft das gleiche Wohlstands- und Anspruchsdenken wie im kapitalistischen Nachbarsystem, da wurden Bierbüchsen und Waschkartons aus dem Westen gesammelt, da steckte kleinbürgerliche Statussymbolik unter den blankpolierten Motorhauben von Wartburg, Schiguli und Lada.*

In den siebziger und achtziger Jahren wächst die Zahl der MfS-Mitarbeiter immer weiter. Mielke sieht sich schliesslich genötigt, sie per Dienstanweisung auf 85'000 Hauptamtliche zu beschränken.<sup>21</sup> Im Laufe der Zeit wird diese Zahl jedoch um viele hundert überschritten, ganz zu schweigen von Tausenden von OibE (Offiziere im besonderen Einsatz)<sup>22</sup> und Hunderttausenden von Spitzeln.<sup>23</sup>

Je mehr Leute eingestellt werden, desto mehr Arbeitsgebiete werden definiert, desto mehr schreitet die Bürokratisierung innerhalb des MfS fort. Deshalb haben – trotz der rapide wachsenden Zahl der Beschäftigten – die einzelnen Mitarbeiter immer mehr zu tun. Zehn-, Zwölf-Stunden-Tage sind keine Seltenheit. Die Papierberge werden mit jedem Tag grösser. Da Entscheidungen stets an die nächst höhere Stelle delegiert werden, kommt es nach oben hin zu einem regelrechten Informationsstau. Die Arbeit innerhalb des aufgeblähten Apparates kann kaum noch bewältigt werden. Jeder Ansatz zur Reform wird im Keim erstickt durch die über allem stehende Konspiration und Geheimhaltung. Mielkes Hang zum Perfektionismus wächst masslos. «Wir müssen alles wissen», betont er immer wieder auf Dienstkonferenzen, «es darf nichts an uns vorbeige-

hen!» Ein Korrektiv, wie es beispielsweise ein Parlament darstellt, fehlt noch immer.

Auch das ist ein Hinweis auf die Erstarrung des Apparates: Ganze Abteilungen, die im Laufe der Jahre ihre Funktion eingebüsst haben, bestehen trotzdem weiter. Zum Beispiel die «Agitation».

*In den fünfziger und sechziger Jahren erlebte die Agitation so manche Sternstunde. Auf internationalen Pressekonferenzen wurden der Weltöffentlichkeit Spione und Agenten von CIA und BND vorgeführt, ihre Methoden angeprangert, ehemalige Nazigrößen entlarvt. Dabei trat das MfS oftmals nicht direkt auf, sondern lancierte seine Propaganda über das Presseamt der DDR.<sup>24</sup> Aber auch sogenannte «aktive Massnahmen» wurden in dieser Abteilung ausbalanciert. Da wurden zum Beispiel Briefe gefälscht und an verdutzte Westberliner geschickt: sie hätten sich umgehend «zur Klärung eines Sachverhaltes» bei einer bestimmten Senatsdienststelle zu melden. Am gleichen Tag, zur gleichen Uhrzeit rückten dann Tausende von ängstlichen, verunsicherten, ärgerlichen Bürgern an – die Behörde war erst mal lahmgelegt. Ein anderes Bubenstück: Die gesamte Belegschaft einer US-Kaserne in Berlin erhielt Einladungen zum Weihnachtsfest – von Leuten, deren Adressen die Abteilung Agitation einfach aus dem Westberliner Telefonbuch abgeschrieben hatte. Das waren noch Zeiten! resümierten die alten Haudegen schenkelklopfend. Doch damit war es endgültig vorbei. Die Mitarbeiter der Abteilung Agitation hatten, von einigen wenigen Projekten des DDR-Fernsehens einmal abgesehen, nichts mehr zu tun. Da aber niemand ihre Planstellen strich, langweilten sie sich, lasen Jerry-Cotton-Heftchen oder sahen sich James-Bond-Filme an, um Ideen zu sammeln für «entsprechende Massnahmen der Öffentlichkeitsarbeit».<sup>25</sup> Und es wurde gesoffen! Jahrelang sahen die Verantwortlichen zu, doch dann passierte ein Unglück, das weitreichende Auswirkungen haben sollte.*

*Im Dezember 1984 hatte nämlich ein Stasi-Mitarbeiter der Kreisdienststelle Güstrow während des Nachtdienstes auf drei Männer geschossen. Zwei davon starben, der dritte überlebte schwer verletzt. Der Wachmann hatte zusammen mit seinem Kollegen eine Flasche Wodka getrunken. Nach aussen hin wurde der Vorgang so gut es ging vertuscht. MfS-intern hatte er gravierende Konsequenzen.*

*Es ging den Leuten von der Agitation an den Kragen. Wegen Alkoholmissbrauchs, aber auch wegen Betruges: jüngere Mitarbeiter hatten zum Beispiel beschlagnahmte Schallplatten und Bücher aus dem Westen verkauft bzw. mit nach Hause genommen. Mielke persönlich setzte eine Kommission ein. Ihr gehörten je ein Vertreter der Abteilung Finanzen, der Kaderabteilung, der Kon-*

trollgruppe des Ministers und der ZAIG an, nämlich Herbert. Das Untersuchungsergebnis war verheerend.

Die Abteilung Agitation war zu einer reinen Versorgungseinrichtung verkommen. Die Hälfte der siebzig Mitarbeiter hatte ein eigenes Dienstfahrzeug, teilweise mit Chauffeur. Technisch war die Agitation vom Feinsten ausgerüstet: Video- und Kassettenrekorder, Plattenspieler und Bandmaschinen, Weltempfänger und Computer, eine eigene Foto- und Filmstelle, Verbindungsleute zu Rundfunk und Fernsehen. Dabei bestand die Aufgabe der Agitation vor allem darin, Rentner zu betreuen und ein Archiv mit Presseschnipseln zu führen. Sie gab ab und zu Arbeitsmaterial für die Öffentlichkeitsarbeit heraus; doch auch diesen Job machte sie schlecht. Die Kommission stellte fest, dass dieses Material zum grossen Teil aus der aussenpolitischen Zeitschrift Horizont abgeschrieben war. Es gab also weder Agitation noch Öffentlichkeitsarbeit in dieser Abteilung, dafür aber wiederholt alkoholische Exzesse, Schlampereien, Günstlingswirtschaft, Liebesaffären zwischen Mitarbeitern.

Ergebnis der Überprüfung: Die Abteilung Agitation erwies sich als eine völlig überflüssige Diensteinheit und wurde per Ministerbefehl aufgelöst. Ihr Leiter, Oberst Bechert, kam als OibE ins Aussenministerium. Der vorherige Leiter, Oberst Halle, wurde übrigens auf Grund von Alkoholproblemen bereits 1975 entlassen. Er nahm seither «Sonderaufgaben» als Betreuer von einschlägigen Fernsehprojekten wahr, ausgerüstet mit Wagen und Chauffeur, MfS-Ferienplatz und dem guten Rat «Alkohol-, Kaffee- und Nikotingenuss möglichst ganz zu vermeiden».<sup>26</sup> Etwa die Hälfte der Mitarbeiter wurde in die ZAIG, Bereich 6 (nunmehr «Presse- und Öffentlichkeitsarbeit»), übernommen, andere wurden berentet oder versetzt.

Herbert war mit Feuereifer dabei, als es um die Auflösung der Abteilung ging. Er schöpfte ein wenig neue Hoffnung: es ändert sich etwas, der Schlendrian hat ein Ende, es lohnt sich, fügsam, ordentlich, gewissenhaft, ein guter Sozialist, ein fleissiger Tschekist zu sein.

Im Juni 1985 verfasst Mielke den Befehl Nr. 13/85 über ein «schweres Verkommen beim Umgang mit Dienstwaffen unter Alkoholeinfluss mit tragischen Folgen». Unter Punkt 2 heisst es darin: «Die Leiter der Diensteinheiten haben die Durchsetzung des Alkoholverbotes während des Dienstes strikt zu gewährleisten und bei erkennbarer Alkoholbeeinträchtigung bei Dienstantritt oder während des Dienstes Massnahmen einzuleiten. In Abhängigkeit von deren Ergebnis sind gegen die betreffenden Angehörigen des MfS sowie gegen die Vorgesetzten, die ihre Kontroll- und Aufsichtspflicht vernachlässigt haben, strenge disziplinarische Sanktionen festzulegen.»<sup>27</sup>

Bei den regelmässigen medizinischen Untersuchungen wird jedoch immer häufiger die Diagnose «Alkoholismus» gestellt. Generalmajor Möller von der HA Kader und Schulung (sinnigerweise «Kusch» genannt) schreibt an die Leiter der Dienstseinheiten: «Es muss mit dem Hintergrund derartiger Erscheinungen eingeschätzt werden, dass es noch nicht überall und nicht durchgängig gelungen ist, die vom Genossen Minister gestellten Aufgaben der Erziehung der Angehörigen des MfS zur charakterlichen Festigung, moralischen Sauberkeit und zu einer gesunden Lebensweise konsequent zu verwirklichen.»<sup>28</sup> Dem Schreiben ist die 16seitige Merkschrift *Zu sozialen, medizinischen und kaderpolitischen Aspekten des Alkoholmissbrauchs und der Alkoholabhängigkeit*<sup>29</sup> beigelegt, verfasst vom Zentralen Medizinischen Dienst des MfS. Sie wird in 620 Exemplaren an die entsprechenden Leiter verteilt. In der Einleitung steht: «Mit der tschekistischen Kollektiv- und Persönlichkeitsentwicklung unvereinbar sind Erscheinungen des Alkoholmissbrauchs und deren vielgestaltige negative Auswirkungen.»<sup>30</sup> Und: «Mitarbeiter, die nicht die Kraft aufbringen, Alkoholmissbrauch zu vermeiden, können nicht Angehörige des MfS sein.»<sup>31</sup>

*Als Herbert die Merkschrift gelesen hatte, erinnerte er sich daran, dass die Tschekisten auch in den fünfziger und sechziger Jahren schon hoch am Glas waren. Da wurde bei entsprechenden Anlässen Wodka gesoffen bis zum Umfallen, als ob das sowjetische Vorbild auch in puncto Alkohol Massstab aller Dinge sei. Doch die alten Kämpen kriegten ihre Zipperlein. Im Zeichen zunehmender Bürokratisierung war es ausserdem mühseliger geworden, Wein und Schnaps zu bestellen. Sogar bei offiziellen Anlässen taten sich die Genossen schwer. Ursel Lorenzen zum Beispiel, die Nato-Spionin, die sich 1979 spektakulär in die DDR abgesetzt hatte, wollte zu ihrem 50. Geburtstag Sekt servieren. Nach langem Hin und Her wurde ein Glas pro Nase genehmigt.*

*Herbert hatte den Eindruck, dass zu oft überzogene Forderungen vernünftigen Lösungen Platz machen mussten. Stets wurde übertrieben, jede Kleinigkeit mit Befehlen, Dienstanweisungen, Verordnungen geregelt. Allein die Titel der Vorschriften, die Herberts Arbeitsbereich, die ZAIG, betrafen, füllten zehn Seiten Inhaltsverzeichnis. Dabei diente vieles lediglich der Selbstbestätigung von Funktionsträgern. Sie schrien nach mehr Kompetenzen, nach mehr Personal, nach mehr Sachmitteln, nach mehr Informationen und gleichzeitig nach immer mehr Konspiration. Der gesamte Apparat hypertrophierte – so wie in überdüngten Gewässern die Algen allmählich alles Leben ersticken.*

*Doch offiziell zweifelte niemand im MfS, weder an Mielkes Kompetenz, noch*

*am absoluten Führungsanspruch der Partei, noch am politischen Kurs der Sowjetunion. Das hätte an Hochverrat gegrenzt.*

*Selbst als nach dem Tod von Breschnew, unter Jurij Andropow und Konstantin Tschernenko, die Führungsriege der KPdSU so altersschwach war, dass die DDR-Spitze dagegen jung und alert wirkte. Als der Besuch Honeckers in der Bundesrepublik wieder und wieder auf Befehl Moskaus verschoben wurde, weil die Regierung dort handlungs- und entscheidungsunfähig war. Und dann Michail Gorbatschow, aus Moskau wehte ein frischer Wind. Auch im MfS hing in vielen Dienstzimmern sein Konterfei. Herbert schöpfte neue Hoffnung. Endlich jemand, der Missstände beim Namen nannte, der die alten Ideale vom menschlichen Sozialismus wieder aufleben liess, der Demokratie brauchte «wie die Luft zum Atmen», der anfang, mit den Fehlern der Vergangenheit aufzuräumen.*

*Doch schnell wurde deutlich, dass die Führung taube Ohren hatte für Einflüsse aus dem Osten. «Wenn der Nachbar neue Tapeten klebt, müssen wir noch lange nicht renovieren», liess Kurt Hager sinnigerweise bei einem Moskaubesuch verlauten. Es war immer noch, allen Freundschaftsbeteuerungen zum Hohn, verboten, private Kontakte zu Angehörigen sogenannter «Bruderorgane», also östlichen Geheimdienstkollegen, zu unterhalten. «Von der Sowjetunion lernen heisst siegen lernen!», klagten die Genossen trotzig ein. Aber die MfS-Führung bremste, Mielke gab klaren Bescheid: «Nur keine Schlachtenworte: Freundschaft mit der Sowjetunion, von Freunden haben wir gelernt usw., Genossen. Unsere Freundschaft besteht darin, dass wir unseren Beitrag leisten für die grosse Sache des Sozialismus. Und nicht mit solchen Schlagworten. Da kommt bei mir keiner an.»<sup>32</sup>*

Gänzlich desavouiert sich das System, als im November 1988 das *Neue Deutschland* lapidar meldet: «Wie die Pressestelle des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen mitteilt, ist die Zeitschrift *Sputnik* von der Postzeitungsliste gestrichen worden. Sie bringe keine Beiträge, die der Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft dienen, stattdessen verzerrende Beiträge zur Geschichte.»<sup>33</sup> Die Abonnements der sowjetischen Monatszeitschrift, eine Art *Reader's Digest* der SU, wurden fortan nicht mehr zugestellt.

Daraufhin schreiben wütende und enttäuschte DDR-Bürger zahlreiche Eingaben: «Spezielle Inhalte der sowjetischen Presse unterliegen in der DDR scheinbar einer Zensur. Dagegen muss ich aufs Schärfste protestieren und verlange ein ungehindertes Erscheinen aller in der DDR lizenziell verlegten Zeitschriften.»<sup>34</sup> Oder: «Eine Regierung, die so ihr Volk weiterhin und bewusst in die geistige Verarmung und Abschottung treibt, zeigt, wie ich meine, nicht ein-



*Besetzung der früheren Stasizentrale am 4. September 1990.*

mal ansatzweise den Willen zum Training innergesellschaftlicher Konfliktlösungen und macht sich somit auch zu einem internationalen Risikofaktor.»<sup>35</sup>

Die ideologische Begründung für das Verbot ist einige Tage später ebenfalls im ND zu lesen: «Die Verzerrung der Geschichte der Sowjetunion und der KPdSU, auch der Geschichte anderer Länder und ihrer revolutionären Parteien, ist sozusagen Linie beim *Sputnik*. Das geht so weit, dass man zu lesen bekommt: ‚Hätte es ohne Hitler Stalin gegeben?‘ – ‚Stalin ebnete Hitler den Weg.‘ Ja, noch schlimmer: ‚Es stellte sich heraus, dass Stalin im Grunde genommen eine Marionette Hitlers war.‘ So etwas kannte man, mit Verlaub gesagt, bislang nur von gewissenlosen Reinwäschern des Faschismus im Westen. Verzerrungen, die für alle, die diese Zeit miterlebten oder die, wie bei uns, im Geist des Antifaschismus erzogen sind und die historische Wahrheit über den Faschismus erfuhren, unbegreiflich sind.»<sup>36</sup>

Die Briefe, die an das Presseamt der DDR gerichtet sind, tragen den handschriftlichen Vermerk: «MfS!» Wahrscheinlich sind sie zur weiteren Bearbeitung dorthin übersandt worden. Auf eine Antwort warten die Absender bis heute.

«Nun, Genossen», sagt Mielke im Anschluss an die Dienstkonzferenz vom 13. Dezember 1988 und entlarvt sich einmal mehr als Anhänger Stalins. «Wir haben nicht geschwiegen. Ihr wisst ja auch meine Meinung, wo ich euch mitgeteilt habe, wie wir zum *Sputnik* standen und stehen. Wie wir standen zu diesem Vergleich Hitler – Stalin. Bekanntlich hat ja Stalin gesagt: ‚Die Hitler kommen und gehen, und das deutsche Volk bleibt bestehens Und er hat sich in Potsdam eingesetzt, trotz der Drohung mit den Atombomben, für die DDR. Und wir sind doch in der DDR. Und wenn nun noch Neunmalkluge kommen und sagen, wir sind ja mündig, so müssen wir sagen, wir als Ministerium für Staatssicherheit sind für die Bekämpfung konterrevolutionärer Pamphlete da. – Der *Sputnik* soll weiterleben, wenn er kann, mit guten Beiträgen, aber mit solchen Beiträgen kann er hier bei uns nicht landen.»

Erich Mielke steht kurz vor seinem 81. Geburtstag, knapp ein Jahr später wird er vor der Volkskammer stottern: «Ich scheue mich nicht, ohne Rededispotion hier Antwort zu stehen.» Und: «Ich liebe doch alle – ich setze mich doch ein.» Hier und jetzt, auf der Dienstkonzferenz, sagt er seinen Generälen noch einmal, wo es lang geht: «Zum Teufel nochmal, ich brauche überhaupt keine Argumentation als Minister für Staatssicherheit. Wenn ich einen Befehl gebe hier in meinem Ministerium, ist der durchzuführen, und wer nicht einver-

standen ist, der muss die Konsequenzen ziehen.» Die Generäle schweigen: keine Fragen, keine Zwischenrufe, keine Stellungnahmen.

*An diesem Dezembertag – war es früher, war es später? – fing für Herbert endgültig die Talfahrt an. Erfühlte sich wie auf einem Schlitten: je weiter er kam, desto schneller ging es bergab. Die DDR befand sich in einem Zweifrontenkrieg, gegen Ost und gegen West. Das bedeutete das Ende der DDR oder zumindest das Ende der Regierung. Weisse Bändchen an Autoantennen malten sinnfällig die ganze Hilflosigkeit des Regimes: alle Ausreisewilligen – so hatte ein Westender aufgefordert – sollten doch diese «Freiheitssymbole» am Auto befestigen. In Stunden höchster politischer Not beschäftigte sich die Staatssicherheit mit diesen weissen Bändchen. Niemand entging der flächendeckenden Observation: manche hatten bloss geheiratet, wurden aber dennoch beobachtet, erfasst, verhört. Der gesamte Polizei- und Sicherheitsapparat bis hin zum letzten Dorfscherriff wurden eingesetzt bei der hirnlosen Jagd nach vermeintlichen Ausreisern, nach Aufklebern «Go west», «Ein Herz für Kinder» usw.*

*In der ZAIG gab es personelle Querelen zwischen «Reformern» und «Hardlinern». Als in Ungarn die Grenze geöffnet wurde, wusste Herbert: Das ist der Anfang vom Ende. Von nun an gab es jeden Tag neue Hiobsbotschaften, neue Verbote: Nach Polen konnte man schon lange nicht mehr reisen, dann nicht mehr nach Ungarn, nicht mehr in die Tschechoslowakei. Schliesslich durften MfS-Mitarbeiter nicht einmal mehr ihre Dienststelle verlassen, ohne sich abzumelden: wann, wohin, warum? Im Oktober schliesslich erging ein Verbot an alle Mitarbeiter, an den Demonstrationen der SED-Mitglieder im Berliner Lustgarten teilzunehmen.*

Im Herbst 1989 gerät das MfS immer stärker in den Brennpunkt öffentlicher Kritik. Besonders umstritten ist seine unrühmliche Rolle im Zusammenspiel mit der Volkspolizei bei den «Zuführungen» von Demonstranten am vierzigsten Jahrestag der DDR. In zahlreichen Gedächtnisprotokollen von Betroffenen werden die Übergriffe und das harte Vorgehen der Ordnungshüter gebrandmarkt. Der offizielle Untersuchungsbericht des Generalstaatsanwaltes spricht von 3456 Personen; insgesamt erstatten die Opfer 480 Anzeigen wegen Misshandlung und Beleidigung.

*Für das MfS war die letzte Runde eingeläutet. Die Regierung Modrow schickte altgediente Stasi-Kader erst mal auf «Urlaub». Es ekelte Herbert an zu sehen, wie um die verbleibenden Plätze und Posten gerangelt, Intrigen gesponnen, Pfründe gesichert wurden. Die zweite und dritte Garde hatte auf ihre Chance*



«Berlin, 4.9.1990. Rund 30 dem Neuen Forum, der Vereinigten Linken und der Umweltbibliothek angehörende Personen sowie unabhängige Bürger, zu denen auch Bärbel Bohley (r.) gehört, haben das Haus 3 der Zentrale des früheren Ministeriums für Staatssicherheit in der Normannenstrasse besetzt und sich in der 3. Etage verbarrikadiert. Ihre Aktion zielt offenbar auf das schwer bewachte Stasi-Archiv in der Nachbarschaft des Gebäudes. Mit der unbefristeten friedlichen Aktion wollen die Besetzer ‚die entscheidende Forderung des vergangenen Herbstes, die vollständige Auflösung des MfS‘ wieder auf die Tagesordnung bringen, rechts, 2. von vorn: Katja Havemann.»

*gelauert, jetzt war die Gelegenheit da. Statt politischer Auseinandersetzung, statt Rückbesinnung auf sozialistische Ideale, statt Strategiepapieren für eine sinnvolle Auseinandersetzung mit den Menschen der DDR: intensive Beschäftigung mit neuen Stellenplänen, Arbeitsplatzbeschreibungen, Umstrukturierungen. Man wollte nicht wahrhaben, dass die DDR dem Untergang geweiht war, es ging nur noch darum, die eigene Daseinsberechtigung nachzuweisen.*

Am 23. November 1989 wird das Ministerium für Staatssicherheit aufgelöst und durch ein verkleinertes «Amt für Nationale Sicherheit» (AfNS) ersetzt. Sein neuer Leiter: Generalleutnant Wolfgang Schwanitz, ehemals Stellvertreter von Erich Mielke und verantwortlich für die Hauptabteilung III (Elektronische Aufklärung), die Rückwärtigen Dienste (RD) und die Abteilung Bewaffnung und chemischer Dienst. Doch trotz Namensänderung und der Entlassung von 8'000 Mitarbeitern bleibt vorläufig alles beim Alten.

*Die Mitarbeiter des MfS hatten sich immer als Soldaten der Partei verstanden. Herbert war enttäuscht, dass sich die Verantwortlichen aus dem Parteiapparat jetzt opportunistisch von der Stasi distanzieren, so, wie man lästige Sandsäcke abschneidet, um mit dem Luftballon an Höhe zu gewinnen, sechsunddreissig Jahre Arbeit für den Sozialismus, für dieses Ministerium, für die SED – umsonst? Die Stasi als Sündenbock für die verfehlte Politik der DDR-Führung? «Staat im Staate», wie Egon Krenz wider besseres Wissen behauptete? Ausgerechnet Krenz, der die letzten Jahre als ZK-Sekretär für die inhaltliche Ausrichtung des Apparates verantwortlich zeichnete! Nein, diesem Staat und diesen Leuten wollte und konnte Herbert nicht mehr dienen.*

*An diesem 26. November schrieb er seine Kündigung: «Sehr geehrter Genosse General Irmner, das Ministerium für Staatssicherheit existiert nicht mehr. Da ich meinen Fahneid aber auf das MfS und nicht auf das AfNS geleistet habe, sehe ich meine Arbeit mit dem Erlöschen des Ministeriums als beendet an und bitte hiermit um meine Entpflichtung.»*

*Um Gottes Willen, Genosse, bekam er zur Antwort, bloss nicht! Du kennst dich aus mit der Westpresse, mit Verbänden in der Bundesrepublik, mit politischen Extremisten, Neonazis und dergleichen ...*

*Herbert blieb noch genau drei Wochen. Dann wurde er entlassen. Das MfS befand sich seit dem 15. Januar 1990 unter der Kontrolle der Bürgerkomitees. Am letzten Tag im Dienst räumte er seinen Schreibtisch auf, goss noch einmal die Blumen, nahm seine persönlichen Sachen aus der Schublade, schloss sorgfältig die Tür zu, gab sein Petschaft ab und ging. Das also war's, dachte Herbert, ohne Groll.*

FRIEDRICH TOMBERG

## **DAS FASZINOSUM OSTBERLIN**

**IMPRESSIONEN UND REFLEXIONEN EINES WESTDEUTSCHEN  
VORACHTUNDSECHZIGERS**

Wer nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland aufwuchs, erlebte die Welt von einer ausgesprochen friedlichen, freundlichen Seite her. Von Jahr zu Jahr wuchs der Lebensstandard. Mit den einstigen Feinden, den Amerikanern, Briten, Franzosen waren die Westdeutschen gut Freund geworden. Die Grenzen zu ihnen standen offen, überall waren die Bundesbürger gern gesehen, sie oder ihr Geld, wer mochte das genau unterscheiden.

Irgendwo nach Osten hin hörte die Bundesrepublik auf. Dort begann eine andere Welt, undurchsichtig, bedrohlich, ärmlich und ohne Freiheit. Man las davon jeden Tag in der Zeitung, Radio und später das Fernsehen berichteten ausführlich. Darüber hinaus blieb jedoch wenig Zeit, sich über die andere Welt oder gar noch über die «Dritte Welt» Gedanken zu machen: Der wirtschaftliche Aufschwung nahm Sinnen und Trachten zu sehr in Anspruch.

Zu der Zeit, da die Bundesrepublik gegründet wurde und sich mehr und mehr ein Wohlstandspolster zulegte, kam hier wie auch sonst in Europa eine geistige Bewegung erneut auf, die als Existenzphilosophie oder Existentialismus bezeichnet und als Bekundung der grundsätzlichen Fragwürdigkeit menschlichen Daseins aufgefasst wurde. Angst, Verzweiflung, Ausgeliefertsein, Ungeborgenheit, Sinnlosigkeit und Absurdität des Lebens avancierten zu ständigen Themen der Feuilletons. Auf den Bühnen fasste das sogenannte absurde Theater Fuss. Samuel Beckett, der den Gegenwartsmenschen gerade noch Mülltonnen als den ihnen angemessenen Lebensraum zuliess, war in aller Munde.

Ganz anders tönte es von jenseits der Ostgrenze herüber. Dort wurde Optimismus demonstriert, der Fortschritt wurde angerufen, von der neuen Welt war die Rede, in der es keine Ausbeutung mehr geben sollte, sondern Solidarität, Entfaltung eines friedlichen Lebens und anderes Schöne mehr. Wer dies in Westdeutschland vernahm, empfand es in der Regel als unerträglich, hörte möglichst nicht hin. Denn offensichtlich war das alles Propaganda, man wusste

ja vom Elend der «Ostzone» aus der Zeitung oder aus Berichten der vielen, die diesem «Arbeiterparadies» den Rücken gekehrt hatten.

Andererseits: Was da angesprochen wurde – ein Leben der Gemeinschaft, ein Miteinander- und Füreinanderdasein, Gleichberechtigung der Geschlechter, Bildungsmöglichkeiten für jedermann usw. –, das war eben das, was so mancher sich für die eigene Lebenswirklichkeit auch gewünscht hätte. Der allgemeine Eindruck aber war: Alle sind nur aufs Materielle aus, sie interessieren sich nur äusserlich füreinander, finden sich fern von einem sinnerfüllten Dasein – die Existenzphilosophie kam nicht von ungefähr. Wer etwas höher hinaus wollte, sich zu einem Studium entschloss, suchte dieses möglichst bald abzuschliessen, quälte sich durch überfüllte Vorlesungen und Seminare, um endlich ins Leben einzutreten und sich dem Geldverdienen zuzuwenden. Vom Geiste Humboldts, der darauf gedrungen hatte, die Wissenschaft um ihrer selbst, um ihres Erkenntnis- und Bildungswertes willen zu betreiben, war an den Hochschulen nicht mehr viel zu spüren.

Eine gewisse Ausnahme mochte Freiburg i. Br. darstellen. Dort hatte Martin Heidegger Jahrzehnte gelehrt, bis er nach dem Kriege wegen seiner Nazivergangenheit mit Lehrverbot belegt worden war. Und doch breitete sich sein allverbindender Geist aus dem Hintergrund über alle Fakultäten aus und schien diese auf eine ihnen gemeinsame höhere Ebene zu transzendieren.

Als ich 1954 mein Studium an der Freiburger Universität aufnahm, war ich ein erklärter Gegner aller Existenzphilosophie, insbesondere Heideggers – und doch geriet ich bald in seinen Bann. Die Fragen nach Sein und Zeit, nach dem menschlichen Dasein und der Verborgtheit und Unverborgenheit des im Leben Wesentlichen beschäftigten auch mich. Im Übrigen lebte ich fast ohne einen Pfennig in der Tasche recht sorglos vor mich hin, wie die meisten anderen auch. Bei allzu grosser Geldnot halfen kurzfristige Jobs über die Runden. Und da man in den Massenveranstaltungen der Universität nicht viel lernen konnte, empfand man Anhalterfahrten bis ins Ausland hinein, in die Schweiz oder nach Italien, für weitaus bildender. Ein Personalausweis genügte, und es taten sich einem in Westeuropa ohne Weiteres die Grenzen auf.

Der Zufall wollte es, dass ich bei Gelegenheit der üblichen Werkstudentenarbeit während der Semesterferien, die eigentlich doch zum persönlichen Studium vorgesehen waren, einen Kommilitonen kennenlernte, den es nach Berlin verschlagen hatte – nach Westberlin natürlich. Soviel man auch von dieser Frontstadt hörte – sie war weit weg, befand sich irgendwo innerhalb der anderen

Welt. Es bedurfte schon besonderer Gründe, sollte man sich ihr eigens zuwenden. Das war der Fall bei jenen jüngeren Jahrgängen, die den Militärdienst abzuleisten hatten. Die Westberliner waren davon ausgenommen. So zogen die dortigen Hochschulen, vor allem die Freie Universität, abgekürzt FU, mehr und mehr junge Leute an, für die in einer Welt, die einen jeden darauf drängte, seinen eigenen Vorteil wahrzunehmen, der Aufenthalt bei der Bundeswehr beileibe kein Ehrendienst zu sein vermochte, sondern nur als Zeitverschwendung galt.

Aber es gab noch anderes. Berlin, und diesmal konnte das heissen: ganz Berlin, West wie Ost, verfügte über eine Vielzahl von Theatern und anderen Kulturstätten. Für wenige Groschen konnten Studenten im Westteil Furtwängler oder später Karajan hören. Im Osten aber bezahlte man mit der dort kursierenden Mark, die man zu einem Kurs von 1 : 3 oder 4 in den Westberliner Wechselstuben umtauschen konnte. Aber nicht nur die Kultur bot sich dort spottbillig dar, sondern auch der Friseur etwa oder die Bulette aus der Imbissbude.

Warum nicht auch einmal in Berlin studieren? Der Entschluss war schnell gefasst. Sogleich wurde mir der Leichtsinn meines Vorhabens bewusst. Denn nach Berlin kam man nur durch die «Zone». Und man würde, wenn man in dieser Stadt lebte, ringsherum von ihr umgeben sein. Das war kein blosser Ortswechsel, man begab sich auf eine Insel, zog in die «Inselstadt». Es war ein Abenteuer, und dieses Abenteuer lockte auch wieder, fand jedoch bei Verwandten oder Bekannten wenig Verständnis. Nach Berlin willst du, zu den Russen? Viele zweifelten an meinem gesunden Menschenverstand.

Wer einmal sich in Westberlin befand, war damit auch in Berlin. Logisch. Nicht ebenso logisch war, dass dieses Westberlin unterderhand als das ganze Berlin erfahren wurde. Das andere, das war eben Ostberlin und also – jedenfalls für den Neuankömmling – nicht Berlin, sondern irgendetwas Dunkles, Antipodisches. Den aus der DDR kommenden Besuchern Ostberlins ging es, wie ich mir später sagen liess, nicht anders, hatte ihnen nach dem Wunsche der Regierenden nicht anders zu gehen. Für sie war Westberlin, wenn sie auf den Stadtplan schauten, weiss, ein weisser Fleck, war gar nicht da, wie ausradiert. Diese gegenseitige Wahrnehmung oder vielmehr Nichtwahrnehmung, wenn sie sich einstellte, wurde begünstigt durch die riesige Flächenausdehnung. Auch in Westberlin konnte man, trotz der Insellage, wandern und wandern, man stiess, bei passender Himmelsrichtung allerdings nur, an kein Ende. Wer sich des Autos nicht bedienen will oder kann, bewegt sich in Westberlin, nicht anders als im Osten der Stadt, vor allem mittels der S- oder U-Bahn. Im Nu ist man von einem Stadtteil in einen weit entfernten gelangt, ohne auf der Fahrt viel von der

städtischen Landschaft wahrgenommen zu haben. Hält man sich in diesem Viertel auf, so scheint es die ganze Stadt zu sein. Alle anderen Viertel sind wie nicht vorhanden. Dieses Gefühl, sollte man denken, stellt sich in Ostberlin nicht anders ein, wie auch sonst in grossen Städten. Aber in ihnen hat man zwangsläufig die eine Orientierung im Kopf: Man denkt sich auf das Zentrum hin, das gewöhnlich klar konturiert ist, meist den ältesten Teil ausmacht, mit engen Strassen oder Gassen, mit repräsentativen Bauten. Entweder befindet man sich dort oder an einem Punkt der Peripherie.

In Westberlin war das zu jener Zeit anders. Es gab eigentlich immer nur Peripherie. Zwar waren einige Strassenzüge als Zentrum definiert, bemühten sich auch, so auszusehen. Was man sah, war aber nicht viel mehr als diese Mühe. Bahnhof Zoo, Gedächtniskirche, Tauentzien, Kurfürstendamm – wenn sie sich halbwegs um etwas gruppierten, dann um den Zoo. Fern jeder Stadt, in einem endlosen Parkgelände wandelte man da zwischen zahllosen exotischen Tieren umher, die mit den sie betrachtenden Stadtbürgern das eine gemeinsam hatten, dass sie sich als eingesperrt empfanden.

Berlin hatte ein Zentrum, hatte es seit je gehabt. Ein Blick auf den Stadtplan zeigte, wie dort sich die Strassen verknäulten, wie grosse breite Ringe es umzogen, wie zahlreiche Achsen darauf zuliefen – aber es lag in Ostberlin, drängte sich wie ein Brückenkopf nach Westberlin herein, dicht heran an deren City, die sogenannte, und war doch nicht vorhanden, oder vielmehr: war dadurch, dass es nicht mit im Spiel sein konnte, immer mit dabei – als das fehlende Zentrum, das es aber geben musste, denn aller bemühte Glanz des selbsternannten Schaufensters der westlichen Welt konnte nicht darüber hinwegtäuschen: Was sich hier Zentrum nannte, war von alters her Vorstadt gewesen und stellte sich immer noch so dar.

Auch als die Mauer noch nicht existierte, handelte es sich bereits um eine Reise in eine andere Welt, wenn man, etwa mit der S-Bahn, von Westberlin aus «rüüberfuhr», wie es hiess. Und man fuhr, wenn einem am Kulturleben gelegen war, gern und häufig. Denn auch im «Ostsektor» befanden sich Theater und Museen von Weltruf. Ostberlin zog auch viele Touristen an, die so ein wenig Ost-Exotik gratis mitgeliefert bekamen und das kribbelnde Gefühl genossen, unmittelbar ins Land der Russen zu gelangen.

Umso überraschender der erste, oder vielmehr: der zweite Eindruck bei der Ankunft. Vom Bahnhof Friedrichstrasse, dem Haupteinfallstor, und seiner tristen Umgebung aus war man schnell Unter den Linden. Und auf einmal fand man sich mitten in Berlin. Plötzlich wurde Berlin zu einer wirklichen Stadt. So-

viel auch noch zerstört war: hier schlug das Herz des historisch gewachsenen Stadtorganismus, hier stellte sich Geschichte dem Auge lebendig dar. Eine Reihe von Prachtbauten war wieder in gutem Zustand, sie schienen die Zeiten überdauert zu haben. Dass sie zum Teil aus Trümmern erst wieder aufgebaut werden mussten, sah man ihnen nicht an.

Mancher Besucher, der sich um Politik nicht kümmerte, dem der Auseinanderfall der beiden Stadthälften allenfalls als ein lästiger Umstand aufstiess, zeigte sich von diesem Berlin, das mit der ihm nachgesagten Düsternis, mit Armut und Kleineleutewelt so gar nichts gemein hatte, höchst beeindruckt. Durchwandelte er das historische Interieur der Strasse Unter den Linden, so führte der Weg unversehens in das moderne Ostberlin. Zuerst gelangte man in eine Art Forum von gewaltigen Ausmassen, dann, hinter dem S-Bahnhof, der sich dazwischenschob, noch einmal auf ein überdimensionales Freigelände, den Alexanderplatz. Beide suggerierten die Vorstellung einer Stätte für die Versammlung von Aberhunderttausenden. Man mochte an eine etwas zu gross geratene griechische Agora denken, auf der die Menschen zu Beratung und Willensbekundung zusammenströmten, um miteinander zu kommunizieren, zu beraten, eine politische Meinung sich zu bilden und sie auch zu bekunden. Das Volk, auf das sich die Propaganda berief, hier konnte man es sich als leibhaftig anwesend vorstellen. Hier war wenigstens der äussere Rahmen angedeutet für jene Volksversammlungen, die den antiken Städten ihre demokratische Substanz verschafft hatten.

Es gab in der Tat solche Volksversammlungen, oder vielmehr angeordnete Volksansammlungen, vor allem eine grosse: die Demonstration am 1. Mai. An diesem Tag zogen die Staatsbürger in unübersehbaren Massen über den sich anschliessenden Boulevard, die Stalinallee, die später Karl-Marx-Allee hiess, an Tribünen vorbei, durften einmal winken, um sich dann flugs wieder nach Hause oder in eine Kneipe abzusetzen. Aber bei dieser Gelegenheit waren die Westdeutschen nicht dabei, staunten allenfalls mehr oder weniger betroffen am Fernsehen die unendlichen Massenaufzüge an. Mit politischer Mitbestimmung oder wenigstens Präsenz des Volkssouveräns hatte das nichts zu tun.

Schliesslich bauten Stadt oder Staat sogar ein grossmächtiges Volkshaus, genau dort, wo einst das Schloss der Hohenzollern gestanden hatte, das sich diesem Neubau gegenüber fast spielzeughaft ausgenommen hätte. Der hiess denn auch «Palast der Republik». So stromlinig protzig er sich ausbreitete – Palazzo prozoso war einer seiner Spitznamen, auch sprach der Volksmund bewusst sächelnd vom Ballast oder abgekürzt von der Last der Republik –, er

wurde doch irgendwie zu einem Haus, das das Volk als sein eigen ansah, zumindest soweit es die Berliner, die Ostberliner betrifft. Die Volksmenge hatte Gelegenheit, sich in den weiten Hallen zu versammeln, und das tat sie auch ausgiebig. Unvorstellbar für den Westbesucher, dass sich unter demselben Dach die Volkskammer befand, das Parlament der DDR. So dachten es sich die Ideologen: Das Volk und seine Vertretung, sie sollten eine Einheit bilden, ein enges Beieinander, auch räumlich, ohne Bannmeile und kontrollierten Einlass. Nur dass die Kammer kaum einmal tagte und zudem die Volksvertreter in ihr zwar viel zu reden, aber nichts zu sagen hatten. Was in der Theorie sich so schön ausnahm, was dem oberflächlichen Erleben sich als Realität darbot – es war in Wirklichkeit ein Hohn auf die Ohnmacht des Volkes, und war doch die Demonstration eines Zustandes, wie er nur zu wünschen war. Es war eine Fata Morgana und wurde von manchen hergereisten Sympathisanten doch erlebt als ein Gegenbild gegen die westliche, gerade in den sechziger Jahren von der Bedürfnislage der Bevölkerung sich immer mehr abhebende Politik, wie sich mit der Explosion namens Studentenrebellion zum Ende dieses Jahrzehnts vehement herausstellte.

Das ganze Ostberlin bot sich politisch als ein Als-ob dar – als eine Möglichkeit, die nicht in Realität übergegangen war und doch mehr war als ein blosser Gedanke. Wenn man in dieser Stadt baute, so baute man am Sozialismus. Man baute zwar kaum, aber man hätte doch können. Und der Sozialismus, an dem man baute, existierte zwar nicht, aber er konnte doch werden. Zumindest war hier die Politik darauf gerichtet, sprach sich dafür aus. Wer dies im Westteil tat und nicht nur für den Sozialismus sprach, sondern sich für ihn auch handelnd einsetzte, wurde zwar nicht eingesperrt, erntete aber leicht Unmut. Geht doch nach drüben, pflegten die gesitteten Westberliner zu schimpfen.

Dieser Aufforderung folgten die Westdeutschen, wenn sie in die Stadt kamen, bereitwillig – natürlich nur besuchsweise. Wollte man sich einen Spass mit ihnen machen und besass man ein Auto, dann chauffierte man die neugierigen Verwandten oder Bekannten aus dem fernerer Westen auf dem Weg nach Ostberlin durch das Trümmerfeld, das sich lange Zeit noch um den Potsdamer Platz im Westteil Berlins genauso wie im Ostteil ausdehnte. Noch weit von der Stadtgrenze entfernt, waren die Besucher regelmässig überzeugt, sich nunmehr in Ostberlin zu befinden, sie fühlten ihre grausigsten Befürchtungen bestätigt und ihres anklagenden Bedauerns war kein Ende. Unter den Linden, im schönsten Ambiente, wurden sie dann aufgeklärt. Die Reaktion war nicht immer freundlich. Dabei lag in diesem provozierten Irrtum durchaus auch Wahrheit.

Denn von der einen Achse abgesehen war und blieb Ostberlin eine sich nur immer noch mehr verschmutzende Nachkriegslandschaft. Es tat sich hier fast nichts an Wiederaufbau oder Verschönerung – in gewissem Unterschied zu den Städten im Innern des Landes, so wenigstens wollte es das Gerücht. Ein Grund dafür mag gewesen sein, dass den Regierenden Ostberlin lange Zeit als ein unsicheres Pflaster galt. 1955, als ich zum ersten Mal nach Berlin kam, lag der Aufstand des 17. Juni gerade erst zwei Jahre zurück. Der Zugereiste bemerkte von den Auswirkungen so gut wie nichts. Und doch waren sie da. Ostberlin machte den Eindruck einer Bühne, auf der gerade eine Tragödie gegeben worden war und die in ihrer Leere nicht erkennen liess, was nächstens vorgesehen war oder spontan sich selbst inszenieren würde. Zudem machten Ideen von einer Neutralisierung ganz Berlins die Runde, da wollte man abwarten, nichts vergeblich investieren.

Abwarten war überhaupt die Stimmung, die über ganz Berlin lag. Alle Anstrengung, Westberlin zu einer Weltstadt hochzustilisieren, hinderte nicht, dass ein Gefühl des Abgeschriebenseins sich breitmachte. Man fand sich in einer Art Sackgasse der Geschichte, und von Westdeutschland her gesehen in einem abgelegenen Kopfbahnhof. Es gab hier nicht die Geschäftigkeit, die Häuslebauerhutz westdeutscher Städte. Es fand sich nicht die Sauberkeit, Geputztheit, Geschnigeltheit westdeutscher Stadtinterieurs, die, zugespitzt gesagt, mehr oder weniger alle aus einem Ensemble von Warenhäusern und nahezu staubfreien Fussgängerzonen bestanden. Unter einer Glanzhülle dämmerte hier im westlichen Berlin alles so vor sich hin, als wolle es nach und nach verrotten. So jedenfalls konnte es dem kritischen Westdeutschen erscheinen, dem die geschäftige Konsumwelt zum Halse heraushing. In Berlin, Berlin-West, fand er die kapitalistische Gesellschaft gewissermassen sinnenfällig in ihrer schäbigen Wahrheit, noch deutlich ausmachbar hinter der Fassade, und das tat gut. So wusste man doch, woran man war, brauchte sich nichts vorzumachen.

Zeitgenossen dieser Art trafen sich regelmässig an bestimmten Punkten in Ostberlin, unter denen, etwa seit Anfang der fünfziger Jahre, vor allem das «Theater am Schiffbauerdamm» hervorragte. Das war noch aus den alten Zeiten übrig geblieben. Gleich in der Nähe der Friedrichstrasse, die so düster und grau erschien, wie eben alles oder doch fast alles in Ostberlin. Abgenutzt und bescheiden ragte es aus seiner verstaubten Trümmerumgebung hervor, wie ein in zahnlosem Mund einzig verbliebener vergilbter Backenzahn. Drinnen wucherte es über von Pseudobarock. Hier war, solange er lebte, und also bis zum Jahre 1956, Bert Brecht der Hausherr, hier erschienen seine Stücke nacheinander auf

der Bühne. Es waren dies nahezu ausschliesslich Texte, die er bei seiner Übersiedlung mitgebracht hatte, verfasst meist in der Emigration. Sie liessen auf den ersten Blick kaum erkennen, dass Brecht sich als Marxist verstand. Aber sie waren von einem Geist des Aufbruchs, der Aufsässigkeit, der Zukunftszuversicht erfüllt und standen in ihrem Gehalt gnadenlos kritisch quer zur Wirklichkeit – zu jener Wirklichkeit, innerhalb derer sie entstanden waren: der westlichen, kapitalistischen.

Das kam den linksintellektuellen Besuchern aus dem Westen gerade recht. Das Gefühl des Unbehagens gegenüber ihrer Welt, hier wurde es artikuliert, ins Bild gesetzt, auf den Begriff gebracht – und zugleich schien die Gegenwelt auf, die neue Welt. Und die konnte natürlich nur der Sozialismus sein, jener Sozialismus also, in dessen Realität man sich hineinbegeben hatte, in den man von Westberlin aus fuhr, um das Theater zu besuchen und danach wieder heimzukehren. Wer die Weigel sah, wer Ernst Busch mit unnachahmlich markanter Stimme Brechts oder Tucholskys bissige Lieder singen hörte – der mochte meinen: hier rumort die Revolution. Kaum einem Westbesucher dürfte aufgefallen sein, dass all das, was ihn in Hochstimmung versetzte, vor allem also die Stücke Brechts, vergegenwärtigte Vergangenheit war, lebendig gemacht von hervorragenden Schauspielern, die auch aus dieser Vergangenheit kamen. Das wenige Neue, was von anderen Autoren hinzukommen mochte, konnte dem nicht standhalten.

War Brecht der Theatermagnet, so zogen die Publikationen von Georg Lukacs in den Buchhandlungen die Aufmerksamkeit der neugierig die sozialistische Welt Erkundenden auf sich. Dieser hatte, im Unterschied zu Brecht, im Fleiss seiner produktiven Arbeit nicht nachgelassen, arbeitete zumindest, wie man hörte, an grösseren Werken. Allerdings lebte er nicht in der DDR, sondern in seiner ungarischen Heimat, in Budapest. Nach 1956 war er, aufgrund seiner Teilnahme am ungarischen Aufstand, in der DDR endgültig Vergangenheit, schlimmer: Er war nicht mehr präsent, nicht einmal zitatweise. Ausser – nach meiner Erfahrung – in einigen Regalen einer Buchhandlung in der Französischen Strasse, in der alten Mitte Berlins. Dort war im Krieg kaum ein Stein auf dem anderen geblieben, nichts war nachher dort neu gebaut worden. Ein paar Haushälften standen jedoch noch, und in einer von ihnen hatte sich dieser Laden, privat von zwei älteren Damen betrieben, gehalten.

Der unbefangene Besucher aus dem Westen scherte sich in der Regel nicht um die Eigentumsverhältnisse, doch aber verspürte er, wenn er diesen in der Nähe der inneren Stadtgrenze nicht vermuteten Laden betrat, einen Hauch von Sozialismus.

Denn es passte zur behaupteten Brechung des Bildungsprivilegs, dass fast alle Bücher für einen Preis zu haben waren, den wohl jeder zahlen konnte.

Aus den Schriften von Lukacs erfuhr ich, dass der Sozialismus nichts anderes sei als verwirklichter Humanismus. Damit verwandelte sich für mich das Bild von ganz Ostberlin. Im Westen war, mochte man meinen, alles gelaufen, die Städte waren längst wiederaufgebaut, meist bis zum Erbrechen eintönig, einfallslos. In ihnen regierte der Kommerz. Nur Westberlin hinkte hintennach, aber doch auf gleichem Wege. In Ostberlin hingegen, so schien es angesichts der nach wie vor sichtbar schwer vom Krieg gezeichneten Stadt, war noch alles offen. Und hier fand man einen ganz anderen Geist – im Schiffbauerdammtheater, im kleinen Buchladen oder wo immer sonst. Man musste nur vermeiden, am Abend oder am nächsten Tag das Radio auf DDR zu stellen: Geriet man etwa an eine der grossen Reden, dann bestürzte die Phrasenhaftigkeit. Auch der Ton: hysterisch, überklickend, zwanghaft. Nichts Jakobinisches.

In diese fast schon zur Normalität gewordene Paradoxie platzte 1961 der Mauerbau hinein. Die Stadt zerbrach vollends in zwei grosse Stücke, wurde zu der zweigeteilten, als die sie sich ins Gedächtnis der Weltöffentlichkeit eingepägt hat. Die rigorose Abtrennung des Ostens empörte die eingeborenen Westberliner aufs Äusserste, für Ostberlin wie für die ganze DDR begann damit in jeder Hinsicht eine Existenz hinter Mauern, die in den kommenden Jahren zu einem schrecklichen Trauma wurde. Merkwürdig, dass zugleich auch ein Gefühl der Erleichterung aufkam. Wochen vor dem Ereignis hatte in Westberlin eine hektische Atmosphäre geherrscht. Zu Tausenden kamen die Menschen Tag für Tag aus dem Ostteil herüber und füllten die Auffanglager. So konnte man es in dicken Lettern auf den Vorderseiten der Boulevardzeitungen lesen, die gar noch in Sonderausgaben auf den Strassen verteilt wurden. Auch das Radio strahlte Panikstimmung aus und tönte damit mächtig nach «drüben». Nach dem 13. August sodann: Viel aufgeregtes Hin- und Widerreden, auch eindrucksvolle Kundgebungen, die die Westberliner noch einmal und eigentlich wohl zum letzten Mal zur Auflehnung gegen ihr Schicksal in grossen Massen zu versammeln vermochten, und doch auch: Ruhe. Friedhofsruhe, mochte man sagen. Aber die Menschen lebten noch, waren, wie sie empfanden, der Katastrophe entgangen, der dritte Weltkrieg, der in ihrer Phantasie schon vor der Türe stand, war nicht eingetreten.

Allerdings um welchen Preis! Alle waren, so schien es, nun lückenlos eingesperrt, gleichgültig, ob diesseits oder jenseits der Mauer. Die Westberliner in gewisser Weise sogar noch mehr als die im Osten. Denn diesen blieb immerhin

ihr weiteres Hinterland offen, während den Bürgern des Westteils ihre Umgebung von jetzt an ausnahmslos sich verschloss. Dass ihnen in krassem Gegensatz zu den DDR-Bürgern gleichwohl die ganze Welt offenstand, das drängte sich nicht gerade auf, am wenigsten den hergereisten Westdeutschen.

Unter den Intellektuellen, denen Ostberlin gewissermassen als die Wand gedient hatte, gegen die sie sich mit dem Rücken stellen konnten, um Mut zu fassen zu kritischen Ausfällen gegen die westliche Welt und zumal die Bonner Politik, die darauf auszusein schien, sich wieder auf militärische Gedankenspiele einzulassen – unter diesen Intellektuellen breiteten sich zunächst Verwirrung und Ratlosigkeit aus, als vor ihren Augen eine wirkliche Mauer aus hässlichen Betonplatten hochgezogen wurde, von der man nicht absehen, der man nicht einfach den Rücken zukehren konnte. Gerade jene, die gegenüber den Härten und Gewaltsamkeiten ihrer Lebenswelt in der reinen Idee des Sozialismus eine gewisse Verheissung gefunden zu haben meinten und sich von ihr hatten über den Anblick der so ganz anderen sozialistischen Realität hinweghelfen lassen, erfuhren den Mauerbau als eine zynische Gewalttat, die ihnen nun auch die Augen für die rigorosen Repressalien öffnete, mit denen das östliche Regime immer schon gegen jene vorgegangen war, in denen es zu Recht oder zu Unrecht seine Feinde erblickte. Wurde den einen die westliche Freiheit nun doch zu einem unschätzbaren Gut, so bissen sich die anderen umso mehr an der Idee eines besseren Lebens fest, im resignierten Gefühl, einer blossen Utopie nachzuhängen, bis dann mit dem Aufstand der Studenten um 1968 herum diese Utopie, wie man damals sich ausdrückte, «konkret» zu werden versprach.

Wieder andere bemühten sich, in der Einmauerung Ostberlins und der ganzen DDR auch eine Chance zu entdecken. Die Opposition, so überlegte auch ich, konnte jetzt nicht mehr wie bisher einfach abfliessen, die kritischen Energien würden sich im Lande selbst bemerkbar machen müssen. Und das Regime würde sie auch tolerieren müssen, da die Gefahr der offenen Grenze zum Vorwand von Repression nicht mehr erhalten konnte. War die Möglichkeit des Ausweichens verbaut, so blieb den Menschen nur eines, wenn sie nicht resignieren wollten: die eigene Gestaltung ihrer Wirklichkeit gegen allen Widerstand durchzusetzen. Mut und Selbstvertrauen schienen denn auch zu wachsen. Man glaubte es an kleinen Äusserlichkeiten wahrnehmen zu können. Ich weiss heute noch nicht, ob etwas daran war: aber die Innenstadt Ostberlins kam mir jetzt gepflegter vor. Die Menschen, hatte man den Eindruck, kümmerten sich mehr um den verwahrlosten Zustand ihrer Häuser, wenigstens wurden endlich auch

mal die Fenster gestrichen, die Strassen nahmen sich sauberer aus, man sah sogar hier und da Blumenrabatten. Bescheiden, aber doch ein Anfang.

Bestärkt wurden solche Hoffnungen durch Äusserungen von wagemutigen Kritikern innerhalb der DDR selbst, so dem Ostberliner Schriftsteller Stefan Heym oder dem später für lange Jahre in einem Ostberliner Vorort unter einer Art Hausarrest gehaltenen Wissenschaftler Robert Havemann. Sie blieben dabei, dass trotz allem die DDR das bessere Deutschland sei, weil dessen Gesellschaftsordnung auf die Überwindung des Kapitalismus und damit, wie sie meinten, auch auf die endgültige Verhinderung faschistischer Tendenzen angelegt sei. Wenn auch die Politik der dort Mächtigen noch so sehr gegen Grundsätze der Humanität versties, so vertrauten sie darauf, dass sich die Macht schliesslich dem Geist, den sie für sich reklamierte, wirklich beugen würde.

Beinahe hätte ihnen die Geschichte sogar Recht gegeben. Ende der achtziger Jahre, unter dem Einfluss der Perestroika Gorbatschows, zeichnete sich nicht nur der Konkurs des herrschenden Regimes ab, sondern auch ausserhalb wie innerhalb des Machtapparats eine wachsende Bereitschaft, die Ideologie beim Wort zu nehmen und auf grundlegende Reformen zu drängen. Mit der Wende schien daraus fast eine Volksbewegung werden zu können, die mit der DDR selbst dann natürlich auch verschwand und heute wie eine verpasste Gelegenheit erscheinen kann, von der aber niemand so recht weiss, ob sie je wirklich bestand.

Im nachhinein fällt es nicht so schwer, festzustellen, dass der Sozialismus, streng beim Wort genommen, in der DDR wie in der Sowjetunion gar keine Zukunft haben konnte. Die Umstände liessen allenfalls einen sozialistisch inspirierten Sozialstaat zu, was schon sehr viel bedeutet hätte. Sozialismus in einem Lande oder in einigen noch dazu, das war eine Idee Stalins, die dieser Lenin zugeschrieben hatte. Bei Marx stand es anders: Der Übergang zur sozialistischen Produktionsweise setzt einen vom Kapitalismus in der ganzen Welt erzeugten hohen materiellen Reichtum voraus, kann daher auch nur auf dem ganzen Erdball gleichzeitig erfolgen. Damit hat es auch heute noch unabsehbar viel Zeit. Die Sowjets versuchten es trotzdem. Es spricht aber einiges dafür, dass sie aus weltpolitischen Gründen über Ulbrichts Eilfertigkeit, es ihnen nachzutun, gar nicht glücklich waren, es sogar – vergeblich, wie wir wissen – zu hindern suchten.

Dauerhaften Erfolg hatte die sozialistische Umkrepelung des einen Teils von Deutschland eigentlich mehr im Hinblick auf den anderen. Denn dieser sah sich damit vor einer Herausforderung, der er nur mit einem bislang ungewohnten Ausbau des Sozialstaats meinte begegnen zu können. Dem DDR-Sozialismus aber ging unterdes förmlich die Luft aus.

Unversehens fanden sich alle in dem einen Boot, das zu kentern drohte: die Männer und Frauen der ersten Stunde, die gemeinsam im Kampf gegen den Faschismus gestanden und dann diesen ihren neuen Staat begründet hatten, der ihnen mehr bedeutete als ihr Leben; die Unzufriedenen, die ihren Staat von seinen Prinzipien wegdriften sahen und doch die Hoffnung auf ihn nicht aufgeben wollten; und auch die Opportunisten und Karrieristen, die es überall zu Hauf gibt – sie alle fixierten sich mehr und mehr auf die Dämpfung von Bewegungen, die ihr Boot hätten noch mehr aufschaukeln können. Und welche Bewegung war schon frei von dieser Möglichkeit, zumal wenn es sich um selbständige Gedankenbewegungen handelte.?

So ängstigte sich der gesamte Partei- und Staatsapparat, ohne dass dies vielen überhaupt klar wurde, in ein Überwachungssystem hinein, wie es die Geschichte kaum je gesehen hat. Wenn die Mauer offiziell als «antifaschistischer Schutzwall» tituiert wurde, so war das nicht immer bloss Ausrede oder Propaganda, sondern Ausdruck festsitzender Überzeugung. Schliesslich waren sogar ein paar Jahre später die rebellischen Studenten im Westen schnell dabei, der bestehenden Gesellschaft zumindest einen latenten Faschismus zu attestieren. Wie auch immer, jedenfalls stand der Feind jetzt draussen, konnte nicht herein und gab damit die Gelegenheit frei, den Sozialismus endlich, wie man sagte, ganz aus seinen eigenen Grundlagen heraus aufzubauen.

Dass sich nach 1961 in der Tat ein neuer Geist regte, dafür war der Singeklub, der in Ostberlin aus einem Zusammenschluss junger, politisch engagierter Leute hervorging, das prägnanteste Beispiel. Er nannte sich unter Anspielung auf die Oktoberrevolution von 1917 in Russland «Oktoberklub» und gelangte in kurzer Zeit zu beachtlicher Popularität. Zwar schmückte er sich auch mit fremden Federn – viele der mitreisenden Gesänge auf den jährlich in der ganzen Stadt mit grossem Aufwand begangenen Meetings, genannt «Festival des politischen Liedes», stammten von den immer zahlreicher teilnehmenden ausländischen Gruppen oder eben aus der revolutionären Vergangenheit. Aber die jungen, schnodderig unbefangenen Leute brachten selbst auch neue Töne heran, die aufhorchen liessen.

Die politische Führung hatte sogleich die Möglichkeit der Selbstdarstellung des Staates begriffen, die sich mit dieser hier wirklich einmal von der Basis kommenden Initiative bot, und stellte grosszügig materielle Mittel aller Art zur Verfügung. Das Radio war mehrere Tage lang von morgens bis abends dabei, und in den auch vom Fernsehen übertragenen Grossveranstaltungen sah man

Tausende junger Menschen versammelt, die in diesem Falle offensichtlich nicht dorthin hatten delegiert werden müssen, denen ihre Hochstimmung vielmehr anzusehen und anzuhören war. Dass die gelungensten Lieder auf einer Reihe von Schallplatten herauskamen, verstand sich zumindest auf einige Jahre hin von selbst.

Das erste dieser Meetings war 1967 spontan und noch sehr improvisiert, jedoch mit einer nie wieder erreichten Resonanz zustande gekommen, in jenem Jahre also, in dem die Studentenrebellion, die später, auf das nachfolgende Jahr sich beziehend, auch die Achtundsechzigerbewegung genannt wurde, in Westberlin ihren ersten grossen Höhepunkt erreichte, und allem Anschein nach war von ihr der Anstoss zur Ostberliner Parallelaktion ausgegangen. Keineswegs bedeutete dies aber, dass jetzt die Aufsässigkeit der Studenten und Studentinnen auch auf den Ostteil der Stadt übergreifen hätte. Wo diese sich mit den staatlichen Institutionen anlegten, in Vorlesungsstreik traten, Hochschulinstitute gewaltsam besetzten und Professoren mit Eiern sowie zuweilen auch Polizisten mit Steinen bewarfen, bekundeten die Ostberliner Jugendlichen vielmehr in geschlossenen Räumen ihre Solidarität mit der «Arbeiter- und Bauernmacht», von der sie in dieser Zeit eines ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwungs, der in der westlichen Presse gelegentlich sogar als «sozialistisches Wirtschaftswunder» bestaunt wurde, meinten erwarten zu dürfen, dass es nunmehr mit der proklamierten Politik der sozialistischen Humanität Ernst werde – im Sinne eines in den Liedern immer wieder besungenen weltweiten Friedens, vor dem auch Mauern keinen Bestand haben würden.

Man sollte meinen, dass bei diesem gleichzeitigen Ausscheren aus eingefahrenen politischen Gleisen die fortschrittliche Jugend aus Ost und West enger zusammengefunden hätte. Doch nichts davon. So intensiv auch von Mal zu Mal die Kontakte zwischen den beiden Lagern sein mochten, nach aussen hin blieben sie zwei Welten, die wenig miteinander zu tun hatten. Dafür sorgte die DDR-Politik, die den Rahmen entsprechend eng zog. Und alle Ost-Jugendlichen hielten sich daran, in einer Selbstdisziplin, die für einen Westdeutschen, hätte er sie überhaupt wahrgenommen, schier unglaublich war.

Ich habe viele Jahre später selbst einmal eine Kostprobe nehmen können, als ich 1988 in Ostberlin in einen Klub junger Wissenschaftler geriet, der an diesem Abend über Plan und Markt im Sozialismus diskutierte. Was alle damals beschäftigte, war die Politik Gorbatschows. Es ging lebhaft hin und wider, aber immer nur über die Lage in der Sowjetunion. Die DDR blieb völlig draussen. Jeder wusste, würde das im Raum schwebende Tabu verletzt, so wäre es am nächsten Tag schon um diesen Klub geschehen.

Von dieser geistigen Kasteiung ahnten wir, wie gesagt, im Westen meist nichts oder nur Ungenaues, wir konnten die Situation einfach nicht nachvollziehen. Über die Mauer drangen nur vermittels Radio oder Fernsehen die munteren und in manchem doch auch kritisch-aufmüpfigen Gesänge des Oktoberklubs und suggerierten, dass der Durchbruch einer neuen Jugend greifbar nahe sei. Die rebellierenden Studenten in Westberlin sprachen daher oft recht freundlich von ihrem Nachbarland. Viele geisselten in moralischem Rigorismus die dort herrschende Diktatur, beriefen die asiatische Produktionsweise, von der die Sowjetunion nicht losgekommen sei, aber waren häufig doch zuversichtlich, dass sich dieser etwas pervertierte Sozialismus des Ostens jener Revolution über kurz oder lang anschließen werde, die gerade dabei war, sich vom Campus der Universität in die Stadt auszubreiten und dort schon zum Sturm einiger Demonstranten auf das Springer-Hochhaus bzw. seine Eingangstür geführt hatte.

Nach einigen Jahren war wieder Stille in den westlichen Landen. Ostberlin hingegen präsentierte sich mit einem Massenmeeting auf seinen zentralen Foren und in allen Stadtteilen. Man konnte meinen, dass nun doch noch die vermisste Volksversammlung Wirklichkeit geworden sei: 1973 fanden die «Internationalen Weltfestspiele der Jugend und Studenten», so ihr offizieller Titel, statt. Aus allen Erdteilen waren Jugendliche gekommen und ergingen sich an lauen Sommerabenden in Gesang, Tanz, Spiel und lebhaften Gesprächen. Bis in die Nacht hinein sassen sie an den Rändern der Springbrunnen vor dem Fernsehturm oder lauschten auf dem Alexanderplatz Miriam Makeba sowie anderen Weltstars. Was für ein Unterschied, so dachte sich mancher enttäuschte Achtundsechziger: Hier, auf der eigenen Seite, das zur Ruhe gekommene Westberlin, in dem es nur noch auf dem Campus wie bei einem abziehenden Gewitter fernhin grollte, während auf dem Kurfürstendamm, über den vor einigen Jahren noch Massendemonstrationen mit einem Heer von roten Fahnen gezogen waren, ein internationales Publikum schaulustig herumsass oder sich die Beine vertrat –, dort das Freudenfest unzähliger junger Leute aus aller Welt, der Zukunft der Menschheit, in einer Stadt, die die Hauptstadt eines Staates war, der sich, wie er von sich stolz behauptete, der Zukunft verschrieben hatte.

Niemals bot sich Ostberlin für kritische Geister faszinierender dar als in jenen Tagen. Und wer überzeugt war, dass Ost sich auf Fortschritt und West sich auf Reaktion reimte, der brauchte nur hinzuschauen, um sich bestätigt zu finden. Und doch war dies Ganze ein Zauber, der nur ein paar Tage dauerte. Mehr noch, es war Zauberei, war eine durchgeplante Inszenierung, wie alle derartigen Ver-

anstaltungen in der DDR. Die Jugendlichen des Landes waren von langer Hand dazu angehalten worden, überall eine Atmosphäre der dogmenfreien Liberalität und humanen Solidarität zu verbreiten, also sich so zu geben, wie sie sonst gerade nicht sein durften. Unter der Hand lief es häufig genug gegen den Plan. Westberliner Jugendliche erfuhren nunmehr aus erster Adresse von den Beengungen des DDR-Alltags, von Schikanen und Verfolgungen, deren Authentizität nicht mehr, wie gegenüber Radio oder Fernsehen, als bewusste Entstellung abgetan werden konnte. Und vielen jungen Leuten aus der DDR gelang ein Blick in den Westen, der durch den glitzernden Reichtum hindurch nicht Fäulnis und Verfall des Systems, sondern einen lässigen Individualismus erkennen liess, der sich in ungeahnter Freizügigkeit auch politisch ausleben durfte. Selbst Polizeieinsätze gegen militante Demonstranten nahmen aus dieser Sicht den Charakter eines pittoresken Spieles an, nicht vergleichbar der stillschweigenden Bespitzelung, der in der DDR jene ausgesetzt waren, die auch nur dachten, was die hinter der Mauer wirklich taten.

Viele junge Leute waren damals aber ihrem Staat auch noch treu ergeben, sei es aus jungendlichem Idealismus, sei es aus gedankenloser Anpassung. Manchem von ihnen ging hier erst auf, wie der Sozialismus auch sein konnte und der überall verbreiteten Lehre nach auch hätte sein müssen. Wo sie sich später rühmend auf ihr Erlebnis bezogen, wurde ihnen jedoch, wenn nötig mit gehörigem Nachdruck, bedeutet, dass sie für das Wesen genommen hatten, was bloss als Taktik gemeint war. Dennoch wirkte der Eindruck, den sie empfangen hatten, untergründig weiter. Letztlich ging der gewagte Schuss des Regimes doch nach hinten los. So wie die Jungen das System hatten nur vorführen sollen, so wollten sie es jetzt in Wirklichkeit haben. Wurden sie von der Wirklichkeit enttäuscht, waren sie jedenfalls nicht mehr mit dem Herzen dabei, leisteten gar passiven Widerstand, der sich meist freilich bis zur Unkenntlichkeit minimierte. Immerhin: Zu den alljährlichen Pfingstfestspielen liessen sie sich in den letzten Jahren allenfalls noch mit Leckereien wie Rockkonzerten o. ä. locken.

Das Jahr 1973, es war auch das Jahr der ersten Ölkrise. In ihrem Gefolge raffte der Westen alle seine Kräfte zusammen und ging bald einem neuen Aufschwung entgegen. Im Osten hingegen bewegte sich die wirtschaftliche Entwicklung rapide bergab. Eine rigorose Nachrichtenpolitik wusste diesen Niedergang bis weit in die achtziger Jahre selbst vor Fachleuten zu verschleiern.

Doch die Auswirkungen wurden mehr und mehr spürbar. Die Singweise des Oktoberklubs gab sich von Jahr zu Jahr lahm, das jährliche Festival nahm eher den Charakter einer Pflichtübung an. Der aussenstehende Beobachter



S-Bahnhof Friedrichstrasse  
Nord-Südstrecke. Bahnsteig

wusste nicht: war der Elan vorbei oder hatte sich die Zensur verschärft? Jedenfalls flogen keine Funken mehr. Westliche Ordnungshüter brauchten nicht Sorge zu haben, dass sich vom Osten her ein neues revolutionäres Strohfeuer entzünden würde. Die Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976 wurde als Fanal empfunden. Aus der FU entschlossen sich einige der Getreuesten, die bis dahin noch «kritische Solidarität» geübt hatten, zu einem Protestbrief an Erich Honecker. Ohne Ergebnis natürlich.

Mehr und mehr kam es vor, dass geschwätzige Linke, die gemeint hatten, die DDR an ihren Sozialismus erinnern zu müssen, an der Grenze und das hiess meistens in den unübersehbaren unterirdischen Gängen des Bahnhofs Friedrichstrasse als unerwünscht zurückgewiesen wurden. Dieser Bahnhof kam dem westdeutschen Besucher in jenen späten Jahren des siebten Jahrzehnts womöglich noch finsterner vor als früher, trotz der neuen hohen Halle für die Ausreise, die der Berliner spöttisch «Tränenpalast» getauft hatte. Immer noch entliess die S-Bahn, mit der man aus Westberlin heraus mitten in den schon ganz im Osten gelegenen Bahnhof einfahren konnte, bei jeder Ankunft eine Vielzahl von Menschen, die sich eilig durch die Gänge schlängelten, um sich vor irgendwelchen ausgedienten Fahrkartenschaltern in einem Gedränge festzulaufen. Der Pass oder Personalausweis war abzugeben. Nach einer Zeit, die niemand voraussagen konnte, bekam man ihn zurück, wofern man nicht höflich-kühl gebeten wurde, sich wieder auf die Rückreise zu begeben. Die übrigen defilierten an der Zollkontrolle vorbei. Der eine oder andere wurde herausgewinkt, verschwand in einem Sonderraum. Manchen harmlosen Fellow-Traveler kam doch ein wenig Angst an. Und es war nichts dazu angetan, sie ihm zu nehmen: nicht die Atmosphäre einer schlecht gelüfteten, herabgekommenen Bahnhofslokalität, in der man sich die Füsse in den Bauch stand, nicht die Aufrufe in soldatisch knappem Befehlston und schon gar nicht der Anblick der emotionslos dreinblickenden Uniformierten, von denen man sich einfach nicht vorstellen konnte, dass sie eines Lächelns fähig waren.

Jahre davor hatte ich mir von einem der auf den Bahnsteigen Beschäftigten erzählen lassen, man werde jetzt auf Psychologie getrimmt. Die DDR wolle sich ein freundlicheres Image geben. Damals glaubte man, die Menschen aus dem Westen würden sich mehr und mehr dem Sozialismus annähern, und man war bereit, sie offenherzig zu empfangen. Aber der Imperialismus wollte und wollte nicht zusammenbrechen. Er blühte vielmehr und gedieh, und nicht einmal mehr die Studenten und Studentinnen der westlichen Länder dachten daran,

sich gegen ihn aufzulehnen. Umso lauter tönnten die Sprüche vom endlichen Sieg des Sozialismus, obgleich die aufdringlichen Plakate und Spruchbänder, die anfangs das graue Ostberlin noch hässlicher hatten erscheinen lassen, inzwischen verschwunden waren. Nur eben: In die Gesichter der Grenzbeamten hatte sich die Siegesgewissheit nicht eingeschrieben.

Es dauerte noch ein rundes Jahrzehnt, und die Mauer war gefallen, die DDR löste sich auf, Berlin wurde wieder eine ungeteilte Stadt, man konnte ungehindert von Ost nach West fahren und umgekehrt. Sogleich setzte im östlichen Zentrum eine rege Bautätigkeit ein. Begonnen hatte mit ihr schon das alte Regime. In der Friedrichstrasse war ein grosser Passagenkomplex bereits beachtlich in die Höhe gewachsen. Diese Friedrichstadtpassagen hatten ein Kommunikations- und Einkaufszentrum werden sollen, mit anspruchsvollen Läden, aber auch mit einem Kaufhaus für jedermann. Es wurde vollständig abgerissen, um – auf lange hin – einem Ensemble teuerster Läden Platz zu machen. Die Arbeiter und Bauern, nach denen sich der Staat DDR benannt hatte, werden in dieser Strasse später kaum noch so ungeniert flanieren, wie sie es in realsozialistischen Zeiten taten bzw. doch hätten tun können, falls die wenigen verbliebenen Häuserzeilen nur entfernt denen aus der berühmten «Schönhauser», der eigentlichen, in ihrer architektonischen Schäßigkeit beinahe liebenswerten Einkaufsstrasse der Ostberliner, gleichgekommen wären.

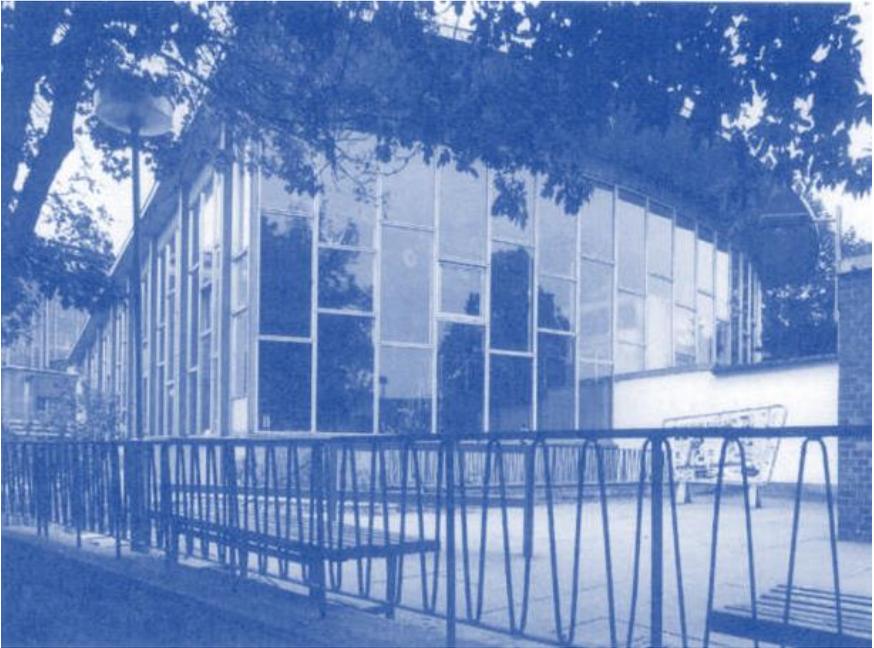
Als ich zum erstenmal nach Berlin, nach Westberlin kam, um dort an der Freien Universität mein Studium fortzusetzen, nahm ich mir im Arbeiterviertel Moabit ein Zimmer bei einem Facharbeiter, den ich in Westdeutschland kennengelernt hatte. Er sagte mir, die Uni sei gleich nebenan, ein, zwei Strassen weiter. Es stellte sich heraus, dass er irgendeine Fachschule für die Universität gehalten hatte. Den vornehmen Villenvorort Dahlem, in dem die FU sich ausgebreitet hatte, kannte er nicht. Auch wo der Kurfürstendamm sich befand, wusste er nicht. Er, ein Berliner wie nur einer, war in seinem ganzen Leben noch nie dort gewesen. Es hatte ihn nichts dorthin gezogen. Die Welt oder Halbwelt, die sich auf dieser Strasse erging, das war die seine nicht. Heute ist schon abzusehen, dass die Friedrichstrasse den Kurfürstendamm einmal an Glanz und Glamour überrunden wird. Die stadtnahen Arbeiterviertel des Ostens werden hochmögenden Mietern vorbehalten bleiben. Die minder Betuchten wird man eher in den Plattenbaukonglomeraten am Rande der Stadt finden. Und man kann sich vorstellen, dass nicht wenigen die Friedrichstrasse so fremd sein wird wie jenem Westberliner Facharbeiter der Ku'damm. Aber das ist gegenwärtig

noch Zukunftsmusik. Von den Baustellen und Leuchtreklamen abgesehen sieht das östliche Berlin fast immer noch so aus wie zu DDR-Zeiten. Und doch ist alles radikal anders geworden. Ostberlin ist auch heute noch deutlich vom Westteil unterschieden, man begibt sich immer noch, wenn man hinfährt, in den ganz anderen Teil der Stadt – aber seine einzigartige Faszination ist verschwunden.

Die Faszination Ostberlins, das ist auch eine Faszination der Macht gewesen. Die westdeutschen Intellektuellen, die sich an ihrer gesellschaftlichen Wirklichkeit rieben und sich nach alter Tradition in den Gegensatz Geist contra Macht getrieben sahen, erlebten hier, dass der Macht ausser dem Geist auch ein anderes entgegenstehen konnte: eine andere Macht nämlich. Man musste sich der Macht nicht durch Rückzug auf den Geist entziehen, man konnte einfach wegfahren in den anderen Machtbereich. Es war ein Gefühl von Freiheit, Unter den Linden her zu wandeln und sich sagen zu können: Hier ist die Macht, die dein Leben bedrängt, ein Nichts, sie ist einfach nicht da, wie weggeblasen. Und doch war man damit der anderen Macht nicht ausgeliefert. Man konnte jederzeit wieder zurückfahren. Das Ganze war bloss Spiel. Nie fand sich ein wirklich machtfreier Raum, und doch verloren die heimischen Verhältnisse das Überwältigende, Absolute, Unentrinnbare. Erlebt wurde: Die Macht hat Grenzen.

Aber es stand nicht einfach Macht gegen Macht, sondern auch der Inhalt der einen gegen den Inhalt der anderen. Die Macht im Westen liess dem Geist alle Freiheit, nahm ihm aber auch seine produktive Teilhabe an der res publica. Die Politik hatte hier nichts gegen die Geistesschaffenden, vorausgesetzt, sie mischten sich nicht ein. Gleichgültig bis zur Unauffindbarkeit waren sie ihr am liebsten. Im Osten andererseits drang die Macht auf den Geist ein, jegliche seiner Regungen geriet damit zu politischer Bedeutung. Alles stand unter dem Signum des Sozialismus. Und dieser liess seinem Programm nach ein Abseitsstehen nicht zu, er forderte das Zusammenwirken aller. Existenzialistische Befindlichkeit kannte er nicht. Samuel Beckett war ihm ein Buch mit sieben Siegeln. Brecht soll gesagt haben, als er gefragt wurde, ob er Becketts *Godot* aufführen würde: Ja, aber vor dem Hintergrund eines Films über den Aufbau Sibiriens.

Brecht hat nur die ersten Jahre der DDR miterlebt, sein Weltruhm hat ihn vor dem Schlimmsten bewahrt. Andere taten gut daran, nicht allzu kritisch sich vorzuwagen. Zwar konnte, wer mitmachte, der Ehrungen und Belobigungen sicher sein, aber die Grenzen bestimmte die Partei, und ihre Oberen liebten in der Regel keine Horizonte, die die ihrigen überwölbten. Die DDR-Administration entwickelte geradezu eine Meisterschaft in der Abweisung gutwilliger Mitarbeit. Und doch war die Ideologie nicht nur Gerede: Dass Gesellschaft nur im Miteinanderwirken aller bestehen könne, das blieb eine Selbstverständlichkeit,



*Friedrichstrasse 141 - «Tränenpalast»  
(ehemalige Grenzkontrollstelle am S- und Fernbahnhof Friedrichstrasse)*

die im Alltag auch immer wieder erfahren werden konnte. So wehte durch die staubigen Strassen Ostberlins bis zuletzt noch ein anderer Geist, ein von tiefer Enttäuschung geprägter und doch nicht sich vollends verhauchender Gemeingeist, der den Westlern wie aus einer anderen Welt zu kommen schien.

Von diesem Gegensatz der geistigen Sphären durchzogen, war das Nachkriegsberlin immer ein Ort knisternder Spannung. Dicht an dicht berührten sich hier die ideologischen Systeme. Jede Hälfte war die vorgeschobene Bastion einer anderen Welt. Man vertauschte gewissermassen die Weltanschauung, indem man von der einen Seite zur anderen den Ort wechselte, fühlte sich immer zur Entscheidung aufgefordert, sah Entscheidungsmöglichkeiten greifbar vor sich, wusste: Du musst die Welt nicht hinnehmen, wie sie ist, musst nicht in dieser deiner Welt leben, da ist eine andere, ganz anders angelegte, und du hast die Möglichkeit, dich an die eine oder andere zumindest innerlich zu binden.

Ob man positiv oder negativ zum Osten stand, seine Existenz machte das Leben in den Dissonanzen der westlichen Welt denen, die darunter litten, erträglicher. Die Niedergeschlagenheit der Nachkriegsjahre, die sich in der Existenzphilosophie ausgedrückt hatte, sie ging vorbei, der Utopismus der Studentenrebellion, er verflüchtigte sich, vom amerikanischen oder europäischen Westen her griff eine skeptisch nüchterne Lebenshaltung über, auch Westberlin schmückte sich schliesslich mit postmodernen Finessen, mauserte sich nun endlich zu einer Grossstadt, die es mit anderen ihresgleichen an Repräsentation aufnehmen konnte – all die Zeit unverändert aber existierte jenseits der Mauer die Alternative.

Was ein rechter – und also, damals, ein linker Intellektueller war, der würde sich um keinen Preis in den Osten dauerhaft begeben haben – Ausnahmen bestätigen die Regel. Denn dieser Sozialismus, das war Diktatur, war Unterdrückung, war Unfreiheit. Aber von diesseits der Mauer, vom Westen aus, erschien er vielen wie eine Utopie, die sich aus einem fernen Himmel herabgelassen und damit unendlich beschmutzt oder verzerrt hatte, aber eben doch Utopie geblieben war, eine Utopie zum Anfassen sozusagen. So aus der Nähe besehen, schien sie manchem dann doch zu hautnah, er wünschte sie sich lieber dort, wo sie zu Hause war, im Land Nirgendwo.

Eine unreflektierte Vorstellung des Westens vom Osten war: Da leben Menschen wie wir, unsere Brüder und Schwestern, nur dass sie unter einer Diktatur leben müssen. Nachdem die Diktatur verschwunden, das Wirtschaftsleben vom staatlichen Planungszwang befreit und die der freien Marktwirtschaft gemässe

Demokratie wieder in ihr Recht eingesetzt war – welchen Unterschied konnte es noch geben zwischen den Menschen in Ost und West, ausser dem einen, dass die östlichen nicht mehr wussten, wie man richtig lebt und dies nach und nach erst wieder lernen mussten? Es gab aber diesen Unterschied. Und er war und ist so gross, dass die Ostberliner zwar gern in den Westen fahren, um dort gutes Geld zu verdienen, sich aber so recht erst als Berliner fühlen, wenn sie im Osten sind. Umgekehrt hat auch das rege, gewissermassen aus dem Volksboden spontan aufgestiegene Kulturleben, das sich ausgerechnet im Osten, rund um den Prenzlauer Berg, entwickelte und auch in seiner gastronomischen Vielfalt und Originalität eine Zeitlang dem Westberliner Kreuzberg den Rang ablief, lange kaum Zuspruch bei Westberlinern gefunden – bis es dann zur touristischen Attraktion sich wandelte. Auch die Jugend der beiden Stadthälften fand nicht nennenswert zusammen, jeder blieb in seinem Milieu.

Die Arme, die die Westbürger nach der Entmauerung der DDR deren Einwohnern weitgeöffnet entgegenstreckten, empfanden diese sehr bald als den Versuch, sie so fest an sich zu drücken, dass ihnen der Atem ausgehen musste. Die Praxis war auch wenig geeignet, vom Gegenteil zu überzeugen. Es ging in Westköpfe schwer hinein, dass auch dann, wenn das politische Regime als eine bedrückende Macht abgelehnt wurde, die meisten Menschen die soziale Ordnung, die ihnen ohne ihr Zutun gebracht worden war, die sie aber selbst mit aufgebaut und ausgestaltet hatten, als ihre Lebenswirklichkeit betrachteten, in der sie sich zu Hause fühlten. Was sollten sie zum Beispiel auch gegen die Tatsache haben, dass alle eine Beschäftigung fanden, niemand arbeitslos zu sein brauchte, dass Frauen genauso wie Männer einen Beruf ausüben konnten, weil für die Kinder immer gesorgt war? Entnervend oder korrumpierend, haarsträubend oder empörend war freilich, was daraus gemacht wurde – aber warum sollten wegen Misswirtschaft und Borniertheit die Ziele selbst obsolet sein? Eine prominente Westberliner Justizperson wusste es besser, bemerkenswert kurz und unmissverständlich äusserte sie öffentlich: Die DDR war ein Unrechtsstaat, und also haben sich die, die für diesen Staat arbeiteten, eines Unrechts schuldig gemacht – dennoch erwarten wir von den meisten nur, dass sie dies bereuen.

Staatsdiener sind sie fast alle in irgendeiner Weise gewesen. Sie fanden in der Regel nichts dabei, gleichwohl die westliche Freiheit hochzuschätzen. Auch das Begehren von Gütern der kapitalistischen Welt war gross. Funktionäre klagten: Ihr wollt aus den beiden Systemen das Beste kombinieren, das aber geht nicht. Warum eigentlich nicht? War die freiheitliche Gesellschaft jenseits der Grenzen nicht auch auf dem Wege, ihren Bürgern grössere soziale Rechte und Sicherheiten zu verschaffen? Und nicht zuletzt deshalb, weil das Beispiel der

DDR in dieser Hinsicht in die Auseinandersetzungen um die Verwirklichung des Sozialstaats positiv provozierend hineinwirkte! Eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft, die allen Bürgern die Möglichkeit verschafft, genügend Wohnung und Nahrung zu haben und am Arbeitsleben wie am gesellschaftlich Allgemeinen nach Kräften teilzunehmen – sollte das nicht die Perspektive eines jeden modernen Industriestaates sein, und schliesslich sogar der ganzen, sich eben erst langsam und langwierig formierenden Weltgesellschaft? Viele DDR-Bürger hatten ungefähr das vor Augen, als sie sich für den Sozialismus, trotz abtossender Propaganda und Realität, zu erwärmen suchten.

Den Westbürgern umgekehrt droht aus den Augen zu schwinden, dass da doch ein Ziel war, für das einzusetzen es sich lohnte. Allzusehr hatten sie ihr Selbstverständnis und ihre Rechtfertigung aus dem Gegensatz zum Osten bezogen und es als selbstverständlich angesehen, dass die Freiheit eine westliche Sache ist und der Sozialismus eine östliche und dass man das eine gegen das andere verteidigen muss. Nachdem nun der eine Pol verschwunden ist, gerät der andere in Identitätsschwierigkeiten. Viele Westdeutsche haben daher auf den Fall der Mauer zwar mit Freudebekundungen, aber mit einem missmutigen Gesicht reagiert. Und gerade auch die Westberliner waren hin- und hergerissen, sind es wohl noch immer. Fast könnte es scheinen, als nähmen sie es den östlichen Mauerstürmern übel, dass sie ihnen ihr Ostberlin, ihr «Drüben» weggenommen haben.

ARMIN MITTER

## DAS NILPFERD UND DIE MAUER

Am 2. August 1961 tagte die Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) im Volkseigenen Betrieb (VEB) «Kohle» in Ostberlin. Wieder einmal hatten die Einheitsgewerkschafter vor Ort einen Aufruf des «Zentralen Demokratischen Blocks», der aus Vertretern sämtlicher Parteien und Massenorganisationen in der DDR bestand, zu beraten. In der Regel wurde bei einem solchen Anlass in den Betrieben darüber nachgedacht, wie die richtungweisenden Beschlüsse konkret umzusetzen seien. Von völlig untergeordneter Bedeutung blieb es oftmals, um was es sich dabei eigentlich handelte. Die «Initiative aus Anlass» war entscheidend. So diskutierten vorbildliche Gewerkschaftsgruppen über eine Verpflichtungserklärung, die sie zu Ehren des jeweiligen Aufrufes «im Namen der Werktätigen des Betriebes» verabschieden könnten. Ein Wink der SED-Führung genügte oft, um entsprechende Aktivitäten auszulösen. Und schon wenige Stunden später stand im Zentralorgan der führenden Partei, im *Neuen Deutschland*, mit welchem Enthusiasmus die «Werktätigen in Stadt und Land» den Aufruf «schöpferisch» umsetzten. Doch im VEB Kohle Ostberlin hatten einige Gewerkschafter Anfang August 1961 völlig anderes im Sinn, als der Politik von Partei- und Staatsführung im ersten deutschen «Arbeiter- und Bauernstaat» pflichtgemäss zu huldigen. Drei «parteilose» Ingenieure, wie die SED-Kontrollure penibel vermerkten, machten sich reichlich lustig über die Parteiführung und deren Realitätsferne. Einer von ihnen gab schliesslich sogar einen Witz zum Besten: «Das Staatswappen der DDR wird geändert: Hammer und Zirkel mit dem Ährenkranz verschwinden. Dafür erhält das neue Staatswappen ein Nilpferd, dem das Wasser bis zum Halse steht und das dann noch die Fresse gross aufreisst.»

Bis zu besagter BGL-Sitzung müssen sich die «gegnerischen Kräfte», wie die drei Ingenieure später in SED-Berichten genannt wurden, überaus geschickt getarnt haben, denn der Zustimmung der herrschenden Partei bedurfte es schon, um derartige Funktionen in der «Klassenorganisation der Werktätigen» auszuüben. Und die Vorhut der Arbeiterklasse im VEB Kohle Berlin machte sich auch schwere Vorwürfe: «Die Genossen kamen übereinstimmend zu der Auf-

fassung, dass es durch die Verletzung der politischen Wachsamkeit dem Gegner erleichtert wurde, seine Kraftprobe zu machen, um festzustellen, inwieweit er in der Lage ist, seine Provokationen anzubringen.» Die Parteigruppe der BGL, bestehend aus fünf Genossen, habe die Tagesordnung ungenügend vorbereitet, von dreizehn anwesenden BGL-Mitgliedern seien nur zwei Genossen gewesen.

Es bedurfte durchaus nicht «gegnerischer Kräfte», um zu erkennen, dass der Partei- und Staatsführung seit geraumer Zeit das Wasser bis zum Halse stand.

Der Planung entsprach dies allerdings nicht: Voller Stolz hatte die SED-Führung auf dem V. Parteitag 1958 verkündet, dass die Etappe der «Vollendung des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus» im ersten deutschen «Arbeiter-Bauern-Staat» begonnen habe: «Die ökonomische Hauptaufgabe besteht darin, die Volkswirtschaft innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, dass eine Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der kapitalistischen umfassend bewiesen wird», hiess es im Parteitagsprotokoll. Aufrufe und Initiative sollten gerade dazu dienen, dieses Ziel zu erreichen.

Freilich besaßen die Genossen in Ostberlin mächtige Freunde an der Moskwa. Josef Wissarionowitsch Stalin hatte geruht, den deutschen Genossen seit 1945 die Macht in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) allmählich in die Hände zu legen, bevor sie die Deutsche Demokratische Republik proklamieren durften. Natürlich blieb auch danach alles unter sowjetischer Kontrolle. Wie lebensnotwendig sowjetische Soldaten zur Aufrechterhaltung der kommunistischen Herrschaft im Osten Deutschlands waren, hatten die Ereignisse im Juni/Juli 1953 gezeigt, als die Bevölkerung auf den Strassen und Plätzen in der DDR scheinbar unvermittelt die Abschaffung der SED-Herrschaft nachdrücklich gefordert hatte. Ohne sowjetische Panzer und Soldaten wäre die «Machtfrage» ziemlich schnell geklärt worden. In Berlin war es besonders hoch hergegangen. Ausgerechnet die Bauarbeiter der Stalinallee, die Erbauer der sozialistischen Prachtstrasse in der «Hauptstadt», waren massgeblich an der Zündung des Funkens im Pulverfass DDR beteiligt gewesen. In mehr als vierhundert Orten hatten um den 17. Juni Protestaktionen gegen das SED-Regime, aber auch gegen die sowjetische Besatzungsmacht stattgefunden. Die Arbeiter streikten oder reiheten sich gleich in die Demonstrationen ein; ja sogar Gefängnisse und die örtlichen Machtzentralen der SED wurden gestürmt. Bauern zogen vor die Gemeindeämter und ebenfalls in die nahegelegenen Städte. Das ganze Land war in Aufruhr. Schliesslich konnte nur noch das Eingreifen der sowjetischen «Freunde» der «Konterrevolution» ein Ende machen.

«Neuer Kurs» hiess danach die Parole der SED-Führung. Neu war vor allem, dass aller Orten die Zahl der scheinbar unauffälligen Gesellen mit und ohne Schlapphut spürbar zunahm. In der Normannenstrasse in Berlin-Lichtenberg wuchs und wuchs das Kernstück des Überwachungsapparates, durch den das Volk im Schach gehalten werden sollte, das berüchtigte Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Die Tschekisten um Erich Mielke, den Minister für Staatssicherheit, hatten dafür zu sorgen, dass es künftig ruhig blieb im Land.

Als die sowjetischen Genossen 1955 die DDR zum souveränen Staat erklärten, schien die Herrschaft der Kommunisten in Ostberlin so sicher, dass sie mit den inneren Feinden auch im Krisenfälle selbst fertig werden konnten. Allerdings gab es 1956 einige Irritationen im Führungszirkel der SED um Walter Ulbricht, als durch die Kritik an den Herrschaftsgebaren des bis dahin von den Kommunisten zur Gottheit erhobenen Stalin drei Jahre nach seinem Tod auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) die heile Welt ins Wanken geriet und in Ungarn gar das Volk sich der kommunistischen Herrschaft entledigen wollte. Erneut waren, wie 1953 in der DDR, sowjetische Panzer gerollt. Der im gleichen Jahr aufflammende Widerstand im benachbarten Polen gegen die kommunistische Herrschaft beunruhigte ebenfalls die deutschen Genossen. An den Universitäten zwischen Oder und Elbe gab es plötzlich heftige Diskussionen darüber, ob die Geschicke der Partei in den richtigen Händen lägen. Immerhin hielt es Ulbricht zur Konsolidierung seiner Macht für notwendig, einige Aburteilungen vornehmen zu lassen. Eine Reihe von Intellektuellen wurde konterrevolutionärer Bestrebungen bezichtigt und verschwand für Jahre in Gefängnissen.

Ein Jahr später schienen die Schwierigkeiten im sozialistischen Weltssystem überwunden und der erste Sputnik kreiste 1957 um die Erde. Im Westen begann der Sputnikschock zu grassieren. Plötzlich sah es so aus, als ob sich das Kräfteverhältnis in der Welt deutlich zu Gunsten des Ostens verändern könnte. Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, der Generalsekretär der KPdSU, wurde nun aggressiver in seinen verbalen Angriffen gegen den Weltimperialismus.

Die Herren im Moskauer Kreml beunruhigte schon lange, dass sich inmitten der DDR eine «Insel des Kapitalismus» stabilisierte. Berlin stand nach den Beschlüssen des Potsdamer Abkommens formal unter der Verwaltung der vier Siegermächte. Unproblematisch war dies für den Verkehr zwischen den drei Westsektoren. Zwar gab es Schlagbäume, die besagten, wo pro forma das Gebiet der jeweiligen Besatzungsmacht endete, aber die eigentliche Grenze verlief immer deutlicher zwischen Ost und West. Hier war der Kalte Krieg für jeder-



*Grenze nach Ost-Berlin  
Britischer Soldat an der Sektorengrenze. Brandenburger Tor.*



*«Sicherung der Staatsgrenze am 13.8.1961. Angehörige einer Panzereinheit der NVA, die zur Sicherung der Staatsgrenze in Berlin eingesetzt sind, im Gespräch mit dem militärpolitischen Kommentator des ‚Neuen Deutschland‘, Oberst H. Herbell.»*

mann greifbar. Bereits 1948 versuchten die Sowjets Westberlin in die damalige SBZ einzugemeinden, ohne Erfolg freilich. Immerhin hatte die Blockierung aller Nachrichten-, Verkehrs- und Handelsverbindungen nach Westberlin nahezu ein Jahr gedauert. Der westliche Teil der Stadt musste in dieser Zeit aus der Luft versorgt werden. Zwar sah sich die Führung in Moskau schliesslich gezwungen, die Blockade zu beenden und mit den Westmächten zu verhandeln, aber die Spaltung Berlins war von Kommunisten inzwischen intensiv vorangetrieben worden. Plötzlich gab es zwei Währungen in einer Stadt, und auch an eine gemeinsame Verwaltung, wie sie das Potsdamer Abkommen vorschrieb, war nun nicht mehr zu denken.

Nirgends konnte man die Systemunterschiede zwischen Sozialismus und Kapitalismus so hautnah erleben wie in Berlin. Man brauchte nur über die Strasse zu gehen, um die Segnungen des Sozialismus hinter sich zu lassen und jene des Kapitalismus in Augenschein zu nehmen. Nicht umsonst wurde der Westteil der Stadt als «Schaufenster des Westens» bezeichnet. Wie ein Pfahl im Fleische, der sich von Jahr zu Jahr tiefer bohrte, mussten die Führer in Moskau und Ostberlin das Aufblühen der sogenannten «Frontstadt» in den fünfziger Jahren empfinden. Ihre Parolen von der besseren sozialistischen Gesellschaftsordnung versanken zunehmend im Lichteermeer der Westberliner Magistralen. Die Möglichkeit, sich frei zu informieren, «Rock around the dock» im «Sportpalast» mit Bill Haley, vor Waren geradezu überquellende Geschäfte bedeuteten schlüssigere Argumente als die Vertröstungen der SED-Agitatoren auf eine lichtere Zukunft irgendwann einmal; dann nämlich, wenn der Sozialismus endgültig und gesetzmässig den Kapitalismus besiegen würde. Und deshalb wurde von den Kommunisten alles unternommen, den gegenseitigen Verkehr zwischen Ost- und Westberlin, wenn er sich schon nicht unterbinden liess, so doch zu kontrollieren und reglementieren. In den fünfziger Jahren war es jedoch noch ziemlich unproblematisch, mit dem Fahrrad auf der Strasse Unter den Linden durch das Brandenburger Tor zu fahren. Lediglich den Personalausweis mussten die Ostberliner vorweisen, wenn sie kontrolliert wurden.

Das gesteigerte Selbstbewusstsein der östlichen Supermacht offenbart sich im November 1958 in Chruschtschows Berlin-Ultimatum. Er erklärte kurzerhand den drei westlichen Grossmächten, das Viermächteabkommen über Berlin sei von der Geschichte überholt und die DDR mittlerweile ein souveräner Staat. Binnen sechs Monaten sollte über den Status von Westberlin neu verhandelt werden. Falls sich die drei Westmächte in dieser Zeit nicht dazu bereitfänden,

dann werde die Sowjetunion alle Rechte an Berlin auf die DDR übertragen. In den Genfer Verhandlungen im Mai 1959 hoffte die Sowjetunion, die diplomatische Isolation der DDR durch die Westmächte durchbrechen zu können. Trotz spektakulärer Erfolge im Weltraum ging es auf der Erde aber nur mühsam voran mit dem Sieg des Sozialismus. Seit dem 13. September 1959 befand sich zwar auf dem Mond eine sowjetische Flagge. Doch nur wenige Tage später erklärte Chruschtschow während seines USA-Besuchs, das Berlin-Ultimatum nicht mehr aufrechtzuerhalten. Über die Zukunft der Stadt sollte ohne zeitliche Begrenzung verhandelt werden.

Immerhin hatte der sowjetische Parteichef erreicht, dass über die Berlinfrage in den massgeblichen politischen Kreisen und Medien auf der ganzen Welt wieder ausführlich diskutiert wurde. Das mag die SED-Führung in Ostberlin bestärkt haben, unbeirrt an den Beschlüssen des V. Parteitages festzuhalten. Wenn man dem *Neuen Deutschland* glaubte, dann befand sich die ganze DDR in einer Aufbruchstimmung nie gekannten Ausmasses.

«DDR wird Überlegenheit auf allen Gebieten beweisen», stand über einem Interview im Zentralorgan der Partei Ende August 1959. Ganz auf der Linie der euphorischen Voraussagen auf dem ein Jahr zurückliegenden Parteitag prophezeite Ulbricht auch weiterhin eine sonnige Zukunft für das Land der «Arbeiter und Bauern» auf deutschem Boden. Düster sah es nach seiner Meinung für die Monopolkapitalisten in Westdeutschland aus, auch wenn das die «Bonner Ultras» nicht wahrhaben wollten. Ludwig Erhard, der bundesdeutsche Wirtschaftsminister, hatte sich ausgesprochen skeptisch über die ehrgeizigen Pläne der SED-Führung geäußert. Auf die Frage, «Genosse Ulbricht, ist es richtig, Erhards Äusserungen so einzuschätzen, dass er trotz aller Verdrehungen nicht umhinkann, unser Vorhaben als real zu betrachten?», antwortete die Lichtgestalt des deutschen Kommunismus in besagtem Interview: «Das ist richtig. Sehen Sie, Herr Erhard ist in einer schwierigen Lage. Obwohl er die Wahrheit begreifen lernt, kann er sie als Vertreter des Monopolkapitals dem Volke nicht sagen, weil sie gegen ihn spricht. Herr Erhard hat ziemlich genau begriffen, dass unser Ziel real ist; er will verhindern, dass diese Wahrheit den Werktätigen in Westdeutschland bekannt wird ... Obwohl grundsätzlich die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR über das kapitalistische System in Westdeutschland schon jetzt bewiesen ist, wird diese Überlegenheit in den nächsten Jahren auf allen Gebieten bewiesen und der Sozialismus durch die Vollendung des Siebenjahrplans zum Siege geführt.» Überholen ohne Einzuholen, lautet nun die Parole.

Die vielleicht wichtigste Ursache für die hektischen Aktivitäten der Herren

im Kreml und die Prophezeiungen des SED-Chefs war die Tatsache, dass es für viele Ostberliner und Ostdeutsche nicht bei einem kurzen Bummel über den Kurfürstendamm, einem Kinobesuch, dem Einkauf von Südfrüchten und diverser anderer in den Geschäften von HO und Konsum nicht erhältlichere Waren blieb. Viele nutzten das Schlupfloch Berlin, um dem ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden für immer Lebewohl zu sagen. In der SED-Propaganda freilich war von gezielter Abwerbung und Menschenhandel die Rede, wenn überhaupt auf das Thema eingegangen wurde. Selbstverständlich boten sich im Wirtschaftswunderland Bundesrepublik attraktivere Beschäftigungsmöglichkeiten als in der DDR. Mag vielleicht der eine oder andere Unternehmer aus dem Ruhrgebiet beispielsweise seine Fühler nach befähigten Arbeitskräften aus dem Osten tatsächlich ausgestreckt haben, so lagen die eigentlichen Probleme in der DDR selbst, die alljährlich Hunderttausende das Land bei Nacht und Nebel verlassen liessen. Die Fluchtwelle stieg immer dann besonders an, wenn das «Entwicklungstempo» in der DDR verschärft wurde. Die Symptome waren immer die gleichen. In den Zeitungen und im Rundfunk wurde von den grandiosen Zustimmungen der Bevölkerung zu den Beschlüssen von Partei und Regierung besonders laut berichtet. Die Erklärungen der «Partei der Arbeiterklasse» strotzten vor Selbstbewusstsein. So berichtete das *Neue Deutschland* über die Beratung des «Gesetzes über den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft» Ende September 1959: «Der Zukunft zugewandt, begann am Mittwoch, kurz vor dem 10. Gründungstag der DDR, die Volkskammer die zweitägige Beratung des Gesetzes über den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik ... Wissenschaftlich-technischer Höchststand, neue grosse Betriebe, fruchtbare Felder, von modernen Maschinen bestellt, helle wohnliche Städte – glückliche Menschen: das ist der Ausblick, der sich unserer Republik auftut.» Eine Sitzung der Volkskammer, nach der Verfassung höchstes Organ, tatsächlich jedoch Akklamationsmaschine für die Vorgaben der SED-Führung, nutzte der Erste Sekretär der Partei als Tribüne zur Selbstinszenierung: «Als Walter Ulbricht am Schluss seiner Rede ausrief: ‚Das Reich des Menschen ist gekommen!‘, erhoben sich die Abgeordneten aller Fraktionen in einer Welle von Begeisterung von ihren Plätzen», tönnten die Hofberichterstatter. Die «Abgeordneten aller Fraktionen», auch wenn sie z.B. der Christliche Demokratischen Union (CDU), Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDPD) oder einer Massenorganisation wie der Einheitsgewerkschaft angehörten, waren von der SED bestätigte Kader, deren Aufgabe darin

bestand, der Diktatur der «Partei der Arbeiter und Bauern» einen demokratischen Anstrich zu verpassen. Dieser Fassade bedurfte die Partei, die immer Recht hatte, wie es in einem ihrer Lieder hiess, auch noch oder gerade zehn Jahre nach ihrer offiziellen Machtergreifung mit der Gründung der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1949.

Vom «Reich des Menschen», das der Generalsekretär der Partei beschwor, war in der DDR Ende der fünfziger Jahre noch wenig zu spüren. Und das wussten selbstverständlich auch die Spitzenfunktionäre der SED. In der von Ulbricht geäusserten Verheissung offenbarte sich aber nicht nur der Grössenwahn eines Diktators, sondern vor allem sollte damit dem «Arbeiter an der Werkbank, dem Bauern auf dem Feld und dem Ingenieur am Reissbrett» das Bewusstsein vermittelt werden, dass seine Arbeit einer lichten Zukunft diene, für die es lohne, zeitweilig Einschränkungen hinzunehmen und für die man auch auf die Sumpflüthen des Kapitalismus verzichten könne. Denn dem Gesetz der Weltgeschichte könne sowieso keiner entrinnen, und das besage, der Kapitalismus werde unweigerlich vom Sozialismus abgelöst. «Das Rad der Geschichte lässt sich nicht zurückdrehen.» Mit diesem Satz endeten oft die einschlägigen Reden der SED-Funktionäre.

Unweigerlich unter die Räder mussten in der «Etappe der Vollendung der Grundlagen des Sozialismus» jene sozialen Schichten geraten, deren Existenz an die sogenannten kapitalistischen Produktionsverhältnisse gebunden war. In der «Etappe des Übergangs» wurde ihre Existenz mehr oder weniger noch akzeptiert, aber mit vorwärtsschreitender gesellschaftlicher Entwicklung erwartete die Partei «Einsicht in die Notwendigkeit». Am härtesten sollte es die Bauern treffen. «Das wichtigste Thema heisst jetzt Vergenossenschaftlichung», erklärte Walter Ulbricht Ende Januar 1960 vor SED-Funktionären. Damit begann der «Sozialistische Frühling auf dem Lande». Hinter dieser Formulierung verbarg sich eine von der herrschenden Partei organisierte Terrorwelle in den ländlichen Gebieten mit dem Ziel, die Bauern mit faktisch allen Mitteln zu zwingen, in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) einzutreten. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR nur zögerlich vorangekommen. Nun organisierte die Partei generalstabsmässig den «freiwilligen» Eintritt in die LPG. In so gut wie jedem Dorf wurden Einsatzbrigaden tätig, die Tag und Nacht «Überzeugungsarbeit» zu leisten hatten. Der Bericht einer solchen Brigade spricht für sich: «In der Brigade Klein-Kmelen sprachen an 14. März 1960 fünf Genossen der Brigade der Nationalen Front bei dem Bauern L. zwecks Werbung für die LPG vor. L. war beim Ein-

treffen der Brigade mit Holzhacken beschäftigt und liess sich auf kein Gespräch ein. In der Zwischenzeit vergrösserte sich die Brigade auf elf Mann. Da L. jegliches Gespräch ablehnte, nahm ihm ein Genosse die Axt aus der Hand. Daraufhin erklärte der L., dass er für den Familienfrieden und für ein vollgenossenschaftliches Dorf sei, jedoch nicht unterschreiben werde. Die hinzugekommenen Brigademitglieder verliessen bis auf fünf Genossen wieder das Gehöft. L. brachte im weiteren Gespräch zum Ausdruck, dass er mit dem Eintritt in die LPG sein Eigentum verlieren würde, brach in Weinkrampf aus und ging kurze Zeit später in die Scheune. Nach einer Wartezeit gingen die Genossen ihm nach und sahen ihn in der Scheune hängen. Die Genossen Kühnel und Gutzeit schnitten sofort den Strick durch ... Am 15.3.1960 suchten die Genossen der Brigade den L. erneut auf. Bei diesem Besuch erklärte er sich durch Unterschrift bereit, zur Entwicklung des vollgenossenschaftlichen Dorfes beizutragen.»

Bereits am 4. März 1960 war in den DDR-Zeitungen zu lesen: «Bezirk Rostock als erster Bezirk vollgenossenschaftlich.» Der Sozialismus war also auch auf dem Dorf im Vormarsch. Allerdings warteten viele Bauern seinen vollständigen Sieg nicht ab, sondern machten sich mit ihren Familien auf den Weg nach Berlin oder wählten den gefährvolleren Weg über die grüne Grenze in Richtung Bundesrepublik. Alle drei Tage wurde Ulbricht seit Anfang März über die «Republikflucht von Personen aus der Landwirtschaft» informiert. Aber nicht nur die Zahl der flüchtenden Bauern vergrösserte sich; ebenso alarmierende Nachrichten kamen aus den neugebildeten LPG. Die genossenschaftliche Arbeit kam nur schwer voran. Bereits Ende 1960 versuchte eine wachsende Zahl von Bauern wieder aus der LPG auszutreten. Bei einer geradezu chaotischen Lage auf dem Land musste es zwangsläufig zu Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Produkten kommen.

Aber auch in der Industrie verlief durchaus nicht alles so, wie sich das die Partei- und Staatsführung im Rahmen des Siebenjahrplanes gedacht hatte. Bereits im Mai 1960 hatte das MfS einen umfangreichen «Bericht über einige Mängel und Missstände in der Durchsetzung der politischen, ökonomischen und kulturellen Aufgaben» für die Parteiführung erstellt. Darin war von ernststen Problemen in so wichtigen Bereichen wie der Braunkohleindustrie im Bezirk Leipzig die Rede. Eine Fülle von Einzelbeispielen zeigte die katastrophalen Folgen von Fehlplanungen auf nahezu allen Gebieten der Wirtschaft. So wurden die Kutter des Fischkombinates Sassnitz falsch eingesetzt, «so dass sie wochenlang auf See waren, aber nur wenige Tage zum Fischfang kamen». Durch Qualitätsmängel entstanden in der Peene-Werft Wolgast extreme Nacharbeitszeiten:

«Die bei fünf Schiffen durch die Nacharbeit verlorengangene Zeit würde ausreichen, um ein weiteres Schiff zu bauen.» Im Bekleidungswerk Schwerin wurde ein Auftrag zweimal erteilt, so dass ein Schaden von 200'000 Mark entstand. Ganz im Sinne der Stalinschen Weisheit «Kader entscheiden alles» sahen die Tschekisten die Ursachen für diese Missstände vor allem in der Unfähigkeit der Leiter. Offensichtlich verstieß dieser Personenkreis auch in nicht zu rechtfertigender Weise gegen die «Zehn Gebote der Sozialistischen Moral», die kein geringer als Ulbricht selbst propagiert hatte. «Ein nicht zu unterschätzendes Hemmnis bei der Durchführung der verschiedenen Aufgaben des Staats- und Wirtschaftsapparates und der Parteiorganisationen stellt das unkritische Verhalten gegenüber moralischen Verfehlungen aller Art dar. Solche Erscheinungen, vor allem Trinkereien, aussereheliche Beziehungen, Überheblichkeit und Arroganz und ähnliche Formen gibt es bei einer beträchtlichen Zahl von kleinen, mittleren, aber auch leitenden Funktionären, die sich in starkem Masse auf die Arbeit dieser Personen auswirken, das gegenseitige Vertrauensverhältnis zerstören und ausserdem in schädlichster Weise das Ansehen des Staatsapparates und der Partei in den Augen der Bevölkerung untergraben.» Aber weniger die Eskapaden der kleinen Funktionäre diskreditierten Partei und Regierung, sondern vielmehr die Tatsache, dass offenkundig Theorie und Praxis beim forcierten Aufbau des Sozialismus in der DDR immer stärker auseinanderklafften. Deutlich unzufrieden reagierten die Arbeiter in den Betrieben. Nach streng geheimen Angaben der Einheitsgewerkschaft kam es 1960 in der DDR zu 166 Arbeitsniederlegungen. Die tatsächliche Zahl lag sicherlich noch höher, denn Gewerkschaftsfunktionäre hielten sich mit Meldungen darüber zurück, um nicht für die Protestaktionen der Arbeiter verantwortlich gemacht zu werden. Ein weiteres Indiz für die zunehmende Unzufriedenheit unter der Bevölkerung war die hohe Zahl an politischen Verfahren. So stiegen im Vergleich zu 1959 die Verfahren wegen Hetze und Staatsverleumdung 1960 um mehr als das Doppelte. Bei 60 bis 70% der Verurteilten handelte es sich um Arbeiter.

Selbstverständlich wirkten sich die zunehmenden Schwierigkeiten auf faktisch allen Gebieten der Wirtschaft auch auf das Bewusstsein der Menschen aus: «Die guten politischen und ökonomischen Ergebnisse mit Beginn des Planjahres 1961 können nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch unter Teilen der Arbeiterklasse Unklarheiten und Zweifel zu Fragen des sozialistischen Aufbaues, zum Kräfteverhältnis in der Welt usw. vorhanden sind.» In derart wohlabgewogenen Formulierungen der SED-Bezirksleitung Dresden blieb das eigentliche Ausmass der Unzufriedenheit unter der Bevölkerung nur angedeutet. Doch

schon im Januar 1961 kam es in einer Reihe von Betrieben zu Streiks, in den folgenden Wochen und Monaten stieg dann deren Zahl noch wesentlich an. Auch die Nachrichten aus den Dörfern waren ausgesprochen besorgniserregend. Es blieb nicht mehr bei einzelnen Austritten von Bauern, sondern eine Reihe von LPG begannen sich aufzulösen. Von Monat zu Monat wurde die innere Lage der DDR angespannter, zumal auch die Zahl der Flüchtlinge ständig anwuchs. Immerhin liess sogar der Minister für Staatssicherheit in einer Leitungssitzung Ende April durchblicken, dass es zu inneren Unruhen kommen könnte: «In diesem Zusammenhang muss die aktive Hetze gegen die DDR gesehen werden, indem die Lage der Republik so geschildert wird, als wäre die DDR am Zerbrecen ... Unter solchen Umständen können örtliche Unzufriedenheiten unter der Bevölkerung, die sich aus Wachstumsschwierigkeiten in der DDR ergeben, dem Gegner bei der Organisation von Provokationen zu Hilfe kommen.» Die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung wuchs faktisch mit jedem Tag. Anlass gab es genug. Nicht einmal die Versorgung mit Lebensmitteln konnte in ausreichendem Masse gewährleistet werden, von anderen Waren ganz zu schweigen. Sogar SED-Mitglieder kritisierten immer heftiger die Parteiführung. «,Walterchen' hat auf den Pudding gehaun, dass wir 1961 Westdeutschland überholen werden. Das Gegenteil ist der Fall. Weiter sagte er, dass bei uns das Schlaraffenland werden sollte. Eine grosse Sch... haben wir. Die da oben sollen uns doch nicht verkaufen», äusserte ein Bauingenieur aus Berlin-Treptow. Aus allen Teilen der DDR gelangten Nachrichten darüber in die Parteizentrale, dass in der Bevölkerung sich die Vorstellung ausbreite, ein neuer 17. Juni 1953 stehe unmittelbar bevor. Gerade im Alltag wurde deutlich, wie wenig Rückhalt die Partei unter der Bevölkerung besass: «Im HO-Gemüsegeschäft am Strausberger Platz trat gestern, am 25.5.1961, eine Kundin offen auf mit den Worten: ‚Na ja, ihr mit eurer Gemüse-Situation. Bei euch fehlt ja alles. Aber es kommt sowieso bald anders, wenn der nächste 17. Juni kommt.‘ Die anderen Kunden reagierten überhaupt nicht. Eine Mitarbeiterin der BL (Bezirksleitung der SED – AM) stellte diese Provokateurin zur Rede und wollte die Personalien feststellen lassen. Durch Flucht entkam die Provokateurin. Die Genossin erhielt von anderen anwesenden Kundinnen keine Unterstützung», hiess es in einem Bericht an das ZK der SED. Die schweigende Mehrheit im HO-Gemüsegeschäft am Strausberger Platz hoffte vielleicht ebenfalls auf einen 17. Juni.

Bei der Lektüre des Berichtes mögen die Mitarbeiter in der Parteizentrale sich die Frage gestellt haben: Wie lange wird die Bevölkerung es dabei belassen, nur passiv zu bleiben, wie in der Gemüseverkaufsstelle am Strausberger Platz? Von Tag zu Tag wurde den Genossen bewusster, dass etwas geschehen



*Abriegelung des Ostsektors, 13. August 1961, Betonmauer an der Sektorengrenze Chaussee-Ecke Bogenstrasse.*



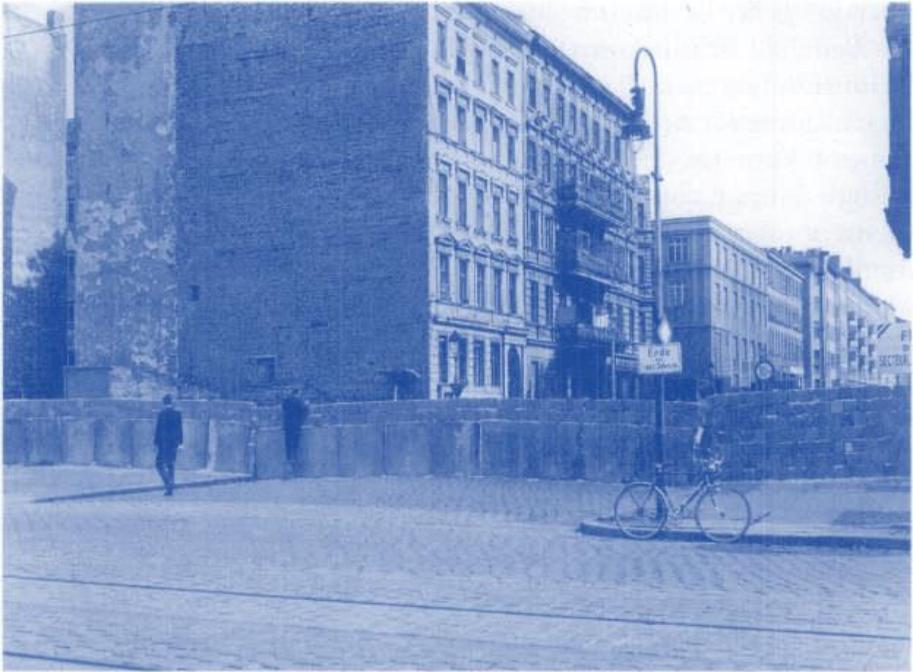
*«Sicherung der Staatsgrenze am 21.8.1961. Berlin: Zum Schutz unserer Grenzen stehen Genossen der Kampfgruppen auf der westlichen Seite des Brandenburger Tores.»*

musste, um die Lage nicht eskalieren zu lassen. Denn auch die Zahl der Flüchtlinge erreichte seit Mitte 1961 nie gekannte Ausmasse.

Im Juni 1953 hatte die SED-Führung in einer ähnlichen Situation mit Zugeständnissen an die Bevölkerung schlechte Erfahrungen gemacht. Diesmal reagierten die Herrschenden in Ostberlin ganz anders. Seit dem Morgen des 13. August gingen schockierende Bilder um die Welt. Vor dem Brandenburger Tor standen Sperrketten der sogenannten Kampfgruppen der Werktätigen. Hinter ihnen waren Panzerspähwagen mit aufmontierten Maschinengewehren postiert. Seit den frühen Morgenstunden begann die DDR-Führung das Land systematisch abzuriegeln. Stacheldrahtverhaue und Panzersperren sollten die Flucht Richtung Westen verhindern. Einige Tage später wurde damit begonnen, eine Mauer quer durch Berlin zu errichten. Menschenschicksale entschieden sich in diesen Tagen oftmals in Sekunden. In den Wochenschauen sah man erschütternde Szenen: Eine Frau flieht mit zusammengeschnürten Wäschebündeln und Pappkartons, durch einen Sprung aus dem ersten Stock eines Ostberliner Hauses – Westberliner Feuerwehrleute haben ein Tuch ausgebreitet, auf dem sie schliesslich wohlbehalten landet; ein Soldat der Nationalen Volksarmee wagt den Sprung mit Stahlhelm und Maschinenpistole über ein Drahtverhau. – Es dauert nicht lange, und es gibt die ersten Toten an der Mauer. Viele sollten folgen. Parallel zum Mauerbau in Berlin wurde auch die grüne Grenze zur Bundesrepublik «gesichert».

Selbstverständlich entschied die SED-Führung über die Abriegelung des Landes nicht selbständig. Es lag jedoch auf der Hand, dass die Interessen der Kreml-Führung in Moskau und der SED-Führungsspitze sich deckten. Denn ein Zusammenbruch der DDR hätte auch die Erosion des Ostblocks bedeutet. Zwar hatte sich Chruschtschow nicht in der Westberlin-Frage durchsetzen können, aber die Alliierten billigten letztlich die Massnahmen zur Stabilisierung des Ostblocks.

Zwar berichtete das *Neue Deutschland* unmittelbar nach dem 13. August nahezu täglich über eine breite Zustimmung der Bevölkerung zu den «Schutzmassnahmen gegen die Machenschaften des westdeutschen Imperialismus». Denn Schuld für die Sperrung der Grenze trugen selbstverständlich die «gegnerischen Kräfte», insbesondere die Monopolkapitalisten in Westdeutschland. Ihnen wurde vorgeworfen, systematisch die offene Grenze zur «Ausplünderung» der DDR benutzt zu haben. Mit dem Mauerbau offenbarte sich schlaglichtartig, welcher Widerstand sich in der DDR-Bevölkerung gegen das kommunistische Regime angestaut hatte. Die Partei- und Staatsführung traf umfangreiche Massnahmen, damit es nicht zu offenen Protesten kam. Nahezu stündlich musste



*Grenze nach Ost-Berlin, Bezirk Mitte. Mauer in der Bernauer Strasse*

über die Reaktionen der Bevölkerung nicht nur in Berlin, sondern aus der gesamten Republik berichtet werden. Bereits die ersten Nachrichten belegten, welche Erbitterung im Land über die Massnahmen der Regierung herrschte. «Die letzten Berichte der Bezirksleitung Berlin besagen, dass die negativen und zum Teil sehr aggressiven Äusserungen zunehmen. ‚Wir sind doch diejenigen, die spalten.‘ ‚Das ist doch keine Freiheit oder Demokratie, wenn man nicht einmal die Verwandten besuchen kann.‘ ‚Es wird immer schöner, jetzt machen wir schon Grenzen innerhalb der Stadt.‘ ‚Die Massnahmen sind die schmutzigste Sache, die es gibt. Wir sind alles Deutsche, und Deutschsein heisst treu sein.‘ ‚Wir haben ja bald ‚freie Wahlen‘, da werden wir uns revanchieren. Da müssen sie uns mit dem Knüppel hintreiben.›‘ In den folgenden Tagen änderte sich die Stimmung keineswegs. «Am Nachmittag des 14.8.61 gab es grössere Zusammenballungen von Jugendlichen mit provokatorischem Auftreten vor der Humboldt-Universität, entlang Unter den Linden bis zur Friedrichstrasse. Bei Auseinandersetzungen bis zu Tätlichkeiten mit diesen Jugendlichen wurden ca. hundert Jugendliche zwangsgestellt», hiess es in einer «Information über die Schutzmassnahmen». Aber auch aus den Bezirken erreichten die Parteiführung durchaus nicht nur Zustimmungserklärungen. Cottbus: «Durch diese Massnahmen werden wir eine russische Kolonie.» Dresden: «Der Genossenschaftsbauer Giersch/Wurgwitz und der Genossenschaftsbauer Eulitz Kesseldorf/Freital erklärten: ‚Die DDR ist ein Konzentrationslager geworden.› Halle: «Im VEB Walzengiesserei Quedlinburg trat am Roten Treff ein Kollege Russe auf: ‚Die Massnahmen der Regierung sind der schwärzeste Tag in der Geschichte Deutschlands. Was würden Marx und Engels sagen, wenn sie sehen würden, dass die Arbeiterklasse der DDR gegen die Arbeiter Westberlins Panzer auf-fahren lässt.›» Auch aus den übrigen Bezirken gingen ähnliche Berichte in der Berliner Parteizentrale ein. Die Zustimmungserklärungen hielten sich dagegen deutlich in Grenzen und wirkten in vielen Fällen bestellt. Es gab eine Reihe von Beispielen dafür, dass kleine Gruppen oder einzelne Personen zum offenen Widerstand gegen das kommunistische Regime aufriefen. Zwei Tage nach dem Mauerbau wurde im Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg «mit farbiger Schrift an Schornsteinen in der Schönhauser Allee 128 und in der Gaudistrasse 26 Hetzparolen angebracht, die zum Streik aufrufen und fordern: ‚Weg mit Ulbricht‘». Und tatsächlich kam es in einer ganzen Reihe von Betrieben im ganzen Land zu Streiks. Vereinzelt brannten Bauern aus Protest ihre Scheunen nieder. Doch durch die Abriegelung des Landes gelang es, jeglichen Widerstand im Keim zu ersticken. Das rigorose Vorgehen spiegelte sich in extrem ansteigen-

den Häftlingszahlen und Gerichtsverfahren nach dem 13. August deutlich wider. Es sprach für sich, wenn selbst den Minister für Staatssicherheit die hohe Zahl an Strafgefangenen noch im Dezember 1961 beunruhigte. So erklärte Mielke in einer Dienstbesprechung: «Der Feind wirkt aktiver im Innern. Sie wirken und nutzen die Stimmungen und Unzufriedenheiten aus. Wir müssen dazu übergehen, durch neue Methoden in Zusammenarbeit mit der Partei und den gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen die feindliche Tätigkeit zu unterbinden. Es ist nicht möglich, die gegenwärtig hohe Zahl von Festnahmen länger beizubehalten.» Unterbinden liess sich die «feindliche Tätigkeit» jedoch nie, trotz Mauer und Stacheldraht. Doch der Macht- und Disziplinierungsapparat der SED gehörte unter dem Schutz der Mauer zu den effektivsten Einrichtungen im ersten «Arbeiter- und Bauernstaat» auf deutschem Boden. Immerhin gelang es dadurch, trotz der ablehnenden Haltung der Mehrheit der Bevölkerung, den Sozialismus und den Staat DDR noch fast dreissig Jahre aufrechtzuerhalten. Die Menschen waren gezwungen, damit fertig zu werden. Im Schatten der grossen Mauer entstanden unendlich viele kleine Mauern, die das Leben prägten. Die Tatsache, dass die Folgen davon noch Jahrzehnte später spürbar sein werden, macht das Ausmass des Verbrechens, ein ganzes Land einzumauern, erst deutlich. Wolf Biermanns Voraussage: «Die DDR auf Dauer, braucht weder Knast noch Mauer», erwies sich als falsch. Als die Mauer am 9. November 1989 fiel, ging auch die DDR unter. In Berlin war 1961 das Symbol der deutschen Teilung, aber auch der Einheit entstanden.

HORST DOMDEY

## DER ANFANG VOM ENDE

1976, WOLF BIERMANN'S AUSBÜRGERUNG

### Die Falle

«Es sind gar keine Verhandlungen gelaufen», so Wolf Biermann im November 1976 auf die Frage eines Stern-Journalisten, wie denn eigentlich die Erlaubnis zu der Konzertreise in den Westen zustande gekommen ist. «Ich habe am 10. Oktober einen sehr kurzen Brief an den Minister für Kultur, Hoffmann, geschrieben. Darin bat ich ihn, vom 10. bis 30. November nach Westdeutschland fahren zu dürfen, um dort bei Konzerten der IG Metall und der Bochumer Initiative von Sozialisten und Gewerkschaftern aufzutreten. 14 Tage später rief mich ein untergeordneter Mitarbeiter meines alten Feindes Höpcke an. Der ist inzwischen stellvertretender Minister für Kultur und hat sich seine ersten Sporen damit verdient, dass er 1965 beim 11. Plenum die grössten widerlichsten Schmutzkübel über mich ausgoss, der stinkende Beginn einer stinkenden Karriere.»

Weil aber das Kulturministerium in diesem Fall letztlich nicht zuständig war, wurde Biermann an das Ministerium des Innern verwiesen. «Ich bin dann dort hingegangen. Zu meiner Verblüffung teilte mir ein sehr hoher Offizier mit, dass ich natürlich fahren dürfe. Während des Guten-Tag-Sagens gab er mir gleich zwei Formulare in die Hand, hatte schon auf mich gewartet seit zwei Tagen, wie ich erfuhr, liess mich das sofort ausfüllen, fragte gleich, ob ich den Pass dabei hätte. Natürlich hatte ich den Pass nicht dabei. Denn ich war ja gar nicht darauf gefasst, dass ich überhaupt fahren durfte, und wenn, dass es so schnell gehen würde. Er sagte, haben Sie denn ein Passbild dabei? Als wäre ich in einer Geldfälscherei, in der man schnell noch ein paar Scheine drucken kann. Ich sagte wieso? Na, dann machen wir schnell einen Pass. Ich sagte nein, ich habe kein Passbild dabei, aber ich kann ja meinen Pass holen, und fuhr dann zu mir in die Chausseestrasse. Er wartete, obwohl es schon nach Dienstschluss war. Nach fünfzehn Minuten kam ich zurück, wurde durch das schon abgeschlossene Polizeipräsidium geführt. Der Offizier sah meinen Pass, der war inzwischen abgelaufen, und er sagte, na ja, das ist keine Schwierigkeit, den machen wir schnell wieder in Ordnung. Und dann sagte er: So, Herr Biermann, wann hätten Sie

denn gern das Visum? Ich war verwirrt und sagte, das ist so, dass ich am 10. November fahren kann. Da waren es aber noch zwei Wochen hin. Da sagte er, wie wär's mit übermorgen. Ich sagte, na gut, ja gerne, natürlich.»

### Die Partei auf der Lauer

Verdächtig vorgekommen sei ihm das nicht, so Biermann damals (November 76) auf die Nachfrage des Journalisten: «Ich kenne ja meinen Verein und weiss, wenn im Politbüro einmal das grüne Licht gegeben ist für eine rote Sache, dann springt natürlich jeder Bulle und ist die Höflichkeit in Person.»<sup>1</sup> Inzwischen kennt Biermann das Drehbuch seiner Ausbürgerung, das die Staatssicherheit bereits 1973 entworfen hatte: «Mit dem Ziel der Aberkennung der Staatsbürgerschaft, die gemäss § 13 Staatsbürgerschaftsgesetz voraussetzt, dass BIERMANN während seines Aufenthaltes im nichtsozialistischen Ausland in grober Weise die staatsbürgerlichen Pflichten verletzt [...], soll die Beantragung einer Reise durch BIERMANN in dringenden Familienangelegenheiten zu seiner Grossmutter nach Hamburg erreicht werden.» Die Kalkulation des Szenarios ging zunächst auf. Ein Jahr später, 1974, lag Biermanns Grossmutter, «Oma Meume», totkrank. «Ich stellte also den Antrag und durfte rüber ans Sterbebett. Es war eine absolut private Reise. Ich wusste nicht, in welcher Gefahr ich schwebte – und durfte nach ein paar Tagen unbehelligt wieder zurück.»<sup>2</sup> Das Strategiepapier der Staatssicherheit kalkulierte nur die Möglichkeiten, die Entscheidung lag bei der SED. Und das Politbüro hat offenbar entschieden, der gegebene Anlass sei für eine Ausbürgerung doch nicht so günstig.

Die nächste Gelegenheit bot sich 1975, als Biermann eingeladen war, in Frankfurt am Main an einer Veranstaltung gegen den Franco-Faschismus teilzunehmen. Die Reise wurde wieder erlaubt, dann aber einen Tag vor der Abreise untersagt. In den Akten steht warum: «Die Genossen hatten Angst, dass ich aus lauter Gemeinheit wirklich nur antifaschistische Lieder singen würde.»<sup>3</sup> Wieder keine gute Gelegenheit für eine Ausbürgerung. Ausserdem, so die Aktenauskunft, wollte die DDR nicht, dass vom Boden der Bundesrepublik antifaschistische Aktivitäten ausgingen. «Ausgerechnet die DDR hatte ja vor allen anderen Ostblockländern das geächtete Regime des alten Putschgenerals mit sozialistischen Pauken und Trompeten diplomatisch anerkannt.»

Für den Fall, dass Biermann nicht in den Westen reist, hatte das Strategiepapier unter Punkt zwei vorgeschlagen, ihn wegen staatsfeindlicher Hetze

(§ 106 StGB) sowie wegen gleichartiger Angriffe gegen die Sowjetunion (§ 108) festzunehmen, ihm eine entsprechende Strafe in Höhe von zehn bis fünfzehn Jahren anzudrohen («das Vorgehen BIERMANNs erfüllt die objektiven und subjektiven Tatumstände des schweren Falls staatsfeindlicher Hetze...»), ihm aber zugleich «alternativ die Möglichkeit der schriftlichen Beantragung einer Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR und die damit verbundene Übersiedlung nach Westdeutschland» naheulegen. Realistischerweise wurde angenommen («mit hoher Wahrscheinlichkeit»), dass Biermann die Alternative ablehnt. Für diesen Fall sollte auch «gegen seinen Willen eine sofortige Ausweisung nach Westdeutschland vorgenommen werden».<sup>4</sup> Bei Durchführung dieser Massnahme rechnete die DDR mit einer zeitweiligen «Forcierung der Hetztätigkeit gegen die DDR» und gab, um vorbereitet zu sein, ein Sachverständigengutachten in Auftrag, das «den hetzerischen Charakter» der Schriften Biermanns nachweisen sollte. Zur Gutachterkommission waren bestellt: «Max Walter SCHULZ, Direktor des Instituts für Literatur ‚Johannes R. Becher‘ Leipzig

Dr. phil. Werner NEUBERT, Chefredakteur der Zeitschrift *Neue Deutsche Literatur*

Ruth GLATZER, Cheflektor des Aufbau-Verlages Berlin und Weimar Dr. Armin ZEISSLER, Stellvertretender Chefredakteur der Zeitschrift *Sinn und Form.*»<sup>5</sup>

## Das Konzert

Seit 1973 lag also der Massnahmenkatalog der Staatssicherheit abrufbereit in der Schublade. Seitdem wartete die SED auf die geeignete Biermannreise in den Westen. Offensichtlich hielt sie die Variante 2 (Verhaftung, Anklage, Alternativangebot, Zwangsausweisung) für risikoreich. Sie bot auch zu wenig Anlass, die Ausbürgerung zu legitimieren. Zu lange schon war Biermanns Spottkultur geduldet worden, als dass man ihn nun einfach bei der nächstbesten Provokation hätte zwangsausweisen können. Vielmehr sollte Biermann auf dem Terrain des Klassenfeinds als der grosse DDR-Feind stigmatisiert werden, wenn ihn nämlich für alle Welt sichtbar – der Antikommunismus umarmt.

Die weiteren Vorgänge sind bekannt. Am 13. November singt Biermann in der Kölner Sporthalle vor sechseinhalbtausend Zuhörern; es ist sein zweites öffentliches Konzert seit zwölf Jahren. (Das erste fand wenige Wochen zuvor in der Nikolaikirche von Prenzlau/Brandenburg statt; im Rahmen eines Gottes-

dienstes.<sup>6</sup>) «Köln» wird ein Riesenerfolg, auch in der Presse. Zunächst noch tastend, dann immer sicherer gelingt Biermann der Dialog mit dem Publikum; er reagiert spontan, geht auf Zurufe ein. «Biermann hatte Angst, und er sagte, dass er Angst habe. Er verlor das Zeitgefühl und sagte, dass er es verloren habe: Viereinhalb Stunden lang sang er. Er verhaspelte sich in den Texten, zum Beispiel wenn er ‚hier‘ sang und dann merkte, dass das ‚hier‘ eigentlich ‚dort‘ heißen müsse. Das Harmonium gefiel ihm nicht: Mitten im Lied hörte er auf. Die Gitarre war auf einmal zu tief gestimmt. Er hatte offenbar keine Ahnung, in welcher Tonlage er mit dem Publikum zu reden hatte: wie ein Kasperletheaterspieler zu einem Haufen Kinder, wie ein Arbeiter zu Kumpeln, wie ein Dichter zu Werktätigen, wie ein Genosse zu Genossen oder wie ein Genosse zu Ketzern und Ungläubigen? Bei den Zwischenkommentaren war er unkonzentriert vor Anspannung: viele Überleitungen gerieten ihm krampfhaft, manche Argumente rundheraus schwach. Er sei ein bisschen aus der Übung, sagte er, und ein Show-Gangster sowieso nicht.

Nichts davon wurde ihm verübelt. Wie auch? Dieser unfreiwillige Un-Profi (der tatsächlich ein Perfektionist ist) konnte sich erlauben, was sich kein Profi je erlaubt hat: in der Bier-Atmosphäre dieser Halle, die für Sechstagerennen eingerichtet ist, vor ein paar tausend Lehrlingen und Schülern allein auf dem Podium, zwischen zwei eigenen Sachen Hölderlins zerbrechliches Gedicht ‚Hälfte des Lebens‘ zu rezitieren, und so zu rezitieren, intelligent und irdisch, dass es auch dann keinen Mucks gegeben hätte, wenn mittendrin irgendwo eine Bierflasche zerscheppert wäre.»<sup>7</sup>

Als Zugabe singt Biermann das neue Lied vom «Preussischen Ikarus»: «Ich halt mich fest hier, bis mich kalt / Dieser verhasste Vogel krallt / und zerrt mich überm Rand», so heisst es in der letzten Strophe. (Während Biermann das Lied zum erstenmal öffentlich vorträgt, wird in Wandlitz vor dem Fernseher seine Ausbürgerung beschlossen.) Die DDR-Führung als Raubtier, als «Preussens Adler» – das Bild pointiert Biermanns Kritik am «Feudalsozialismus», wie er die DDR oft charakterisiert. Die Despotie in der DDR bleibe unter dem Niveau demokratischer Standardforderungen des 18. Jahrhunderts, unter dem Niveau der europäischen Aufklärung, so seine Kritik.

## Die Massnahme und der Protest

Thema des Abends war «das Leben in der DDR». Der Rundfunk sendet Ausschnitte noch am gleichen Tag, zwei Tage später die ARD das Konzert in voller

Länge – ab 22 Uhr (nicht wie geplant nach der Tagesschau; Gerold Tandler, CSU-Generalsekretär, hatte Protest eingelegt): «Millionen Menschen in der DDR, die nie meine Lieder gehört hatten, sassen viereinhalb Stunden bis weit nach Mitternacht vor der Flimmerkiste und bildeten sich ein eigenes Urteil.»<sup>8</sup> Der Eindruck war so stark, dass alle Kalkulationen der SED Makulatur waren, buchstäblich über Nacht. Als am Tag danach über ADN erklärt wird, «mit seinem feindseligen Auftreten gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik hat er sich selbst den Boden für die weitere Gewährung der Staatsbürgerschaft der DDR entzogen»,<sup>9</sup> erhebt sich eine Protestwelle in der DDR, wie sie dieser Staat noch nicht erlebt hatte. Einspruch Einzelner gab es gelegentlich, aber diesmal hat das Widersprechen eine neue Qualität, es ist kollektiv. Die Schriftsteller wissen, Biermanns Kampf um das freie Wort ist auch ihre Sache. Bereits einen Tag nach der Ausbürgerung, am 17. November, veröffentlichen zwölf der anerkanntesten Schriftsteller in der DDR eine Protesterklärung, deren Schlusssatz lautet: «Biermann selbst hat nie, auch nicht in Köln, Zweifel darüber gelassen, für welchen der beiden deutschen Staaten er bei aller Kritik eintritt. Wir protestieren gegen seine Ausbürgerung und bitten darum, die beschlossenen Massnahmen zu überdenken.» Erstunterzeichner sind Sarah Kirsch, Christa Wolf, Volker Braun, Franz Fühmann, Stephan Hermlin, Stefan Heym, Günter Kunert, Heiner Müller, Rolf Schneider, Gerhard Wolf, Jurek Becker, Erich Arendt und Fritz Cremer.<sup>10</sup> «Wir protestieren gegen seine Ausbürgerung» ist der Kernsatz. In der Wohnung von Hermlin, der die Erklärung mit Heym initiiert und die zwölf Schriftsteller bei sich versammelt hatte, hiess es noch «wir fordern darum ...». Mit dem von allen unterzeichneten Protestbrief fahren Gerhard Wolf und Hermlin zu dem berühmtesten Bildhauer der DDR, zu Fritz Cremer. Der findet das Papier in Ordnung, meint aber, am Schluss sollte es nicht heissen, «wir fordern», sondern «wir bitten». Seinem Wunsch entsprechend wird geändert, «so dass von diesem Augenblick der Protest zur Petition wird. Cremer sagt noch: «Wer sind wir schon, dass wir von der Partei etwas fordern können.»<sup>11</sup> Die Verben «protestieren» und «bitten» charakterisieren die Haltung der Schriftsteller: kritisch und loyal.<sup>12</sup>

Die Erklärung wirkt wie eine Initialzündung. In den drei folgenden Tagen erklären sich über hundert Schriftsteller und Künstler mit der Erklärung solidarisch, darunter Katharina Thalbach, Manfred Krug, Ulrich Plenzdorf, Klaus Schlesinger, Fritz Rudolf Fries, Thomas Brasch, B.K. Tragelehn, Kurt Bartsch, Hans Joachim Schädlich, Peter Herrmann, Nina Hagen, Bettina Wegner, Eva-Maria Hagen, Gerulf Pannach, Jürgen Fuchs, Angelica Domröse, Hilmar Thate,

Dieter Schubert, Thomas Langhoff, Günter de Bruyn, Karl-Heinz Jakobs, Armin Mueller-Stahl, Matthias Langhoff, Helga Schütz, Klaus Poche, Elke Erb, Frank Beyer, Katja Lange-Müller, Tilo Medek, Peter Graf.

In den Tagen danach werden Proteste aus der ganzen DDR gemeldet. Mit grossen Lettern wird in Saalfeld auf die Strasse geschrieben «Biermann hat Recht»; in Jena sammeln Jugendliche, vor allem Studenten, vor den Betriebs-toren Unterschriften gegen die Ausbürgerung Biermanns. Die Unterschriften-aktion «sei recht erfolgreich gewesen, bis sie von Angehörigen des Staatssi-cherheitsdienstes unterbunden wurde. Mindestens sechs Studenten sollen da-raufhin verhaftet worden sein.» (*DIE ZEIT*, 3.12.76)<sup>13</sup>

### Ratte und Schiff

Am 17. November bringt das *Neue Deutschland* die ADN-Erklärung «Bier-mann das Recht auf weiteren Aufenthalt in der DDR entzogen. Staatsbürger-schaft der DDR aberkannt». In besonders gemeiner Weise habe er «den Sozia-lismus in unserem Lande verunglimpft», heisst es im Kommentar. «Wir in der DDR hätten, so drückte er sich aus, einen Sozialismus serviert gekriegt, der ‚halb Menschenbild, halb Tier war‘.»<sup>14</sup> Die üblichen Stereotypen werden ins Feld geführt, Kalter Krieg und Antikommunismus. «In dieser Front ist er einer unter vielen, ganz konform und kaum zu unterscheiden. Er verschwindet in der dunklen Masse der antikommunistischen Krakeeler.»

Die Tonlage intern war phantasiereicher. Vor den Funktionären des offizi-ellen «Festivals des politischen Lieds» sagt zum Beispiel Helmut Müller, 2. Se-kretär der Bezirksleitung der SED in Berlin, also der wichtigsten, der mächtig-sten Bezirksleitung in der DDR (der auch Hermann Kant angehörte): «Ansons-ten aber gibt es natürlich genug Probleme, mehr als Ratten im Keller. Jede ein-zelne Ratte wird bekämpft – mit unterschiedlichen Methoden. Mancher zeigen wir nur das Loch, aus dem sie kam, manche streicheln wir, manche fangen wir. Wir haben für jede Ratte ein Rezept. Keine bleibt unbehandelt.» Und im Grunde hat man es dann auch so gemacht, wie Helmut Müller meinte, kom-mentiert Biermann. «Einige Schriftsteller und Intellektuelle, die die Biermann-Petition unterschrieben hatten, wurden mit Nationalpreisen und Reisepass ge-streichelt. Andere wurden in den Westen getrieben, noch andere wurden erst eingesperrt und dann wie üblich für Kopfgeld an den Klassenfeind verkauft.»<sup>15</sup>

Die Petenten werden also unterschiedlich bestraft, in insgesamt vier Partei-versammlungen. Die dritte Versammlung ist die wichtigste. Sie findet nicht in

den Räumen des Schriftstellerverbands statt, sondern in der Bezirksleitung der SED Berlin. Hier werden Gerhard Wolf, Jurek Becker und Sarah Kirsch aus der Partei ausgeschlossen, Hermlin mit einer strengen Rüge bestraft. «Es ist doch interessant zu beobachten», sagt Konrad Naumann, der i. Sekretär der Berliner Bezirksleitung, «wer da plötzlich aus seinem Rattenloch kriecht. Aber die Arbeiterklasse braucht nur einmal kräftig mit dem Fuss aufzustampfen, und sie verpissen sich wieder in ihre Schlupfwinkel. Wir haben sie nun erkannt, und wir werden ihre Schnauzen nicht vergessen. Und wer sich nicht verdünnsiert, den werden wir zerschmettern.»<sup>16</sup>

Doch war sich die Partei der Gefahr einer Verödung der kulturellen Landschaft durchaus bewusst. Deshalb die unterschiedliche Behandlung. Anders als ihr Mann zum Beispiel wurde Christa Wolf nicht aus der Partei ausgeschlossen, nur scharf verwarnt (und zusammen mit Jurek Becker, Volker Braun, Günter de Bruyn, Sarah Kirsch und Ulrich Plenzdorf aus dem Vorstand der Berliner Sektion des Schriftstellerverbands gedrängt), und ihr neues Buch «Kindheitsmuster» durfte unbeschadet im Dezember 1976 erscheinen (war im Februar 1977 bereits vergriffen). Etwa zeitgleich erschien es auch im Westen, dort im Lauf des Jahres 1977 dann bereits in der dritten Auflage. In der DDR-Zeitschrift *Neue Deutsche Literatur* wurde es ausführlich und überwiegend zustimmend besprochen. Die Zeitschrift kündigte in ihrer Januarausgabe Sarah Kirschs neuen Gedichtband *Rückenwind* an und druckte einen Text von Helga Schütz, die ebenfalls gegen die Ausbürgerung protestiert hatte. Franz Fühmann durfte nach Frankfurt am Main fahren «und Heiner Müller blickt seit einigen Tagen von Ostberlinejr Litfasssäulen, auf denen die Volksbühne eine Neufassung seiner ‚Schlacht‘ ankündigt».<sup>17</sup>

Der «Fall Biermann» polarisierte also. Autoren, die sich dem Sozialismus verbunden wussten, aber die Menschenrechte einforderten, wurden Schritt für Schritt in die Dissidenz getrieben. Der junge Autor Jürgen Fuchs, der sich während der Ausbürgerung in der Wohnung Robert Havemanns aufgehalten und von dort aus Kommilitonen in seiner Universität Jena zur Solidarität mit Biermann ermuntert hatte, wurde verhaftet; ebenso die Liedersänger Christian Kunert und Gerulf Pannach. Anfang 1977 häuften sich fristlose Entlassungen aus den Betrieben von meist jungen Leuten, die sich in irgendeiner Form am Protest gegen die Ausbürgerung beteiligt hatten.

Hans Joachim Schädlich, der seit 1971 erfolglos versucht hatte, in der DDR zu publizieren (weil er sich wie Biermann weigerte, seine Texte anzupassen), sich aber sechs Jahre lang mit einer Publikation im Westen zurückhielt, gab die

Zurückhaltung auf. Nach den Repressionen in der Folge seiner Unterschrift (Entlassung aus der Akademie der Wissenschaften, massive Bespitzelung usw.) liess Schädlich seine Erzählsammlung «Versuchte Nähe» bei Rowohlt erscheinen (1977). Mehrere der Erzählungen thematisierten die Arbeit der Staatssicherheit und den Einmarsch in die CSSR, die beiden Reizthemen. Schädlich wird der Prozess angedroht wegen Staatshetze und Landesverrat (kospirative Kontakte, Vermittlung von Informationen an Johnson, Grass u.a. zur Ausnützung seines Buches zu Angriffen gegen die DDR). Er akzeptiert schliesslich die angebotene Übersiedlung (Alternative 2 in dem Biermann-Szenario der Staatssicherheit) und siedelt über in den anderen Teil der Stadt.

Den Arbeitsalltag der Staatssicherheit der siebziger Jahre (während die Entspannungspolitik voranschreitet) illustriert ein Massnahmenkatalog in Biermanns Stasi-Akte:

### **Massnahmen gegen Biermann in der Bundesrepublik**

- z.B. geeigneten Journalisten-IM zur Diffamierung einsetzen (sinnentstellende Äusserungen usw. in Presse o. a. Massenmedien veröffentlicht)
- über IM Konflikte zwischen den Verlegern herbeiführen
- Verunsicherung des Verbindungssystems (fiktive Werbungen)

### **in der DDR**

- [...] Manuskriptdiebstähle und Unbrauchbarmachung von technischen Hilfsmitteln/Tonbandgeräte u.a. Geräte zerstören bzw. durch nicht gleich zu erkennende Eingriffe funktionsuntüchtig machen/Filme belichten, Bänder löschen
- Verbreitung sinnentstellender Verfälschung [...]
- Verdächtigung von Einzelpersonen über Zusammenarbeit mit MfS [= Ministerium für Staatssicherheit] [...]
- Störung des Verbindungssystems/häufige Veränderung der Telefonnummern/Leitungsstörungen verursachen (z.B. wenn wichtige Verabredungen geplant sind)
- Festnahmen (Schaffung von Bedingungen, die zu kriminellen Handlungen führen) z.B. Trunkenheit am Steuer usw. [...]
- ständige ideologische Auseinandersetzung, dosiert, dass er selbst zu zweifeln beginnt [...]
- Zerstörung seines Persönlichkeitsbildes durch negative Beeinflussung seiner Lebensgewohnheiten, z.B. zum Alkoholmissbrauch veranlassen zu sexuellen

Ausschweifungen (Minderjährige) veranlassen (Möglichkeiten für EV durch K prüfen und veranlassen)

- Liebesverhältnisse, die bestehen, zerstören
- falsche ärztliche Betreuung [...J]<sup>18</sup>

Die Metapher von den Ratten sei gar nicht so daneben, meint Biermann 1992: «Man denkt sofort an ein sinkendes Schiff. Der Exodus vieler Schriftsteller und Schauspieler und Maler und Wissenschaftler nach 1976 war der Anfang vom Ende der Deutschen Demokratischen Republik. Freilich fielen die zynischen Worte des Genossen Müller zu einer Zeit, als das DDR-Schiff noch gar nicht sank, sondern nur ein kleines Leck hatte. Gesunken ist es erst, als ein paar Jahre später Glasnost und Perestroika wie eine Sturmflut ganz andere Kaltekriegsschiffe versenkten.»<sup>19</sup>

### «Ich bin kein Biermann und werde auch keiner sein»

Christa Wolf ist weit davon entfernt, Positionen Biermanns zu teilen, doch ihre Loyalität gegenüber der Partei ist nachhaltig gestört. Zum ersten Mal seit siebenundzwanzig Jahren Parteimitgliedschaft treibt sie den Konflikt mit der Führung auf die Spitze: Sie weigert sich, die Petition zu widerrufen und provoziert den Parteiausschluss. In einem Bericht der Parteikontrollkommission vom Dezember 1976 wird ihre Aussage referiert, «dass die Art der Parteiführung sie am Schreiben hindere»; sie würde den Parteiausschluss als die Konsequenz ihrer Handlung hinnehmen. Sie betonte jedoch, so heisst es in dem Bericht, «ich bin kein Biermann und werde auch keiner sein». Ihre Konsequenz werde «niemals sein, dass sie überlaufe in ein bürgerliches, feindliches, gegnerisches Lager».

Die Trennung von der Partei wird ins Auge gefasst, doch Christa Wolf bleibt im Boot.<sup>20</sup> Was sie im Lager hält («sie könne in keinem anderen Land arbeiten und leben als hier»), ist das stabile Feindbild. Beigetragen zu der neu gewonnenen Klarheit ihrer Position, ausserhalb der Partei möglicherweise parteilicher wirken zu können als innerhalb, «hätten ihre Reisen in Westdeutschland und auch ihre Gespräche mit DKP-Genossen». Sie sei in Westdeutschland gewesen und ihr «Klassenbewusstsein sei dadurch besonders geschärft worden».<sup>21</sup>

Wolfs entschiedene DDR-Parteilichkeit trotz des Konflikts mit der Parteiführung ist aber auch Ausdruck des Vertrauens in die Geschichte, die Zeit arbeite für den Sozialismus. Im Namen der Zukunft, der Utopie, werden die Opfer der Gegenwart ertragen.

Intellektuelle wie Biermann oder Schädlich argumentieren von einer anderen Position aus. Zwar hatte Biermann gegen Zwischenrufer in Köln den Panzereinsatz am 17. Juni verteidigt und für die Frage der Macht-, der Zukunftssicherung Verständnis gezeigt. Aber höchste Loyalität gilt bei ihm der Gegenwart, nicht der Zukunft. Nicht die Geschichte ist Biermanns Gott, auch wenn er immer wieder versichert, die Erde wird rot, sondern «der Mensch». Deshalb predigt er auch nicht revolutionäre Geduld (das Aushalten der Widersprüche), sondern die Ungeduld. Indem er es nicht aushält, die Gegenwart einer besseren Zukunft zu opfern, argumentiert er im Grunde von einer Position aus, die es unerträglich findet, ein Grundmass an menschlicher Würde zu unterschreiten. Der Akzeptanz solchen Rückschritts gilt seine Verachtung. Spätestens seit der Französischen Revolution und der Aufklärung sei solche Position anachronistisch, historisch unter Niveau. Für die Geltung der Menschenrechte einzutreten sei absolute Forderung. Antitotalitär – das ist Biermanns Konsequenz aus der historischen Erfahrung des Nationalsozialismus und des Stalinismus. Mit aller Macht sträubte sich Biermann dagegen, die DDR zu verlieren. An diesem Punkt berühren sich Wolfs und Biermanns Positionen. Aber die DDR war für Biermann nicht das ein und alles; er hat sie als sozialistische Heimat nie verabsolutiert. Biermanns politischer Horizont war weiter gespannt: Pariser Commune und Prag und Westdeutschland gehörten immer dazu.

### **Nicht die «Idee der DDR», sondern Sozialismus in Deutschland**

Auf Linie zu bringen war Biermann gewiss nicht. Aber hätte er nicht doch irgendwie integriert werden können? Stimmt es, fragt die 76jährige Anna Seghers (auf dem ersten Parteitribunal zur Bestrafung der Petenten), «dass man bei uns Sachen nicht ausdiskutieren kann? Dass der ausgebürgerte Dichter eine Begabung sei, daran gebe es keinen Zweifel. Dass er eine gefährliche Begabung ist, daran zweifelt ebenso keiner [...] Warum hat man diesem jungen Menschen damals dieses schreckliche Auftritts- und Publikationsverbot auferlegt? Warum hat man nach dem VIII. Parteitag keine Möglichkeit gesucht, um dem Menschen näherzukommen [...] Warum hat man vor seiner Ausreise nach Köln nicht mit ihm gesprochen? Jede kleine Sängerin, die ausreisen will, darf erst, wenn vorher ihr Programm ausdrücklich bestätigt wurde, aber dieser Mann wird ohne ein Wort rausgelassen? Warum? Oder war das alles Teil eines Plans? Hat man geliebäugelt mit der Idee, dass Biermann in Köln etwas anstellen wird, und liess ihn deshalb raus? War das alles vielleicht ein geplantes Unternehmen,

einen Gegner von Format mundtot zu machen?»<sup>22</sup> Seghers spricht aus, was alle denken: dass man Biermann eine Falle gestellt hat. Und sie bringt das Debakel auf den Punkt: dass die Partei nicht in der Lage ist, Menschen mit sozialistischer Emphase zu integrieren. Als einzige von der alten Riege hat sie ein Gespür dafür, dass die DDR einen Verlust erlitten hat. Wie geheuchelt auch immer ihre Fragen gewesen sein mögen, die Empfindung, dass da eine Kraft verschenkt wurde, die hätte beitragen können, den Sozialismus zu verjüngen, hat sie parteiöffentlich zum Ausdruck gebracht.

Doch die Partei sieht nur Gefahren, nicht die Möglichkeit einer Erneuerung. Was eigentlich fürchtet sie?

Eine der Theorien, um den Rausschmiss zu verstehen, stützt sich auf Äusserungen Biermanns/Havemanns, die das Nationale anspielen: «Nein, wir sind nicht für die Idee der DDR, sondern wir sind für den Sozialismus in Deutschland.»<sup>23</sup> Solidarität mit der DDR sei selbstverständlich; durch die Vergesellschaftung der Produktivkräfte sei die DDR in den Voraussetzungen zum Aufbau des Sozialismus einen entscheidenden Schritt weiter. Das Ziel sei aber nicht die «Idee der DDR», die Vorstellung der DDR als «sozialistische Nation», sondern der Sozialismus in Deutschland.

Die Partei befürchtete, so die Einschätzung damals, Grenzgänger wie Rudi Dutschke, Havemann und Biermann würden sich zu Kristallisationszentren entwickeln für eine neue Art von Sozialismus, der beide Staaten übergreift, der sich als deutsch, als gesamtdeutsch versteht. Was alle auf dem Kölner Konzert spürten – Biermann entwickelte sich mehr und mehr zu einer Integrationsfigur der zersplitterten deutschen Linken; das Echo in der Presse bestätigte diesen Eindruck.

Und das westeuropäische linke Umfeld stützte diesen Trend. Erstaunlicherweise fand im Juni 1976 in Ostberlin eine Konferenz der eurokommunistischen Parteien statt. Die Statements für einen freiheitlichen Sozialismus der Spanier, Italiener (Enrico Berlinguer) und Franzosen mussten, so war es zuvor vereinbart worden, vom *Neuen Deutschland* unzensuriert publiziert werden. Dass diese Konferenz der offenen Sprache in Ostberlin durchgesetzt wurde, liess Biermann hoffen, starke Kräfte in der SED würden jetzt einen deutschen Reformsozialismus stützen. Weshalb er auch nicht an eine Falle glaubte, als er die Reiseerlaubnis für Köln erhielt.

## Freie Wahlen

«Die russische Revolution», Luxemburgs berühmte Auseinandersetzung mit «Lenin an der Macht», 1918 noch im Gefängnis geschrieben, war der Massstab

für Biermann, Havemann und für undogmatische Linke in Ost und West. Der Text liest sich wie die Beschwörung, Sozialismus und Menschenrecht zusammenzuzwingen. Biermann ist so kühn, Luxemburgs schärfstes Zitat aus diesem Text der DDR vorzuhalten. Bis zur Weissglut muss es die Parteiführung gereizt haben: Der Katalog der bürgerlichen Freiheiten wird eingefordert, darunter vor allem aber freie Wahlen!

Hat irgendein Schriftsteller in der DDR je freie Wahlen gefordert?  
Der letzte, der auf dieses Recht anspielt, war Bertolt Brecht,

... wäre es da  
Nicht doch einfacher, die Regierung  
Löste das Volk auf, und  
Wählte ein anderes?<sup>24</sup>

Aber seitdem? Was keiner wagt, riskiert Biermann durch das Sprachrohr Luxemburgs. Sie spricht von «*allgemeinen* Wahlen», jeder wusste, was gemeint war: «Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d.h. Diktatur im bürgerlichen Sinne.»<sup>25</sup>

Biermann zitiert diese Passage in Köln. Aber schon 1972, in seinem Liederband «Für meine Genossen. Hetzlieder, Gedichte, Balladen» – also nach der historischen Erfahrung von «Prag 68» – präsentiert er das Zitat Luxemburgs.<sup>26</sup> Man versteht, warum die Genossen schon 1973 die Staatssicherheit beauftragen, Biermanns Entfernung aus der DDR konzeptionell vorzubereiten. Denn als wolle er Luxemburgs Thesen von der Erstarrung des politischen Lebens belegen und aktualisieren, lässt Biermann unmittelbar im Anschluss an das Zitat das Lied «In China hinter der Mauer» folgen. Das war zunächst der Blick auf die DDR unter Ulbricht, 1972 aber leicht auf Honeckers DDR übertragbar:

Wo wird das Volk wie Vieh regiert  
Verdummt, entmündigt und kastriert  
Damit es schuffet und pariert  
    und wo liegt auf der Lauer  
Der Bürokratenschutzverein  
Sperrt gute Kommunisten ein  
Wenn sie nicht halleluja schrein?  
    In China! In China! In China, hinter der Mauer [...]

Wo glotzt des Führers Fratze, wo  
Dich an in jedem Dreckbüro  
In Kneipen, Strassen und im Zoo  
    und lächelt süsslich sauer??  
Sein Foto findest du en gros  
In jeder Zeitung sowieso  
Und darum auch auf jedem Klo  
    In China [...]

Wo herrscht die In-qui-si-ti-on Der Revolution zum Hohn Auf mittelalterli-  
chem Thron und lügt tagtäglich schlauer Den weisen greisen Volkspapa Wo  
preist man ihn und sein ZK (das immer seiner Meinung war)??  
    In China [...]

Biermann treibt den Widerspruch zwischen realsozialistischer Wirklichkeit und  
sozialistischem Ideal ins Extrem. Seine Satire basiert aber gleichwohl auf der  
Überzeugung, Demokratie und Sozialismus liessen sich auf einen Nenner brin-  
gen. Als könnte immer noch gelten, was Luxemburg 1918 beschwor. Als hätte  
es seitdem den «Sozialismus an der Macht» nicht gegeben, ein halbes Jahrhun-  
dert lang:

So oder so, die Erde wird rot:  
Entweder lebenrot oder todrot  
Wir mischen uns da bisschen ein  
- so soll es sein  
    so soll es sein  
        so wird es sein

Der Gegensatz «Entweder lebenrot oder todrot» nimmt Luxemburgs Formel «Sozialismus oder Barbarei» auf, als sei sie *die* entscheidende Koordinate des zwanzigsten Jahrhunderts. Doch wenn Biermann in solchem Rahmen «Zukunft» malt, wird seine Wortkunst matt, verkümmert die Kraft des Spotts zur Beteuerung: «Die DDR, auf Dauer / Braucht weder Knast noch Mauer / wir bringen es so weit! / Zu *uns* fliehn dann in Massen / Die Menschen, und gelassen / sind wir drauf vorbereitet'.»

### «Die Konterrevolution vom 21. August» (1972)

Biermanns Stärke liegt im Angriff:

Sie selbst – na endlich! – die Revolution sie re-vo-lu-ti-o-niert sich schon  
 Sie wirft auf *sich* den ersten Stein – so soll es sein ...

Und Biermanns Stein hat es in sich: «Jetzt singe ich für meine Genossen alle / das Lied von der verratenen Revolution», so setzt der Band «Für meine Genossen» ein. Und die vierte Strophe dieses Lieds bringt dann einen unerhörten Text. Unerhört, weil er in der DDR geschrieben ist (im Westen publiziert), während sein Autor in der DDR weiter frei existiert, bestraft nur durchs Auftrittsverbot:

Und ein Abgesang auf den Genossen Dubcek der jetzt auf dem türkischen Hund ist und der lieber hätte gehen sollen den krummen Weg unter das Hackbeil oder den geraden Weg unter die Panzer oder hätte schwimmen sollen in seinem Volk wie der berühmte Fisch des Genossen Mao Und darum singe ich den heilsamen Hochmut des Niedergeworfenen gegen alle Reaktion gegen die Konterrevolution vom 21. August<sup>27</sup>

Den Einmarsch in die CSSR als Konterrevolution zu bezeichnen, war Provokation höchsten Grades. Wer 1968 an eine Mauer nur die beiden Wörter «Freiheit Dubèek» schrieb, wurde mit zwei Jahren Gefängnis bestraft. Dubcek war Konterrevolutionär schlechthin. Biermann dreht die Wertung um: Konterrevolution

ist der Einmarsch vom 21. August. Dass eine kommunistische Partei und eine Bevölkerung das Recht haben, den Weg zum Sozialismus selbst zu bestimmen – Biermann verteidigt diese Position offensiv, *öffentlich*. Als schmales Buch und per Kassette dringt der Liederband «Für meine Genossen» zurück in die DDR, wo er in Biermanns Wohnung, Berlin Mitte, Chausseestrasse 131, entstanden war. (Die führenden Genossen verstehen den Appell und geben, wie gesagt, bei der Staatssicherheit 1973 das Szenario in Auftrag, wie der Fall Biermann gelöst werden kann.)

### Brechts Grab, «gleich hier ums Eck»

Das war seinerzeit kein Zufall, dass Biermann sein Quartier in der Chausseestrasse nahm – in der Strasse Brechts. Vom Fenster aus konnte Brecht Hegels Grab sehen, und auch Biermann hält freundlichen Kontakt mit den Toten. «Wir gehn manchmal zwanzig Minuten / Die Mittagszeit nicht zu verliern / Zum Friedhof der Hugenotten / Gleich hier ums Eck spazieren [...] wir gehn auch mal rüber zu Hegel / Und besuchen dann dicht dabei / Hanns Eisler, Wolf Langhoff, John Heartfield / Wohnt gleich in der Nachbarreih'.» Auf dem Hugenottenfriedhof, Mauer an Mauer mit dem Dorotheenstädtischen, auf dem die grossen Toten liegen, und seit 1956 eben auch Brecht, «erzählt uns die Alte von Achtzehn.»

Novemberrevolution:  
 Hier schossen sich die Spartakisten  
 Mit Kaiserlichen, die flohn!  
 Karl Liebknecht und Luxemburg Rosa  
 – so muss es den Menschen ja gehn  
 Lebendig und toteschlagen  
 Hab ich sie noch beide gesehn!  
 Als ich noch ein junges Ding war  
 – ich bin ja schon viel zu alt! –  
 Von hier bis zur Friedrichstrasse  
 War alles noch dichter Wald.<sup>28</sup>

Von den beiden Friedhöfen bis zu dem Bahnhof Friedrichstrasse, dem berühmten Grenzübergang Ost/West mit dem Tränenpalast, in Richtung Chausseestrasse dann gleich die Brücke über die Spree – Inspiration zum Preussischen Ikarus – links das Theater am Schiffbauerdamm, das Berliner Ensemble, an

dem Biermann die Regie Brechts studiert und seine Begabung fürs Theater erprobt: diese Ostberliner Topographie der Abgrenzung, des Widersprechens, der Grenzüberschreitung, Biermann prägte sie mit. Einem Riesen gleich über dem Dach des Bahnhofs Friedrichstrasse – mit «Knarre und Gitarre» offensiv in den Westen hinein – so hat Arwed Gorella das Cover der ersten Platte Biermanns gestaltet.

Biermanns Wohnung, beobachtet, verwandt und doch zugänglich, war ein Stück öffentlicher Raum, wie es ihn sonst in der DDR kaum gab. Biermann war eine Institution, Ort der Begegnung für Ost und West:

Wenn wir sonntags über die Grenze gehen  
 stecke ich in meine linke Hosentasche  
 neben den Pfennig  
 neben die Schnapsflasche  
 oder in die Jacke einen Friedrichstadtpalast  
 mit 7'000 Menschen für dich  
 den bauen wir auf bei dir  
 Deine Mutter macht Tee aus China  
 und die Leute aus meiner Hosentasche  
 setzen sich in deine Radleier  
 ein oder zwei auf die Ukulele  
 und deine Freundin in den Gitarrenbauch  
 wenn du singst  
 Wir freuen uns schon drauf Natascha  
 ich und die andern 7'000  
 Hoffentlich wenn ich am Grenzer vorbeigeh  
 beult die Tasche nicht so  
 Mach schon mal die Tür auf für uns.<sup>29</sup>

Was Biermann forderte, die politisch offene Auseinandersetzung, die Herstellung überhaupt erst einer Sphäre des Politischen, also Öffentlichkeit, das lebte er in seiner Zweizimmerwohnung, die man kennt mit den Bildern, Büchern und dem Harmonium. Das Plattencover «Warte nicht auf bessere Zeiten», seine erste Platte bei CBS (1973), zeigt das Ambiente mit den tiefen Ledersesseln und den halbversteckten Frauen. «60 Mark zahlt er für zwei Zimmer Altbau. Gegenüber, auf der anderen Strassenseite, soll übrigens bald die Vertretung der Bundesrepublik einziehen», hiess es 1973.<sup>30</sup> (Inzwischen lebt in der alten Biermann-Wohnung der Pressesprecher der PDS.)

## Phrase Auferstehung

1976, noch vor der Ausbürgerung, erscheint die Platte «Es gibt ein Leben vor dem Tod». Der Titelsong ist ein milde ironisches Lied aus der Perspektive des Überlebenden und zugleich eines der provokantesten Lieder im Blick auf den Sozialismus *an der Macht*, auf die sieben Jahrzehnte seit 1917 mit den Millionen von Opfern. Biermann singt es im September 1976 bei seinem Auftritt in der Prenzlauer Nikolaikirche. Das Recht der Gegenwart wird behauptet, die Opferforderung im Namen einer Zukunft zurückzuweisen. Ohne deren Kraft zu negieren, werden die tröstenden Auferstehungsbilder (Christus, die Kommunisten in der Sicht einer Zeichnung Picassos) der Ironie ausgesetzt. Die letzten Zeilen lauten:

Im Freiheitskrieg der Menschheit gibt  
Es keine toten Toten.  
Das ist so wahr wie trocken Brot:  
– es gibt ein Leben nach dem Tod

Und dann folgt die ANMERKUNG:

Ach, dass es danach noch was Schönes gibt  
Ist tröstlich in unserer Lage.  
Wie gut! und doch, da bleibt uns noch  
Die kleine – die grosse – die Frage  
(das wüssten wir gerne noch daneben!)  
Ob's sowas gibt – wir hätten gern:  
– auch vor unserm Tod ein Leben

Selten wurde so entspannt, aber im Blick auf die Sozialismusgeschichte so nachdrücklich das Existenzrecht eingefordert, die Menschenrechte.

KLAUS MICHAEL

## PRENZLAUER BERG

STREIFZÜGE DURCH EINE KULTURLANDSCHAFT

Der Prenzlauer Berg rückte nicht erst durch die Demonstrationen des Herbstes 1989 in das öffentliche Bewusstsein, als die Kirchen des Viertels zu Sammlungsorten des zivilen Protestes wurden. Seit den siebziger Jahren wurde der Stadtbezirk immer wieder zum Ausgangspunkt für politischen und künstlerischen Widerstand und zur Bühne ästhetischen Widerspruchs. Hier schien es all das zu geben, was man sonst in der offiziellen Kultur der DDR vermisste: Kreativität, so etwas wie eine künstlerische Szene und ein buntes Durcheinander nonkonformen Lebens. Der Prenzlauer Berg wurde im Laufe der Jahre gleichsam zu einer Chiffre für Subkultur. Bereits im November 1987, als die Polizei in einer Nacht-und-Nebel-Aktion die Räume der «Umweltbibliothek» im Gemeindehaus der Zionskirche stürmte, um dort Oppositionelle beim Drucken von illegalen Zeitungen zu ertappen, richtete sich der Blick des In- und Auslandes auf den Prenzlauer Berg. Was ging hier vor? Was war das für ein Stadtteil im Osten Berlins, der immer dann von sich reden machte, wenn es in der DDR um Veränderung ging? Diese Frage beschäftigte nicht nur westliche Journalisten, Kunstkenner und Touristen, die in grossen klimatisierten Reisebussen langsam durch den Osten schaukelten. Sie rief auch die Sicherheitsbeamten und Parteistrategen des Ostens auf den Plan. Damit war auch der Interpretationsrahmen abgesteckt: Der Prenzlauer Berg war eingebunden in die Tourenpläne der Westberliner Reisebüros und in die Massnahmepläne der Staatssicherheit. Ob die westlichen Tagesbesucher aber etwas davon ahnten, darf bezweifelt werden. Dass hier Dutzende illegaler Zeitschriften entstanden und die Häuser in Ermangelung anderer öffentlicher Foren Ateliers, private Ausstellungen und Lesereien bargen, dass hier die Geburtsstunde der meisten oppositionellen Gruppen und unzähliger Rock- und Punk-Bands schlug, davon berichtete kein Stadtführer. Das stand schon eher in den Massnahmeplänen der Sicherheitsbehörden. Sichtbar waren eher das Grau der Fassaden, die ausgeschlachteten Autos am Strassenrand und müde Rolläden, die lange Reihen von aufgegebenen Geschäften verbargen. Unterdessen ist das meiste Geschichte. Die alten Fassaden ver-

schwinden. Mit ihnen auch die Erinnerung an das Leben vor dem Fall der Mauer und mit der Erinnerung auch die Labyrinth und Nischen einer Stadtlandschaft, in denen zu DDR-Zeiten zwei oder drei Künstler- und Autorengenerationen ein Zuhause gefunden hatten.

## Berlin am Meer

«Berlin schmeckte nach Zukunft, und dafür nahm man den Dreck und die Kälte gern in Kauf», so erinnerte sich Carl Zuckmayer an seinen Beginn in den zwanziger Jahren. «Wer Berlin hatte, dem gehörte die ganze Welt.» Kunst und Literatur waren bis zum Krieg aber eher im Berliner Westen zu Hause. Ein Künstlerviertel, ein Montparnasse des Ostens, war der Prenzlauer Berg nie. Zwischen den Mietskasernen fand sich kein «Romanisches Café», kein «Café des Westens», kein «Hotel Adlon» und kein «Kempinski». Auch Verlage, Galerien und Ausstellungsorte suchte man vergebens, und von den einschlägigen Stadtführern dieser Zeit wurde der Bezirk nie mit sonderlicher Hochachtung bedacht. Selbst Alfred Döblin schien über das Verkehrschaos am Rosenthaler Platz nie hinausgekommen zu sein, denn er liess seinen Franz Biberkopf in «Berlin Alexanderplatz» nach einem kurzen Blick auf das schwindelerregende Treiben schnell wieder abtauchen.

Der Prenzlauer Berg war – wie die angrenzenden Viertel Friedrichshain, Mitte und Wedding – das Eldorado der Kneipen, Warmküchen und Stampen, die Welt der kleinen Leute. Bis kurz vor der Jahrhundertwende drehten sich auf dem leicht ansteigenden Terrain noch die Windmühlen. Im Fieber der Gründerzeit aus dem Boden gestampft, zählte man 1920 bereits 300'000 Menschen. Im gleichen Jahr wurde das Viertel ein eigenständiger Stadtbezirk. Er war immer schon das Quartier von Proletariern und kleinen Angestellten, die meist auch dort arbeiteten, wo sie wohnten: in einem dritten oder vierten Hinterhof, in dem sich unzählige Fabriken, Werkstätten, Molkereien und Speditionsfirmen übereinanderschachtelten. So blieb es bis weit in die siebziger Jahre hinein, überstand Krieg und Nachkriegszeit, die Teilung Berlins und widerstand in einer Mischung aus urbanem Eigensinn und trotzigem Stolz auch die Periode der «weiteren Entfaltung des Sozialismus». Hier änderte sich wenig, nur der Staub und der sauer-schweflige Braunkohlenrauch legte sich Winter für Winter wie Patina über den bröckelnden Stuck der Fassaden. Meist verbrachte man ein ganzes Leben im gleichen Haus. Hier wurde man geboren, lernte laufen, heiratete, bekam Kinder und starb schliesslich im selben Areal, war vielleicht vom Hinter-

in das Vorderhaus gezogen oder hatte einen der Höfe vertauscht. Erst die zaghaften Ansätze zur Sanierung unterbrachen diesen Zyklus in den siebziger Jahren, als man – wohl mehr aus Geldnot denn aus höherer Einsicht – auf den geplanten Flächenabriss verzichtet hatte. Entlang der nordöstlich verlaufenden Magistrale der Schönhauser Allee sollten sich einst, anstelle der engen Mietskasernenfluchten, weitläufige Hochhaussiedlungen erstrecken. Dem Prenzlauer Berg blieb damit ein Schicksal erspart, dessen architektonische Resultate sich heute in aller Eindringlichkeit rings um den Alexanderplatz besichtigen lassen. Aber auch im westlichen Nachbarbezirk Wedding schreckte man nicht vor Totalsanierungen zurück. Zwischen dem Beton der Siebziger-Jahre-Fluchten sucht man heute vergebens nach den Spuren des einst so legendären roten Weddings.

Dass in Berlin vieles buchstäblich auf Sand gebaut war, sah man spätestens, als man nach 1945 an die Räumung der Trümmer ging. «Unter dem Asphaltboden ist überall der Sand unserer Mark. Und das war früher einmal Meeresboden. Aber auch Menschenwerk gehört zur Natur. Häuser entstehen an Ufern, welken, vermodern ...», so schrieb Werner Heldt, einer der ersten Maler und Grafiker, die sich nach Ende des Kriegs ganz im Prenzlauer Berg niederliessen. Bis auf Käthe Kollwitz, die hier bis zu ihrem Tode 1943 wohnte – ihr Mann unterhielt in der heutigen Kollwitzstrasse eine Arztpraxis –, hatte das Viertel keine nennenswerten Namen vorzuweisen, sieht man einmal vom Grab Max Liebermanns ab, das sich im alten jüdischen Friedhof an der Schönhauser Allee befindet. Waren die meisten Flächen des Zentrums im Laufe des Kriegs in Schutt und Asche versunken, überstand der Prenzlauer Berg die Bombennächte fast ohne grössere Schäden. So galt der Stadtbezirk nach Ende des Krieges als eines der wenigen geschlossenen Viertel, die noch bewohnbar waren und zudem über eine relativ intakte Infrastruktur verfügten. So wurde der Prenzlauer Berg nach 1945 ganz automatisch zum Domizil zahlreicher Künstler. Hier fand man, woran es der zerstörten Stadt ansonsten mangelte: Wohn- und Arbeitsraum. Von dieser ersten Künstlergeneration wären neben Werner Heldt vor allem Herbert Tucholski zu nennen. Tucholski organisierte auch die ersten Ausstellungen in einer Buchhandlung. Beide hatten bereits mit Käthe Kollwitz im Atelierhaus Klosterstrasse in Berlins Mitte zusammengearbeitet. Was sie verband, war das Thema der Stadt und die Suche nach künstlerischen Ausdrucksformen für die Landschaften der Grossstadt. Werner Heldt schuf in diesen Jahren einen Zyklus von Werken, die Berlin am Meer zeigen. Diese Metapher wurde in späteren Jahren auch von Autoren immer wieder aufgenommen.

Noch ehe der Prenzlauer Berg von Autoren entdeckt und selbst zum literarischen Gegenstand wurde, trat im Laufe der sechziger Jahre bereits eine zweite Malergeneration an die Öffentlichkeit. Für diesen Kreis um Harald Metzkes, Manfred Böttcher, Lothar Böhme, Wolfgang Leber u.a. hat die Kunstgeschichte inzwischen den Begriff von der «Berliner Schule» geprägt. Was den Kreis einte, war weitaus weniger die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Schule oder die Berufung auf das Vorbild Cézanne als die Absage an den plakativen Heroismus der realsozialistischen Genremalerei der fünfziger und sechziger Jahre. Mit den Aktivitäten dieser Malergeneration begann sich nach und nach eine eigenständige künstlerische Szene im Prenzlauer Berg zu etablieren. Maler zogen Maler nach, und der von keiner Behörde mehr zu erfassende Leerstand – als Folge der rasch wachsenden Neubustädte am Rande der Stadt – wurde, Wohnung für Wohnung, in Ateliers umgewandelt. Auf kleinem Raum entstanden im Laufe der siebziger Jahre unzählige kreative Orte, aus denen nach und nach die Topographie einer eigenständigen Kultur entstand. Diese Orte ermöglichten nicht nur eine relativ ungestörte Arbeit, sondern boten darüber hinaus genügend Raum zur Selbstverständigung, zur politischen Diskussion und öffentlichen Selbstdarstellung. Gefördert wurde diese Entwicklung durch eine kurze Tauwetterperiode Anfang der siebziger Jahre. Nach der Kahlschlagpolitik der Sechziger verbanden sich mit dem Machtantritt Honeckers 1971 zahlreiche Hoffnungen auf einen durchgreifenden Wandel und auf die politische Öffnung der DDR. Jetzt schien es wieder möglich, nach alternativen ästhetischen und auch politischen Konzepten zu fragen, endlich auch die künstlerischen Avantgarden des Westens zu rezipieren oder anzuknüpfen an die bis dato verfemten Traditionen der Moderne. Jetzt war es vorstellbar, dass kritische Denker wie der Philosoph Robert Havemann wieder Gehör fanden oder der Liedermacher Wolf Biermann, den man seit 1965 mit Berufsverbot bedacht hatte, wieder auftreten durfte. Es war, als ginge ein Aufatmen durch das Land. Dass diese Interimszeit allerdings nur von kurzer Dauer war, sollte sich bald zeigen.

### **Hoffnungen und Enttäuschungen der siebziger Jahre**

Anfang der siebziger Jahre kam es in den meisten Städten der DDR zu Gründungen von Jugend-, Studenten- und Diskussionsklubs. Für eine kurze Zeit wurden diese Klubs zu Zentren, in denen sich öffentlich über Literatur und Kunst und auch über politische Themen verständigt werden konnte. Über Berlin hinaus wurden der sogenannte «Arbeiter- und Studentenklub» im Kreiskultur-

haus Mitte bekannt oder der Klub in der Weissenseer Langhannsstrasse. Diese Gründungen hatten Signalwirkung für das Entstehen ähnlicher Einrichtungen, aus denen eine Reihe oppositioneller Gruppierungen hervorgingen. Zu erinnern wäre an dieser Stelle an den von Jürgen Fuchs und Lutz Rathenow initiierten Literaturkreis im Klubhaus von Jena-Neulobeda, dem u.a. Gerulf Pannach oder Wolf Biermann verbunden waren.

Von den zahlreichen ins Leben gerufenen Initiativen erlangten die 1974 von der Liedermacherin Bettina Wegner und Klaus Schlesinger initiierte Reihe «Eintopp» im Berliner Haus der Jungen Talente grosse Bedeutung. Im Jahr darauf liess Bettina Wegner mit dem «Kramladen» eine weitere Veranstaltungsreihe folgen, die ebenfalls schnell zu einer Instanz für kritische Literatur wurde. An beiden Orten lasen und diskutierten u.a. Thomas Brasch, Volker Braun, Jürgen Fuchs, Stefan Heym, Hermann Kant, Sarah Kirsch, Manfred Krug, Ulrich Plenzdorf, Richard Pietrass, Helga Schütz, Martin Stade, Armin Mueller-Stahl und auch Christa Wolf. Hier traten mit Uwe Kolbe und Frank-Wolf Matthies auch Autoren der jüngeren Generation auf. Grosse Anziehungskraft hatten diese Veranstaltungsreihen, weil in ihnen, im Anschluss an die Lesungen, undogmatisch und ohne festes Reglement über alle Probleme des politischen Lebens in der DDR gesprochen und gestritten werden konnte. So wurden die Reihen nicht nur zum Umschlagplatz neuer Literatur, sondern entwickelten sich zur Informationsbörse, zu einem Ort der Selbstbestimmung und zu einem Podium, auf dem der demokratische Umgang miteinander und der politische Meinungsstreit gelernt werden konnte. Dieser Vorgang war zugleich spannend und unter den bestehenden Bedingungen der DDR völlig neu: Aus der literarischen Diskussion entstand so etwas wie eine kritische Öffentlichkeit, die sich mitunter sogar als ein wirksamer Schutz gegen die Versuche des Staates erwies, Einfluss auf diese Initiativen zu nehmen. Als die Kulturhausleitung eines Tages die Absetzung Bettina Wegners und das Ende der Reihe «Eintopp» erklärte, wehrten sich die Anwesenden, indem sie spontan einen Publikumsbeirat gründeten. Dieser Beirat leitete fortan die Geschicke der Reihe und vermochte die Veranstaltungen noch über ein Jahr weiterzuführen. Mit dem Beirat war ein Modell geschaffen worden, das bis dahin einmalig war und von dem eine grosse Faszination ausging, zeigte es doch, dass es sich lohnte, sich zu organisieren und sich gegen die Behörden zur Wehr zu setzen. In den Diskussionen ging es dabei keineswegs um die Abschaffung des Sozialismus, sondern stets um die Reform der DDR, um die Beseitigung von Missständen, die Beschneidung behördlicher Willkür, kurz, um einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz. Als Vorbild

diente ganz ohne Zweifel der Prager Frühling, den Bettina Wegner und Thomas Brasch seinerzeit mit Flugblättern unterstützt hatten, der westeuropäische Reformkommunismus und das jugoslawische Modell der Arbeiterselbstverwaltung. Versuche der Selbstverwaltung gab es auch im Schriftstellerverband. Hier riefen Klaus Schlesinger, Martin Stade und Ulrich Plenzdorf, die sich bereits seit Längerem an den Lesereihen beteiligt hatten, 1975 das Modell einer zensurfreien Autoren-Edition ins Leben. Das Projekt zielte auf die völlige Änderung der Druckpraxis und auf die Abschaffung der Zensur. Als erstes Resultat sollte ein Erzählungsband «Berliner Geschichten» erscheinen, für den etwa zwanzig namhafte Autoren ihre Mitarbeit zugesagt hatten. Dass das Projekt durch die Umbrüche des Jahres 1976 letztlich verhindert wurde, schmälert nicht seine Bedeutung als wichtiger Vorläufer für das Entstehen einer unabhängigen, selbstverlegten Literatur.

Es war klar, dass diese Entwicklung weder verborgen bleiben konnte, noch auf Dauer hingenommen wurde. Doch die staatlichen Stellen hielten sich zunächst bedeckt. Nach dem Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten hatten vor allem die Weltfestspiele der Jugend und Studenten von 1973 zur internationalen Reputation der DDR beigetragen. Mit der UNO-Aufnahme und der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki, deren umfangreicher Menschenrechtskatalog auch von der DDR unterzeichnet worden war, wuchs das Renommee. Solange man allerdings den Prozess der ausserpolitischen Anerkennung gefährdet sah, liess man die kritischen Stimmen im Lande gewähren. Das änderte sich schlagartig mit der Ausbürgerung Wolf Biermanns am 16. November 1976. Mit der Ausweisung hatte man auf ein sowjetisches Modell der Konfliktlösung zurückgegriffen, das bereits zwei Jahre zuvor gegen Alexander Solschenizyn erprobt worden war. Der Autor des «Archipel Gulag» war zu Beginn des Jahres 1974 abgeschoben worden. «Die Machthaber wechseln, der Archipel bleibt», so hiess es bei Solschenizyn. Wie die Akten heute zeigen, war die Ausweisung Biermanns ursprünglich für das gleiche Jahr vorgesehen, offensichtlich hatte man 1974 noch Rücksicht auf die internationale Stimmung nehmen müssen.

Erst im nachhinein wird klar, warum sich der Staat Mitte der siebziger Jahre zu solch einem unverhältnismässig harten Durchgreifen entschloss, das die Entfaltung von Wissenschaft und Kultur um fast ein Jahrzehnt zurückwarf. Aus den heute zur Verfügung stehenden Akten lässt sich entnehmen, dass man die kritischen Intellektuellen in den Künstlerverbänden, selbstverwalteten Klubs, in Verlagen und Kulturinstitutionen in Verdacht hatte, die Traditionen des Pe-

töfi-Klubs wiederzubeleben. Und nichts befürchtete die Staatsmacht mehr als eine innere Opposition, die zu ähnlichen Reformbewegungen anwachsen könnte wie in Ungarn 1956 oder 1968 in Prag. Es ging um die Macht, und vielleicht ahnte man bereits, dass alles andere als ein stalinistisches Modell unweigerlich zur Selbstaflösung der DDR führen würde. Bereits im Vorfeld der Biermann-Ausweisung hatte man dafür Sorge getragen, dass die zu erwartenden Proteste unter Kontrolle blieben. Dazu war mit einer sogenannten Operativgruppe XX/OG innerhalb der für Massenmedien, Kunst und Opposition zuständigen Hauptabteilung XX der Staatssicherheit eine spezielle Abteilung gebildet worden, die an die Zerschlagung politischer Untergrundtätigkeit und an die Unterbindung der inneren Opposition gehen sollte. Denn in der Logik des Sicherheitsapparates galt alles, was sich kritisch äusserte, von vornherein als verdächtig. Und zur Untergrundtätigkeit wurde all das erklärt, was sich erdreistete, öffentlich nach alternativen Ansätzen zu fragen. Aus dieser Operativgruppe XX/OG entstand Anfang der achtziger Jahre die für Opposition zuständige Hauptabteilung XX/9, in deren Aufgabenbereich auch die Observation des Prenzlauer Bergs fiel.

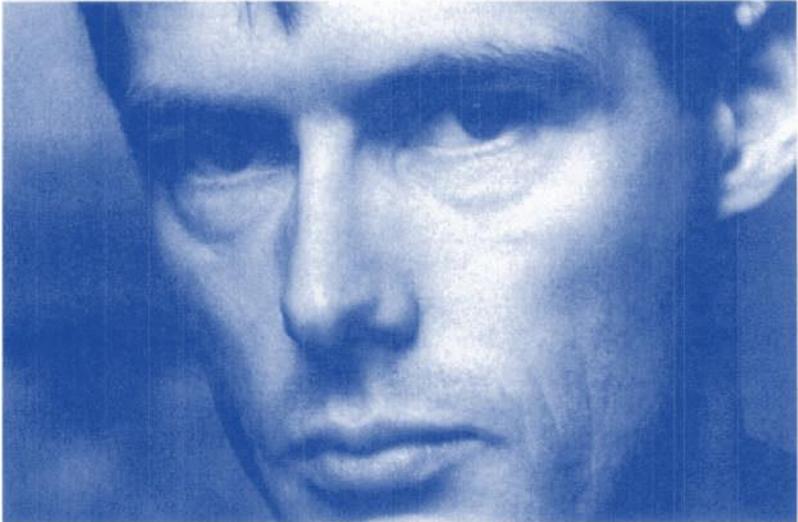
Trotz aller Vorsorge war man von der Wucht und der Zahl der Proteste überrascht. Schon einen Tag nach der Ausweisung Biermanns hatten sich über hundert Autoren, Maler und Schauspieler gegen die Ausbürgerung ausgesprochen. Stasi-Minister Mielke ordnete daraufhin an, die Unterzeichner der Protestresolution listenmässig zu erfassen. Dieser Befehl bildete den Grundstock für die flächendeckende Überwachung von Künstlern, Autoren und Angestellten kultureller Institutionen. Diese DDR-weite Erfassung und Bearbeitung hatte einschneidende Folgen für das kulturelle Leben. Sie führte zum völligen Umbau der Verlage und Kulturinstitutionen und bis 1979 zu einer anhaltenden Welle von Ausschlüssen aus den Künstlerverbänden. Wenige Tage nach der Ausweisung wurden zahlreiche kritische Autoren und Liedermacher verhaftet, unter ihnen Jürgen Fuchs, Gerulf Pannach und der Musiker Christian Kunert. Bis zum Januar 1978 traten Günter Kunert, Jurek Becker, Karl-Heinz Jakobs, Sarah Kirsch und Gerhard Wolf aus der Partei aus oder wurden ausgeschlossen. Weit über hundert Autoren kehrten der DDR in den folgenden Jahren den Rücken. Ihnen folgten Schauspieler, Maler und Musiker. Die Mehrzahl der Arbeiter- und Studentenklubs wurde geschlossen. Abgesetzt wurden auch die Reihen «Eintopp» und «Kramladen». Im November 1977 verabschiedete das Politbüro Massnahmen zur Neugestaltung der Literatur- und Kunstkritik, im Jahr darauf verfügte das Zentralkomitee der SED die Einsetzung eines «Lektorats für Kultur», das eine «kaderpolitische Analyse der wichtigsten belletristischen Verlage

und Vorschläge für evtl. kadermässige Veränderungen» erarbeiten sollte. Das hiess, die Biermann-Sympathisanten aus den Verlagen und dem Schriftstellerverband zu entfernen. Wer noch zweifelte, dem wurde spätestens im Juni 1979 nach dem Rauswurf von neun Autoren aus dem Berliner Schriftstellerverband deutlich, dass die Hoffnungen auf eine innere Reform der DDR, eine liberalere Verlagspolitik und auf die Freiheit der Rede gescheitert waren. Im gleichen Jahr verurteilte man Stefan Heym und Robert Havemann in einem Parallelprozess wegen «Devisenvergehens» zu hohen Geldstrafen. Um diese Verfahren zu ermöglichen, hatte man im Vorfeld der Prozesse eigens das DDR-Strafrecht geändert. Ende 1980 waren mit der Verhaftung von Frank-Wolf Matthies und Lutz Rathenow zum erstenmal auch jüngere Autoren betroffen, die nicht dem Schriftstellerverband angehörten. Die Biermann-Affäre führte zu einem folgenschweren Ausgrenzungsprozess kritischer Intellektueller und Künstler. Wer der DDR nicht den Rücken kehren wollte, musste neu beginnen und nach neuen Wirkungsmöglichkeiten Ausschau halten. Jetzt schlug die Geburtsstunde der verschiedenen privaten Lesungs- und Ausstellungsinitiativen im Prenzlauer Berg. Was für die bildende Kunst galt, galt auch für die Literatur. Wo Texte nicht gedruckt werden konnte, wurden sie selber verlegt. Mit über dreissig literarischen Zeitschriften, einer in die Hunderte gehende Zahl von Künstlerbüchern und einem guten Dutzend halb privater, halb öffentlicher Lesereihen bildete sich 1979 bis 1989 eine eigenständige Infrastruktur heraus, die bisweilen Züge einer künstlerischen Gegenöffentlichkeit trug.

### Lesungen, Galerien und Kneipen

Eine der wichtigsten Galerien der siebziger Jahre wurde 1974 mit der «EP Galerie» von Jürgen Schweinebraden in der Dunckerstrasse geschaffen. Die Dunckerstrasse galt neben der Lychener- und Schliemannstrasse als eine der drei Säulen des sogenannten LSD-Viertels, das im Nordosten durch die Stargarder und im Südwesten von der Dimitroffstrasse begrenzt wurde. Zählte man noch die Kneipen, Cafés und die zahlreichen Ateliers und Wohnungen der Sredzki-, Husemann- und Rykestrasse hinzu, in denen ebenfalls regelmässig Lesungen und Ausstellungen stattfanden, so erhält man das eigentliche Zentrum des Prenzlauer Bergs.

Die «EP Galerie» gilt auch heute noch als etwas Besonderes, da sich Schweinebraden nicht nur für Künstler einsetzte, die wie Ralf Winkler – der sich später A. R. Penk nannte – in der DDR nur sehr beschränkte oder gar keine Ausstellungsmöglichkeiten hatten, sondern weil er mit den Ausstellungen ein



*Uwe Kolbe, Berlin-Prenzlauer Berg 1988*



*Dachbodenausstellung bei Matthias Hohl-Stein 1982, Lychenerstr.*

weit gefächertes Konzept moderner europäischer Kunst verfolgte. Die erste Austeilung «In Memoriam Pablo Picasso» vereinigte im April 1974 etwa dreissig Künstler aus der DDR. Bis zur Schliessung der Galerie 1980 folgten siebzig weitere Ausstellungen und über fünfzig Musikveranstaltungen. Schweinebraden machte vor allem neue Kunstformen wie Mail Art, Konzeptkunst, Performance, Video aus Westeuropa und Westdeutschland bekannt und zeigte Werke von Michelangelo Pistoletto, Marcel Odenbach, Josef Erben, Bernhard u. Hilla Becher, Wolf Kahlen, Equipo Cronica, Raffael Rheinsberg u.a. Die Galerie wurde schnell zu einem Synonym für künstlerische Moderne schlechthin. Hier gab es all das, was in den offiziellen Ausstellungs- und Kulturkalendern fehlte. Für all jene, die nicht reisen konnten, war das eine Erfahrung von unschätzbarem Wert, die auch von vielen bekannten Künstlern, Kultur- und Kunstwissenschaftlern und auch von Verlagsmitarbeitern dankbar angenommen wurde. 1979 wurde gegen Jürgen Schweinebraden ein Ordnungsstrafverfahren eröffnet, 1980 folgte eine Verurteilung wegen der «Herstellung illegaler Druckerzeugnisse». Im November 1980 siedelte Jürgen Schweinebraden nach Westdeutschland über. Seine Galerie lieferte das Modell für die Gründung von über dreissig weiteren Wohn- und Alternativgalerien in allen grösseren Städten der DDR.

Auf andere Weise wurde die Arbeit von Jürgen Schweinebraden in der Ate- liergalerie von Hans Scheib Anfang der achtziger Jahre fortgesetzt. Zum Freun- deskreis um den Maler und Bildhauer Hans Scheib zählten die Maler und Gra- fiker Reinhard Stangl, Harald Toppei, Karla Woisnitza, Fotografen wie Helga Paris, der Bildhauer Anatol Erdmann, aber auch Autoren wie Bernd Wagner, Katja Lange-Müller, Lothar Trolle und Uwe Kolbe. Hier stellten unter der or- ganisatorischen Mithilfe des Malers Volker Henze bis zur 1985 u.a. auch Joa- chim Conrad, Uta Hünninger, Steffen Reck und Erasmus Schröter aus. Die Feste der Künstlergemeinschaft in die die Ausstellungseröffnungen, Auktionen und Veranstaltungen stets mündeten, wurden schnell zum Inbegriff eines «heiteren» Prenzlauer Bergs, wie das Uwe Kolbe einmal nannte. Der «heitere», von den Beteiligten mitunter auch der «alte» Prenzlauer Berg genannt, hing einem Ideal an, in dem Kunst, gemeinsames Leben und kritisches Engagement eine selbstverständliche Einheit bilden sollten. Diese ganzheitliche Auffassung von Kunst und Leben unterschied sich sowohl in der Intention als auch in der Men- talität grundlegend vom Anspruch der 1980/81 aus Dresden kommenden Künst- ler- und Autorengruppe um Sascha Anderson und führte im Laufe der Jahre zu wechselseitigen Vorbehalten und Abgrenzungen.

Die künstlerische Szene im Prenzlauer Berg der achtziger Jahre war nie ein

homogenes Gebilde gewesen, sie bestand aus einzelnen Milieus, aus kleinen und grösseren Sub-Szenen, die von der Enge der Insel DDR künstlich zusammengehalten wurden. Ihr geistiges Klima war so verschieden, wie die politischen und ästhetischen Konzeptionen. So konnte es Sascha Anderson, der mit seinem Kreis in der Keramik-Werkstatt von Wilfriede Maass in der Schönflieser Strasse Quartier bezogen hatte, durchaus passieren, dass er bei den Ausstellungen von Scheib vor verschossenen Türen stand, da ihm Hausverbot erteilt worden war. Seine intensive Tätigkeit für die Staatssicherheit war zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt, allerdings spürte man, dass hier jemand mit viel Geld und wenig durchschaubaren Verbindungen, vor allem aber mit Ehrgeiz und Intrigen daran ging, Macht und Einfluss zu gewinnen.

Parallel dazu gab es seit Mitte der siebziger Jahre eine Reihe von literarischen Veranstaltungen und Lesungen. Grosse Anziehung hatten die Lesungen in der Wohnung des Dichters Erich Arendt, die Autoren der sogenannten «mittleren Dichtergeneration» wie Adolf Endler, Elke Erb oder Richard Pietrass schnell zu allgemeiner Bekanntheit verhalfen. Die Lesungen bei Arendt bildeten einen Kreuzungspunkt zwischen den literarischen Generationen und Gruppierungen, hier las der, der mit der allgegenwärtigen Brechtschen Diktion in der DDR-Lyrik nichts mehr anzufangen wusste und nach anderen Wurzeln für das poetische Schaffen suchte. Hier wurden die Werke der französischen Surrealisten rezipiert, moderne griechische Poesie zum Teil in neuen Übersetzungen vorgestellt, der magisch-poetische Realismus der Lateinamerikaner oder Texte der russischen Dichter Marina Zwetajewa, Velimir Chlebnikow und Pasternak, die in der DDR bis dato unbekannt geblieben waren.

Wer sich hier nicht wohl fühlte, weil er neben der Literatur die politische Diskussionen vermisste, besuchte die Lesungen bei Frank-Wolf Matthies, die von Ende 1977 bis zum November 1980, ein paar Strassen weiter, beinahe monatlich in der Lottumstrasse stattfanden. Hier traf man nicht nur auf Literatur, sondern auch auf einen kritischen Geist, der vor allem von Robert Havemann, Gert Poppe oder Bärbel Bohley getragen wurde. Man traf aber auch auf ältere Autoren wie Franz Fühmann, der sich immer wieder für jüngere Autoren wie Frank-Wolf Matthies und Uwe Kolbe eingesetzt hatte. Inspiriert von Wolf Biermann, versuchte Frank-Wolf Matthies die Lesereihe in ein Podium zu verwandeln, auf dem sich kritische Literatur und oppositionelles Engagement verbanden. Enge Verbindung unterhielt Matthies auch zu Westberliner Autoren. Nach einer Diskussion mit Johanno Strasser und Günter Grass über die Kontur einer einheitlichen deutschen Nation im Herbst 1980, wurde Matthies, zusammen mit

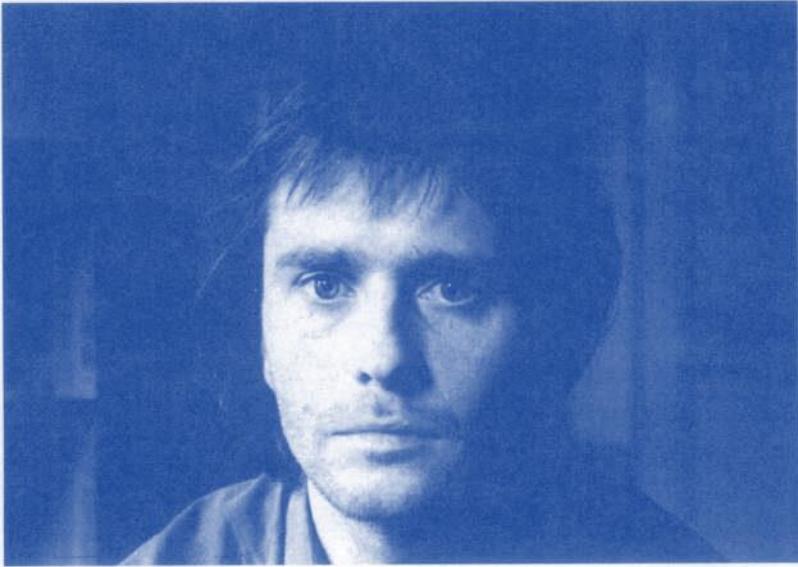
Lutz Rathenow, im November 1980 verhaftet und reiste Anfang 1981 nach Westberlin aus. Seine Lesereihe wurde bis Mitte der achtziger Jahre von Gert Poppe in der Rykestrasse fortgesetzt. Wie Matthies, versuchte auch Gert Poppe durch seine Lesungen ein kritisches und politisch engagiertes Publikum zusammenzuführen. Aus dem Kreis um Poppe ging in späteren Jahren die oppositionelle «Initiative für Frieden und Menschenrechte» hervor, deren illegal gedruckte Zeitschrift *Grenzfall* in Ost und West Berühmtheit erlangte.

Während sich bei Matthies und Poppe ein eher politisch engagiertes Publikum einfand – ab Mitte der achtziger Jahre wären noch die Lesungen bei Stephan Bickhardt und Ludwig Mehlhorn, den späteren Gründern der Bürgerbewegung «Demokratie Jetzt», zu nennen –, wurde die Tradition des literarischen Salons, vor allem von den 1979-1984 monatlich stattfindenden Lesungen bei Ekkehard Maass in der Schönfliesser Strasse fortgesetzt. In der Keramik-Werkstatt seiner Frau und in seiner Wohnung traf sich alles, was in der Literatur und Kunst nach einer neuen Sprache und nach neuen Ausdrucksformen strebte: Grafiker und Maler wie Ralf Kerbach, Cornelia Schleime, Wolfram Adalbert Scheffler, Filmemacher, Musiker und Autoren. Neben Paul Gratzik, Volker Braun oder Christa Wolf, die des Öfteren als Gäste anwesend waren, war hier vor allem die jüngere Autorengeneration um Sascha Anderson präsent. Hier las der avantgardistisch ausgerichtete Teil des Prenzlauer Bergs, von denen Dichter wie Bert Papenfuss, Jan Faktor oder Stefan Döring die bekanntesten sein dürften. Verlagslektoren aus Ost und West waren hier ebenso zu Hause wie Literaturwissenschaftler aus den USA oder Journalisten aus Frankreich. Wer kam und sich an den demonstrativ parkenden Polizeiwagen vor dem Haus vorbeigeschoben hatte, wurde ausreichend bewirtet, fand meist mehrere Salate vor und auf dem Herd einen grossen Kessel mit Suppe. Eine Geste, die die Lesungen zu einem Erlebnis besonderer Art werden liessen.

Nach dem Ende der Lesungen stellte sich immer wieder die gleiche Frage: War die Polizei noch draussen, oder war sie weg? Und wo bekam man jetzt noch etwas zu trinken her. Man fragte nicht, wo man etwa Bier zu kaufen bekäme, nein, das Wort «trinken» war so eindeutig, dass ohnehin nur zwei oder drei Kneipen übrigblieben. In allen anderen Lokalen waren Autoren, Maler oder die, die sich dafür hielten, nicht sonderlich willkommen. Und da es ohnehin zu wenig Gaststätten und Cafés gab, herrschte das Personal fast unumschränkt. Das Wort des Kellners war Gesetz, und der Gast, egal ob er nun aus dem Osten oder Westen kam, war gut beraten, sich daran zu halten. Immerhin, es gab auch Ausnahmen. Kam man in eine dieser Kneipen, stellte man sich in gebührendem

Abstand der Theke auf, um zu zeigen, dass man auf den sehr viel preiswerteren Ausser-Haus-Verkauf zu hoffen wagte. Sich nicht zu setzen, bedeutete immer ein Vabanque-Spiel, da es durchaus passieren konnte, dass man unverrichteter Dinge wieder abziehen musste. Gäste, die nur kamen, um sich mit Flaschen einzudecken, waren meist höchst unerwünscht. Da gab es zunächst den «Oderkahn» in der Oderberger Strasse, nahe der Mauer gelegen. Aus unerklärlichen Gründen sollte dieser Strassenzug zu DDR-Zeiten doch noch weichen. Aus den Bürgerprotesten gegen den drohenden Abriss organisierten sich 1989 Teile der Bürgerbewegung «Neues Forum». Doch zurück zum «Oderkahn»: Hier scheiterte jeder, der den Eindruck erweckte, nicht dazuzugehören. Die Gründe, nicht dazuzugehören waren vielfältig und stets undurchschaubar. Vielleicht lag es auch nur daran, dass der Grundriss des Lokals so beschaffen war, dass sich jeder Neuankommende zunächst einer Gesichtskontrolle unterziehen musste. Wer eintrat, musste unweigerlich an der Theke vorbei. Und wer den prüfenden Blicken nicht standhielt, landete nach einem kurzen Ausbruch wieder auf der Strasse: «Ihr kommt hier nicht rein, ihr nicht.» Die Diktatur reproduzierte die Spielregeln der Macht in den entferntesten Winkeln. Wer nicht genug Geld hatte, um sich im frisch renovierten «1900» am Kollwitzplatz einen geduldeten Platz zum Trinken zu erstehen, war immer noch am besten im «Fengler», ein paar Strassen weiter, in der Lychener Strasse aufgehoben. Rückte die Sperrstunde vor, verriegelte Fengler die Türen und erklärte seine Kneipe zur privaten Feier, vor allem dann, wenn sich kurz nach Mitternacht noch ein paar Jazz-Musiker mit ihren Instrumenten eingestellt hatten. Wer bis zum frühen Morgen durchhielt, klopfte, bevor er schlafen ging, noch schnell gegenüber beim Bäcker nach Schrippen oder reihte sich in die Schlange ein, die bei «Konopke» unter der U-Bahn ab fünf Uhr nach Currywurst anstand.

Zog man stattdessen in eines der beiden bekannten Szene-Cafés, in das «Mosaik» an der Prenzlauer Allee oder in das «WC» genannte «Wiener Café» im oberen Drittel der Schönhauser Allee, so war auch hier keineswegs sicher, ob sich noch Platz fand. Hatte man im «Mosaik» genug von den ewig gleichen Geschichten: Wer als nächstes aus welchen Gründen auszureisen gedachte bzw. gerade ausgereist war, so stiess man im «Wiener Café» auf ein Tableau von ähnlicher Regelmässigkeit. Hier traf sich meist die gleiche Gruppe von Autoren, um mit unsicheren Ost-West-Transaktionen irgendwie doch noch ins Geschäft und zu Geld zu kommen. Man nippte müde am Kaffee, kippte Kognak und spielte Schach. Unter ihnen auch Rainer Schedlinski, der 1986-1990 als Herausgeber der essayistischen Zeitschrift *Ariadnefabrik* fungierte und dessen



*Rainer Schedlinski, Berlin-Prenzlauer Berg 1988*



*Café 1900*



*Wiener Café, 1987*

beinahe sprichwörtliche Anwesenheit weit weniger mit einer literarischen Café-Tradition à la Altenberg zu tun hatte, als mit der pflichtbewussten Erfüllung eines inoffiziellen Nebenjobs. Heute sucht man vergeblich nach einem der Cafés. Wo einst Ausreisepläne geschmiedet wurden, erstrahlt heute die Filiale einer deutschen Bank und dort, wo man sich im Dunstkreis von Geld, Literatur und Kognak Schachfiguren verschoben, klimpern heute die Automaten eines Spielsalons.

Im Laufe der achtziger Jahre kam es zu einem regelrechten Lesungsboom. Wer einigermaßen Bescheid wusste, konnte Mitte der achtziger Jahre allein im Prenzlauer Berg zwischen fünf bis zehn verschiedenen Angeboten wählen, zuviel für die sieben Tage einer Woche. Doch nicht alle Veranstaltungen waren von gleicher Qualität. Sie waren auch nicht in gleicher Weise wichtig. Für das literarische Leben bleiben heute nur jene im Gedächtnis, die zum Podium und Sprachrohr einer Autorengruppe wurden bzw. jene Lesungen, deren Initiatoren versuchten, mit ihrem Engagement ein allgemeines Defizit in der Kulturlandschaft der DDR zu beheben, nämlich Öffentlichkeit herzustellen.

### **Kultur oder Gegenkultur**

Die klassische Moderne hat einen grossen Entwurf hinterlassen, der zuweilen auch als Massstab für die Bewertung des Prenzlauer Bergs dient: Die Einheit von politischer und künstlerischer Avantgarde. Diese Idee bezieht ihre Faszination aus der Gleichsetzung von Kunst- und Gesellschaftsentwicklung. Keine soziale Veränderung kommt ohne die der Kunst aus, wie auch umgekehrt: Ästhetische Revolutionen haben immer auch Auswirkungen auf die Gesellschaft. Der Künstler erscheint in diesem Konzept nicht nur als ästhetischer Aktivist, sondern auch als politischer Vordenker. Nachdem 1989/90 die Hoffnungen auf eine reformierbare DDR zusammengebrochen waren und die Stasi-Debatten des Winters 1991/92 die letzten Illusionen über den Charakter der DDR weggefegt hatten, stellt sich die Frage, ob dieser klassische Entwurf überhaupt noch haltbar ist. Sind die Erfahrungen unseres Jahrhunderts nicht völlig anders, zeigen sie doch, dass der Künstler in der Regel alles andere als ein politischer Vorreiter gewesen ist. Und haben nicht auch die Stasi-Enthüllungen bewiesen, dass diese Vorstellung an den Realitäten völlig vorbeizugehen scheint?

Natürlich gibt es immer wieder Modellfälle für die Verbindung von Geist und politischer Tat wie beim russischen Konstruktivismus, bei den Berliner Dadaisten oder beim politisch ausgerichteten Flügel der deutschen Expressionis-

ten. In den siebziger Jahren, besonders aber nach der Biermann-Ausweisung 1976 schien es für einige Jahre solch eine Identität zu geben. Kritische Autoren und Oppositionelle waren gleichermassen von der schwierigen politischen Situation in der DDR betroffen und staatlichen Übergriffen ausgesetzt. Das Grundmuster dieser Kriminalisierungen war einfach: Belangt wurde man wegen «staatsfeindlicher Tätigkeit», wegen der «Herabwürdigung» staatlicher Institutionen, wegen «asozialer Lebensweise», falls man keiner «geregelten Arbeit» nachkam. Das Register liesse sich fortsetzen. Aus diesen Gründen war es selbstverständlich, dass sich Künstler und Oppositionelle auch gemeinsam an politischen Aktionen beteiligten. Wichtige Beispiele sind die von Autoren und Bürgerrechtlern getragenen Proteste gegen die atomare Aufrüstung der DDR, die 1981 an den SED-Chef Honecker und an Leonid Breschnew gingen, oder die Initiative «Frauen für den Frieden», an der sich neben Katja Havemann und Bärbel Bohley auch Autorinnen wie Elke Erb beteiligten. Von einem Bruch zwischen Opposition und künstlerischer Szene konnte bis zum ersten Drittel der achtziger Jahre noch keine Rede sein.

Das traf zunächst auch auf die jene Autorengeneration zu, die zwischen 1975 und 1980 die literarische Bühne betrat. Die Bedingungen, die ein Autor um 1980 für seinen Start vorfand, waren indessen alles andere als günstig. Die Biermann-Affäre hatte das Klima polarisiert und die Publikationsmöglichkeiten fast völlig eingeschränkt. Die jüngeren Autoren waren zwar an diesen politischen Auseinandersetzungen nicht mehr beteiligt, wurden aber von deren Folgen betroffen. Ausserdem unterschieden sich die zwischen 1950 und 1960 Geborenen deutlich von der vorhergehenden Generation um Volker Braun, Elke Erb, Rainer Kirsch oder Karl Mickel. Sie war keine Nachkriegsgeneration mehr. In den Mauer-Sozialismus «hineingeboren», wie der Titel eines Gedichtbandes von Uwe Kolbe lautete, hatte sie ganz andere Leitbilder entfaltet. Stark von der Rock- und Popkultur beeinflusst, war sie die erste Generation der DDR, die von Anfang an unter dem TV-Einfluss aus Ost und West aufgewachsen war. Die Möglichkeit, den kulturellen und politischen Kulturkreis jederzeit mit den TV-Kanälen zu wechseln, machte den universellen Anspruch der Ideologie absurd. Das sollte Folgen auch für das politische Selbstverständnis der Autoren haben. So provozierte Wolf Biermanns Stossgebet der Oma Meume, den Sozialismus endlich siegen zu lassen, nicht mehr als ein müdes Lächeln. Mit diesen Idealen wollte man nichts mehr zu tun haben. Die DDR schien im Blick der Nach-Biermann-Generation immer mehr zum absurden Freiluftmuseum zu verkommen. «Die DDR ist eine Kolonie», schrieb der rumäniendeutsche Dichter

Richard Wagner 1988 in der Leipziger Kleinzeitschrift *Anschlag* und traf damit die allgemeine Stimmungslage. Sollte man eine Kolonie verbessern? Völlig ausgeschlossen. Und der Sozialismus? Ein Problem seiner Gründer.

Stellvertretend für solcherart Absagen steht ein Akrostichon, das Uwe Kolbe Anfang der achtziger Jahre in eine Debütanten-Anthologie schmuggeln konnte, ohne dass der verborgene Sinn des Textes entschlüsselt worden wäre. Die Anfangsbuchstaben des Wörtersammelsuriums mit dem Titel «Kern meines Romanes» ergaben folgenden Text: «Eure Masse sind elend. Euren Forderungen genügen Schleimern. Eure ehemals blutige Fahne bläht sich träge zum Bauch. Eurem Heldentum, den Opfern widme ich einen Orgasmus. Euch mächtigen Greise zerfetzte die tägliche Revolution.» Von ähnlicher Eindringlichkeit zeugt ein Text von Stefan Döring, der 1983 den Text der DDR-Nationalhymne «Aufstanden aus Ruinen» in einen Nekrolog umschreibt; «aufgestanden und ruiniert / gewandter in losen gewändern / neuer Vergangenheit zugewandt / heult in Zukunft Sirenen / zeitwinds wehn von Ursprung / durch dies loch jetzt / Zuhälter und aufreisser / meister im flötenspiel / dem rechten augenblick / zu pfeifen den totentanz».

Fasst man die verschiedenen poetischen und sprachkritischen Modelle der jüngeren Autorengeneration zusammen, stösst man auf einen radikalen Individualismus, der sich jeglicher Einbindung in übergeordnete Sinn- und Machtstrukturen verweigert. Abgelehnt wird nicht nur der Diskurs der Macht, sondern auch der der Opposition, ja, beide Diskurse werden parataktisch in eins gesetzt, wie eine Reihe von sprachartistischen Texten von Bert Papenfuss zeigt, in denen er, wohl mit Blick auf andere Bürgerrechtler, das Engagement Bärbel Bohleys durch den Kakao zieht. Die politische Macht wird mit der politischen Ohnmacht rhetorisch kurzgeschlossen. Diese Erscheinung lässt sich vor allem bei Autoren aus dem unmittelbaren Kreis von Sascha Anderson nachweisen. Als Rainer Schedlinski im Mai 1990 gefragt wurde, was der Prenzlauer Berg für sein Selbstverständnis bedeut habe, antwortete er: «Es war eine Möglichkeit, gut zu leben ... Wie Anderson immer sagt: Nicht für oder gegen den Staat, sondern ausserhalb des Staates.» Und auf den Umgang mit der Macht angesprochen, entgegnete er lapidar: «Es war ja auch ein Spiel ... Eine Emanzipationsgeste, die aber eigentlich nur darauf hinauslief, diese Macht zu ignorieren, damit leben zu können. Weil es eine würdigere Form des Umgangs auf eine andere Art nicht gab.» Natürlich gab es würdigere Umgangsformen mit der Macht als die der Kollaboration. Erinnert sei an den offenen Brief Uwe Kolbes aus dem Jahr 1984, mit dem er das Zentralkomitee und Kulturministerium mit einem

ganzen Forderungskatalog bürgerlicher Grundrechte wie Presse-, Reise- und Versammlungsfreiheit konfrontierte.

Diese fatalistische Anpassung an das Gegebene durch den Sascha-Anderson-Kreis ist von anderen Autoren scharf kritisiert worden, so von Jan Faktor, Uwe Kolbe oder auch von Lutz Rathenow. Rückblickend lässt sich sagen, dass die Kritik am herrschenden System nur dort kein modischer Trick wurde, wo dieses System auch benannt wurde. Doch diese Benennung blieb in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zunehmend aus. Da man zu sagen vermied, worum es in der literarischen Arbeit eigentlich ging, war nicht nur der Dialog zwischen den Autoren gestört, sondern auch der Kontakt zur Öffentlichkeit. So geriet gerade jene Literatur, die sich immer für kritisch gehalten hatte, in die paradoxe Situation, dass ihre Kritik selbst von den Kritisierten nicht mehr verstanden wurde. Rainer Schedlinski wusste, wovon er sprach, als er bereits 1985 fragte: «soll nun die literatur auf sich selbst oder auf ihr publikum verzichten?»

Diese Verweigerungshaltung steht natürlich in einer bestimmten ästhetischen Tradition. Es ist dies weniger der poststrukturalistischen Theorie geschuldet, die von ihren Kritikern immer wieder zu einer «Ideologie des Verrats» stilisiert wird, sondern eher einem an Baudelaire geschulten Begriff von Modernität. Der baudelaireische Typus des Dichters will gar nicht verstanden werden. Im Gegenteil, er möchte verblüffen, denn nichts ist für ihn so demütigend wie die Entdeckung, dass ihn die Allgemeinheit akzeptiert. Normalität ist ihm ein Greuel. Wenn er eine Verpflichtung anerkennt, so einzig die zu einer besonderen Rhetorik. Wenn er je ein Kunstwerk akzeptiert, dann das seines Lebensentwurfs. Seine Existenz wird dabei zum literarischen Text, sein Umfeld zur literarischen Szene. Dennoch gibt es einen gravierenden Unterschied: Baudelaire setzte seinen Typus des Dandys seinerzeit strikt von der Sphäre des Bürgertums ab. Zu dieser Sphäre gehörte auch der Staat. Der exklusive Zynismus des Dichters beruht allein auf der rhetorischen Überlegenheit seiner Sprache, nicht auf dem machtgeschützten Zynismus der Unverwundbarkeit.

## Die Sprache der Macht

Kaum etwas anderes hat die Literatur- und Kunstszene des Prenzlauer Bergs so nachhaltig und entscheidend verändert wie die Stasi-Debatte. Weit mehr als der Fall der Mauer oder das Ende der DDR hat sie das Selbstverständnis der Literatur in Frage gestellt und die bestehenden literarischen Koalitionen und Grup-

pierungen auseinandergesprenzt. War die Literatur oppositionell, war sie nur ein ästhetisches Gruppenexperiment oder gar eine Simulation der Staatssicherheit, wie von den Kritikern vielfach behauptet wurde? Worin bestanden die Konzeptionen der Staatsmacht im Umgang mit den nicht angepassten, jüngeren Autoren und Künstlern?

Aufschluss über die Intentionen des Staates geben die internen Protokolle einer Tagung des Zentralkomitees vom 11. November 1981. Auf ihr wurde der Umgang mit sogenannten «nichtorganisierten Nachwuchsschriftstellern» – gemeint waren die Prenzlauer-Berg-Autoren – bis Ende der achtziger Jahre festgeschrieben. Anlass gab Franz Fühmann mit einer Sammlung von dreissig jüngeren Autoren, die in der DDR nicht publizieren durften. Fühmann hatte Uwe Kolbe und Sascha Anderson mit der Zusammenstellung betraut. Gedacht war diese Sammlung als Studienmaterial für die Akademie der Künste und als Test. Die Anthologie sollte dokumentieren, was an neuer Literatur nach Biermann entstanden war. Zugleich sollte sie zeigen, ob die DDR zu einer Veröffentlichung nonkonformer Stimmen bereit wäre. An oberster politischer Stelle hatte man schnell erkannt, dass das Gespenst einer neuen Autorenkoalition umging. Im Monatsbericht des Zentralkomitees für November 1981 heisst es dazu: «Viele die sich für Schriftsteller halten und zum Teil sogar freiberuflich tätig sind, haben keinerlei Kontakt zum Verband und in einigen Fällen auch nicht zu DDR-Verlagen. Damit sind die Einflussmöglichkeiten auf diese jungen Leute von vornherein begrenzt ...» Ergebnis der ZK-Sitzung, zu der das Protokoll die Anwesenheit von Kulturminister Hoffmann, Ideologie-Chef Hager und das Beisein Erich Honeckers vermerkt, war ein Differenzierungsplan, der die beteiligten Autoren in drei Kategorien einteilte: Wer in «positivem Sinne für den Sozialismus nutzbar gemacht werden kann», sollte als Kandidat für den Schriftstellerverband gewonnen werden. Wer sich gegen den Staat betätigt, wird einer geregelten Arbeit zugeführt. Und diejenigen, «die sich asozial und staatsfeindlich verhalten, müssen entsprechend den Gesetzen behandelt werden». Des Weiteren wurde die Gründung von «Literaturzentren» beschlossen, die der Einbindung, Betreuung und «Rückführung» nichtorganisierter Autoren dienen sollten, die unter den Einfluss kritischer Gruppierungen geraten waren. Die Verbreitung der «Akademie-Anthologie» wurde untersagt, die im Umlauf befindlichen Manuskripte eingezogen.

Interessanterweise beförderte gerade das Verbot der «Akademie-Anthologie» die Gründung zahlreicher selbstverlegter Zeitschriften. Da man nicht veröffentlichen konnte, musste man sich die Publikationsmöglichkeiten selber schaffen. In kurzer Folge wurden zahlreiche Editionen geschaffen, deren Titel

zugleich Programm waren. Sie hiessen *Schaden*, *Der Kaiser ist nackt*, *Mikado*, *Entwerter Oder*, *Bizarre Städte* oder *Ariadnefabrik*. In Dresden und Leipzig kamen noch Titel wie *Anschlag*, *Und*, usw. oder *Zweite Person* hinzu. In diese Zeit hinein fällt auch das Bemühen der Staatssicherheit, Einfluss auf die Autoren des Prenzlauer Bergs zu gewinnen. Die inzwischen aufgefundenen Dokumente zeigen, dass sich die Stasi zum vorrangigen Ziel setzte, den Zusammenschluss von kritischen Künstlern zu verhindern und deren Politisierung zu unterbinden. Die Autoren müssten vielmehr in die staatlichen Strukturen zurückgeführt werden. Allerdings war es schwierig, dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen, da sich die Verantwortlichen mit der Ausgrenzung der Autoren selbst um jeden Einfluss gebracht hatten. Wo die Instrumente der Politik versagten, wurde die Staatssicherheit aktiv, und aktiv wurde sie vor allem mit Hilfe inoffizieller Mitarbeiter. Sie waren in der Literaturszene des Prenzlauer Bergs der inoffizielle Arm der offiziellen Kulturpolitik. Sascha Anderson, später auch Rainer Schedlinski, übernahmen hier wichtige Aufgaben.

Nach dem Verbot der «Akademie-Anthologie» scheiterte im März 1984 auch der zweite Versuch der Prenzlauer-Berg-Autoren, sich zu organisieren. In einem Hinterhaus-Atelier waren über vierzig Autoren und Künstler zu einer Veranstaltungsreihe mit dem bezeichnenden Namen «Zersammlung» zusammengekommen, um einen unabhängigen Künstlerverband zu gründen. Der Verband sollte den Beteiligten vor allem zu grösserer Öffentlichkeit verhelfen. Geplant war, gemeinsam Druck auf die Verlage auszuüben, sich über die Veränderungen der politischen Lage abzustimmen und etwas gegen die um sich greifende Ausreisewelle zu tun. Dazu wollte man im Anschluss an das Treffen zu einem monatlichen Arbeitskreis zusammenkommen, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Dieser Arbeitskreis kam zwar zustande, wurde aber nicht aktiv. Durch eine differenzierte, von Sascha Anderson massgeblich mitbestimmte Personalpolitik, wurden all jene Autoren von der Entscheidungsfindung ausgeschlossen, bei denen Gefahr bestand, dass sie politisch aktiv werden konnten. So wurden Autoren wie Lutz Rathenow, Bernd Wagner, Rüdiger Rosenthal, Leonhard Lorek oder Jan Faktor entweder nicht in die Vorbereitung des Treffens einbezogen oder erfuhren nur durch Zufall von dem Vorhaben. Diese Fäden wurden im Verborgenen gezogen, galt es doch, die Bildung einer unabhängigen Organisation zu verhindern. Anderson knüpfte dabei geschickt an die wechselseitig bestehenden Vorbehalte unter den Autoren an und spielte die unterschiedlichen literarischen Richtungen gegeneinander aus: hier die politischen Dichter, dort die Sprachartisten. So bewirkte die «Zersammlung» das Ge-



*Bert Papenfuss-Gorek*

genteil ihres Vorhabens. Sie versammelte nicht, sie zerstreute die Autoren. Die «Zersammlung» kann heute als Schlusspunkt der gegenkulturellen Ansätze in den künstlerischen Szenen am Prenzlauer Berg gelten.

Die Beispiele zeigen, dass es den Initiatoren von Lesungen, Zeitschriften und Ausstellungen weniger um die Schaffung einer Gegenkultur ging, die sich als bewusste Opposition gegenüber Partei und Staat verstand, als um die Etablierung eines öffentlichen Raumes, der frei war von staatlichen Ein- und Übergriffen. Rückblickend erinnert sich der Maler und Bildhauer Reinhard Stangl an die monatlichen Ausstellungen in der Galerie von Hans Scheib: «Und ich kam aus einem Land, in dem jede Möglichkeit genutzt wurde, sich ausserhalb des offiziellen Betriebes zusammenzufinden, sich Bilder anzusehen und eine gewisse Öffentlichkeit herzustellen, um über politische Dinge zu reden oder sich überhaupt zu finden, was ja nach einer gewissen Zeit zerschlagen oder kriminalisiert wurde. (...) Diese Versuche zeigten die Schwierigkeiten, sich einen Platz zu suchen, anzufangen, so etwas wie eine alternative Kultur zu formulieren.»

### Ausblick

Ab Mitte der achtziger Jahre kam es zu einer gegenläufigen Entwicklung, die im nachhinein zu recht unterschiedlichen Deutungen geführt hat. Während sich die oppositionellen Gruppen ab 1986 fester zusammenschlossen und sich mit eigenen Informationszeitschriften an die Öffentlichkeit wandten, versuchte man die Autoren schrittweise wieder in die literarische Öffentlichkeit der DDR zu integrieren. 1986 fand das erste offizielle Gespräch im Berliner Aufbau-Verlag statt. Zwar sollte es noch einmal über zwei Jahre dauern, ehe die ersten Bände «Ausser der Reihe» erschienen – so der Titel der von Gerhard Wolf herausgegebenen Reihe –, die Entwicklung zeigte aber, dass sich das kulturelle Klima zu verbessern schien. Zu gleicher Zeit wurden die Mitglieder der Oppositionsgruppen aber unnachgiebig verfolgt. Im gleichen Masse wie der Druck auf die Oppositionsgruppen zunahm, nahm der Ausgrenzungsdruck auf Autoren und Künstler ab. Autoren, die sich nicht unmittelbar an den Aktionen der Oppositionsgruppen beteiligten, konnten nach und nach veröffentlichen und mitunter sogar in den Westen reisen. Selbst die Herausgabe von Literaturzeitschriften, in den siebziger Jahren noch als Straftatbestand auf das Schärfste verfolgt und Anfang der Achtziger noch als Ordnungswidrigkeit eingestuft, stellte im letzten

Drittel der achtziger Jahre keinen Grund behördlicher Besorgnis dar. Die Literaturzeitschriften und Künstlerbücher hatten nach und nach eine Popularität erlangt, die sie in Ost und West zum Gegenstand eines breiten Interesses machten. Sie wurden nicht nur vom Osteuropa-Institut in Bremen oder vom Deutsche Literaturarchiv in Marbach erworben, sondern ab 1987 auch von Bibliotheken in der DDR. Nicht toleriert wurden dagegen die politischen Informationszeitschriften, die wie der *Grenzfall* und *Umweltblätter* eine Auflage von mehreren Tausend aufwiesen oder wie die ebenfalls im Prenzlauer Berg hergestellte Serie der *Radix-Blätter* sogar mit Auflagenhöhen bis zu 15'000 Exemplaren aufwarten konnten. In einer 1989 von der Staatssicherheit erarbeiteten Bibliographie «nichtgenehmigter Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse» fehlen die literarischen Zeitschriften fast völlig. Sie interessierten nicht mehr, die Bedrohung der DDR kam inzwischen von ganz anderer Seite.

An der 1989er Wende war die Mehrzahl der Prenzlauer-Berg-Autoren so gut wie nicht beteiligt. Gegenüber der Bürgerbewegung teilten sie die ablehnend-abwartende Haltung der etablierten DDR-Autoren, die bisweilen sogar in regelrechte Abneigung umschlagen konnte. Bei einigen löste der Zusammenbruch des Staates und die Wiedervereinigung eine verspätete Identifizierung mit der DDR aus. Die Gründe dafür sind vielfältig und beschränken sich bekanntermaßen nicht nur auf Autoren und Künstler. Für die meisten bedeutete der Zusammenbruch der DDR zugleich den Verlust des Freiraumes Prenzlauer Berg, in dessen Nischen man sich über Jahre hinweg eingerichtet hatte und der, trotz aller Widerlichkeiten, eine relativ gesicherte Existenz ermöglichte, vor allem, wenn man im Westen veröffentlichen konnte und im Osten leben. Aus einigen Zeitschriften sind unterdessen Literaturverlage entstanden. Zu nennen sind der «Kontext»-Verlag, das «Druckhaus Galrev» um Sascha Anderson und Rainer Schedlinski und der Verlag «Janus Press», mit dem Gerhard Wolf sein «Ausser der Reihe» begonnenes Engagement für avantgardistische Literatur fortsetzt. Die Malerszene hat sich indessen rund um das Kunsthaus «Tacheles» in das Scheunenviertel nach Berlins Mitte verlagert. Dort finden sich die gleichen Bedingungen, die in den siebziger und achtziger Jahren ausschlaggebend für die Besiedelung des Prenzlauer Bergs waren: Wohnraum, Kneipen, Cafés, Ateliers und genügend Raum für das Experiment mit Ideen, Materie und dem eigenen Körper; vor allem aber ein nie versiegender Publikumsstrom, der sich Nacht für Nacht staunend durch die Strassen ergießt.

MARTIN-MICHAEL PASSAUER

## SCHUTZRAUM FÜR DIE OPPOSITION? DIE ROLLE DER KIRCHE IN DER DDR EIN GESPRÄCH MIT BERND WILCZEK

**Bernd Wilczek:** *Herr Passauer uns allen haben sich die Bilder aus dem Jahre 1989 eingeprägt, auf denen Kirchen und Kirchengelände zu sehen sind – nicht zuletzt das der Sophiengemeinde –, die voller Zuflucht suchender Menschen sind. Aus diesen Bildern leitet man oft die Vorstellung ab, die Kirche sei ein Schutzraum der Opposition gewesen. Wie würden Sie die Rolle der Kirche im Verlauf von vierzig Jahren DDR beschreiben?*

Martin-Michael Passauer: Vierzig Jahre sind gemessen an der Dauer eines Menschenlebens eine relativ lange Zeit. Im Verlauf dieser vierzig Jahre hat die Kirche in der DDR verschiedene Phasen durchlebt und durchlitten. Nach dem Krieg brach sie auf als eine Volkskirche, und während der Zeit der Sowjetischen Militäradministration war sie für die Sowjets eine wesentliche Grösse, weil sie die einzige noch bestehende Institution war, die nicht im Verdacht stand, in ihrer Gesamtheit mit den Nazis kollaboriert zu haben. Aus diesem Grunde gestand man ihr bestimmte Privilegien zu. So erhielt sie beispielsweise Teile ihrer Besitztümer wieder zurück, obwohl ja im Zuge der Bodenreform eigentlich Enteignungen im grossen Massstab stattfanden. Hiervon war die Kirche nur zum Teil betroffen.

Die sich an diese unmittelbaren Nachkriegsjahre anschliessende Phase könnte man als die Phase der totalen Konfrontation, der Kampfansage der DDR an die Kirche bezeichnen. Sie dauerte etwa bis Ende 1953. In dieser Zeit wurden junge Leute aus der Oberschule verwiesen, nur weil sie zur Kirche und zur Jungen Gemeinde gehörten. Die Begründung hierfür lautete, dass es sich bei der Kirche, insbesondere bei der Jungen Gemeinde, d.h. der Gruppe der Jugendlichen innerhalb der Kirche, um eine Tarnorganisation des Imperialismus handele.

Auf diese Phase folgte eine Zeit, in der eine gewisse Konsolidierung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat zu beobachten war, mit der allerdings eine zunehmende Säkularisierung der DDR-Gesellschaft einherging. D.h., die Kirche wurde als Institution immer weiter aus der Gesellschaft hinausgedrängt. Viele Menschen liessen sich nicht mehr taufen oder konfirmieren und liessen

ihr Kirchensteuerverhältnis ruhen. In dieser Zeit setzte in der Kirche ein Reflektionsprozess ein, der zur Definition eines neuen Selbstverständnisses führte, das zusammenfassend etwa wie folgt zu charakterisieren ist: Man verstand sich zwar als eine Kirche für das Volk, nahm aber Abschied von der Idee der Volkskirche. Die Strategie der Kirche gegenüber dem Staat war so angelegt, dass man immer ein wenig oberhalb der Konfrontationsschwelle agierte. Zwar wollte man versuchen, das eigene kirchliche Zeugnis zu leben, sich jedoch nicht auf eine Basis begeben, die einen auf die Rolle einer ständigen Opposition oder Widerstandsgruppe im Lande fixiert. Diese Position fand 1969 ihren Niederschlag in der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. In dieser Zeit unterhielt die Kirche verstärkt Kontakte zur DDR-Regierung. Der tiefere Grund für dieses Bemühen um bessere Kontakte mit der DDR-Regierung war die Tatsache, dass es in der DDR im Unterschied zu den westlichen Ländern keinen sogenannten Staatskirchenvertrag gab. Die Kirche besass also rechtlich überhaupt keine Funktion in diesem Land. Mit anderen Worten: Jedes kleinste Detail die Kirche betreffend, und sei es auch nur ein eingeführtes Auto oder ein Röntgengerät für ein Krankenhaus, war Gegenstand von Verhandlungen zwischen Staat und Kirche. In Wahrheit war diese Phase der scheinbaren Konsolidierung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche die eigentlich schwierige Phase, da man sich zwar ständig in Verhandlungen befand, aber über keine rechtliche Grundlage verfügte und sich somit der staatlichen Willkür beständig ausgeliefert sah. In dieser Zeit war die Strategie der Kirche wohl in erster Linie darauf ausgerichtet, ihren eigenen Bestand zu wahren, denn schliesslich musste sie sich ja als Minderheitenkirche irgendwie über Wasser halten. Auf der anderen Seite hat sie vielleicht gerade in dieser Zeit am stärksten nach ihrem politischen Mandat gefragt, herausgefordert durch die entstehenden Gruppen von Menschen, die die Kirche nutzten als einzigen nicht staatlich reglementierten Raum in der Gesellschaft. Diese Menschen erinnerten die Kirche quasi an diesen Status und forderten sie dazu auf, sich als Schutzraum zur Verfügung zu stellen.

*Ich denke, der Zeitpunkt dieser Entwicklung dürfte sich relativ genau auf das Jahr 1980 und die erste Friedensdekade datieren lassen.*

Meiner Meinung nach muss dieser Zeitpunkt etwas früher angesetzt werden. Im Zusammenhang mit der Einführung des sogenannten Wehrkundeunterrichts an den Schulen 1976 kam es zu den ersten Konfrontationen. Und hier liegt gewis-

sermassen die Wiege des Friedenhandelns der Kirche, denn die Kirche musste sich zu der neuen Regelung in irgendeiner Weise verhalten.

Den Friedensdekaden voraus ging ursprünglich eigentlich die Idee einer Wiederbelebung des in der DDR völlig ignorierten Buss- und Bettages. Das Anliegen von uns Jugendpfarrern bestand darin, an dem Busstag mittags um zwölf ein kurzes Friedensgebet stattfinden zu lassen. Die DDR verstand dieses Bestreben als eine Art Aufruf zum Generalstreik, denn wenn mittags um zwölf alle Menschen beten sollen, komme das einer Niederlegung der Arbeit gleich. Hieraus resultierten sehr massive Konfrontationen, so dass bei den Jugendpfarrern der Entschluss heranreifte, aus dem mittäglichen Friedensgebet am Buss- und Bettag eine ganze Dekade zu machen, d.h. das Friedensgebet auszudehnen auf einen Zeitraum von zehn Tagen vor dem Buss- und Bettag.

*In diesem Zusammenhang würde mich interessieren, wie Sie überhaupt Ihre Aufgabe und Rolle als Pfarrer, d.h. als Vertreter einer Glaubensgemeinschaft innerhalb eines Staatswesens verstanden haben, das sich als ein ausdrücklich atheistisches definiert, und auf welchen Grundsätzen Ihre Arbeit basierte?*

Um diese Frage zu beantworten, muss ich ein klein wenig ausholen. Der Weg zum Pfarrerramt war für mich in gewisser Weise vorgezeichnet, denn ich stamme aus einer Pfarrersfamilie. Als Pfarrer der Bekennenden Kirche während des Faschismus hatte sich meinem Vater nach dem Krieg und in der Zeit des kommenden Kommunismus ein festes Feindbild eingeprägt. Dieses Feindbild hiess Kommunismus. Ergänzt wurde es von einer klaren lutherischen Theologie, d.h. der Forderung nach Anerkennung der absoluten Autorität Gottes, der sich alles andere unterzuordnen hatte und neben der nichts galt. Mit diesem Weltbild bin ich gross geworden: einem klaren Antikommunismus und einer eindeutigen biblischen Position, die Gott zum alleinigen Herrn über die Welt macht, das erste Gebot zur Geltung bringt.

Während meiner Jugendzeit und der Ablösungsphase von meinem Vater, und damit auch von diesem autoritären theologischen Weltbild, stiess ich auf eine stark anthropologisch orientierte theologische Position. Eine Theologie also, die stark am Menschen orientiert war und auch Gott ein menschlicheres Antlitz verlieh. Auch die seinerzeit heftig diskutierte «Gott-ist-tot-Theologie» von Dorothee Solle prägte mich sehr stark. Beide Positionen lagen mir deshalb nahe, weil sie mir sowohl in meinem biographischen als auch in meinem theologischen Ablösungsprozess grosse Hilfe leisteten. In dieser Zeit erarbeitete ich mir eine eigene Position gegenüber dem Marxismus-Leninismus. Sie basierte

auf der Einsicht, dass menschlich auf vielen Ebenen Ähnliches zu erreichen wäre, denn die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse hatte auch das Ziel, dem Menschen eine menschliche Existenz zu ermöglichen. Das widerspricht ja nicht unbedingt dem biblischen Auftrag. Im Gegenteil. Auch der Atheismus als eine Denkkategorie erschien mir zumindest theologisch denkenswert, denn auch das autoritäre Gottesbild hatte ja das Mensch-Sein entfremdet. Aus diesem Grunde glaubte ich, mit den Marxisten in einen produktiven Dialog eintreten zu können. Meine Hoffnungen erhielten jedoch sehr bald schon einen kräftigen Dämpfer, als ich erfahren musste, dass es gar keine Dialogbereitschaft gab, sondern dass es einzig und allein um die Machtfrage ging. Konkret erfuhr ich dies als junger Pfarrer in Weissensee, wo mich allein schon mein junges Alter für die Jugendarbeit prädestinierte. Von Anfang an bestand unsererseits das Bedürfnis nach einer Diskussion mit der FDJ über ideologische Fragen, so dass wir als Junge Gemeinde ein grosses Hearing organisierten. Die FDJ-Vertreter jedoch sagten unter Angabe fadenscheiniger Begründungen ihre Teilnahme ab. Der eigentliche Grund für die Absage jedoch war ihre Angst vor einer offenen Auseinandersetzung mit uns. Die weitere Entwicklung sollte dann deutlich machen, dass tatsächlich kein Interesse an einem Gespräch bestand, sondern dass es darum ging, die Machtfrage zu entscheiden. Von daher sah ich mich gezwungen, meinen eigenen Auftrag dahingehend umzuformulieren, diese Machtfrage weitestgehend zu neutralisieren, mich nicht auf diese Ebene zu begeben. Ich erinnerte mich an das theologische Erbe meines Vaters und gelangte zu der Einsicht, dass die Machtfrage für mich aus biblischer Sicht entschieden war, denn im ersten Gebot heisst es ja: «Ich bin der Herr, Dein Gott, Du sollst nicht andere Götter haben neben mir», und im Neuen Testament heisst es von Jesus Christus: «Mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden.» Da mein Interesse nicht der Machtfrage galt, richtete sich mein Engagement auf die Verbesserung der Situation der Menschen in dieser so machtbesessenen Gesellschaft. Und da musste es dann zwangsläufig zu Auseinandersetzungen kommen.

*Handelte es sich hierbei um einen rein individuellen Impuls, oder leiteten Sie diese Handlungs- und Denkweise aus einer für die evangelische Kirche typischen Position ab?*

Die Handlungsweise der Kirche war seinerzeit ganz wesentlich bestimmt vom Bonhoefferschen Gedanken der «religionslosen Theologie» sowie seinem Ansatz einer «Kirche für andere», d.h. einer Kirche, die nur dann Kirche ist, wenn

sie Kirche für andere ist. Hieraus leitete der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR die theologisch-inhaltliche Formel von der «Kirche als Zeugnis- und Dienstgemeinschaft» ab. Mit meiner eigenen Handlungsweise lag ich also kirchlich und theologisch gewissermassen völlig auf Kurs. Ich lebte in einer Kirche, die bestrebt war, in diese Gesellschaft gesandt zu sein. Wir hatten nicht die Möglichkeit, uns die Gesellschaft auszusuchen, in der wir existierten: So akzeptierten wir die Tatsache, in der bestehenden Gesellschaft zu leben und es folglich mit Menschen zu tun zu haben, die auch innerhalb dieser Gesellschaft lebten. Hierfür prägte die Kirche die bekannte Formel einer «Kirche im Sozialismus», deren unendlich grosser Wert darin bestand, dass Menschen ihr Bekenntnis leben konnten, ohne deshalb gleich marginalisiert zu werden. Sie konnten sich zu einer Kirche bekennen, die in dieser Gesellschaft ihren Platz suchte und erkämpfte. Das Leben in dieser Gesellschaft, im Beruf, in der Schule, in der Armee, in der Ehe, in der Kindererziehung zu gestalten – verkürzt gesagt: der Gesellschaft ein menschliches Angesicht zu geben, darin bestand unser Ziel. Wir regten an zum inhaltlichen Nachdenken über grundlegende Werte, wie beispielsweise Demokratie und Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit, Schöpfung und verantwortliches Leben, Bereiche also, in denen die sozialistische Gesellschaft gravierende Defizite aufwies. Damit förderten wir die Ausbildung einer Gesprächskultur. Nicht zuletzt aus diesem Grunde wurde die Kirche nach der Wende zu einer solch angesehenen Grösse. Gleichzeitig ist hierin aber auch einer der Gründe dafür zu sehen, weshalb sie nach der Wende gewissermassen plötzlich in eine Art Legitimationskrise geriet, denn die Begriffe, die wir als Kirche in der Zeit vor der Wende kooptiert hatten, wurden nun fast vollständig von der Gesellschaft besetzt.

*Ist aber dieses von Ihnen beschriebene Konzept einer «Kirche im Sozialismus» nicht auch problematisch? Zwar dürfte es durchaus nachvollziehbar sein, dass die Kirche nach einer Strategie suchen musste, die ihr das Überleben als Institution in einem Staat sicherte, in dem eine Partei einen totalitären Machtanspruch durchzusetzen versuchte. Dennoch drängt sich einem die Frage auf, ob dieses von der Kirche verfolgte Konzept nicht vielleicht viel eher zu einer Stabilisierung denn zu einer Destabilisierung des bestehenden Systems beitrug?*

Man darf nie aus dem Blick verlieren, dass wir unter diktatorischen Verhältnissen lebten und immer nach Strategien suchen mussten, die uns das Überleben und Arbeiten als Kirche im Sozialismus ermöglichten. Wir müssen uns auch

immer wieder vergegenwärtigen, dass die DDR 1961 mit dem Bau der Mauer nicht nur verhinderte, dass die Menschen von diesseits der Mauer nach jenseits reisten, sondern sie sicherte sich damit auch das alleinige Entscheidungsrecht darüber, wer einreisen durfte und wer nicht. Nachdem die DDR im Jahre 1968 eine neue Verfassung verabschiedet hatte, konstituierte sich 1969 der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Dies war zwangsläufig gleichbedeutend mit einer Loslösung von der Evangelischen Kirche in Deutschland, denn die Gemeinschaft mit der EKD war de facto nicht mehr lebbar, auch wenn der BEK (Bund Evangelischer Kirchen) in seinem berühmten Artikel 4,4 der eigenen Ordnung festschrieb, dass die geistliche Gemeinschaft zwischen der EKD und dem BEK weiterhin bestehen bleiben wird. Aber der Zwang für die Kirche in der DDR, sich in dieser Gesellschaft einzurichten, ergab sich auch aus der Tatsache, dass sich die DDR ja schliesslich in Europa eingerichtet hatte. Bei der Beurteilung der Rolle, die die Kirche in der DDR spielte, darf man diesen politischen Hintergrund niemals aus den Augen verlieren: Die DDR hat sich eingerichtet und wurde gewissermassen eingerichtet, denn schliesslich erkannten ja mehr als einhundert Staaten sie an. Letzten Endes waren ja auch die Ostverträge der Brandt-Scheel-Regierung nichts anderes als der Versuch, das Europa, so wie es sich darstellte, politisch zu stabilisieren. Und eine Kirche, die unter diesen Bedingungen in einem Land namens DDR existiert und weiter existieren will, hat nur die Möglichkeit, sich diesen Gegebenheiten zu stellen. Also hat sie sich natürlich «eingrichtet». Damit verbietet es sich von vornherein, das Haus, in dem sie sich einrichtet, aus den Angeln zu heben. Das wiederum werfen ihr heute viele vor. Sicher ist dieser Vorwurf nicht unberechtigt, solange er keine pauschale und vorschnelle Beurteilung beinhaltet, sondern vielmehr als ernsthafte Frage nach dem möglichen Handlungsspektrum unter der gegebenen Bedingungen an die Kirche herangetragen wird. Denn welcher Politiker besass denn seinerzeit den Mut zu sagen, dass diese DDR, zu der mehr als einhundert Staaten, einschliesslich der Bundesrepublik Deutschland, diplomatische Beziehungen unterhielten, ein Räuberstaat sei, der von der politischen Landkarte Europas getilgt werden müsse? Niemand tat dies, und erst recht kein Politiker. Die Milliardenkredite waren doch im Gegenteil ein Beleg für das Bestreben, die DDR zu stabilisieren. Insofern unterschied sich die Kirche mit ihren sicher mehr unbewussten als bewussten Stabilisierungsbestrebungen nicht von der Politik der meisten Staaten gegenüber der DDR, die Bundesrepublik hierin mit eingeschlossen.

Der Fehler, den wir als Kirche begingen, bestand darin, dass wir Konflikte zwischen Kirche und Staat, die aus der Stabilisierung des Landes, seiner völker-

rechtlichen Anerkennung und dem daraus erwachsenen gesteigerten Selbstbewusstsein resultierten, was letztlich zu einer stärkeren Machtausübung von Seiten des Staates führte, nicht mehr öffentlich thematisierten. Gemäss der bereits genannten Maxime, immer leicht oberhalb der Konfliktlinie zu agieren, versuchte die Kirche sich zu arrangieren und Probleme operativ zu lösen. Mit anderen Worten, die Kirche hat nie die Grundsatzfrage gestellt, nicht danach gefragt, ob beispielsweise Menschenrechtsverletzungen, von denen wir wussten, systemimmanent waren und von einer Unfähigkeit des Sozialismus zeugten, fundamentale Persönlichkeitsrechte anzuerkennen. Dies führte dazu, dass man systembedingte Probleme auf Einzelfälle reduzierte. Zur Lösung bestehender oder entstandener Konflikte verliess man sich auf Krisenmanager wie z.B. Manfred Stolpe, die man als Unterhändler vorschickte, unabhängig davon, ob es sich nun um die Regelung grosser politischer Konflikte im Zusammenhang mit dem unterkühlten Ost-West-Verhältnis handelte oder um das Problem eines Pfarrers, dessen Kind keine Zulassung zur Oberschule erhielt, weil es aus einer Pfarrersfamilie stammte.

Und obwohl seinerzeit die Systemfrage nicht auf der Tagesordnung stand, müssen wir uns im nachhinein fragen, warum wir bei der Verletzung grundsätzlicher Werte demokratischen Zusammenlebens, sei es nun bei der Einparteienherrschaft, der Desavouierung des Freiheitsbegriffs, der Aushebelung des Rechtsbegriffs oder der Einschränkung der Bildungsfreiheit, als Kirche nicht öffentlich aussprachen, dass dies deutliche Hinweise darauf sind, dass wir es mit einem diktatorischen System zu tun haben. Die Strategie war also immer auf eine Konfliktminimierung angelegt, eine Eskalation lag nicht im Interesse der Kirche. Das galt aber eben auch wieder für Politiker.

Im Übrigen bestand die Rolle Manfred Stolpes genau darin, Konflikte zu beseitigen, was man ihm heute vorwirft. Wer nämlich Konflikte beseitigen oder minimieren will, muss notwendigerweise zu Kompromissen bereit sein. Er muss zu Gesprächen bereit sein mit allen, die die Bedingungen bestimmen. Vergleichen lässt sich diese Situation mit einem Gefängnishäftling, dem drei Möglichkeiten offenstehen: entweder er arrangiert sich halbwegs mit dem Wärter, so dass das Leben einigermaßen erträglich wird, oder er verweigert sich pausenlos, wobei er irgendwann keine Kraft mehr haben wird, oder er rebelliert und versucht auszubrechen, um dann möglicherweise auf der Flucht erschossen zu werden. Der Handlungsweise der Kirche lag eher die Entscheidung zugrunde, nicht auszubrechen, sondern hier zu bleiben und das Beste aus allem und für alle zu machen.

*Dennoch ist die von Ihnen beschriebene kirchliche Strategie nicht die einzig denkbare. Mit Sicherheit liesse sich auch theologisch eine radikale Haltung gegenüber einem diktatorischen System rechtfertigen. Hat man sich jedoch für eine Strategie des Arrangements mit den Machthabern entschieden, dann drängt sich doch förmlich die Frage auf welches der tatsächliche Nutzen und Gewinn eines solchen Arrangements ist.*

Ja, natürlich, aber man muss sich immer wieder vergegenwärtigen, dass wir in einer vollständig durchkontrollierten Gesellschaft lebten. Dies führt uns nicht zuletzt ja auch die Auswertung der Stasi-Akten ganz deutlich vor Augen. Dieser Kontrollwahn ging nachweislich so weit, dass z.B. politische Konflikte eines unserer Söhne in der Schule Erich Honecker persönlich auf den Tisch bekommen hat. Also nochmals, die Gesellschaft, in der wir lebten, war bis ins kleinste durchkontrolliert. Und eben in dieser Gesellschaft lebten viele Christen, die versuchten, als Christen hier zu leben. In diesem bestehenden Kontext hatte jede radikale Position einzelner kirchlicher Vertreter sofort Auswirkungen nicht nur für das Verhältnis zwischen Kirche und Staat, sondern auch für jeden einzelnen Menschen, der sich zum Christentum bekannte. Man muss sich das so vorstellen, dass nach einer aus welchem Grund auch immer eingetretenen Stimmungverschlechterung zwischen Kirche und Staat beispielsweise von einem Ingenieur, der als Christ bekannt war, in seinem Betrieb sofort verlangt wurde, sich von einer x-beliebigen Aktion eines x-beliebigen Pfarrers zu distanzieren. Mit anderen Worten, man verfügte jederzeit über die Möglichkeit, die Menschen unter Androhung von Sanktionen zu einem Loyalitätsbekenntnis gegenüber den herrschenden Verhältnissen zu zwingen, was nichts anderes bedeutet, als permanent Druck auf sie auszuüben.

Man kann sich die Gratwanderung, die wir ständig vollführen mussten, auch anhand eines anderen Beispiels aus der Endphase der DDR vergegenwärtigen: Wenn in einer diakonischen Einrichtung für Behinderte dringend neue Rollstühle benötigt wurden, die es in der DDR nicht gab, mussten diese Rollstühle über das «Einfuhrprogramm» eingeführt werden. Sie wurden somit also wiederum Gegenstand von Verhandlungen, weil die DDR die Genehmigung für die Einfuhr dieser Rollstühle erteilen musste. Damit besass der Verantwortliche jedesmal die Möglichkeit, diese Einfuhrgenehmigung zu verweigern mit dem Argument, solange die Kirche Gruppen, die in den Augen des Regimes als DDR-Hetzer angesehen wurden, unter ihrem Dach Versammlungsmöglichkeiten biete, könne er keine Einfuhrgenehmigung für Rollstühle erteilen.

Unzählige solcher Fälle könnte ich noch nennen.

*Das erinnert doch stark an die Strategie von «Zuckerbrot und Peitsche». Die Kirche befand sich in einer Situation, in der sie bei entsprechendem Wohlverhalten ein gewisses Entgegenkommen staatlicherseits erwarten durfte, lehnte sie sich zu weit aus dem Fenster, drohte man sofort mit Sanktionen.*

Nicht anders funktionierte es, und zwar bis zuletzt. In einer solchen gesellschaftlichen Situation war die DDR-Bevölkerung zu Widerstand überhaupt nicht in der Lage. Im Juni 1989 fand vor unserer Kirche eine grosse Demonstration junger Menschen statt, die dem Staatsrat eine Petition gegen die Wahlfälschung übergeben wollten. Und anlässlich dieser Demonstration im Juni 1989, als bereits klar war, dass das Schiff DDR bereits ganz schön schwankte, haben die Leute in den Häusern rings herum noch die Vorhänge zugezogen. Niemand kam zu uns herunter, um sich mit uns zu solidarisieren und uns Mut zuzusprechen. Man gab uns im Gegenteil zu verstehen, dass wir mit der Tolerierung solcher Aktionen die Jugendlichen gefährdeten und man deshalb die eigenen Kinder nun nicht mehr in die Gemeinde schicken könne, da diese Gemeinde ja jetzt als *die* oppositionelle Gemeinde in der DDR gelte. Das bedeutet Nachteile für alle Angehörigen dieser Gemeinde in der Gesellschaft.

Bei der Beurteilung dessen, was wir als Kirche in der DDR taten, muss man sich folgende beiden Komponenten immer wieder vor Augen führen: Einerseits lebten wir in einer durchkontrollierten und repressiven Gesellschaft, in der wir versuchten, Rudimente des humanen und demokratischen Zusammenlebens zu retten und auf der Seite der Menschen zu stehen, andererseits lebten in unserer Gemeinde nicht etwa nur Oppositionelle, sondern auch eine Fülle von treuen Gemeindemitgliedern, für die oppositionelle Aktionen eine grosse Anfechtung darstellten.

*Offensichtlich geht also die Formel «Kirche in der DDR ist gleichbedeutend mit Opposition» nicht so ohne Weiteres auf. Die Situation und die Rolle der Kirche stellen sich sehr viel differenzierter dar.*

*Wie schlugen sich denn die von Ihnen beschriebenen Gegebenheiten – auch die unterschiedliche Interessenlage innerhalb Ihrer Gemeinde – in Ihrer täglichen Arbeit als Pfarrer nieder?*

Es versteht sich fast von selbst, dass sich meine Arbeit nicht auf eine rein seelsorgerliche Tätigkeit beschränken liess. Sie müssen sich vorstellen, dass zu DDR-Zeiten täglich oft bis zu vierzig Menschen mit ihren Sorgen und Problemen zu mir kamen, die derart beschaffen waren, dass ich mich unmöglich auf die seelsorgerliche Bank zurückziehen konnte. Wenn mir beispielsweise zur

Kenntnis gelangte, und das nicht nur in Einzelfällen, sondern in einer gewissen Massierung, dass in den Gefängnissen geschlagen wurde, dass Menschen ohne Angabe von Gründen auf offener Strasse verhaftet wurden, dann unterlag das zwar dem seelsorgerlichen Beichtgeheimnis, aber ich musste mir Gedanken darüber machen, wie ich diese Missstände öffentlich machen konnte.

*Über welche Möglichkeiten verfügten Sie, um Missstände öffentlich zu machen?*

Als Pfarrer besaßen wir die Möglichkeit der öffentlichen Rede. Das heisst, ich konnte hierzu die Kanzel nutzen, musste dabei aber immer in Kauf nehmen, dass Gemeindemitglieder mit meinen Predigten nicht einverstanden waren, da sie diese für zu politisch hielten. Damit verband sich eine konkrete Angst, die mit der Tatache zu erklären ist, dass dort, wo so gepredigt wurde, mit Sicherheit Leute im Gottesdienst sassen, die einen ganz konkreten Auftrag dazu besaßen, der Staatssicherheit Bericht zu erstatten. Dies konnte zur Folge haben, dass treue Gemeindemitglieder nicht mehr in den Gottesdienst kamen, weil es ihnen einfach zu gefährlich schien. Und da man als Pfarrer auch für diese Menschen Verantwortung trägt, musste man immer den schwierigen Weg zwischen Anpassung und Verweigerung wählen.

Neben der öffentlichen Rede blieben uns die Gespräche mit den Kirchenreferenten, d.h. den staatlichen Vertretern im Rathaus. Ihnen gegenüber konnten wir Missstände vorbringen. Darüber hinaus fanden hin und wieder Foren zwischen Staatsvertretern und Pfarrern statt, auf denen wir Gelegenheit hatten, Missstände zur Sprache zu bringen. Und was mich persönlich angeht, ich habe mich häufig an Manfred Stolpe mit der Bitte gewandt, in seinen Gesprächen mit Staatsvertretern beispielsweise Fälle von Misshandlungen in Gefängnissen vorzubringen, die mir zu Ohren gekommen waren, wobei die betroffenen Personen selbstverständlich anonym blieben. Öffentlichkeit konnte natürlich auch hergestellt werden durch Gespräche mit westlichen Journalisten, die zwar am liebsten immer gleich Name und Adresse der betroffenen Personen mitgeliefert bekommen hätten. Dies zu tun war aber gefährlich, weil Menschen, die einmal in Haft sassen, so sehr unter Kuratel standen, dass sie sich nie öffentlich zu ihren Erfahrungen geäußert hätten. Auch in Gesprächen mit staatlichen Vertretern musste vermieden werden, konkrete Namen zu nennen, da es leicht war, die betroffenen Menschen zu kriminalisieren. Es bestand ein Klima der Einschüchterung und Angst. Menschen, die in Gefängnissen geschlagen wurden, konnten

dies nicht öffentlich kundtun, und damit befanden wir uns schnell in Beweisnot, denn uns konnte immer wieder vorgehalten werden, dass es sich bei dem, was wir vorbrachten, um reine Vermutungen handelte, die jeglicher Grundlage entbehrten.

Unsere Aufgabe als Pfarrer bestand nun aber nicht nur darin, Missstände öffentlich zu machen, sondern wir trugen innerhalb unserer Gemeinde immer auch Verantwortung für das Ganze. Und in dem Zwiespalt, der sich daraus ergab, bestand die eigentliche Schwierigkeit der Kirche. Bei diesem Konflikt entschieden sich manche Pfarrer dafür, sich völlig aus politischen Angelegenheiten herauszuhalten und sich auf seelsorgerliche Aufgaben zu beschränken. Andere Gemeinden wiederum, wie die unsere zum Beispiel, wollten und konnten sich den gesellschaftlichen Problemen nicht verweigern. Bei uns in der Sophiengemeinde war das allein schon deshalb nicht möglich, weil nicht zuletzt aufgrund der exponierten Lage und des grossen Geländes unserer Gemeinde immer wieder viele Menschen zu uns kamen und uns mit ihren Problemen konfrontierten. Wir sahen uns also gezwungen, uns einerseits mit diesen Menschen und ihren Konflikten mit dem Staat auseinanderzusetzen, andererseits mussten wir uns mit unseren Gemeindemitgliedern auseinandersetzen, die die aus dieser Parteinahme resultierenden Schwierigkeiten fürchteten und drohten, aus dem Gemeindeleben auszuschneiden.

Und auch theologisch mussten wir uns mit den Möglichkeiten unseres Handelns auseinandersetzen, denn es gibt auch unverantwortliche öffentliche Rede. Das war ein zugleich schwieriger und spannungsreicher Prozess, in dessen Verlauf wir sehr viel gelernt haben.

*Wenn ich Sie richtig verstanden habe, befand sich die Kirche nicht nur in einer zwiespältigen Situation gegenüber dem Staat, sondern durchaus auch gegenüber der eigenen Basis. Und dieser Zwiespalt konnte sich durchaus zu einem Konflikt entwickeln, weil man in der Gemeinde teilweise fürchtete, dass einem durch eine allzu aktive Parteinahme für Menschen, die in Konflikt mit dem herrschenden System geraten waren, oder durch eine zu grosse Sympathiebekundung für möglicherweise sogar als kirchenfremd empfundene oppositionelle Gruppen, Nachteile für das eigene Leben erwachsen konnten. War die Kirche aufgrund der sehr unterschiedlichen Erwartungen, die man in sie setzte und aufgrund der doch sehr unterschiedlichen Ansprüche, die man an sie stellte, teilweise überfordert, weil sie einen unmöglichen Spagat vollführen musste, den ihr heute manche Kritiker vorwerfen?*

Die von ihnen angedeutete Komplexität des Konfliktes lässt sich auch anhand

eines anderen Tätigkeitsfeldes der Kirche sehr gut veranschaulichen. Ich meine hier den diakonischen Bereich der Kirche, der einen sehr grossen und nicht zu unterschätzenden Anteil kirchlicher Arbeit in der DDR ausmachte. Diese Arbeit stiess in der DDR auf grosse Gegenliebe, so dass man hier mit einem gewissen staatlichen Entgegenkommen rechnen konnte, was sich beispielsweise in der relativ grosszügigen Handhabe bei der Erteilung von Baugenehmigungen und ähnlichem niederschlug. Selbstverständlich erwartete man im Gegenzug von der Kirche ein Wohlverhalten. Abgesehen davon legte die Tätigkeit beispielsweise eines Altersheimdirektors politische Arbeit auch nicht unbedingt nahe, denn er musste in erster Linie dafür sorgen, dass die alten Leute einen würdigen Lebensabend verbringen konnten. Für ihn ergab sich nicht unbedingt die zwingende Notwendigkeit, mit den alten Leuten eine Demonstration vorzubereiten. Da derartige Einrichtungen immerzu unter Arbeitskräftemangel litten, waren sie andererseits jedoch ein wichtiger Unterschlupf für Ausreisewillige, die nirgendwo sonst mehr eine Arbeit bekamen. Und hierdurch wurden diese Einrichtungen permanent politisiert, ohne dass sie an sich dafür prädestiniert waren. Darüber hinaus konnte schon deshalb permanent Druck auf diese Institutionen ausgeübt werden, weil es ja, wie ich bereits sagte, kein gesichertes Rechtsverhältnis zwischen Kirche und Staat gab. Somit konnte bei allen genehmigungspflichtigen Materialbeschaffungen Wohlverhalten eingefordert und bei Zuwiderhandlung Nichtgenehmigung angedroht werden. Mit anderen Worten, bei jeder Aktion eines Pfarrers, die möglicherweise als systemfeindlich gelten konnte, drohten Sanktionen, die die tägliche und notwendige Arbeit der Kirche gefährdeten. Diese Tatsache war nicht nur vielen Kirchenvertretern, sondern eben auch Gemeindefmitgliedern bewusst, die dem vorzubeugen versuchten.

Daneben wurde unser Handeln erschwert durch einen weiteren Tatbestand, der allzu leichtfertig und allzu oft übersehen wird: Die DDR verfügte über das Instrumentarium einer so totalen Gesetzgebung, dass sie jederzeit imstande war, ein Gesetz zu zitieren, das genau das verbot, was man gerade getan hatte. Und damit wären wir beim Problem der freien Rede in der Kirche sowie erneut bei einem Beispiel für die Notwendigkeit der von uns zu vollführenden Gratwanderung. Die sogenannte «Veranstaltungsverordnung» nämlich regelte staatlicherseits sehr genau, welche Art kirchlicher Veranstaltungen genehmigungspflichtig waren und welche nicht. Zwar war der Gottesdienst in der Tat grundsätzlich eine nicht anmeldepflichtige öffentliche Veranstaltung, aber jede Veränderung im Ablauf eines «herkömmlichen» Gottesdienstes, sei es nun ein Tanz im Gottesdienst, ein Jugend- oder Bluesgottesdienst, unterlag bereits der An-

meldepflicht. Veranstaltungen solcher Art waren Gegenstand vieler und sehr kurioser Gespräche zwischen staatlichen Vertretern und der Kirchenleitung bzw. einzelnen Pfarrern, an denen auch ich häufig teilnahm. Dabei erinnerten die staatlichen Vertreter die Pfarrer, die solche Abweichungen vornahmen, daran, dass dies ja wohl nichts mit einem Gottesdienst zu tun gehabt hätte. Diese Gespräche fanden natürlich immer vor dem Hintergrund statt, dass man Gesetzesübertretungen behandelte, wobei die staatlichen Vertreter bei ihrer Argumentation durchaus auf die Unterstützung von Pfarrern bauen konnten, die diese Art von Gottesdiensten auch ablehnten, da ihnen bestimmte Konstitutiva eines Gottesdienstes fehlten. Somit konnte auf dieser Ebene aus unterschiedlichen Positionen durchaus Einigkeit hergestellt werden zwischen staatlichen und kirchlichen Vertretern. Anders ausgedrückt, die bestehende Gesetzgebung setzte uns als Pfarrer pausenlos unter Rechtfertigungszwang. Wenn nun oppositionelle Gruppen unter unser Dach kamen, wurden wir regelmässig herbeizitiert und daran erinnert, mal wieder die Anmeldeverordnung unterlaufen zu haben. Diese Anmeldeverordnung stellte also ein einfach handhabbares Werkzeug dar, um einen Pfarrer ganz legal des Rechtsbruchs zu bezichtigen. Wackere Pfarrer mögen sich darüber hinweggesetzt und teilweise deftige Bussgelder in Kauf genommen haben. Der jeweilige Gemeindekirchenrat, der das Bussgeld für den Pfarrer zur Verfügung stellen musste, konnte durchaus widerwillig darauf reagieren. Geld, mit dem man ja nicht gerade gesegnet war, dafür zur Verfügung zu stellen, dass oppositionelle Gruppen von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung in den Räumen der fraglichen Gemeinde Gebrauch gemacht haben, löste nicht immer Freude aus. Die Kirche hat diesen inneren Konflikt niemals auch nur annähernd gelöst.

Ich bedaure es, dass heute vornehmlich viele ehemals oppositionelle Kräfte auftreten und der Kirche vorwerfen, sie hätte sich nicht genügend um sie gekümmert und für sie eingesetzt. Ich frage mich, warum nicht auch die anderen lautstark auftreten und aussprechen, dass sie sich von den Gruppen benutzt gefühlt haben, so dass man darüber in einen Dialog eintreten kann.

*Mag es sich bei dieser Art von, wie Sie sagen, ungelöst gebliebenen Konflikten teilweise nicht auch um eine Art Generationskonflikt gehandelt haben?*

Nun, was ich mit Bestimmtheit sagen kann, ist, dass sich dieser Konflikt auch im Verhältnis zwischen den Landessynoden und der Bundessynode, also den Parlamenten der Kirche einerseits, und der Basis der Gemeinde andererseits –

ich meine jetzt nicht die Gruppen meist relativ junger Menschen, die die Kirche als Forum nutzten –, niederschlug. Oftmals vertraten und formulierten die Landessynoden und die Bundessynode politisch viel radikalere und schärfere Positionen als dies den eigentlichen Gegebenheiten und Stimmungen in den Gemeinden entsprach. Wenn ich als Mitglied der Landes- und der Bundessynode im Anschluss an eine Synode einen Gemeindeabend anbot, der die Resultate dieser Synode zum Gegenstand hatte, konnte ich sicher sein, dass der Raum an diesem Abend voll sein würde. Die Menschen kamen mit der Erwartung, eine brisante Äusserung von mir zu hören. Gegen Ende der achtziger Jahre waren dann immer mehr Ausreisewillige unter den Zuhörern, die oft nur Aussagen erwarteten, die sie in ihrer Entscheidung bestärkten.

*Man könnte den Eindruck gewinnen, als seien die Gruppen, die etwa seit Anfang der achtziger Jahre ihre Protestaktionen unter dem Dach der Kirche organisierten – angefangen bei den Friedensaktionen über die Gründung der Umweltbibliothek in der Zionskirche im Jahre 1988 bis hin zur Vorbereitung des Schweigemarsches anlässlich des Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg 1989 –, nicht unbedingt organischer Bestandteil der Kirche gewesen, sondern als sei die Kirche vielmehr durch sie erst unter Handlungszwang gesetzt worden.*

Wenn sich das bisher so dargestellt haben sollte, dann bedarf dieses Bild einiger Korrekturen bzw. Differenzierungen. Die Inhalte, die diese Gruppen vertraten, stimmten ja nicht nur dann und wann mit den Inhalten kirchlicher Arbeit überein, sondern die Gruppen und ihre Aktivitäten waren oft so etwas wie eine direkte Folge unserer Predigten. Konkret gesagt, wenn sich Totalverweigerer, die dafür Haftstrafen in Kauf nahmen, einer Friedensgruppe anschlossen oder wenn sich Umweltgruppen bildeten, konnten sie sich immer darauf berufen, dass ihre Handlungsweise den Inhalten unserer Predigten entsprach. Wir riefen ja sowohl zum Friedenshandeln als auch zur Bewahrung der Schöpfung auf. So lag es nahe, dass sich eine Umweltgruppe irgendwann auch mal mit der Mülldeponie in Schönberg oder dem Uranbergbau der Wismut beschäftigte. Eine solche Beschäftigung war in den Augen der DDR natürlich sofort gleichzusetzen mit Systemkritik, die man nicht dulden konnte. Da die Gruppen offensichtlich den Finger auf einen neuralgischen Punkt des Systems gelegt hatten, reagierte der Staat entsprechend. Und natürlich konnte die Kirche den Gruppen nur schwer ihre Unterstützung entziehen oder inhaltlich widersprechen, weil diese sich ja expli-

zit auf biblische Inhalte und auch auf synodale Beschlüsse beriefen. Zu nennen wäre der von 1984 zum Thema «Christliche Verantwortung für die Schöpfung». Es gab jedoch immer Auseinandersetzungen über die Methoden der Gruppen. Sie waren vielfach einfach viel radikaler als die der Kirchen oder Kirchenleitungen selbst. In diesem Zusammenhang muss ich mir persönlich heute vorwerfen – sicher auch als Folge meiner Erfahrungen von vierzig Jahren Leben in der DDR –, den Gedanken an die Möglichkeit der Demokratisierung und Reformierbarkeit des Sozialismus so sehr verinnerlicht zu haben, dass mir ein Zusammenbruch dieses Systems geradezu undenkbar zu sein schien. Dadurch habe ich alle Hinweise und Äusserungen von Vertretern der oppositionellen Gruppen, die auf eine grundsätzliche Infragestellung des Systems hinausliefen, nicht hören können oder wollen. Das heisst, ich gehörte immer zu den eher integrativen Kräften, die dafür plädierten, hier zu bleiben, hier die Situation zu verbessern. An einer radikalen Systemkritik – und damit einer echten Opposition – hat sich die Kirche in ihrer Gesamtheit, in ihrer Leitungsstruktur und in ihrer synodalen Struktur, nicht beteiligt. Sie sah darin nicht ihre vordringliche Aufgabe.

*Welchen Anteil an ihrer Arbeit besass die Auseinandersetzung mit den oppositionellen Gruppen, die innerhalb der Kirche agierten, und ab wann gewann die Beschäftigung weniger mit den inhaltlichen Aussagen der Gruppen, sondern vielmehr mit den gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen ihrer Aktionen immer mehr an Dominanz?*

Seit der Besetzung und Durchsuchung der Umweltbibliothek durch die Staatssicherheit 1987 hat sich die Situation in der DDR deutlich zugespitzt. Bereits im Februar 1988 hatten sich Ausreisewillige in der Sophiengemeinde verabredet. Sie blieben dann. Von diesem Zeitpunkt an bestimmten die Ausreisewilligen, die sich unter unserem Dach zusammengefunden hatten, in zunehmendem Masse die Situation in unserer Gemeinde. Daraus ergaben sich für uns naturgemäss viele Probleme, obwohl ich sagen muss, dass uns erst die Ausreisewilligen für viele Probleme sensibel gemacht haben. Die Anzahl der Ausreisewilligen, die an unseren Gottesdiensten teilnahmen, wurde immer grösser, und seit März 1988 verabredeten sie sich jeweils für den ersten Sonntag im Monat direkt zum Gottesdienst, so dass bis zu 600 oder 700 Ausreisewillige, von denen viele noch niemals zuvor in ihrem Leben eine Kirche von innen gesehen hatten, in unseren Gottesdiensten sass. Sie nutzten unser Gelände, um sich hier zu treffen. Es eignet sich ausgezeichnet dazu, denn es ist nicht nur sehr gross, sondern auch in sich sehr abgeschlossen, weil es rundherum von Häusern und Zäunen umge-

ben ist. Als die Polizei beim ersten Gottesdienst für die Ausreisewilligen im März 1988 versuchte, aktiv zu werden, stellten wir Pfarrer uns sehr entschieden vor die Menschen und verwiesen die Polizei des Geländes. Kurz gesagt, die Ausreisewilligen kamen ab Februar 1988 von sich aus zu uns in die Gemeinde und nötigten uns somit zum Handeln. Ich gründete sogenannte Selbsthilfegruppen, die sich einmal pro Woche regelmässig trafen. Nach meinen Gottesdiensten bestanden Informationsangebote zu aktuellen Fragen aus Kirche und Gesellschaft. Wir veranstalteten auch Feste, die auf reges Interesse stiessen, da die Menschen immer nach Versammlungsmöglichkeiten suchten. Auch für die Ausreisewilligen galt natürlich die Veranstaltungsverordnung, die einem Versammlungsverbot gleichkam, so dass sie von der Strasse weg verhaftet werden konnten, wenn sie sich öffentlich versammelten.

Der Grund dafür, warum wir die Menschen auf unserem Gelände akzeptierten, ist in der Geschichte der Sophiengemeinde selbst und in einem Vermächtnis zu suchen, das seinerseits mit dieser Geschichte aufs Engste verbunden ist:

Bereits der Standort der Sophiengemeinde zwischen Sophienstrasse und der Grossen Hamburger Strasse ist historisch sehr interessant, weil wir uns hier eigentlich auf jüdischem Boden befinden. Gleich neben uns ist erst in jüngerer Zeit die jüdische Schule wieder eingerichtet worden, und daneben liegt der 1943 verwüstete Jüdische Friedhof, an dem sich das Gelände des ehemaligen Jüdischen Altersheims anschliesst. Das wurde von der Gestapo als Zentrale für die Deportation der Berliner Juden benutzt. Unsere Vorfahren lebten hier in einer friedlichen Nachbarschaft zusammen, und als die Jüdische Gemeinde seinerzeit, das heisst im Jahre 1712, der Sophiengemeinde ein wenig Land überliess, damit diese sich hier ansiedeln konnte, hat man ausser einem Händedruck nichts weiter verabredet, als immer in friedlicher Nachbarschaft miteinander zu leben.

Leider sollte uns die Geschichte eines anderen belehren. Denn gerade hier hat im Jahre 1943 ein Pfarrer während einer vollbesetzten Christvesper der Sophienkirche den Gottesdienst unterbrochen, nachdem er bemerkt hatte, dass sich ein jüdisches Ehepaar in der Kirche befand. Er erklärte laut, dass er so lange nicht mit seinem Gottesdienst fortfahre, bis das Ehepaar die Kirche verlassen hätte. Das Ehepaar mit seinen Kindern wurde aus der Kirche geworfen.

Mein Pfarrers-Mitbruder in der Gemeinde, der sehr an einem jüdischchristlichen Dialog interessiert ist, konnte die noch lebende Frau dieses Paares ausfindig machen und lud sie in die Gemeinde ein. So kam es, dass er Anfang der siebziger Jahre einen öffentlichen Bussgottesdienst abhielt, bei dem er sich für

das Verhalten des Pfarrers entschuldigte und die Frau um Vergebung bat. Bei dieser Gelegenheit sprach er den folgenschweren Satz: «Solange ich hier in dieser Gemeinde bin, wird weder von mir noch von meinen Kollegen jemals wieder ein Mensch, ganz gleich aus welchen Gründen, der Kirche verwiesen.»

Als dann die Scharen von Ausreisewilligen unter unseren Dächern und auf dem Gelände Zuflucht suchten und unsere Kirche bevölkerten, traten einzelne Mitglieder der Gemeinde häufiger an uns heran, um uns zu sagen, dass sie durch diesen Zustand fremdbestimmt seien und man nicht mehr davon sprechen könne, dass es noch ihre Gemeinde sei. Als man in diesem Zusammenhang auch die Bitte an uns herantrug, die Leute doch nach Hause zu schicken, mussten wir sie an das Vermächtnis erinnern, dass nie wieder ein Mensch von unserem Gelände zurückgewiesen werden wird.

*Sie sagten zwar, dass die Kirche sich Ihrer Einschätzung nach nicht an einer radikalen Systemkritik beteiligt habe, aber in dem, was Sie sagten, ist doch sehr deutlich geworden, in welchem Masse sie in die gesellschaftlichen und politischen Konflikte, die in der DDR immer deutlicher zutage traten, involviert war. Mich würde nun, in Anknüpfung an eine meiner ersten Fragen, interessieren, ob, wie und in welcher Form die Kirche zu der Wende beitrug, obwohl sie keine radikale Systemkritik leistete?*

Mit Sicherheit hat die Kirche allein schon dadurch Anteil an der Wende gehabt, dass sie, wie ich bereits sagte, inhaltlich in bestimmten Bereichen so etwas wie Vorarbeit leistete. In Bildungsfragen beispielsweise verfügten wir über alternative Konzepte. Wir hatten inhaltlich zu Fragen der Demokratie gearbeitet. Gleiches gilt für die Bereiche Menschenrechte und Gesetzgebung. In vielen gesellschaftlichen Bereichen vertraten wir nicht nur inhaltlich alternative Konzepte, sondern wir hatten sie auch ausgesprochen und zu Papier gebracht. Sowohl die theologische Studienabteilung beim BEK als auch die Synoden haben zu vielen Punkten gesellschaftlichen Zusammenlebens Substantielles beigetragen. Insofern trug die Kirche in gewisser Weise inhaltlich zur Wende bei. Dies ist auch an der Tatsache ablesbar, dass nach der Wende sehr viele Pfarrer oder kirchliche Mitarbeiter geradezu in öffentliche Ämter schwemmten. Und das ist es, was ich zuvor ausdrücken wollte: wir bereiteten die Wende vielleicht nicht politisch, wohl aber inhaltlich vor.

Darüber hinaus thematisierte die Kirche immer lautstärker und hörbarer Dinge, die den Menschen am Herzen lagen, d.h. wir lösten unbewusst so etwas wie einen öffentlichen Solidarisierungseffekt aus.

Wesentlicher aber noch dürfte gewesen sein, dass die Kirche, trotz des Informationsdefizits, das in der DDR bestand, über ein grösseres Netz an Kontakten und Verbindungen verfügte, als jede andere Institution oder Organisation sonst in diesem Land. Somit waren wir im Sommer und Herbst 1989 immer bestens über die Ereignisse in Leipzig, Dresden, Rostock oder anderswo informiert, die wir dann in den Kirchen auch schnell verbreiteten.

Allerdings denke ich, dass zur Wende im Wesentlichen die Veränderungen der politischen Verhältnisse beitrugen. Denn man wird sich nicht ernsthaft der Illusion hingeben können, dass die bekannten politischen Entwicklungen ohne Gorbatschow möglich gewesen wären. Und selbstverständlich hatte auch, neben anderen Faktoren, der wirtschaftliche Zusammenbruch der DDR einen grossen Einfluss auf die Entwicklungen.

*Was hat sich seit der Wende nicht nur für Sie in Ihrer täglichen Arbeit als Pfarrer, sondern auch für die Kirche insgesamt hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Rolle verändert?*

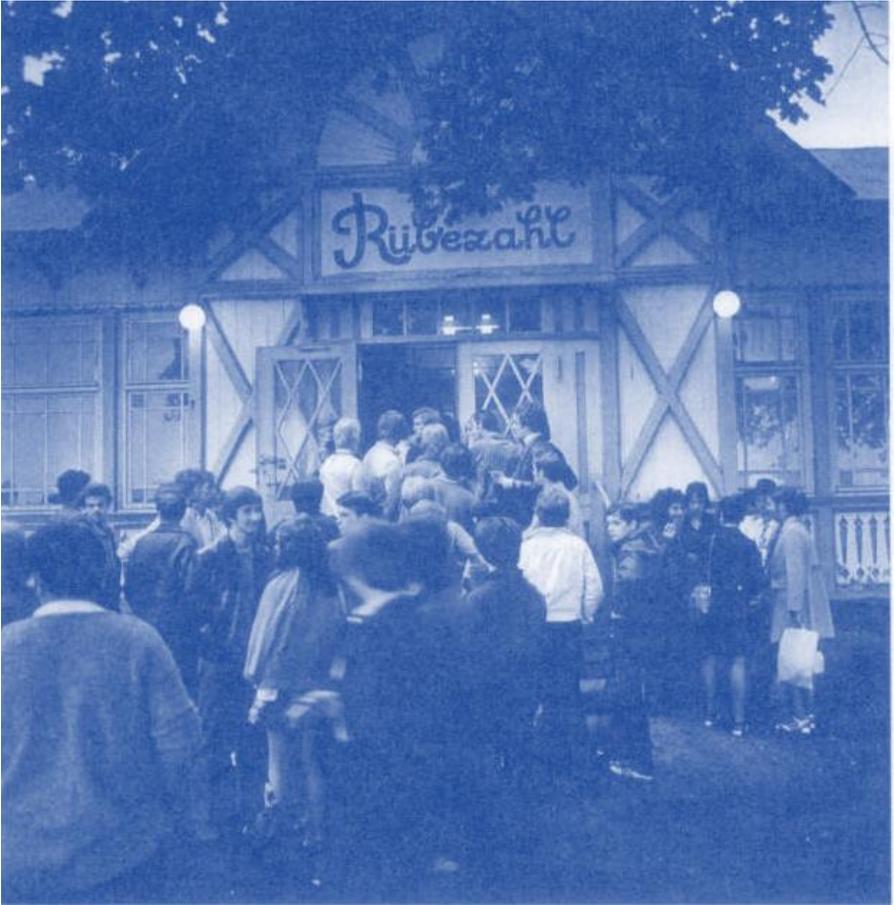
Zunächst einmal haben viele der Menschen, die mit uns in der Kirche zusammengearbeitet, diskutiert und uns für bestimmte Fragestellungen sensibilisiert haben, die Kirche verlassen, um sich Parteien, Bürgerinitiativen oder anderen Organisationsformen anzuschliessen. Man könnte sagen, wir besitzen nicht mehr das Monopol, der Ort zu sein, an dem über bestimmte relevante Fragen diskutiert wird, oder die Institution zu sein, in der sich die entsprechenden kompetenten Leute versammeln und somit ein Klima intensiver Auseinandersetzung erzeugen.

Eine andere wesentliche Veränderung betrifft einen rein menschlichen Aspekt: Der Solidarisierungseffekt, der sich aus der Not ergab, die dazu führte, dass Menschen ganz unterschiedlicher Auffassungen zusammenhielten, ist heute dahin. Leute, die noch vor fünf Jahren friedlich nebeneinander an einem Tisch sassen, finden keine gemeinsame Sprache mehr, weil sie versuchen, sich in politisch unterschiedlich orientierten Parteien zu profilieren.

Und mit dem Stichwort Solidarität ist eigentlich auch schon die für mich gravierendste Veränderung bezüglich der gesellschaftlichen Rolle der Kirche seit der Wende angesprochen. Denn wir befinden uns als Kirche in einem für uns nicht unproblematischen Prozess der Entsolidarisierung mit der Bevölkerung. Während früher überhaupt kein Zweifel daran bestand, dass wir als Kirche unbestreitbar mit den Menschen solidarisch sind, wozu auch die so banale Tat-

sache beigetragen haben mag, dass wir als Pfarrer nur wenig Geld hatten und uns genauso mühsam durchquälen mussten wie viele andere auch, so dass uns niemand vorhalten konnte, wir übten diesen Beruf wegen irgendwelcher Privilegien aus, rücken die Menschen in der augenblicklichen, für sie ökonomisch schwierigen Situation von uns ab. Es lässt sich so etwas wie eine Vertrauenskrise ausmachen, da man uns insgeheim vorwirft, wir lebten jetzt in ökonomisch relativ gesicherten Verhältnissen und verlören unser eigenständiges Profil.

Glücklicherweise scheint es in jüngster Zeit aber wieder erste Anzeichen dafür zu geben, dass die Kirche sich darauf besinnt, wichtige gesellschaftliche Themen unerschrocken anzufassen und riskante Mandate wahrzunehmen, wofür die jüngste Debatte zum Kirchenasyl ein deutliches Indiz ist. Wir knüpfen in dieser Frage wieder an eine Diskussion um zwei Begriffe an, die wesentlicher Bestandteil unserer intensiven Auseinandersetzung mit den oppositionellen Gruppen in der DDR waren, ich meine hier das Verhältnis zwischen Legitimität und Legalität. Ich denke, dass wir auch heute bei bestimmten Problemen den Mut dazu aufbringen müssen, um bestimmter inhaltlicher legitimer Werte willen Illegalität in Kauf zu nehmen, da wir ansonsten nicht zu einer Form von Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft beitragen können, an der uns sehr viel liegt. Allerdings wagen wir in dieser Richtung noch zu wenig, da wir uns das neue Rechtsbewusstsein bzw. rechtsstaatliche Bewusstsein so sehr zu eigen gemacht haben, dass wir der Meinung sind, der Rechtsstaat sei das letzte zu erreichende Ziel, anstatt mit den Instrumentarien, die uns der Rechtsstaat zur Verfügung stellt, einen Zustand gesellschaftlicher Gerechtigkeit anzustreben. Wir müssen uns als Kirche noch stärker den zentralen aktuellen Themen wie Gerechtigkeit, gerechtes Zusammenleben, gerechte Verteilung und Nutzung der Ressourcen stellen. Seitdem erste klare Schritte in diese Richtung unternommen wurden, haben wir uns wieder aus dem Tief hinausbewegt, in das wir nach der Wende gefallen sind: nicht mehr gefragt zu werden, nicht mehr das Dach zu bilden, unter dem sich Gruppen versammeln, die akute gesellschaftliche Themen aufgreifen, ja sogar desavouiert zu werden, mit der Stasi und einem korrupten Staat gemeinsame Sache gemacht zu haben. Ich denke, dass heute wie damals die Kirchen gefordert sind, die gleichen Werte konsequent zu vertreten, die den Menschen Orientierungsmöglichkeiten bieten.



*Ostberliner Rocktempel vor den Toren der Stadt, 1969*

PETER WICKE

## «DER KING VOM PRENZLAUER BERG»

VOM MYTHOS DES ROCK IN EINER SOZIALISTISCHEN METROPOLE

*Sie nennen ihn Norbi  
er ist nicht gross  
er ist nicht klein  
ziemlich stark, fast schon ein Mann  
im zweiten Lehrjahr  
dort fällt er nicht auf  
er wird nicht gut, auch nicht schlecht  
naja, so lala*

*Er liebt Jeans und T-Shirts  
anders sah'n die Leute  
auf seiner Strasse  
ihn noch nie an der Ecke steh'n  
und mit seinen Kumpels  
frisiert er die Mopeds  
fährt um den Block, Leute bleib'n stehn  
und sind geschockt*

*Und in seinen Gedanken  
ist er der King  
vom Prenzlauer Berg*

City, Der King vom Prenzlauer Berg (1978)

Die Ausflugsgaststätte «Rübezahl» am Müggelsee vor den Toren der Stadt zeigt sich im Spätsommer des Jahres 1969 im besten sozialistischen Biedermeier. Die Tische schmücken Alpenveilchen aus dem VEB Sebnitzer Kunstblumen, die Tischdecken sind mit den Ringen übergeschwappter Kaffee-Kännchen verziert. Die Räumlichkeiten durchzieht eine unverwechselbare Duftmischung aus den Gerüchen von Bockwurst, Bier, Senf, Schlagsahne und Kaffee. Lediglich die rasch grösser werdende Traube junger Leute vor den Türen des Lokals will so recht nicht ins Bild passen, ebensowenig wie der etwas zurückversetzt parkende vollbesetzte Funkstreifenwagen der Deutschen Volkspolizei.

Es liegt eine eigenartige Spannung in der Luft, die die Sommerabendidylle bedrohlich zu stören beginnt. Eine Tanzveranstaltung ist angesagt, doch eigentlich ist hier niemand zum Tanzen gekommen. Der Grund für den Ansturm der jugendlichen Gäste ist von ganz anderer Art: Eine Band wird auftreten mit einer Musik, die man woanders Rockmusik nennt, für die das offizielle DDR-Deutsch jener Jahre jedoch noch nicht einmal eine Bezeichnung kannte.

Das «Rübezahl» am Berliner Müggelsee war eines der legendären Rock-Mekkas, von denen es in den sechziger Jahren eine Handvoll im Lande gab – irgendwo weit draussen und fernab vom Schuss, in der Zuständigkeit lokaler Provinzbehörden, die von Rockbegeisterung junger Leute völlig überfordert waren und sich deshalb mit den Veranstaltern solcher Ereignisse lieber auf ein Stillhalteabkommen verstanden. Offiziell war auch dieser Abend im «Rübezahl» eine ganz normale Tanzveranstaltung, angemeldet, genehmigt, beobachtet und o. b. V. (ohne besondere Vorkommnisse) zu den Akten gelegt.

Szenenwechsel: Ort der Handlung ist diesmal das «Haus der Jungen Talente» in der Klosterstrasse unmittelbar hinter dem Alexanderplatz im ältesten Teil der Stadt. An das zu Beginn des 18. Jahrhunderts erbaute Barockpalais der Podewils erinnern nur noch Fassadenreste und das prunkvolle Eingangsportal. Am Haus selbst kündet ein überdimensioniertes Emblem der FDJ davon, wer jetzt hier Hausherr ist. Und wieder ist es ein Spätsommerabend, diesmal des Jahres 1989, fast auf den Tag genau zwanzig Jahre später. Die abendlichen Veranstaltungen im Saal des Hauses haben längst nicht mehr des Fluidum des Aussergewöhnlichen. Sie finden seit Ende der siebziger Jahre regelmässig, in den achtziger Jahren dann sogar täglich statt. Die Band «Keimzeit» steht auf dem Programm, was freilich nur weiss, wer sich die Mühe gemacht hat, auf der im Eingangsbereich des Hauses aushängenden Monatsübersicht das in Überfülle vorhandene Kleingedruckte zu studieren. Doch wer hierherkommt, muss sich diese Mühe nicht machen. Es sind Szenebands, die hier auftreten, und die Szene weiss auch ohne Plakatierung, was wo stattfindet. Gäste, gar von ausserhalb, sieht man ohnehin nicht so gern, denn nicht selten sind Vertreter der schreibenden Zunft aus dem Westteil der Stadt darunter, deren wohlmeinenden, manchmal sogar euphorischen Berichte dem Haus schon viel Ärger eingebracht haben. «Wenn dich der Klassenfeind lobt, hast du einen politischen Fehler gemacht» – heisst die schlichte Logik, nach der die Obrigkeit auf derartige Elogien zu reagieren pflegt. Inzwischen freilich scheint man sich nur noch sehr bedingt um den Seelenfrieden der Berufsjugendlichen aus der FD J-Zentrale zu scheren, obwohl sich der Ministerrat doch gleich schräg gegenüber befindet und die

diensthabenden Posten vom Wachregiment des Ministeriums für Staatssicherheit schon hin und wieder einmal von der anderen Strassenseite mit Argusaugen herüberschauen. Das Völkchen jedenfalls, das sich vor den schweren Eichtüren des Portals versammelt, spottet allen Formeln von der «sozialistischen Jugend» und dem Gerede von der «Kampfreserve der Partei» offen Hohn. Hier mischen sich die kamerascheuen Paradiesvögel der Jugendkulturen der Hauptstadt in der Abenddämmerung der untergehenden DDR-Gesellschaft – die stilisierte Hässlichkeit der Punks mit ihren buntgefärbten Haaren und kühnen Irokesenschnitten, die blassen Grufties in unheilvollem Schwarz, die Jeans und Nickelbrille tragenden Jungintellektuellen von der nahen Alma mater. Und selbst die eingestreuten «Stinos» (Stinknormale) sehen nicht so aus, als bedeute ihnen das Emblem mit der aufgehenden Sonne über ihren Köpfen an der Fassade des Hauses noch irgendetwas.

Auch das Bühnenambiente im Saal ist von erlesener Symbolik. Im tristen Bühnenlicht schimmert eine Mülltonne, vor der der Sänger der Band zu den schrillen Tönen der punkartigen Musik den angestauten Frust buchstäblich auskotzt. «Keimzeit», der Bandname steht für ein Programm – nicht für eine Neues keimende Zeit, wie es die Hausherren vom sozialistischen Jugendverband bei der Bestätigung des Monatsprogramms sicher genommen haben, sondern für «verkeimte Zeit» und damit den Frust der jüngsten Generation DDR-deutscher Staatsjugendlicher. Keiner ahnt an diesem Abend, dass die längst unhaltbar gewordenen Zustände im Lande keine zwei Monate mehr brauchen, bevor sie für immer Geschichte geworden sind.

In beiden Ereignissen verkörpern sich die Eckpunkte einer Entwicklung, wie sie widerspruchsvoller, verquerer und wohl auch absurder gar nicht sein konnte. Der Mythos des Rock von Freiheit und Gemeinschaft, von ewiger Jugend und trotziger Rebellion hatte unter den Bedingungen des DDR-Sozialismus eine Kraft wie nirgendwo sonst, stand er doch vage und diffus für das schlechthin «andere». Eine Gesellschaft, die sich immer nur als Alternative definiert, aber den Gegenpol dazu in unerreichbare Ferne rückt, produziert ein Vakuum, das umso grösser ist, je stärker sie sich abzugrenzen sucht. Das «andere» ist auf diese Weise nicht nur unablässig gegenwärtig gemacht. Es erhält vor allem, weil es immer nur als Negationskonstrukt erscheint, eine Anziehungskraft, die nicht in ihm selbst gründet, sondern vielmehr in seiner Funktion als einer Leerstelle, die mit Projektionen aller Art aufgefüllt werden kann und gerade daraus ihre Attraktivität bezieht. So hat der ideologische Diskurs ungewollt, aber darum umso wirksamer, stets genau das erzeugt, was er verhindern sollte.

Rockmusik war in der DDR für die hier aufwachsende junge Generation eine kulturelle Form, die dieses «andere» versinnlichte, ein Medium für Träume, Sehnsüchte und lustvolle Selbsterfahrung, angefüllt mit Projektionen aus den eigenen widersprüchlichen Alltagserfahrungen, nicht eigentlich subversiv, aber selbstbewusst, Grundlage für eine geborgte und imaginierte Identität.

Dass Rockmusik die Spuren ihrer westlichen Herkunft unauslöschbar in sich trug, gleichgültig von wem und wo sie gespielt wurde, hat dieser Musik eine enorme Imaginationskraft gegeben. Es hat ihr freilich auch den geballten Argwohn der Staatsorgane eingebracht – nicht ganz zu Unrecht. Aber offensichtlich mit dem unbeabsichtigten, ironischen Resultat, dass diese um eine weitere brisante gesellschaftspolitische Dimension bereichert wurde. Wenn die höchsten Staatsorgane über Rocktexten brüten und mit seismographischer Empfindlichkeit reagieren – das Politbüro liess gelegentlich per Telefon seinen dichterischen Ambitionen ungebremsten Lauf und griff mit Formulierungsvorschlägen für einzelne Textpassagen höchstselbst in Produktionen ein –, dann wird aus jedem noch so banalen Text zwangsläufig ein Politikum. Das damit in Gang gesetzte Katz-und-Maus-Spiel zwischen den schwerfälligen Bürokraten in den diversen Kulturapparaten und der Kreativität der jungen Leute, ob als Musiker oder Publikum, liess bei allem Frust, den es erzeugte, der Staatsmacht stets das Nachsehen. Man hätte den Rockbands die Benutzung der deutschen Sprache verbieten müssen, um ihnen die Basis für phantasievolle Doppeldeutigkeiten zu entziehen. Das Gegenteil geschah, man hat ihnen die Benutzung der englischen Sprache verboten, damit der Rock «zur sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung» beitrage, und sich so der hoffnungslosen Jagd auf eine Chimäre ausgesetzt. Nicht in den Texten nämlich stand, was sie bedeuteten, sondern ihre Bedeutung erhielten sie in dem durch Musik organisierten kulturellen Gebrauch, der seinerseits in der Reaktion der Zensoren einen untrüglichen Leitfaden besass.

Doch die eigentliche Auseinandersetzung um die Rockmusikbegeisterung Jugendlicher fand auf einem ganz anderen Feld statt – in der Geographie des grossstädtischen Raumes der Hauptstadt. Die Geschichte der Rockmusik in der DDR ist die Geschichte einer Auseinandersetzung um gesellschaftliche Räume, um Frei- und Spielräume, um die Besetzung von Territorien im Wortsinne. Honneckers Diktum vom «Boden des Sozialismus», auf dem Kultur sich zu bewegen habe, besass eine durchaus wörtlich zu nehmende Dimension, die sich in der «sozialistischen Metropole» Berlin auf besondere Weise verkörperte. Berlin war der Ort, an dem der «Boden des Sozialismus» definiert wurde, und jede



*Saal des Kulturhauses Kabelwerk Oberspree, 1971*



*Rockbands im Vormarsch auf der Bühne des alten Friedrichstadtpalastes, 1972*

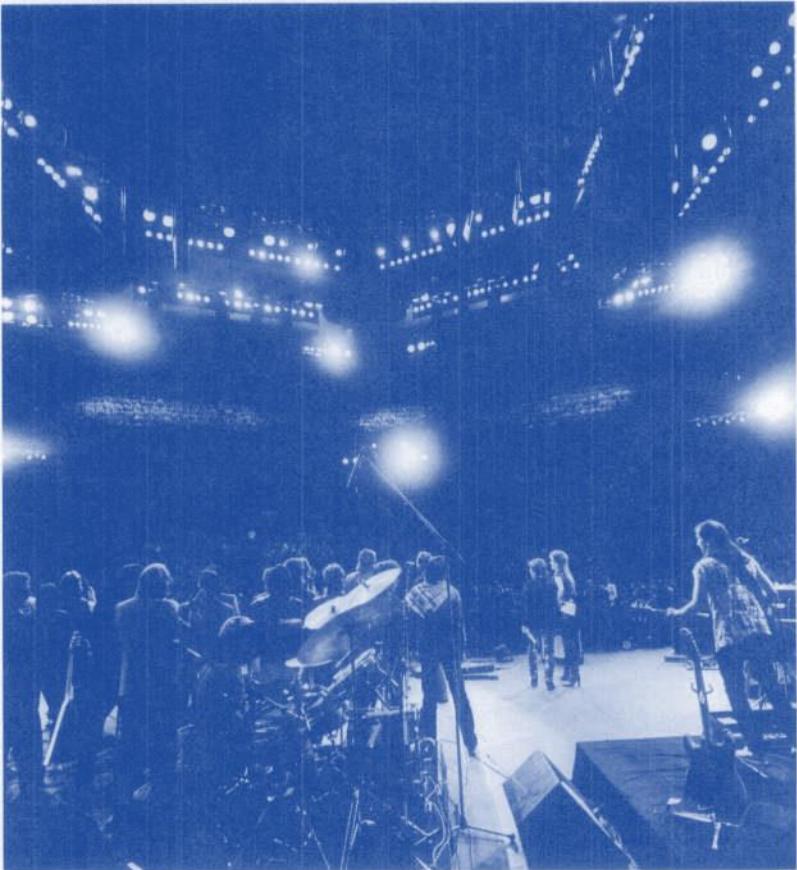
territoriale Verschiebung auf dem kulturellen Terrain, die hier erstritten werden konnte, hatte Signalwirkung. Als sich mit dem «Klubhaus der Eisenbahner» im Berliner Stadtteil Karlshorst und dem «Kulturhaus des Kabelwerks Oberspree» in Schöneweide 1970 erstmals betriebseigene Kulturstätten innerhalb der Stadtgrenzen den Rockbands des Landes öffneten und sich die Szene aus den Ausflugslokalen in die Stadt verlagerte, besass das einen Symbolcharakter, der nicht ohne Folgen blieb. Fortan sind es nämlich nun nicht mehr asoziale Gammler in der Grauzone der städtischen Randgebiete gewesen, die die Volkspolizei mit ihren als «Gamlertaxen» berühmtberühmten Einsatzfahrzeugen gelegentlich auf den «Boden des Sozialismus» zurückholte, sondern Arbeiterjugend an den Brennpunkten der sozialistischen Produktion in der Hauptstadt, die der Rockbegeisterung frönten. Die territoriale Verschiebung des Geschehens markierte einen Kurswechsel, der zwar nirgends formuliert, aber dennoch verstanden und noch im gleichen Jahr mit einer grossangelegten Offensive der Medien aufgegriffen wurde. «Aktion Rhythmus» nannte sich die konzertierte Aktion, die unter dem Schlagwort «Jugendtanzmusik» Rockbands wie den Puhdys, Panta Rhei mit Veronika Fischer, der Klaus-Renft-Combo und Elektra 1971 erste Rundfunkproduktionen bescherte. Und selbst als dieser Kurs auf einer Konferenz des Ministeriums für Kultur 1972 dann in Worte gefasst worden ist, die der künftigen Arbeit Richtschnur sein sollten, fiel dem zuständigen Stellvertreter des Ministers für Kultur nicht viel anderes ein als eben wiederum die Gebietsformel vom «Boden der sozialistischen Gesellschaftsordnung», auf dem das alles irgendwie sich ansiedeln müsse.

Das Machtverständnis war ein territoriales, nicht nur in Stacheldraht und Mauer versinnbildlicht, sondern auch im zähen Ringen um konkrete Räume kultureller Praxisformen. Natürlich ist dem allgegenwärtigen Auge des Staates nicht entgangen, dass der auf dem 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 als «dem Sozialismus feindlich» verfemte «westliche Beat» in Gaststätten wie dem «Rübezahl» ungehindert stattfand. Solange jedoch der eigentliche «Boden des Sozialismus» davon frei blieb – solche Ausflugs-gaststätten waren damals häufig noch privat geführt und galten ohnehin als Enklaven eines hinter der gesellschaftlichen Entwicklung zurückgebliebenen Kleinbürgertums –, störte dies nicht weiter. Der gleiche altmodische Machtanspruch erlaubte der Rockmusik dann schrittweise auf eben diesen Boden vorzudringen, zuerst in die genannten betrieblichen Kultureinrichtungen, 1972 aus Anlass einer Bilanzveranstaltung der «Aktion Rhythmus» erstmals auf die Bühne des alten Berliner Friedrichstadtpalastes. Es war nämlich unübersehbar geworden, dass die West-

medien flächendeckend auf dem immer wieder zitierten und beschworenen «Boden des Sozialismus» Fuss gefasst hatten. Eine interne Studie des Zentralinstituts für Jugendforschung resümierte 1971: «Quantitativ nimmt der Einfluss der Feindsender zu ... Das Hören und Sehen von Westsendern ist heute für die grosse Mehrheit unserer Jugend zur Gewohnheit geworden.»<sup>1</sup> Folglich wurde der ungeliebten Musik schliesslich der Vormarsch auf den geheiligten Boden in Form der Bühne des Friedrichstadtpalastes erlaubt – freilich nicht ohne Zugeständnisse abzuverlangen: gesungen werden musste deutsch, Texte waren maschinenschriftlich zur Bestätigung einzureichen und bis weit in die siebziger Jahre hinein die langen Haare der Musiker unter Haarnetzen zu verstecken. Jenseits dessen lief das Leben allerdings ungehindert weiter. Dort waren die Haare lang, das Repertoire blieb solange englisch, bis Musiker wie Publikum gelernt hatten, dass die eigenen Songs in deutscher Sprache der Obrigkeit viel mehr zu schaffen machten. Und auch die Westmedien erfreuten sich wie eh und je grosser Beliebtheit.

Doch drang diese Musik nun landesweit in Räumlichkeiten vor, in denen sie bis dahin undenkbar gewesen wäre. An der Berliner Humboldt-Universität veranstaltete 1972 eine Gruppe von Studenten «Beat im Audimax», die Jugendklubs der FDJ öffneten sich den «harten Rhythmen», ebenso die Kulturhäuser und betrieblichen Kultureinrichtungen. Eine rasch ausufernde Bürokratie aus Kommissionen, Gremien, Leitungsorganen, Arbeitsgruppen und Koordinierungsinstanzen entstand, um das neu geschaffene rockmusikalische Terrain zu verwalten. Nun wurde gefördert, entwickelt, behindert, geregelt, zensiert, genehmigt, reglementiert, geleitet und eingeschätzt. Immer aber ging es im Kern dabei um das gesellschaftliche Terrain, darum, was wo stattfand, und gar nicht so sehr um die kulturellen Tatsachen als solche. Selbst Auftrittverbote waren in der Regel nicht personenbezogen, sondern territorial begründet, galten jeweils für den entsprechenden kommunalen Verwaltungsbezirk oder für den Einzugsbereich der reglementierenden Behörde, für Schulen oder Universitäten, die NVA oder die gewerkschaftseigenen Kulturstätten. Das Geflecht aus Klubs, Kulturhäusern und Freilichtspielstätten war zudem durch Schwerpunktsetzungen – die zentralgeleiteten Kulturhäuser, die Kreiskulturhäuser als kulturelle Zentren in den Kreisen sowie die zwar staatlichen, aber von der FDJ geleiteten FDJ-Jugendklubs – faktisch unüberschaubar gemacht worden, denn nur diese Schwerpunkte befanden sich ständig im Visier der Apparate. Die Mehrheit der Spielstätten existierte jedoch jenseits dieser infrastrukturellen Knotenpunkte und dort unter sehr diffusen Zuständigkeiten – von der Gesellschaft für

Deutsch-Sowjetische Freundschaft, dem Kulturbund, über die Gewerkschaft, bis hin zu den Industriebetrieben. Zudem war die haushaltrechtliche Zuordnung nicht notwendigerweise auch mit einer politischen Zuständigkeit verbunden. Damit tat sich ein weites Feld auf, das von Gängeleien und Repressionen zwar immer wieder punktuell, selten aber flächendeckend betroffen wurde. In diesem unüberschaubaren Netz von kultureller Infrastruktur etwas wirksam zu verhindern, war nahezu unmöglich, umso wichtiger die Frage, was an welcher Stelle und welchem Ort auf Duldung, Förderung oder eben auch Behinderung stiess. Die Hauptstadt blieb der Brennpunkt dieses Geschehens, denn die Orte hier hatten eine symbolische Bedeutung, die an ihnen ablesbar machte, wie Partei und Staat die Dinge sahen. Die landesüblichen politischen Diskursformen liessen in den eisern gestanzten Worthülsen das Entäussern des Apparats im Klartext nämlich nicht zu. Ausserdem verstand sich jeder Teil des Apparates in erster Linie als Herr über ein eigenes Terrain, das er verbissen und zäh verteidigte. Die gestanzte Rhetorik des bürokratischen Diskurses, der in den Instanzen herrscht, darf nämlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die immer wieder beschworene Einheit und Geschlossenheit der Partei, ihre Einheitlichkeit im politischen Handeln, eine reine Fiktion gewesen ist. Da wurden im Hause des Ministers für Kultur am Molkenmarkt dem AMIGA-Label des VEB Deutsche Schallplatte Produktionen genehmigt, für die noch vor ihrer Veröffentlichung aus dem schräg gegenüberliegenden Haus des Zentralkomitees der SED, der dortigen Abteilung Agitation, ein Sendeverbot an die Medien erging. Zwanzig Minuten weiter, die Linden herunter nahe dem Brandenburger Tor, thronte die Gattin des Generalsekretärs im Volksbildungsministerium und führte einen verbissenen Grabenkrieg gegen die «Unkultur», die in Gestalt der Rockmusik die sozialistische Schule bedrohte. Auf der anderen Strassenseite profilierten sich davon unbeeindruckt inzwischen die Jungfunktionäre in der FD J-Zentrale als Manager für rockmusikalische Grossveranstaltungen. Das Ministerium für Nationale Verteidigung durchkämmte mit einer eigenen Arbeitsgruppe die staatlichen Rockproduktionen nach Texten, die die sozialistische Wehrmoral untergruben und wurde selbstverständlich dabei planmässig fündig, während die Gewerkschaftszentrale am Märkischen Ufer ein obligates «unsere Werktätigen wollen das nicht» dazu beisteuerte. Was die eine Instanz tolerierte oder aufwendig förderte, konnte von der nächsten behindert und auch offen boykottiert werden. Abstruse Lächerlichkeiten wie Haarlänge und Haarfarbe mündeten ebenso in langwierige Grabenkriege wie geschmäckerliche Willkür oder die immer wieder beschworene Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Jede



*Rock für den Frieden, Grosser Saal im Palast der Republik, 1983*

Instanz kämpfte verbittert und mit allen Methoden «sozialistischer Leitungstätigkeit» um das eigene Terrain, baute die Stellungen aus und verteidigte sie, aber hütete sich, in fremde Territorien einzudringen. Möglich war so immer alles und nichts, je nachdem wie geschickt man sich durch diese von mehr oder weniger gut ausgebauten Stellungen und Gräben zerklüftete Geographie des gesellschaftlichen Raumes bewegte.

Der Ort, um den am heftigsten gerungen wurde, ist der Palast der Republik im Ostberliner Stadtzentrum gewesen. 1982 fand hier unter dem Motto «Rock für den Frieden» das erste DDR-eigene Rockfestival statt. Die wohl symbolträchtigste Bastion des Apparates auf dem «Boden des Sozialismus», Sitz der Volkskammer und Tagungsstätte der Parteitage der SED, war nach langer Auseinandersetzung hinter den Kulissen schliesslich erobert. Die Rockmusik ist damit auch für den letzten Provinzfürsten unübersehbar in den Adelsstand eines anerkannten Bestandteils der DDR-Kultur gehoben worden.

Die Veranstaltung trug alle Zeichen jener formalen Kompromisse, die für das Innenleben der DDR so charakteristisch gewesen sind. Die Musiker des Landes waren es lange schon leid, in ganzen Landstrichen noch immer als potentielle Staatsfeinde beargwöhnt zu werden. Und da schliesslich jede Kunstsparte in der DDR ihr Festival besass, verlangten auch sie nach einem solchen – Bedingung freilich: Mitbestimmung. Die Berufsjugendlichen aus der FDJ-Zentrale hatten andererseits in jenen Jahren mehrfach schon Rüffel von «ganz oben» dafür einstecken müssen, die «Kampfreserve der Partei» zu vernachlässigen, denn diese privatisierte sichtlich in die inzwischen reichlich vorhandenen Freizeiträume. Eine «politische Manifestation der Jugend der DDR» an symbolträchtigem Ort hätte die Kampfkraft des Jugendverbandes weithin sichtbar unter Beweis gestellt, nur waren die Zeiten lange vorbei, wo das Publikum dafür in Hundertschaften organisiert zum Mitklatschen einfach abkommandiert werden konnte. Fast zwei Jahre ist dann verhandelt worden, um den grossen Kompromiss zu finden. Die Rocker erhielten ihr Festival, auch wenn es so nicht genannt werden sollte. Der Jugendverband hatte seine «politische Manifestation», die freilich vor allem in der Berichterstattung der Medien stattfand. Für den Frieden zu sein, war zudem nichts Ehrenrühiges; und in der leidigen Mitbestimmungsfrage hatte sich eine salomonische Lösung nach dem Prinzip «meine Wiese – deine Wiese» gefunden. Pro Abend gab es während der zweitägigen Veranstaltung ein «offizielles», von den Medien übertragenes Konzert, das die diversen Obrigkeiten bediente, ansonsten konnten die zwanzigtausend jugendlichen Besucher rocken, was das Zeug hielt.

Doch die Symbolkraft des Hauses war stärker als der Mythos des Rock, und so erwies sich dieser Sieg schnell schon als ein Pyrrhus-Sieg. Das Wort von den «Staatsrockern» begann die Runde zu machen für Bands, die bei den jährlichen «Rock für den Frieden»-Festivals im Palast der Republik auftraten. Und wer hier nicht in Erscheinung trat, setzte sich der Gefahr aus, für in Ungnade gefallen zu gelten, was sich auf die Auftritts- und Produktionsmöglichkeiten deutlich negativ auswirkte. Kein Wunder also, dass die Musiker schon nach der zweiten Veranstaltung dieser Art alles daransetzten, aus dem Palast des Volkes wieder herauszukommen. Doch das einzige Zugeständnis, das sie den Apparaten noch abverhandeln konnten, war der Wegfall des politischen Mottos. Ab 1986 hiess die Veranstaltung schlicht «Jugend im Palast», und dabei blieb es.

Aber da trug die Situation ohnehin schon alle Züge einer Groteske. Während um die Veranstaltungen im Palast der Republik endlos gefeilscht wurde – wer dort an welcher Stelle, im Hauptfoyer, auf den Etagen oder im Saal, und unter welcher Überschrift auftreten durfte –, hatten sich in dem weitläufigen Netz der formal der FDJ zugeordneten Berliner Jugendklubs längst jugendkulturelle Milieus etabliert, die das alles nicht mehr erreichte. Hier traten Rockgruppen auf, die im kulturellen Verwaltungsdeutsch der Apparate die «anderen Bands» hieszen, was signalisierte, dass sie unbehelligt blieben, sofern sie aus der Klubszene nicht herausstrebten. Mit Punk, den verschiedenen Spielarten der New Wave, HipHop und Heavy Metal liess sich «auf dem Boden des Sozialismus» ohnehin kein Staat machen, also dachten diese Bands auch gar nicht daran, die ihnen zugedachte Spielwiese zu verlassen. Die Medien führten den ideologischen Feldzug inzwischen mit derjenigen Westmusik, die sie aus den «Herzen und Hirnen» der Jugend verdrängen sollten. DDR-Musik fand in den Jugendprogrammen von Rundfunk und Fernsehen kaum noch statt. Die FDJ verpulverte unterdessen die knappen Staatsdevisen auf der Rennbahn in Berlin-Weissensee, um mit internationalen Stars wie Bob Dylan, Joe Cocker und Bruce Springsteen den Jugendlichen genau das vorzuführen, was sie mit beträchtlichem Aufwand im Lande zu verhindern versuchte. Diese aber hatten sich zu grossen Teilen längst aus der DDR verabschiedet, auch wenn es noch bis zum Sommer 1989 dauerte, dass aus diesem Abschied Wirklichkeit wurde. Der «King vom Prenzlauer Berg» war ins Land seiner Träume aufgebrochen und liess den kleinkarierten Stellungskrieg der Verwaltungen und Hauptverwaltungen, der Instanzen, Apparate, Kommissionen und Komitees für immer hinter sich.

## HAUPTSTADT BERLIN. EIN WITZ

Nur einer? Was ist der Unterschied zwischen dem Chicagoer Zentralfriedhof und Ostberlin? – Ostberlin ist nur halb so gross, dafür aber doppelt so tot. Es gibt, tatsächlich, nur diesen einen Witz über die DDR-Hauptstadt, und der schon ist abgewandelt und bereits im Anfang der vierziger Jahre belegt, zu jener Zeit also, als Deutschland die Vorbedingungen für die Teilung dieser so witzeträchtigen, so geistreichen Stadt schuf.

Aber figuriert eine Stadt überhaupt im Witz? Wer kann mir den Witz über Oslo, Köln, London, Paris, Verden an der Aller, Rostock oder Kyritz an der Knatter sagen? Und wenn: Geht er über die Qualität einer mehr oder weniger geistreichen Bemerkung hinaus?

Natürlich, der Begriff *Hauptstadt* wurde immer mit dem leicht bitteren Beigeschmack des Satirewürdigen in den Mund genommen – doch dabei wurde die determinierende Ortsbezeichnung *Berlin* verschluckt, um Raum für den Oberbegriff *DDR* zu lassen. (Die DDR ist die grösste DDR der Welt!)

Jeder, der von den südlichen Autobahnen kommend, hinter Michendorf geradeaus den etwa dreissig Kilometer längeren Weg nach Berlin-Hauptstadt nehmen musste, statt rechts durch die Büsche ins nahe Westberlin zu fahren, war sich der Hybris politischer Sprachregelungen für kurze Momente bewusst, ebenso wie, ob er wollte oder nicht, für einen kurzen Moment der Höchstgeschwindigkeit, denn hier und nur hier war die Bahn neu und vielspurig ausgebaut, eine wehmütige Sehnsucht wie ein leiser Schmerz aufschwelte.

Ein Ostkind und ein Westkind stehen sich in Berlin an der Grenze gegenüber.

«Ätsch», sagt dit Westkind, «ick hab Bananen und du nich!»

«Ätsch», sagt dit Ostkind, «und ick hab'n Sozialismus und du nich.» «Na und», sagt dit Westkind, «'n Sozialismus krieg'n wa ooch!» «Ätsch», sagt dit Ostkind, «dann habta ooch keene Bananen mehr!»

Ob es nun Hauptstadt hiess mit einem Magistrat von Gross-Berlin oder nicht, ob es mal eine National- oder Staatshymne war, ein Zentralflughafen (fürs jan-

ze Deutschland), ein Ost- oder ein Hauptbahnhof, ob die Sommerzeit ein- oder ausgeführt und auf sowjetisches Geheiss wieder eingeführt wurde – die jeweiligen Ab- und Ausgrenzungsaktivitäten wurden mit grösstem Desinteresse registriert und notgedrungen nachvollzogen. Ort der Begierde aber blieb dem DDR-Bürger die Stadt Berlin. Wie in jedem ordentlichen zentristischen Staat waren die richtigen Karrieren nur hier zu machen.

Warum wird vor dem Haus des Lehrers am Alexanderplatz so viel gebuddelt? – Man sucht das Staatsexamen von Margot. (Die Frau Minister Honecker hatte in Pädagogik keines, gebuddelt wurde, weil die Statik des Gebäudes mehrfach falsch berechnet war, die Strassenführung mehrfach verändert wurde: Spare mit jedem Pfennig – koste es was es wolle!)

Kein Witz: Berlin-Ost war eine lebbare Ansammlung wichtiger Theater, Klubs, Verlage, Museen, Medien, Universitäten und Akademien – es fiel der Mangel an Obdachlosen, Alkis, Knackis, Junkies und Strichis, der Mangel an Endzeit, Postmoderne und Neuer Armut nicht auf. Jeder Berliner war froh, Berliner zu sein, und jeder, der den Sprung geschafft hatte, war es doppelt und wie eh und je assimilationswillig – kurz: Auch das hinterste Sächsisch wurde nach und nach zu einem kaum noch die Herkunft verratenden Hauptstädtisch.

Was sagt der Sachse, wenn er sich in London einen Weihnachtsbaum kaufen will? – Attention please! (Ä Tännchen, pplies!)

Das facettenreiche Populationskonglomerat Ostberlin – die Produktionsstätten, Organisationszentralen und Behörden nicht zu vergessen – hatte von vornherein der ambitionierten Stadt Leipzig den Rang abgelaufen, und die in manchen Köpfen des grössten DDR-Stammes der Sachsen verwurzelte Obsession, dass es doch eine Leipzig-Hauptstadt hätte werden sollen, was schon aus kaltkriegerischem Kalkül völlig obsolet war, schien längst verblichen. Im Gegenteil, in Ostberlin wurde so ruinös viel an Geld, Ressourcen und Baukapazität hineingepumpt, dass es am Ende der DDR hiess: Ruinen schaffen ohne Waffen, aber damit war das arme Leipzig gemeint.

Warum ist Leipzig die frömmste Stadt der DDR? – Zweimal im Jahr ist Messe, und der Rest ist Fasten.

Nun ja, da haben wir ihn, den Städtewitz. Rund, geschliffen, aber mechanistisch – das heisst gewollt und damit auch belanglos. Denn so wie der Chicagoer Zentralfriedhof je nach Angriffs-laune auf fast alle Städte anzuwenden ist und für viele eben dann doch nicht stimmen wird, so war egal welche Verbindung von Messe und Fasten für die naschhaft-kulinarisch veranlagten Sachsen wohl kaum nachweisbar, es sei denn, es gäbe jemanden, der glaubt, dass das arme Sachsen vierzig Jahre lang keine Torte mit Schlagsahne kannte. Vielleicht aber war das Frömmeln auch nur eine Vorwegnahme jener unglaublichen inneren und äusseren Wende zum vierzig Jahre lang nicht stattgehabten Christentum und seiner politischen Arme und Umarmungen aus München und Bonn? Oder war der Zyklus Messe und Fasten nur eine Vision weit in die Nachwendezeit hinein? Wie dem auch sei, ganz am Schluss der DDR hatte sich Dresden angemeldet.

Dresden wird die zukünftige Hauptstadt der DDR; Dresden hat die besten Voraussetzungen:

1. Das Politbüro kommt in die Galerie der Alten Meister.
2. Die Stasi kommt in den Zwinger.
3. Das Umweltministerium kommt ins Grüne Gewölbe.  
(Kleindiensammlung der Sächsischen Könige.)

Man darf anstricken. Wer kommt ins Hygiene-Museum, wer ins Italienische Dörfchen – heute wohl die Neo-Toskana-Fraktion, wer in die Semper-Oper, wer in die Ruine der Frauenkirche – der Demokratische Frauenbund Deutschlands vielleicht?

Ich hoffe, nachgewiesen zu haben, dass dem DDR-Bürger, und auch der war in der Unwirklichkeit des Sprachgebrauchs nichts Geringeres als ein Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, soviel Zeit musste schon sein, denn eine Abkürzung (DDR: Der Doofe Rest) galt als wertmindernde Verkürzung – sagen Sie doch einmal diesen Satz, flüssig, mit dem notwendigen Selbstverständnis und ohne falsches Pathos: Ich bin ein Bürger der Deutschen Demokratischen Republik. Kann man mehr denn sein, unantastbarer, Silbe für Silbe über sich hinauswachsend?! Überbietbar nur noch durch das stolze Bekenntnis: Ich bin ein Berliner! Wie dagegen tönt: Ich bin ein Wanne Eikler, oder gar: ich bin ein Hamburger, ein Wiener Würstchen, ein Pariser!? – ich hoffe also nachgewiesen zu haben, dass dem Nullachtuffzehn-Ostlöffel (Eigenbezeichnung: da stand ick rum wie'n Ostlöffel) ein tieferes, differenzierteres, durchaus emotionsgeladenes Denken über die Hauptstadtfrage eigen war. Und da kannte er überhaupt keinen Spass, der sonst sonnige Sachse schon gar nicht. Nicht umsonst musste

man ihm nach der Wende den Verlust seiner DDR mit der gesamtdeutschen Hauptstadt auf dem Territorium der ehemaligen selbigen kompensieren. Die Westmark und die Hauptstadt, das waren die Punkte, die es zu knacken galt, wollte man die erste gesamtdeutsche Wahl mit den Osis ernsthaft gewinnen. Alles hätten und haben sie hergegeben, nur nicht ihre Hauptstadt Berlin. Nicht mal für Bananen.

Weisst du, dass am Alex jetzt Bananenselbstbedienten aufgestellt werden? Wenn die oben 'ne Banane rinnsteckst, kommen unten zwei Mark raus.

Wenn also Berlin im Witz nicht figuriert, der Begriff Berlin – Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik schon in der damaligen Zeit nur dem ewig-perpetuierten Kalten Krieger ein müdes Grinsen der Signifikanz abringen konnte, so muss ich ausserdem noch gestehen, dass die *in* der Stadt Berlin handelnden Witze nur einen Bruchteil der reichhaltigen DDR-Witzfolklore ausmachten. Nicht einmal die Mauer ist in mehr als sechs Witzen belegt.

Aber Berlin war *die* Schaltstelle des politischen Witzes der DDR, sein unerschöpflicher Born, sein Grob- und auch sein Feinfilter und sein Transmissionsriemen zugleich. Und ein Multiplikator war fast ein jeder.

Wir sind gesessen, ein verfahrenes Volk von Dichtern und Denkern: Wie die ollen Berliner Kleinbürger des Vormärz in ihrer Tabagie, so sassen wir in unserem Café und räsonierten über Gott und die Welt und stellten uns vor – wir, die ehemaligen Hausherrn von morgen, steigend meist, aber auch fallend manchmal auf der Lawendeltreppe des Ruhms – wir stellten uns vor, wie da ein unscheinbarer Lew Bronstein, späterer Trotzki, in den Wiener Caféstuben, just seinen Mokka schlürfend wie wir, die Weltrevolution entworfen hatte.

Warum mit dem Kopf durch die Wand, haben wir uns gefragt, was willst du in der Nebenzelle? Das waren doch damals noch die verschiedenen Cafégorien der Weltrevolution. Wie gesummt, so gebrummt. Wir, wenn schon keine Lenins, so doch alle potentielle Trotzki, merkten mehr und mehr, dass wir in unserer Gerontokratie auf die Cafégorie der ziselierten Bemerkung reduziert waren. Wo wir sind, ist vorn. Wenn wir hinten sind, ist eben hinten vorn. Wir wissen zwar nicht, was wir wollen, das aber von ganzen Herzen.

Und tatsächlich: Während der Berliner Gassenhauer in den etwas mehr als hundert Jahren seiner Existenz, aus dem Kleinbürgertum kommend, sich immer mehr proletarisierte, nahm der politische Witz der DDR eine umgekehrte Ent-

wicklung. Vom Ende der siebziger Jahre an war sein Hauptproduzent das intellektuelle Kleinbürgertum, war sein Entstehungsgebiet der Ballungsraum, die Grossstadt, ging seine Verbreitung von Berlin (Hauptstadt) aus.

Sicher, das Räsionieren, jene subtil-nörglige Art des Meckerns, ist seit jeher eine Spezialität der Berliner Volksseele, aber die DDR hatte im Laufe der Zeit auch einen grossen Haufen vagabundierenden Intellekts freigesetzt, ob nun institutionell gebunden oder nicht. An Berlins berühmtester Kreuzung Friedrichstrasse/Ecke Unter den Linden, im kleinen, eher unattraktiven und nach der Wende auch abgerissenen Espresso vom Lindencorso, wurde dieser Haufe zur kritischen Masse: Philosophen, die die Welt genug verändert hatten, und denen es nur noch darauf ankam, sie endlich wieder einmal zu interpretieren, Erbauer Potemkinscher Dörfer, Schlauspieler und Resigneure, Vertreter des politisch arrangierten Liedes, freakige Wolgadeutsche, deren Freiheits- und Statussymbol angebeulte sowjetische Grosslimousinen waren, die den Namen der Mutter der Flüsse trugen, und Bekannte und Verkannte, lesend aus unveröffentlichten Werken, veröffentlichend unlesbare Werke.

Und all diese aus den Verlagen, der Uni, den Instituten, Organisationen, Theatern und Akademien, und die Filmedreher, Maler, Fotografen, Graphiker, Liedermacher, Jazzer, Rocker, all diese Caféhocker hatten unendlich viel Muse und Zeit, die Zeitläufte auf ihren Humorwert zu untersuchen, Sarkasmen, Sprüche, Verballhornungen und Witze zu produzieren.

Anfrage an den Sender Jerewan: Können Männer Kinder kriegen? Antwort: Im Prinzip nein. Aber gehen Sie mal in die DDR, für Westgeld machen die alles.

Für mich selber galt der Spruch: Wenn ich da bin, bin ich hier. Nur Tourneen konnten mich davon abhalten, etwa zehn Jahre lang zwischen Highnoon und zwei in besagtem Espresso mein Büro- und Frühstückszimmer aufzuschlagen.

Egal, welche Milieus den politischen Witz der DDR hervorbrachten: verbreitet von Mund zu Mund wurde er zur echten, sogar einzigen Volkskunst des Landes. Selektiert aber und letztendlich gefiltert wurden diese Witze im Caféhaus. Dort verfestigte sich ihre authentische Form.

Ansage von Radio DDR:

«... mit dem letzten Ton des Zeitzeichens war es genau acht Uhr. Wir wiederholen die Ansage für unsere Genossen der Deutschen Volkspolizei.

Acht Uhr ist: wenn der grosse Zeiger nach oben zeigt und der kleine auf die Brezel.»

Wehe dem, einer erzählte falsch. Dann wurden die Scholaren scholastisch: Nee, der geht so und so. Und da an den Tischen ein und derselbe Witz – vorher schon in Kantinen und Büros mehrfach erzählt – für jeden jeweilig neuen Gast wiederholt wurde, verhärteten sich in wenigen Tagen die gültigen Fassungen.

Ein Mann kommt in eine Eisenwarenhandlung:

«Haben Sie Nägel?» «Nee.»

«Haben Sie Schrauben?» «Nee.»

«Haben Sie'n Schraubenzieher?» «Nee.»

«Na, was haben Sie dann?» «Durchgehend geöffnet.»

«Und warum haben Sie durchgehend geöffnet, wenn Sie doch nüscht zu verkoofen haben?» «Schloss is kaputt.»

Und die Fassungen waren so gültig und die Kenntnis der Witze so allgemein, dass man in einem hitzigen Tagesgespräch nur *Popow* oder *Scheiss Volkskunst* fallenzulassen brauchte, und schon verklärten sich die Gesichter in der Runde – wie bei jenen armen Irren aus der Irrenanstalt, von denen immer einer am Fahnenmast hochklettert, oben angekommen eine Zahl vom Zettel abliest, die Zahl laut verkündet und alle anderen unten lachen sich kaputt. Bis zu dem Tag, an dem einer hochklimmt, die Zahl abliest und ausruft. Und unten keiner lacht. Weil: den kannten sie schon. An dieser Stelle hiess es im Espresso: Du hast ja sooo recht. Eine Replik, die von den Fernsehleuten stammte. Auf jeden Verbesserungsvorschlag eines Mitarbeiters antwortete ein anderer Mitarbeiter: Du hast ja sooo recht. Und das hiess: Es wird nie geschehen. Es gibt viel zu tun, lassen wir's bleiben. Wozu die Mühe.

Klar, ein Kürzel reizt nur so lange, wie es auf eine reale Situation passt – aber aus gleichem Grunde sind sie auch bemerkenswerte Verständigungsflöskeln. Manchmal mit variierenden Reflexionsebenen ...

Frobenius, der in Afrika unter anderem Mythen und Märchen sammelte und nachzuweisen suchte, dass Atlantis durch die Sahara und aussenherum auf dem Wasser nach Benin gelangt sei, fand bei einem schwarzafrikanischen Volk ein kurzes, drei Zeilen langes Märchen. Etwa so: Um sie von einem Schmerz zu befreien, greift die Spinne der Ameise mit einem Finger in den Mund. Die Ameise hat sich eine Eierschale in den Mund gesteckt. Darüber konnten sich

die Zuhörer ausschütten vor Lachen. Frobenius konnte das nicht verstehen, nicht deuten. Warum sie gelacht, weiss ich auch nicht. Aber *dass* sie gelacht, *das* kann ich sehr wohl verstehen. Frobenius hätte achtzig Jahre später leben müssen, in der DDR ...

Von Touries und Wessie-Schulklassen meist zur Sommerzeit heimgesucht, sassen wir in unserem ethnologischen Freilichtmuseum und kicherten, unverständliche Synonyma ausstossend, vergnügt in uns hinein. Und die Touries konnten für ihre fünfundzwanzig Mark Eintritt nur eines feststellen: das musste die lustigste Baracke im ganzen Lager sein. (Ein Vorzug, den im sozialistischen Lager besonders die Polen und die Ungarn für sich beanspruchten ...)

In Polen ist es so: Wirbt ein Mitglied der Kommunistischen Partei ein Mitglied für die Kommunistische Partei, bekommt es eine Prämie. Wirbt es zwei Mitglieder für die Kommunistische Partei, wird ihm der Parteibeitrag erlassen. Wirbt es drei, darf es aus der Kommunistischen Partei austreten. Wirbt es vier Mitglieder für die Kommunistische Partei, wird ihm bescheinigt, niemals Mitglied der Kommunistischen Partei gewesen zu sein.

Aber selbst aus dem normalen Gespräch hätte der Aussenstehende, bei dem Polit-Rotwelsch, das sich hier vermengte, kaum etwas ableiten können. Er hätte wissen müssen, dass Miefkuh die Abkürzung für das Histerium für Kultur war, während Russenkuh die fast zärtlich-liebevolle Bezeichnung für das alte, bulle Automobil Wolga war, während Rostkwitsch den Moskito genannten Wagen der Marke Moskwitsch in seiner eigentlichen Qualität beschrieb. Er hätte wissen müssen, dass ein Karpatenschreck und eine Balkanziege identisch waren mit Ceausescus Rache, einem Ungetümen, technisch katastrophalen, in Rumänien gebauten Transporter, dessen geringste Macke wohl sein Strudel im Tank war. Trotz grosser Energie-Einsparungskampagnen – wer jetzt noch lacht, hat noch Reserven! – wurde der Karpatenschreck den DDR-Betrieben aufgenötigt, damit die Lieferverpflichtungen der DDR mit ihrem eigenen, nicht ganz so katastrophalen Transporter Barkas erfüllt werden konnten. (Spare mit jedem Pfennig ...)

Der Aussenstehende hätte wissen müssen, dass mit Dresdner Senke die völlige Ahnungslosigkeit gemeint war, weil man in jenem Tal der Ahnungslosen kein Westfernsehen empfangen konnte, während die Autonome Gebirgsrepublik der Bezirk Suhl war, wo das kleine, zänkische Bergvolk lebte. (Gemeinsam sind wir unausstehlich!) Er hätte wissen müssen, dass die von manchem im Westen wegen ihrer blassen Hühner (Broiler, Gummiadler) Flattermanns-Air-

lines genannten Gesellschaften Intersturz oder Aeroplatsch nichts mit dem Pilotbüro zu tun hatten, auch dann nicht, wenn der Hubschrauber schon durch war, der feierabends das Heu für die letzten Ochsen, die da noch arbeiteten, abwarf.

Er hätte, jedenfalls damals, wissen müssen, dass, wenn Blockflöte gesagt wurde, nur ein politisches Instrument gemeint war, nämlich ein Mitglied einer der Parteien des Nationalen Blocks der Nationalen Front der DDR: der Labildemokraten (Liberaldemokratische Partei Deutschlands) oder der Eichelpartei (Nationaldemokratische Partei Deutschlands), während *die* Partei (die der sozialistischen Einheitlichkeit), aus deren Reihen der Hauptdarsteller, nämlich Uns-Erich stammte, in Berlin oft heiter-g'schamig Pietei benannt war. Ein, was schon sehr selten ist, wertfreier Diminutiv, der auch im zusammengesetzten Substantiv existierte: Pieteiversammlung, Pieteibeitrag. (Die Partei braucht auch deinen Beitrag!)

§ i: Die Partei hat immer recht.

§ 2: Wenn die Partei mal nicht recht hat, tritt § 1 in Kraft. (Das erinnert mich mächtig an Adolf Glassbrenners Zitat «aus Bismarcks sämtlichen Werken»: § 1 bis 101. Wenn die Regierung spricht, hat die Kammer zu schweigen, und wenn die Kammer spricht, hat sie – nichts zu sagen.)

Etwas günstiger für den Aussenstehenden waren die Synonyma für Skulpturen und Gebäude: Lehrer-Silo für das Haus des Lehrers am Alexanderplatz. Bauchbinde für das Mosaikfries am Lehrer-Silo. Nutenbrosche für den grossen Springbrunnen auf dem Alex, gestaltet von Professor Womatschka, der als Walter Womacka der Erfinder des DDR-Chlorodontismus und Ulbrichts Lieblingsmaler war.

Winzerstuben für das Aussenministerium am Marx-Engels-Platz, das unter dem damaligen Aussenminister Winzer erbaut wurde. Dazu im rechten Winkel Waltherchens Ballhaus, das Staatsratsgebäude. Den Winzerstuben gegenüber der Lampenladen: Casa di lampadario, der Palazzo prozzo, auf sächsisch schlicht Ballast der Republik.

Der Papst besucht die DDR. Er sieht sich in Berlin den restaurierten Dom an und ist sehr beeindruckt. Dann wendet er sich nach rechts, sieht den Palast der Republik und sagt: «Da habt ihr aber auch ein *sehr* schönes Pfarrhaus dazugebaut!»

Über der Spree, den Palast im Rücken, den Fernsehturm im Angesichte, stehen und sitzen seit dem Frühjahr 1986 Sacco und Jacketti, das Rentnerdenkmal,

zwei erdverbundene, in sich ruhende Figuren, die wohl einen fossilen Marx und Engels darstellen sollen.

Weisst du, warum der Palast der Republik abgerissen wird? Man fasst keine Beschlüsse im Rücken der Klassiker.

Der aufmerksame Leser wird sich gefragt haben, warum ich für Fernseh – türm kein Synonym eingesetzt habe. Hier gilt es zu differenzieren, gilt es Brecht zu zitieren: Das Volk tümelt nicht. Als er erbaut wurde, hat es Journalisten gegeben, die dem Turm propagandistisch-tümelnde Namen gaben: auf wahlweise Langer Lulatsch oder Telespargel sollte er inauguriert werden.

Frivole Tümelei, immer allgegenwärtig, und meist in den Städten der DDR in dem Begriff «das neue Wahrzeichen von ...» kulminierend – etliche DDR-Städte haben es so alle drei, vier Jahre zu einem «neuen Wahrzeichen» gebracht, sogar Berlin-Hauptstadt hatte vor dem «Telespargel» als neues Wahrzeichen den langen Betonschlot des Heizkraftwerkes Mitte, das zwei Kilometer von der City entfernt in die Häuser gerammt wurde – diese Tümelei brachte Aversionen hervor, die in Injurien mündeten: Penis socialisticus erectus est. Oder: Protzkeule – semantisch eher dem Sächsischen zuzuordnen. Die Berliner hatten einfach Angst vor diesen Turm – aber nicht, weil er auf einem Baugrund von Schlammblasen stand, der insgeheim noch nachträglich durch Beton-Injektionen stabilisiert werden musste: Es ging die Mär, bei Bedarf könne man mit dem Turm die Hauptstadt vom Westfernsehen abtrennen. Mit dem eigenen Fernsehen allein zu sein – das war für jeden DDR-Bürger eine gruselige Vorstellung:

Weisst du, beim Bau des Fernsehturms ist oben vergessen worden, für das Café eine Kanalisation einzubauen. Macht nichts. Jetzt wird die ganze Scheisse nach oben gepumpt und ausgestrahlt.

Längere Zeit hielt sich die Bezeichnung Sankt Walter, weil sich bei günstigem Sonneneinfall immer wieder auf der grossen Nirosta-Kugel des Turmes ein kilometerweit zu sehendes Kreuz abzeichnet. Da kam natürlich Freude auf beim Fussvolk: Schadenfreude. (Es lebe der Fernsehturm mit Walter Ulbricht an der Spitze!)

Aber wie das so ist: Schliesslich hiess das Ding nur noch Fernsehturm. Man hatte sich optisch daran gewöhnt, dass er als Skyline-Fetzer mitten in der Stadt stand, statt kostengünstiger und effektiver auf den stadtnahen Müggebergen – wenn auch im Anflugbereich des Zentralflughafens Schönefeld. Auch war das

Gerücht verebbt, Ulbricht habe nur deswegen den Turm neben den Alexanderplatz plaziert, weil er dort mitten im alliierten Luftkorridor stand. Das sollte als souveräner Kraftakt die Westalliierten zu direkten Verhandlungen mit der DDR veranlassen, die DDR einen wenigstens symbolischen Schritt der Anerkennung näherbringen.

Nichts da. Die Flugzeuge brummt rechts und links an ihm vorbei. Und er blieb, was er war: ein Fernsehturm. So, wie auch seit den fünfziger Jahren, trotz intensiver westlicher Bemühungen, der DDR-Polizist in der DDR nie zum VO-PO wurde – was auch leicht zu erklären ist: Westberlin war die Frontstadt, nicht Ostberlin. Im Volksmund blieb er stets der Volkspolizist, wurde in den siebziger Jahren zum Polizisten degradiert und sehr spät erst, als Übernahme aus dem Links-Westen, partiell zum Bullen. Aber es gab in der DDR keine Bullenwitze. Polizistenwitze en masse. Wahhlos in allen Preislagen:

**Was sind die vier schwersten Jahren im Leben eines Polizisten?  
Die erste Klasse.**

Eine Strassenbahn fährt bei Gelb über die Kreuzung und wird von einem Polizisten gestoppt. Der Fahrer steigt aus und tobt. «Sind Sie verrückt geworden!?» brüllt er. «Ich hab' hier'n Plan zu erfüllen! Sie können mich doch hier nicht stoppen!» «Sei'n Se ruhig», sagt der Polizist. «Und fahr'n Se rechts ran!»

Zurück zu den Gebäuden und Skulpturen: Da gibt es den Lehmann vom Lehmannpark, auch 1986 eingeweiht. Der sowjetische Monumentalbildhauer Kerbel, zu Hause auf Lenin spezialisiert, hat in der DDR zweimal fürchterlich zugeschlagen. Einmal in Marx-Stadt, jenem ehemaligen und wieder jetzigem Chemnitz, dessen Name seiner proletarischen Tradition geopfert wurde: Als 1953, mitten im Karl-Marx-Jahr, Jussip Wissarionowitsch Dschugaschwili, genannt Stalin, starb, musste ganz schnell eine Statue her. So erhielt das bei den Seelower Höhen errichtete Hüttenwerk, an dessen Vorderfront (auf der anderen Strassenseite) einige Wohngevierte in den kargen Sand gestellt worden waren, nicht den schon vorgesehenen Namen des Klassikers, sondern den seines gottgleichen georgischen Epigonen, während das alte Chemnitz, sehr zum Schmerz seiner Bewohner, nunmehr den Namen Marxens erhielt.

So austauschbar waren dunnemals die Heroen, dass ein paar Jahre später, StalinStadt war zu Eisenhüttenstadt geworden, Marx immer noch als neuer Namensgeber für die berühmte Ostberliner Stalinallee erhalten durfte: Karl-Marx-Allee.

Hatten die Berliner schon vorher *Stalinallee* gesagt, so bezeichnete nun den frivolen Namenstausch die ebenso frivole Benennung *Kalle-Malle*. Malle ist ein wahrscheinlich aus *le mal*: das Übel, das Böse, *fai mal*: mir ist schlecht usw. abgeleitetes Berlinisch und existiert heute noch in: Du hast wohl 'ne Malle, was soviel heisst wie: Du hast wohl 'n weichen Keks, oder: Wie kannst du so was bloss machen?!

In Karl-Marx-Stadt also hat Kerbel mit einem martialischen, mehrere Stockwerke hohen Marx-Kopf zugeschlagen und 1986 in Berlin-Hauptstadt mit einem (dem ersten in der DDR) Thälmann-Denkmal. Doch der Koloss sieht eher wie ein unbewältigter Lenin aus, so dass bereits die Bronzegießer in Lauchhammer ihn kontaminierend Lehmann nannten.

Reisender, kommst du aber einst im Oktober in die grosse Ru-Rei (Ruhmreiche) genannte Grosse Unerschütterliche und dort nach Ulan Ude, der hinter dem Baikalsee gelegenen, fernen Hauptstadt des nordmongolischen Volkes der Burjaten, und mit deinem Eintreffen fällt der erste Schnee, dann betrachten dich die Einheimischen als Glücksbringer. Und du, Glücklicher, verharre auf dem neuerrichteten zentralen Platz der Stadt, wende dich ab vom neuen Hotel und blicke hinüber zum langgestreckten Parteigebäude dort auf der Anhöhe. So wirst du, die Horizontale eruptiv durchbrechend und das Gebäude an Höhe weit übertreffend, davor den Riesenkopf des russischen Djed Morross, des Väterchen Frost, sehen. Und wenn du in der Lage bist, die schneeverhangenen Brauen und den Eisbart vor deinem inneren Auge schmelzen zu lassen, ja dann wirst du erleuchtet sein und wissen: Auch hier hat Lew Kerbel einen Lenin hingehinkelt.

Der Lauchhammer Begriff Lehmann jedenfalls setzte sich durch – ebenso wie die blödelnde Bezeichnung Freiheitszentrum für das von Westfirmen erbaute Freizeitzentrum am Berliner Friedrichshain, wie Aserbaidzschanischer Busbahnhof für den ungehemmt neopostmodernen Betonblumengussteilneubau des Friedrichstadtpalastes, dem weltgrössten Variété (noch vor der Lenin-grader Music-Hall!), wie Schenkelklaus für Schinkelklaus, Kleine Geltungsbedürfnisanstalt Unter den Linden für das Maxim-Gorki-Theater.

Aber hier sind wir bereits in den Niederungen des internen Kauderwelschs, das – weniger ziseliert denn differenziert-diffamierend – in jeder Gegend der DDR, immer orientiert an den lokalen Koniferen und Autoraritäten, sein eigenes Gepräge und Kolorit hatte. Harmlose Frühformen waren *WU* für Walter Ulbricht, Sodom und Gomulka oder Nationalpreisträger Professor Mässig für den gar nicht tragen DEFA-Filmgrossregisseur Maetzig...

Spätere Formen waren nicht mehr ganz so zimperlich. Da war die ständig larmoyante Mütterlichkeit ausströmende Gebrauchslyrikerin Gisela Steineckert: Indem sie kühn den Weg vom Ich zum Mir antrat, den Weg der Reprivatisierung des DDR-Kulturapparates für sich, für die Tochter, den Schwiegersohn, kurz, für den ganzen begabten Clan, ergatterte sie sich schon zu brauchbaren Lebenszeiten – eingedenk der Tatsache, dass sich hinterher ja doch keiner darum kümmert, kaum gestorben, schon vergessen – ergatterte sie sich, von Bob Lumer, einem in die DDR verirrtten erfolglosen US-Polit-Folk-Sängerlein zur Big-Bed-Mama umgetauft, die Würde nationaler Unsterblichkeit. (Was ein Glück, dass mit den Mauern die Würden und auch ihre Träger fallen.)

Erfolgreiche In-Besitz-Nahmen der ausnahmslos in Berlin ansässigen Medien Platte, Funk, Fernsehen, Musikverlage zum Zweck ungehinderter Maximierung eigener Tantiemen hat es in der Geschichte der DDR stets gegeben; nur wenn einzelne Glieder derart übertrieben, dass Papa Staat, den Anschein des Eigentümers wählend, eingriff und ganze Clane entmachtete, hatten neue Musikrichtungen ihre Chance. Zwar gründete Gisela das Haus Steineckert durch eine Um- und Einheirat in das Zentrale Lektorat des DDR-Rundfunks – sich selbst besiegen ist der schönste Sieg, Selbstzensur die schönste Zensur: Kein DDR-Wort ging mehr ohne ihren Segen gesungen durch die Medien – aber sie setzte, ganz im Gegensatz zu ihren Vorläufern, das Gebäude auf einen offensiv politischen Unterbau:

- Big-Bed-Mama nahm, auf dem Weg durch die Instanzen, Schritt für Schritt selber zu Instanz werdend, Anfang der Siebziger die FDJ-Singebewegung – ein wunderbar jungvölkischer Ausdruck! – zu dem Zeitpunkt an ihren Busen, als dieser kulturpropagandistische Aktivposten nur noch durch künstliche Beatmer gehalten werden konnte.
- Sie nahm, wiewohl sich nicht eine Singegruppe der DDR ihrer Texte annahm – selbst nicht die offiziöse Profi-Gruppe Jahrgang 49 (Gründungsjahr der DDR), die zärtlich wegen ihrer Qualität Abgang 49, wegen ihrer Situation Kostgänger 49, zusammengefasst Stuhlgang 49 genannt wurde – Gisela Steineckert nahm sich der (heisse Herzen, leere Hirne) FDJ-Poetenseminare an, deren Edition von Schülergedichten Offene Fenster ein allgemeines Gleich wieder zuschlagen provozierten.
- Sie befriedete, nach der Biermann-Extraktion von 1976, gemeinsam mit Paul Wiens und Günter Görlich – Namen, die Sie sich wirklich nicht zu merken brauchen (Wiens Gedichtband «Dienstgeheimnis» entlockte nur ein müdes Hätt er's doch für sich behalten).

- sie befriedete den wegen Unterwanderung des Vorstandes kurzzeitig ausser Kontrolle geratenen Berliner Schriftstellerverband.
- Sie würgte als Jurorin in allen möglichen Gremien und Leistungsschauen der Unterhaltungskunst – ich weiss, eine Wortwahl wie aus dem Poesiealbum eines Speckschwartenhändlers – sie übernahm den Vorsitz des dahindilettierten Chanson-Wettbewerbs und, Augen zu und durch, lieber Leser, als Chef der Arbeitsgemeinschaft Chanson beim Komitee für Unterhaltungskunst vereinnahmte sie gemeinsam mit ihrem Clan die gesamte Gattung. Und schlussendlich wurde Big-Bed-Mama 1984 zum Präsidenten des eben geschaffenen Verbandes der Unterhaltungskünstler inthronisiert – auf, Leser, stöhne nur, aber genau hinter solchen Begriffen steckt die preussisch-aufgeblähte Struktur sich an sich selbst delektierender und schliesslich in sich implozierender Diktaturen: Wenden wir uns wieder dem Heiteren zu!

War bisher das dramaturgische Credo der in der DDR allgegenwärtigen Unterhaltungskunst «Mit der stärksten Nummer anfangen und dann langsam steigern», und lautete, wenn man feierstündlich ans Politische ging, die programmatische Maxime «Fahne hoch und Hosen runter» – just fällt mir da die *Marxime* ein –, so verschmolz nun die Fahne zu einer in Lied und Rock alle anderen Themen verdrängenden Epopöe vom Frieden: Kunst ist Waffel, denn El Friede muss bewaffnet sein, auch wenn sie inzwischen im Aserbaidshianischen Busbahnhof schon völlig ohne Höschen zwischen Phonomimikern und Mimoplastikern herumlief.

Zwischen was!? Na ja, tun kann man alles, man muss es eben nur nicht gleich beim Namen nennen: Travestit – das konnte Vater Staat doch niemanden in den für jede Darbietung obligaten Berufsausweis eintragen, wo in der DDR schon der Transvestit ein eigentlich noch nie aufgetauchtes Phänomen eines rein biologischen Irrtums war. Und Mutter Natur irrt nie! (Und die Partei hat immer recht.)

By the way: Viel früher schon hatte die DDR viel härtere Nüsse ganz unbedenkt geknackt. Als Berlin-Hauptstadt irgendwann in den Sechzigern eine Box-Welt- oder -Europameisterschaft ausrichten durfte, war dies mit einem parallelen Body-Building-Wettbewerb gekoppelt. Nicht nur, dass die anerkennungssüchtige DDR nun dieses Hochsymbol westlich-amerikanischer Endzeitdekadenz ausstatten musste, nein, sie musste auch noch eine eigene Sektion vorweisen! Das tat sie glatt. Unter der nationalen Bezeichnung Kulturistik.

Durch solche Wortschöpfungen, die alle eher aus der Kiste der als geflügeltes Wort selbst dem Wessi so oft vorgeführten *Geflügelten Jahresendfigur*

stammten, wurde mit dem Kulturbegriff ebenso austauschbar verfahren wie mit Stalin und Marx – nicht aufwertend, aber möglich machend.

Gebilde wie Mimoplastiker oder Kulturistik wurden vom DDR-Menschen als gewundene und sich windende Polit-Terminologie erkannt und gemieden. Anders der Westmensch. Der, in seinem selbstgelobten Land den Zeitgeist genussvoll verinnerlichend (Trauerarbeit, Entsorgungspark, Licht am Ende des Tunnels), etymologische Ungetüme *ausgelobter* Wettbewerbe, Preise und Erreicherungsgelder oder die *marode* Wirtschaft der DDR unreflektiert und als göttlich gegeben hinnimmt und wieder von sich gibt – wobei man zubilligen muss, dass das Mode-Wort *marode* eher zu einer lustbetonten Sprache beiträgt als der *Phonomimiker*. das Adjektiv *marode* ist kein Synonym für kaputt, höchstens ein Äquivalent für ermattet, müde, schlapp, ursprünglich nämlich für zurückgebliebene, plündernde Truppenteile gebraucht, aus dem franz. *maraud* – Schurke, *maraudage* – Feldfrevel (Bertaux-Lepointe), auch von brandschatzenden Söldnern des Regiments eines Obersten Merode während des Dreissigjährigen Krieges abgeleitet (Hermann Paul).

Muss denn wirklich erst das Verb *marodieren* – plündern (aus unseren Betrieben ist noch viel mehr herauszuholen, Parteitagssitzat E. Honecker) das vielschichtige Begriffspaar bilden (*marodierte* DDR-Wirtschaft), um satireheischend auf nimmermüde *Marodeure* hinzuweisen!?

Der Berliner Ost war erkenntnisfähiger; er *zeigte* mehr *Wirkung*, mehr *Handlungsbedarf*, mehr *Betroffenheit* er konnte lachen – als Bedarfshandlung sozusagen, denn selbst tiefdurchdachte Sprachregelungen bildeten zur sprachlich abzubildenden Wirklichkeit ein Spannungsfeld, in dem es manchmal wirklich irre knisterte. Von unfreiwilligem Humor. *Jeder volle Sack, ein Schlag gegen die Imperialisten!* (Alt-Klassiker – an einer Mühle) *Senkt die Waldbrände um 50 Prozent!* (Alt-Klassiker – jahrelang an den Autobahnen) Das übt. Nun die nächste Vorstufe, ebenfalls in didaktisch einprägsamer Form: *30 Jahre DDR – 30 Jahre Staatszirkus*. (1979 – Überschrift eines Artikels) *33 Jahre DDR – 35 Jahre Komische Oper, zur Zeit im Umbau*. (1984 – mitten in Berlin-Hauptstadt, am Bauzaun) Ein Lapsus? Nun ja. Genug sensibilisiert! Jetzt wird's ernst: *VEB ERDMÖBEL*.

Sicher, das war genauso bemüht wie das *Jahresendfigur* genannte Weihnachtsengelchen, wenn man wusste, dass es sich hier um einen volkseigenen Betrieb handelte, der Särge herstellte. Aber Hand aufs Herz, lieber Leser, wie würdest du ihn genannt haben: *VEB Sarg?* Erdmöbel! Das gab was her! Und erst einmal ein *Warenträger*, oder sollte der Verkäufer etwa schlicht Regal sa-

gen? Und darauf etwa ein Glas Mohrrüben stellen, wo er doch die *Einkomponentennahrung* «*Möhren pur*» grosszügig zur Verfügung hatte.

Selbstverständlich erfasst eine sprachliche Codierung mehr als das herkömmliche Wort. Eine *milchgebende Grossvieheinheit* ist eben nicht nur *keine* Kuh: Sie ist auch kein Kleinvieh – obwohl sie, das hätte noch geregelt werden müssen, auch Mist macht. Das verständnisvollere westliche Idiom *Mist bauen* (da hat er eben Mist gebaut), bezieht sich mehr auf unöffentlich vorteilnehmende Rindviecher aus Management und Politik – als ob man je billigend, und auch noch öffentlich oder gar dienstlich einen Nachteil in Kauf nehmen würde ... Kehren wir zur Kuh zurück: Sie ist auch keine Kuh an sich. Nein, sie gibt Milch. Und vor allem, jetzt kann man mit ihr rechnen. Und zwar in Einheiten. Was die Kameraden vom *Getränkstützpunkt* zu schätzen wussten, denn die liessen während der *Ernteschlacht* die *Versorgungsfront* nicht zusammenbrechen – wenn die *Erntekapitäne* durstig durch die Felder dümpelnd ihren *Klassenauftrag* erfüllten, damit im Winter die *Pioniere* fröhlich ins *Manöver Schneeflocke* ziehen konnten, ein frohes Lied auf den Lippen: *Ratatatata, ich bin ein Panzer der Nationalen Volksarmee ...* (gab es wirklich).

Doch ursprünglich waren wir bei Big-Bed-Mama und beim nicht mehr ganz so Zimmerlichen: Dass auf dem schweren Wege der Gisela Steineckert zu den Höhen der Kulturapparatschickeria diese noch Zeit für die Idylle gefunden hatte – es machte sie fast wieder sympatisch, wäre da nicht des Volkes böser Leumund, der, durch Inversion und Hinzufügen eines Buchstabens das Persönlichkeitsrecht der Frau Steineckert rücksichtslos beeinträchtigend, dem Namen eine andere Richtung gab (Gisela Reinsteckert) und das zarte Fleisch an ihrer nicht mehr ganz so taufrischen Seite mit *Pippst du mich, pipp ich dich* zweckdienlichen Intentionen zieh, ging doch ausserdem die verständnisvolle Mär, dass der soignierte Schlagersänger Jürgen Walter, geborener Pippig, vor Schreck zur anderen Fraktion übergelaufen war.

Dass der francophonophile Pippig sich nicht des bösen Spruches als vielmehr erträumter Frankreich-Tourneen wegen umtaufen musste, hatte ihm ein von der DDR-Liga für Völkerfreundschaft sponsorierter Algerien-Trip verdeutlicht – allerorten angekündigt als Piepiesch. Hatte er schon so eine kleine Stimme, so wollte er doch wenigstens einen grossen Namen: Jürgen Walter. Wem fällt da nicht der von der Vogelweide ein! Oder gar Walter Ulbricht?

Moische trifft David in Warschau auf der Strasse. David hat ein Parteiabzeichen am Revers.

«Dovidei!», sagt Moische, «was soll denn das bedeuten?!»

«Nu, Moische», sagt David, «das soll bedeuten: bin ich eingetreten in die Partei der Arbeiterklasse.»

«Dovidei!», sagt Moische. «Biste meschigge, *nach* der Saison!?»

Einige Personenagen öffentlicher Verbal(l)hornung möchte ich der geneigten Nachwelt noch unkommentiert anheim geben – wobei ich schlimmere Namensdeformationen, so enthüllend sie auch sein mochten, wegen ausgewiesener Geschmacklosigkeit und natürlich auch aus meiner mir angestammten DDR-Prüderie (haha!) dem Leser erspare.

- Da war der Actricen- und Chantösen-Förderer *Schari Eduard* von Kitzler, jener Chefkommentator des DDR-Fernsehens, wegen Grobheit der Inversion schlicht Schari Eduard genannt. Der Rest wurde als bekannt vorausgesetzt – wie sich ja auch seine Sendung «der schwarze Kanal» einfach nicht verdrängen liess.
- Da war *Manfred Wegwerf* der von Helene Weigel testamentarisch vom Œuvre des Meisters getrennte Brecht-Adept und spätere Akademie-Präsident Professor Weckwerth.
- Da war die strohblonde und leider auch strohdumme Kunstpretiose Vera Oelschlegel, die nach Um- und Einheirat – vom Zentralschriftsteller Hermann Kant zu Konrad Naumann, Parteichef von Berlin – die wohldotierte Intendanz des eigens für sie geschaffenen Theaters in der Casa di lampadario (Palast der Republik) als Morgengabe erhielt: Etwas unappetitlich, dafür aber allgemein *Vera Ölschenkel* genannt, firmierte sie doch, wenn schon nicht besonders abendfüllend, in unserem cafégorischen Schattenkabinett als Ministerin z.B. V. (zur besonderen Verwendung).
- Da war der Ölschenkel-Schauspieler *Einmeterspaghetti*, für den die Berliner Schauspielschule zur Hochschule wurde, damit er sie als Professor Hans-Peter Minetti unter sein Direktorat nehmend – seine Laufbahn auf einem Anstandsposten mit Blick auf die Kulturministerwürde besiegeln konnte ...

Bevor mir jetzt verübelt wird, dass der zu *HOG* (Handelsorganisationsgaststätte) verkürzte Verein *Horch und Guck*, der ursprünglich, weil er auch in jedem Dorf eine Filiale hatte, *Konsum* genannte, an vorderster Klassenfront kämpfende Kundschafterbund des *Ministeriums für Sicherheitsnadeln* hier in meinem Sittengemälde fehlt, will ich nach dem Äquivalent *Pappe*, stehend für die *Gehhilfe* Trabant, von der man im Westjournalismus irrtümlich glaubte, ihr Diminutiv *Trabbi* sei eine «liebvolle» Umschreibung des *Neuen Ziehdröhns*, (von der in der DDR unbewältigten Aussprache für Citroen abgeleitet), will ich

nach dem Äquivalent *Pappe* (*Exportbezeichnung: Karton de Blamage*) die Endlosfolge der Synonyme mit den Blauen Fliesen abbrechen:

*Kiestypen* (*wer Mörtel will, muss Kies haben*), bei denen Handwerker getrost mit dem Klassiker *Forum geht es* eintraten, weil diese nicht nur in der Inter-shop-fähigen, nicht konvertierbaren Deviseninnenersatzwährung der Forumschecks zahlten, sondern auch in richtiger Westmark zu richtigen hübschhohen Weststundensätzen und nicht etwa gegen Quittung in Spielgeld oder Ostlappen, mit denen man höchstens im Ex (Exquisit) oder in Neu-Deli (Delikat-Läden, früher UWUBU: Ulbrichts Wucherbuden) einkaufen konnte, Kiestypen (lieber Kies in der Tasche, als Sand im Getriebe), inserierten in allen DDR-Zeitungen: Suche rote Kacheln, biete Blaue Fliesen; tausche Golf gegen Blaue Fliesen usw. – bis ein ganz Ausgeschlafener dahinterkam: mit *Blaue Fliesen* war nicht die keramische Mangelware gemeint, sondern Scheine. Hundert-Mark-Scheine, West. Die Blaue Fliese, nun aus den Zeitungen eliminiert, wurde im postsozialistischen *Delikatismus* wieder vom *Hunni-West*, gleich zehn Fuffi-Ost, verdrängt: Lieber 'n Blauen (Hunni-West) in der Tasche, als 'n Roten (Fuffi-Ost) in der Familie. Doch noch kurz bevor die Mauer fiel und der Kurs auf eins zu zwanzig stieg, mutierte das Spielgeld zu dem Währungskürzel *LOM*, sprich lomm – lumpige Ostmark. Denn: *Ohne Moos ist nüscht los* – und erst recht nicht im Goldenen Westen. Nicht mal mit Sozi und ALU (Arbeitslosenunterstützung).

In der sibirischen Eisenbahn sitzen vier Männer. Und wie sie so sitzen, nach ein, zwei, drei Tagen, fragt der eine Mann sein Gegenüber:

«Brüderchen, was hast du gemacht?»

«Ich war *gegen* Popow», sagt der gegenüber.

«Und? Was hast du bekommen?»

«Habe ich bekommen fünf Jahre.»

«Fünf Jahre!» Der Mann nickt und schweigt. Nach ein, zwei, drei Tagen fragt der Mann sein anderes Gegenüber: «Und du, Brüderchen was hast du gemacht?»

«Ich war *für* Popow», sagt das andere Gegenüber.

«Und? Was hast du bekommen?»

«Habe ich bekommen fünf Jahre.»

«Fünf Jahre!», nickt der Mann und schweigt. Es vergehen wieder ein, zwei, drei Tage. Da fragt der Mann seinen Nebenmann: «Und du, Brüderchen, was hast du gemacht?»

«Nichts habe ich gemacht, fünf Jahre habe ich bekommen. Ich bin Popow.»

Wieder vergehen ein, zwei, drei Tage. Schliesslich fragt Popow: «Und du, Brüderchen, warum stellst du so viele Fragen?» «Ich», sagt der Mann, «war euer Richter.»

In der Serie «Wie man's macht, man macht es falsch» gab es nicht nur Popow. Es gab zum Beispiel den, in dem alle verhaftet werden: der fünf Minuten zu spät kommt als Saboteur; der fünf Minuten zu früh kommt als Agent (es waren die fünfziger Jahre); der pünktlich zur Arbeit kommt als Dieb, weil er unter dem Verdacht steht, seine Uhr gestohlen zu haben – oder so. Wirklich berühmt – und bis heute bekannt geblieben – ist Popow, der eine merkwürdige Parallele zu den damals gängigen Cowboy-Witzen bietet, in denen der eine von beiden vom anderen abgeknallt wird, weil er zuviel redet – nachdem er pro Tag eine einsilbige Bemerkung gemacht hat usw. Dem Stilisten räume ich auch gerne ein, dass die echte Popow-Version nur die drei Antipoden, aber nicht den Richter beinhaltet. Doch einmal dazugeschummelt, traue ich mich nicht, ihn auszulassen.

### **Und ebenfalls aus den Black-Red-Golden Fifties:**

Eine Katze geht auf die Jagd und fängt eine Maus.

«Ach Katze», lispelt die Maus, «du bist so gross und stark, und ich kann dir nicht mehr entfliehen! Gewähre mir einen letzten Wunsch.»

Die Katze hält die Maus zwischen ihren Pfoten, und die Maus ist sehr appetitlich anzuschauen.

«Ich tanze doch so gerne», lispelt die Maus, «lass mich – für dich – noch einmal tanzen!»

«Einverstanden», sagt die Katze, und die Maus tanzt und tanzt und tanzt. Und tanzt. Und die Katze schaut zu und wird müde, schliesst allmählich die Augen und schläft ein. Und kaum ist die Katze eingeschlafen, flitzt die Maus in ihr Mauseloch.

Nach einer Weile wacht die Katze auf, öffnet die Augen und sieht, dass die Maus verschwunden ist.

«Scheiss Volkskunst», sagt die Katze sauer.

## ANMERKUNGEN

### Holger Kuhle: Auferstanden aus Ruinen: Der Alexanderplatz

- <sup>1</sup> Otto Groehler, «Geschichte des Luftkriegs 1918 bis 1970», Berlin (Militärverlag der DDR) 1977, S. 509 ff.
- <sup>2</sup> Walter Ulbricht, «Die Grossbauten im Fünfjahrplan» (Rede auf dem III. Parteitag der SED, in: *Neues Deutschland* vom 23.7.1950
- <sup>3</sup> Ebd.
- <sup>4</sup> Bruno Flierl, «Rund um den Marx und Engels: Berlins sozialistische Mitte», 125. in: Helmut Engel und Wolfgang Ribbe, *Hauptstadt Berlin – Wohin mit der Mitte?*, Berlin 1993
- <sup>5</sup> Kurt Magritz, «Die sozialistische Umgestaltung des Zentrums von Berlin», in: *Deutsche Architektur* 8 (1959), H. 1, S. 2
- <sup>6</sup> Dorothea Tscheschner, «Der Ideenwettbewerb zur sozialistischen Umgestaltung», in: Engel, *Hauptstadt Berlin – Wohin mit der Mitte?*, Berlin 1993, S. 205
- <sup>7</sup> Diese internationale Vereinigung moderner Architekten wurde 1928 in La Sarraz gegründet. Ihre Leitsätze, besonders von Le Corbusier, wurden in der «Charta von Athen» (1933) festgehalten. Zwischen 1928 und 1959 fanden zehn Kongresse statt.
- <sup>8</sup> Ebd., S. 205
- <sup>9</sup> Bruno Flierl, «Rund um Marx und Engels: Berlins sozialistische Mitte», in: Ebd.
- <sup>10</sup> Ebd.
- <sup>11</sup> Ebd.
- <sup>12</sup> Paul Verner, «Grossbaustelle Zentrum Berlin – vom Frankfurter Tor zum Brandenburger Tor», in: *Deutsche Architektur* 9 (1960), H. 3, S. 119-126
- b Kurt Liebknecht, in: Frank Werner, *Städtebau Berlin Ost*, Berlin 1969
- <sup>14</sup> Hermann Henselmann, in: Frank Werner, a.a.O.
- b Dorothea Tscheschner, «Der Ideenwettbewerb zur sozialistischen Umgestaltung», in: Engel, a.a.O.
- <sup>16</sup> Walter Ulbricht, in: Ursula Hirsch (9): Aus der Geschichte des Alexanderplatzes, in: *Berliner Zeitung* 1969
- <sup>17</sup> Georg Klaus, «Kybernetik und Gesellschaft», Berlin (DDR), 1964 (3., bearb. u. erw. Auflage 1973); ders. *Kybernetik – eine neue Universalphilosophie der Gesellschaft?* Berlin (DDR), 1973

- <sup>18</sup> Max Weber, «Der Sozialismus». Rede zur allgemeinen Orientierung von österreichischen Offizieren in Wien 1918, in: *Gesammelte Reden und Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik*, Tübingen (J.B. Mohr) 1988, S. 492 ff. (1. Aufl. 1924)
- <sup>19</sup> *Wörterbuch des wissenschaftlichen Kommunismus*, Berlin (Dietz) 1982, S. 354
- <sup>20</sup> Helmut Ullrich, «Ein Volksstück, gebaute ‚Szenen um den Alexanderplatz‘», in: *Neue Zeit vom 22.4.1969*
- <sup>21</sup> Ernst Schumacher, «„Mässigung ist aller Laster Anfang“. Zur Uraufführung in den Kammerspielen des DT», in: *Berliner Zeitung vom 23.4.1969*
- <sup>22</sup> Walter Ulbricht, «Die Grossbauten im Fünfjahrplan». Rede auf dem III. Parteitag der SED, in: *Neues Deutschland vom 23.7.1950*
- <sup>23</sup> Walter Ulbricht, «Das nationale Aufbauwerk und die Aufgaben der deutschen Architektur». Rede beim Festakt anlässlich der Gründung der Deutschen Bauakademie am 8. Dezember 1951, hrsg. vom Amt für Information der DDR, Berlin
- <sup>24</sup> Ebd.
- <sup>25</sup> Harald D. Lasswell, *The Signature of Power. Buildings, Communication, and Policy*, New Jersey 1979.
- <sup>26</sup> Dieter Staritz, *Geschichte der DDR 1949-1985*, Frankfurt a. M. 1985
- <sup>27</sup> Ebd., S. 175
- <sup>28</sup> Lutz Niethammer, *Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR*, Berlin 1991

**Peter Knopp: «Ist ein Traum, kann nicht wirklich sein...»**

- <sup>1</sup> Bertolt Brecht, *Schriften zum Theater Bd. 5*, Berlin 1968, S. 52
- <sup>2</sup> Bertolt Brecht, *Schriften zum Theater Bd. 7*, Berlin 1968, S. 316
- <sup>3</sup> Ebd.
- <sup>4</sup> Hans Werner Richter (Hrsg), *Die Mauer oder Der 13. August*, Reinbek 1961, S. 186
- <sup>5</sup> Ebd.
- <sup>6</sup> Ebd.
- <sup>7</sup> Ebd., S. 187
- <sup>8</sup> Ebd., S. 188
- <sup>9</sup> Walter Felsenstein, *Theater muss immer etwas Totales sein. Briefe, Reden, Aufzeichnungen, Interviews*, Berlin 1986
- <sup>10</sup> Ebd., S. 66
- <sup>11</sup> Ebd., S. 323

<sup>12</sup> Ebd., S. 325

<sup>13</sup> Ebd., S. 332

<sup>14</sup> Ebd., S. 322

### Dorothea Dornhof: Der Traum von einer Gelehrtenrepublik

<sup>1</sup> Hannah Arendt, «Besuch in Deutschland», in: H. A. *ZurZeit. Politische Essays*, Berlin 1986, S. 44

<sup>2</sup> Ebd., S. 50

<sup>3</sup> Ebd., S. 51/52

<sup>4</sup> Ricarda Huch, «Begrüßungsrede», in: *Ost und West I* (1947)4, S. 25-28

<sup>5</sup> Sonntag, 40/1947, S. 5

<sup>6</sup> Vgl. Ursula Heuckenkamp, «Der Beitrag der Berliner Schriftsteller zur Spaltung des PEN-Zentrums Deutschland», in: *Weimarer Beiträge* 38 (1992) 3, S. 340-353

<sup>7</sup> Vgl. Carsten Gansel (Hrsg.), *Der gespaltene Dichter Johannes R. Becher. Gedichte, Briefe, Dokumente 1943-1958*, Berlin 1991, S. 73-75

<sup>8</sup> Lutz Winckler, «Kulturnation DDR – ein intellektueller Gründungsmythos», in: *Argonautenschiff. Jahrbuch der Anna Seghers Gesellschaft* 1(1992), S. 141-149.

<sup>9</sup> Alexander Abusch, «Die Begegnung», in: *Aufbau* 10/1947, S. 501

<sup>10</sup> Heinrich Mann, «Der Schriftsteller» (1947), in: *Zur Tradition der sozialistischen Literatur in Deutschland*, B. 3. Berlin 1979, S. 474

<sup>11</sup> Vgl. Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR*, Frankfurt am Main 1992, S. 19

<sup>12</sup> Inge Münz-Koenen, «Ende der Utopien = Ende der Geschichte. Der Ort des Sozialismus in den Modernisierungsprozessen», in: *Weimarer Beiträge*, (1993) 1, S. 21

<sup>13</sup> Vgl. Bernd Rabehl, *Am Ende der Utopie. Die politische Geschichte der Freien Universität Berlin*, Berlin 1988

<sup>14</sup> Ernst Müller (Hg.), *Gelegentliche Gedanken über Universitäten: von J.J. Engel, J.B. Erhard, F.A. Wolf, J.G. Fichte, F.D.E. Schleiermacher, K.F. Savigny, W. v. Humboldt, G.F.W. Hegel*, Leipzig 1990, S. 281

U Verordnungsblatt der Stadt Berlin, Nr. 20, S. 151-153

<sup>16</sup> Befehl Nr. 187 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über die Wiedereröffnung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, in: *Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (AA), Bestand Akademieleitung (AKL)*, Archiv-Nr. 661

- <sup>17</sup> Festrede Johannes Stroux, Ebd., S. 217
- <sup>18</sup> Telegramm Otto Hahn vom 21.7.1946, Ebd., S. 207
- <sup>19</sup> Leo Spitzer, «Das Eigene und das Fremde. Über Philologie und Nationalismus», in: *Die Wandlung I* (1945/46) 7, S. 593
- <sup>20</sup> Rede im Plenum der Deutschen Wirtschaftskommission, 1. April 1949, in: AA, AKL, Archiv-Nr. 662, S. 8
- <sup>21</sup> AA, AKL, Archiv-Nr. 662
- <sup>22</sup> Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit und weiteren Entwicklung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom März 1955, in: AA, AKL, Archiv-Nr. 665, S. 8
- <sup>23</sup> Gefälschter Brief des Akademiepräsidenten Prof. Friedrich an den Präsidenten des Kulturbundes J. R. Becher, in: a.a.O.
- <sup>24</sup> Klaus Zweiling, «Die ideologische Offensive», in: *Einheit* 7/1949
- <sup>25</sup> AA, AKL, Archiv-Nr. 665, S. 1
- <sup>26</sup> Ebd., S. 9
- <sup>27</sup> Joachim G. Boeckh, Vertraulicher Bericht über die Arbeitsstelle für deutsche Literaturgeschichte an die Parteileitung der SED der DAW, 1. Juni 1956, S. 5, in: AA, Nachlass Joachim G. Boeckh, Nr. 387
- <sup>28</sup> Analyse des Bereichs der Parteigruppe Germanisten, 1961, in: AA, AKL, Archiv-Nr. 140, S. 3
- <sup>29</sup> Ebd., S. 8
- <sup>30</sup> Ebd., S. 19
- <sup>31</sup> Die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich der Akademie, 13.4.1963 (Vertraulich), in: AA, AKL, Archiv-Nr. 358
- <sup>32</sup> Hans Peter Krüger, «Ohne Versöhnung handeln, nur nicht leben. Zu Diskussion um DDR-Intellektuelle», in: H. P. Krüger, *Demission der Helden. Kritiken von Innen 1983-1992*, Berlin 1992 S. 76

### **Anne Worst: Heisses Herz – kühler Verstand?**

- <sup>1</sup> «Gangster und Mörder im Kampf gegen unsere Republik. Bericht des Generalinspektors der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft, Erich Mielke», in: *Neues Deutschland*, Nr. 24, 28. Januar 1950, S. 4
- <sup>2</sup> Das MGB ist, wie Tscheka, GPU und NKWD, einer der Vorläufer des KGB.
- <sup>3</sup> Heinrich von zur Mühlen, Der Staatssicherheitsdienst, in: *SBZ-Archiv*, Nr. 22/1953, S. 338

- <sup>4</sup> Zu den Zahlen vgl. Karl Wilhelm Fricke, *Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder*, Köln, 2. aktualisierte Aufl., 1984, S. 50 f.
- <sup>5</sup> Gedicht von Kuba (d. i. Kurt Barthel) auf den Tod Stalins. Titel: «5. März 1953, 21.50 Uhr»
- <sup>6</sup> Die sogenannte «Politik des Neuen Kurses» der DDR-Führung ist nicht, wie es lange Jahre Lesart war, den Sowjets «abgerungen», sondern der SED-Führung unter Walter Ulbricht von Moskau diktiert worden. Dies geht aus einem Geheimpapier hervor, das aus dem Nachlass des 1964 verstorbenen DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl stammt: «Über die Massnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik», Beschluss der Sowjetführung vom Juni 1953
- <sup>7</sup> Vgl.: Rudolf Herrnstadt, *Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953*. Hrsg. von Nadja Stutz-Herrnstadt, Reinbek 1990. Vgl. auch: Helmut Müller-Enbergs, *Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni*, Berlin 1991
- <sup>8</sup> «Mielke stürzte Amtsvorgänger Wollweber», in: *Berliner Zeitung*, 20.2.1991. Ein hoher Offizier der Staatssicherheit wandte sich 1991 an die Nachrichtenagentur ADN und plauderte aus dem Nähkästchen.
- <sup>9</sup> Vgl.: Karl Wilhelm Fricke, *Die DDR-Staatssicherheit*, a.a.O., S. 212
- <sup>10</sup> Erich Mielke, «Das Vertrauensverhältnis zwischen den Organen der Staatssicherheit und der Bevölkerung ständig weiter festigen». Aus dem Diskussionsbeitrag auf dem V. Parteitag der SED, 12. Juli 1958. Protokoll der Verhandlungen. In: Erich Mielke, *Sozialismus und Frieden – Sinn unseres Kampfes. Ausgewählte Reden und Aufsätze*, Berlin (Ost) 1987, S. 35
- <sup>11</sup> Zitiert nach Karl Wilhelm Fricke, *Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report*, Köln 1984, S. 113
- <sup>12</sup> U-Mitarbeiter = Unbekannter Mitarbeiter, d.h., nur den unmittelbaren Vorgesetzten im MfS ist diese Person als Stasi-Mitarbeiter bekannt.
- <sup>13</sup> Die Hauptabteilung XX «Staatsapparat, Kunst, Kultur, Kirche, Untergrund» war federführend auf dem Gebiet der Verhinderung bzw. Aufdeckung und Bekämpfung «politisch-ideologischer Diversion» (PiD) und «politischer Untergrundtätigkeit» (PUT), also für alles, was mit Opposition gegen den Staat zu tun hatte. Vgl.: *Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989. Vorläufiger Aufriss nach dem Erkenntnisstand von Juni 1993. Dokumente*, Reihe A, Nr. 2/93. Hrsg.: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1993, S. 107.

- <sup>14</sup> IM = Inoffizieller Mitarbeiter; Spitzel der Staatssicherheit, die bereit waren, in Zusammenarbeit mit ihren Führungsoffizieren Wissen über Menschen und Zustände ihrer unmittelbaren Umgebung zu sammeln und weiterzugeben, um damit die Massnahmen des MfS zu begründen, zu initiieren und zu beeinflussen.
- <sup>15</sup> Vgl.: *Auf Weisung des Politbüros. Aus den Geheimprozessakten des Obersten DDR-Gerichtes, Teil II*. Dreiteilige Funkdokumentation von Rudi Beckert und Karl Wilhelm Fricke, maschinenschriftliches Manuskript, DLF, Köln 1992, S. 33 f.
- <sup>16</sup> Karl Wilhelm Fricke, *Die DDR-Staatssicherheit*, a.a.O., S. 50 f. Andere Quellen reden von annähernd 14'000 Mitarbeitern des MfS zu dieser Zeit. Vgl.: Peter Herz, *Berlin, Normannenstr. 22*, Berlin 1960, S. 7
- <sup>17</sup> Vgl. Karl Wilhelm Fricke, *Die DDR-Staatssicherheit*, a.a.O., S. 34  
«Das Informationsbüro West» (IWE) im System der psychologischen Kriegsführung. Diplomarbeit der Karl-Marx-Universität Leipzig, Fakultät für Journalistik, 1962
- <sup>18</sup> Referat des Ministers vor zentralen Führungskadern, 1.-3. März 1970, GVS MfS 008-234/70. Zitiert nach: *Dokumentation zur politisch-historischen Aufarbeitung des MfS*. Hrsg: Zentrale Archivgruppe (Gerd Bäcker, Bernd Hopper, Jochen Laufer, Armin Mitter, Ullrich Scheer, Wolfgang Schlauer, Klaus Schwalm, Rita Séletrenny, Stephan Wolf, Stefan Wolle, zeitweise: Tobias Hollitzer, Wolfhard Pröhl, Hans Schwenke, Almut Seidel). Masch.schrift. Berlin 1990. S. 5
- <sup>20</sup> Vgl. Ebd., S. 43f.
- <sup>21</sup> Dienstanweisung 2/83 vom 25. Januar 1983, ebenda, S. 154
- <sup>22</sup> Der Einsatz von OibE als «eine wichtige Methode der tschekistischen Arbeit» wird geregelt in der «Ordnung Nr. 6/86 über die Arbeit mit Offizieren im besonderen Einsatz des Ministeriums für Staatssicherheit» vom 17. März 1986. (BStU, Zentralarchiv) Die OibE wurden zwar auf den Gehaltslisten des MfS geführt, aber nicht in den Strukturen. Offiziere im besonderen Einsatz wurden zum Teil solche Mitarbeiter, die aus verschiedenen Gründen aus dem hauptamtlichen Dienst des MfS entlassen werden mussten. Auch sie waren Führungsoffizieren zugeordnet. Da die OibE in ihren zivilen Berufen meist weniger verdienten als in Diensten des MfS, wurde ihnen die entsprechende Differenz überwiesen.
- <sup>23</sup> Helmut Müller-Enbergs schreibt: «Berücksichtigt man die jährliche Fluktuationsrate von rund zehn Prozent, so dürften im Zeitraum von Januar 1985 bis Oktober 1989 etwa 260'000 Personen zeitweise für das MfS als IM aktiv gewesen sein. Nicht enthalten sind dabei die Zahlen der offiziellen Mitarbeiter

der MfS-Hauptverwaltung Aufklärung, der Deutschen Volkspolizei (AG 1 und K) und einige weitere Kategorien aus dem MfS-Abwehrbereich.» In: *IM-Statistik 1985-1989. BF informiert 3/1993*. Hrsg.: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Abteilung Bildung und Forschung, Berlin 1993, S. 17

- <sup>24</sup> Vgl. Günter Halle, Kurt Blecha, Günter Köhler, *Die Lösung der Aufgaben der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit zum Schutz und zur Sicherung der DDR durch Kooperation des Ministeriums für Staatssicherheit und des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates unter besonderer Berücksichtigung der Durchführung gemeinsamer Aktionen im Kampf gegen die subversive Tätigkeit des Feindes*. Forschungsarbeit, Potsdam-Eiche 1971. BStU, ZA, JHS 160 – 7/711
- <sup>25</sup> Diese Fälle berichtet ein ehemaliger Mitarbeiter, Gerd Knauer, in seinen (bislang unveröffentlichten) Memoiren: *Die letzte Nacht. Report vom Tod eines Nachrichtendienstes*, Manuskript 1990
- <sup>26</sup> Personalakte Günter Halle. BStU, ZA, Abteilung Kader und Schulung, KS 28622/90, S. 102
- <sup>27</sup> Befehl Nr. 13/85 vom 26.6.1985. BStU, ZA, BdL, 1118/85
- <sup>28</sup> Begleitschreiben «Zu sozialen, medizinischen und kaderpolitischen Aspekten des Alkoholmissbrauchs und der Alkoholabhängigkeit» vom 1. Juli 1987. BStU, ZA, HA Kader und Schulung, Leiter, E 342191
- <sup>29</sup> «Zu sozialen, medizinischen und kaderpolitischen Aspekten des Alkoholmissbrauchs und der Alkoholabhängigkeit» vom Juni 1987. BStU, ZA, HA Kader und Schulung, Zentraler Medizinischer Dienst.
- <sup>30</sup> Ebd., S. 439
- <sup>31</sup> Ebd., S. 441
- <sup>32</sup> ZAIG, «Genosse Minister im Anschluss an sein Referat auf der Dienstkonferenz am 13. Dezember 1988»; BStU, ZA, ZAIG 8622. S. 5
- <sup>33</sup> *Neues Deutschland*, Ausgabe vom 19./20. November 1988. S. 2
- <sup>34</sup> Brief vom 31.10.1988, Absender geschwärzt, 1055 Berlin. Faksimile in: Gunter Holzweissig, *DDR-Presse unter Parteikontrolle. Kommentierte Dokumentation*. Hrsg. vom Gesamtdeutschen Institut, Analysen und Berichte, Nr. 3/ 1991, S. 347 f.
- <sup>35</sup> Brief vom 20. November 1988, Absender geschwärzt, 3401 Leitzkau. Faksimile ebd., S. 349
- <sup>36</sup> «Gegen die Entstellung der historischen Wahrheit». Von He. In: *Neues Deutschland*, Ausgabe vom 25. November 1988, S. 2

### Horst Domdey: Der Anfang vom Ende

- <sup>1</sup> «Wenn du in der Scheisse sitzt, fang nicht an zu singen.» Stern-Interview mit Wolf Biermann (Nicolaus Neumann), in: *Stern* 49/1976, S. 30
- <sup>2</sup> Wolf Biermann, «Das Kaninchen frisst die Schlange. Die Stasi-Debatte und das Drehbuch meiner Ausbürgerung», in: W. B.: *Der Sturz des Dädalus oder Eizes für die Eingeborenen der Eidschi-Inseln über den IM Judas Ischariot und den Kuddelmuddel in Deutschland seit dem Golfkrieg*, Köln 1992, S. 150 ff.
- <sup>3</sup> Ebd., S. 154
- <sup>4</sup> Ebd., S. 150 f.
- <sup>5</sup> Ebd., S. 152
- <sup>6</sup> Wolf Biermann, «Es gibt ein Leben vor dem Tod. Wolf Biermann über seinen Auftritt in der Nikolaikirche in Prenzlau», in: *Der Spiegel* 39/76, S. 207 ff.
- <sup>7</sup> Dieter E. Zimmer, «Floh im Ohr des Sozialismus. Das erste öffentliche Auftreten nach zwölf Jahren: Wolf Biermann in Köln», in: *DIE ZEIT*, 9.11.1976
- <sup>8</sup> Wolf Biermann, «Das Kaninchen frisst die Schlange», a.a.O., S. 156
- <sup>9</sup> Die ADN-Meldung vom 16. November 1967 im Wortlaut:  
«Berlin (ADN). Die zuständigen Behörden der DDR haben Wolf Biermann, der 1953 aus Hamburg in die DDR übersiedelte, das Recht auf weiteren Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik entzogen. Diese Entscheidung wurde auf Grund des ‚Gesetzes über die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik – Staatsbürgerschaftsgesetz – vom 20. Februar 1967s Paragraph 13, nach dem Bürgern wegen grober Verletzung der staatsbürgerlichen Pflichten die Staatsbürgerschaft der DDR aberkannt werden kann, gefasst. Biermann befindet sich gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland. Mit seinem feindseligen Auftreten gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik hat er sich selbst den Boden für die weitere Gewährung der Staatsbürgerschaft der DDR entzogen. Sein persönliches Eigentum wird ihm – soweit es sich in der DDR befindet – zugestellt.» (ND, 17.11.76) In: Peter Roos (Hrsg.), *Exil. Die Ausbürgerung Wolf Biermanns aus der DDR. Eine Dokumentation*, mit einem Vorwort von Günter Wallraff, Köln (Kiepenheuer & Witsch) 1977, S. 33 f.
- <sup>10</sup> Die Reihenfolge der Namen entspricht dem Original. Die Petition lautet vollständig: «Wolf Biermann war und ist ein unbequemer Dichter – das hat er mit vielen Dichtern der Vergangenheit gemein. Unser sozialistischer Staat, eingedenk des Wortes aus Marxens ‚18. Brumairo, demzufolge die proletari-

sche Revolution sich unablässig selber kritisiert, müsste im Gegensatz zu anachronistischen Gesellschaftsformen eine solche Unbequemlichkeit gelassen nachdenkend ertragen können. Wir identifizieren uns nicht mit jedem Wort und jeder Handlung Biermanns und distanzieren uns von Versuchen, die Vorgänge um Biermann gegen die DDR zu missbrauchen. Biermann selbst hat nie, auch nicht in Köln, Zweifel daran gelassen, für welchen der beiden deutschen Staaten er bei aller Kritik eintritt. Wir protestieren gegen seine Ausbürgerung und bitten darum, die beschlossene Massnahme zu überdenken.» In: Karl-Heinz Jakobs, «Wir werden ihre Schnauzen nicht vergessen». DDR-Autor Karl-Heinz Jakobs über die ostdeutschen Schriftsteller und die Biermann-Ausbürgerung, in: *Der Spiegel* 48/1981, S. 87

<sup>11</sup> Karl-Heinz Jakobs, a.a.O., S. 86 f.

<sup>12</sup> Zur politischen Einschätzung der Petition s. Manfred Jäger, Der Standortwechsel als Flucht oder Chance? Verdrängte Konflikte unter deutschen Schriftstellern von «drüben», in: *Germanistische Mitteilungen* (Zeitschrift des Belgischen Germanistenverbands) Nr. 38, Antwerpen 1993, S. 37-52

<sup>13</sup> Peter Roos, a.a.O., S. 117

<sup>14</sup> Dr. K. [Günter Kertzscher], «Angemessene Antwort auf feindseliges Auftreten gegen DDR», in: *Neues Deutschland*, 17. November 1976. Dr. Günter Kertzscher war ab 1937 Mitglied der NSDAP. Den Dokortitel erwarb er 1941 mit einer Dissertation über «akzentuierende Satzschlüsse» in altdeutscher Prosa im Vergleich mit Satzschlüssen in neuerer deutscher Prosa. «Eines seiner bevorzugten Prosawerke: Adolf Hitlers ‚Mein Kampf‘, dessen Satzenden er in Treue zum Führer auszählte.» Dr. K. hatte in seinem ND-Kommentar formuliert: «Zur Staatsbürgerschaft gehört eine Treuepflicht gegenüber dem Staat. Das ist nicht nur in der DDR so.» Aus: Wer ist dieser Dr. K.?, in: *Stern* 49/76

<sup>15</sup> Wolf Biermann, «Das Kaninchen frisst die Schlange», a.a.O., S. 159 f.

<sup>16</sup> Karl-Heinz Jakobs, a.a.O., S. 97

<sup>17</sup> Christel Sudau, «Wenn 12 das gleiche tun ... reagiert die SED verschieden. Zur Lage der Schriftsteller», in: *Frankfurter Rundschau*, 10.2.1977

<sup>18</sup> «Ausschweifungen veranlassen». Stasi-Schikanen gegen Wolf Biermann: ein Strategiepapier des MfS, in: Wolf Biermann, «Tiefer als unter die Haut. Über Schweinehunde, halbe Helden, Intimitäten und andere Funde aus meinen Stasi-Akten», in: W. B., *Der Sturz des Dädalus*, a.a.O., S. 118 f.

<sup>19</sup> Wolf Biermann, «Das Kaninchen frisst die Schlange», a.a.O., S. 160 f.

- <sup>20</sup> Und sie bleibt auch in der Partei; sie wechselt aber Anfang der achtziger Jahre von der Parteigruppe des Schriftstellerverbands in die Akademie (In Sachen Biermann, S. 26)
- <sup>21</sup> Bericht der SED-Bezirksparteikontrollkommission Berlin, 15.12.1976, in: *In Sachen Biermann. Protokolle, Berichte und Briefe zu den Folgen einer Ausbürgerung* (Forschungen zur DDR-Geschichte Bd. 2), Hrsg. Roland Berbig, Arne Born, Jörg Judersleben, Holger Jens Karlson, Dorit Krusche, Christoph Martinkat, Peter Wruck, Berlin (Christoph Links Verlag), 1994, S. 281 ff.
- <sup>22</sup> Karl-Heinz Jakobs, a.a.O., S. 101
- <sup>23</sup> «Wir haben Angst». Stern-Interview (Eva Windmüller und Peter Koch) mit den DDR-Kritikern Wolf Biermann und Robert Havemann, in: *Stern* 44/75, S. 59
- <sup>24</sup> Bertolt Brecht, «Die Lösung», in: B.B., *Gesammelte Werke in 20 Bänden*, Werkausgabe edition suhrkamp, Frankfurt/M 1967, Bd 10, Gedichte 3, S. 1009 f.
- <sup>25</sup> Rosa Luxemburg, «Die russische Revolution», in: R.L., *Schriften zur Theorie der Spontaneität* (hrsg. v. S. Hillmann, in: Rowohlt's Klassiker der Literatur und der Wissenschaft. Texte des Sozialismus und Anarchismus, Reinbek 1970, S. 188
- <sup>26</sup> Wolf Biermann, *Für meine Genossen. Hetzlieder, Balladen, Gedichte*, Berlin (Wagenbach) 1972, S. 75
- <sup>27</sup> Wolf Biermann, «Gesang für meine Genossen», a.a.O., S. 7 f.
- <sup>28</sup> Wolf Biermann, «Der Hugenottenfriedhof», in: a.a.O., S. 13
- <sup>29</sup> Johannes Schenk, «Ich bring dir einen Friedrichstadtpalast mit. Für Wolfgang Biermann», 1969, in: J. S., *Die Genossin Utopie*, Berlin 1973, S. 13
- <sup>30</sup> Werner Panke, «Die Hundebblume blüht auch in der Regenpfütze. Besuch beim Liedermacher Wolf Biermann», in: Wolf Biermann, *Pressestimmen zu der neuen Biermann-Platte «aah-ja!»* (CBS)

### **Peter Wicke: «Der King vom Prenzlauer Berg»**

- <sup>1</sup> Zentralinstitut für Jugendforschung beim Ministerrat der DDR, Informationen über wesentliche Ergebnisse der Untersuchung «Funktion und Zusammenwirken der Massenmedien bei der ideologischen Erziehung der Jugend», Leipzig 1971, S. 4, internes Material, Manuskriptdruck.

## Zu DEN AUTOREN

### *Horst Domdey*

geboren 1933. Hochschullehrer für Neuere deutsche Literatur am Fachbereich Germanistik der Freien Universität Berlin. Schwerpunkt in Lehre und Forschung «Literatur in der DDR»

### *Dorothea Dornhof*

Dr. phil., Literaturwissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsschwerpunkt Literaturwissenschaft der Förderungsgesellschaft wissenschaftliche Neuvorhaben m.b.H. (von der Max-Planck-Gesellschaft auf Empfehlung des Wissenschaftsrates ausgestattete Nachfolgeeinrichtung der Akademie der Wissenschaften der DDR).

Studium der Kulturwissenschaften und Ästhetik an der Humboldt-Universität zu Berlin, Rundfunkredakteurin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Promotion 1983 «Baukasten für kritische Eingriffe. Zur Funktion des Dokumentarischen im literarischen und theoretischen Werk von Hans Magnus Enzensberger».

Forschungsschwerpunkte: Geschichte der deutschen Literatur des 20. Jahrhunderts, zur Geschichte der Literaturwissenschaft nach 1945 in beiden deutschen Staaten, Literatur von Frauen, Begriffs- und Bedeutungsgeschichte von «Weiblichkeit».

Lehrtätigkeit an der Humboldt-Universität und der Freien Universität Berlin, der University of Chicago und der Monash-University Melbourne.

### *Simone Hain*

Dr. phil., geb. 1956 in Elsterwerda. Leiterin der Projektgruppe Baugeschichte und Sammlungen am Institut für Städtebau und Architektur (der ehemaligen Bauakademie). Arbeitsgebiete: theoriegeschichtliche Fragen der Avantgardearchitektur, Ostberliner Wiederaufbauplanung nach 1945. Veröffentlichungen: *Verteidigung der Poesie – Architekturkonzeptionen der sozialistisch orientierten tschechischen Avantgarde der dreissiger und vierziger Jahre*, Berlin 1986; «... und im Westen wird man sich wundern. Wiederaufbau in Berlin (Ost)», in Klaus von Beyme, Werner Durth, u.a. (Hg.), *Neue Städte aus Ruinen*, München 1991; Simone Hain, Wolfgang Schumann, «Berlin-Marzahn – Vollkommen

subjektive Betrachtungen vor Ort nebst Ergänzungen aus der Sicht soziologischer Untersuchungen», in: Hans G. Helms (Hg.), *Die Stadt als Gabentisch*, Leipzig 1992

### *Holger Kuhle*

geboren 1968 in Leipzig, Kindheit im Ostberliner Bezirk Prenzlauer Berg, unweit vom Alexanderplatz. Nach dem Abitur und der Berufsausbildung als Maschinenschlosser arbeitete er in der Ostberliner Elias-Kirchengemeinde. Im Mai 1989 Übersiedlung in die Bundesrepublik und Beginn des Studiums der Politikwissenschaft/Volkswirtschaftslehre und Publizistik in Mainz. Seit dem Fall der Mauer lebt er wieder in Berlin. Stadtpolitik und Fragen der Stadtentwicklung sind seine Studienschwerpunkte. Ausseruniversitär arbeitet er als freier Mitarbeiter bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz Berlin.

### *Peter Knopp*

geboren 1940 in Berlin. 1959-1965 Studium der Mathematik und Physik in Berlin, Humboldt-Universität. Anschliessend langjährige Tätigkeit als Mathematiker in einem Rechenzentrum. Arbeitet gegenwärtig auf dem Gebiet der Technikfolgenforschung. Veröffentlichungen in Zeitschriften u.a. über Sartre, Miro, Giacometti, Monet, Tintoretto und John Cage als Elemente einer philosophischen Ästhetik.

### *Klaus Michael*

Dr. phil., geb. 1959, Studium der Germanistik in Jena, lebt als Literaturhistoriker in Berlin, 1987-1991 Mitarbeit am Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften, 1990-1992 Gründung und Mitarbeit am Verlag «Druckhaus Galrev», ab 1994 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Berlin; Forschungsprojekt zu Strukturen alternativer Öffentlichkeit in der DDR der Ära Honecker; 1988-1990 Mithg. der nicht-offiziellen Literaturzeitschrift *LIANE*; 1987-89 Beiträge in nicht-offiziellen Zs., u.a. in *Schaden, Ariadnefabrik, Verwendung, Kontext, Bizarre Städte*; zahlr. Aufsätze und Publikationen zur Literatur und Kultur der DDR, u.a. *Vogel oder Käfig sein. Literatur und Kunst aus unabhängigen Zeitschriften der DDR 1979-1989*, Berlin 1991; *MachtSpiele. Literatur und Staatssicherheit im Fokus Prenzlauer Berg*, Leipzig 1992.

### *Armin Mitter*

geboren 1953 in Schönbach/Sachsen; studierte an der Humboldt-Universität in Berlin Geschichte; Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wis-

senschaften der DDR (Institut für Allgemeine Geschichte) 1978-1990; seit 1991 Assistent am Institut für Neueste Geschichte der Humboldt-Universität; Promotion 1988 (Die polnische Frage in der deutschen Politik gegenüber Russland und Österreich-Ungarn 1904-1915); Veröffentlichungen zur Ostmitteleuropäischen Geschichte im 19./20. Jahrhundert und zur Neuesten Geschichte.

### **Martin-Michael Passauer**

geboren 1943, Pfarrerssohn. Weil er nicht bei den Pionieren war, keine Zulassung zur Oberschule. Die Eltern schickten ihn 1957 nach Westberlin aufs Evangelische Gymnasium. Nach dem Mauerbau 1961 blieb er im Osten und studierte in Greifswald und Berlin Theologie. Erste Pfarrstelle in Weissensee. Danach von 1976 bis 1983 Jugendpfarrer für ganz Berlin (Ost). Seit 1984 Pfarrer in der Berliner Sophiengemeinde. Von 1988 bis 1990 persönlicher Referent des damaligen Bischofs Forck. Seit kurzem bekleidet Martin-Michael Passauer auch das Amt des Superintendenten für Teile der Bezirke Prenzlauer Berg und Berlin-Mitte.

### **Friedrich Tomberg**

Prof. Dr. phil., geb. 1932, Goch/Niederrhein. Studium der Philosophie, Germanistik und Geschichte in Köln, Freiburg i. Br. und FU Berlin. Lehrtätigkeit als Professor für Philosophie an der PH Berlin/West (1974-79) und der Universität Jena (1979-87). Von 1988 bis 1992 Mitarbeiter am Philosophischen Institut der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin (Ost).

Buchveröffentlichungen: *Mimesis der Praxis und abstrakte Kunst* (1968); *Basis und Überbau, Sozialphilosophische Studien* (1969, 1974); *Polis und Nationalstaat* (1973); *Bürgerliche Wissenschaft – Begriff, Geschichte, Kritik* (1973); *Politische Ästhetik* (1973); *Begreifendes Denken* (1986).

### **Peter Wicke**

1951 in Zwickau geboren; 1970 Abitur in Dresden; 1970 bis 1974 Studium der Musikwissenschaft an der Humboldt-Universität in Berlin, 1974 bis 1990 wissenschaftlicher Assistent am dortigen Institut für Musikwissenschaft, 1980 Promotion, 1986 Habilitation, 1990 Hochschuldozent für das Lehrgebiet Populäre Musik, 1992 Ordentlicher Professor auf dem Lehrstuhl für Theorie und Geschichte der populären Musik, 1983 Gründer und seither Direktor des Forschungszentrums populäre Musik an der Humboldt-Universität; seit 1987 Europa-Direktor des International Communication and Youth Culture Consortium der UNESCO, 1987 bis 1991 Generalsekretär, seither Vizepräsident der Inter-

national Association for the Study of Popular Music. Veröffentlichungen u.a.: *Rock Pop Jazz Folk – Handbuch der populären Musik* (mit Wieland Ziegenrucker, 1985), *Rockmusik – Zur Ästhetik und Soziologie eines Massenmediums* (1986), *Anatomie des Rock* (1987), *Rock Music: Culture, Aesthetics and Socio-logy* (1990), *Bigger Than Life – Rock und Pop in den USA* (1991), *Vom Umgang mit Popmusik* (1993).

### **Bernd Wilczek**

geboren 1959; studierte Germanistik und Romanistik in Berlin, Frankfurt am Main und Paris; lehrte an der Universität von Reims (Frankreich) und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt, Herausgeber der Reihe «Stadtwelten» im Elster Verlag.

### **Anne Worst**

geboren 1957, Studium der Musikwissenschaft, Germanistik und Skandinavistik in Saarbrücken und Stockholm. Lebt seit 1986 als Journalistin in Berlin, Schwerpunkt: DDR. Ernst-Reuter-Preis 1988. Buchveröffentlichungen: *Das Ende eines Geheimdienstes*, Berlin 1991; *Konetz Schtasi*, Moskau 1994.

### **Clément de Wroblewsky**

1943 in Aubusson (Frankreich) geboren; seit 1950 in Berlin (Ost), wo er als Musiker, Texter und Clown arbeitete, bis er 1984 ausgebürgert wurde. Danach Übersiedlung nach Berlin-Kreuzberg, wo er ein Café betreibt und weiterhin als Clown arbeitet.

Veröffentlichungen (u.a.): «Wo wir sind ist vorn ...», Hamburg 1986

### **Vincent von Wroblewsky**

1939 in Clermont-Ferrand geboren und seit 1950 in Berlin (Ost). Studium der Romanistik und Philosophie an der Humboldt-Universität von 1959-1967. Von 1967 bis zur «Abwicklung» 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR. 1975 Promotion mit «Jean-Paul Sartre – Theorie und Praxis eines Engagements». Seit 1992 freiberuflicher Publizist und Herausgeber des Werkes von Jean-Paul Sartre im Rowohlt-Verlag. Fellow am Woodrow Wilson International Center for Scholars in Washington von September 1990 bis Juli 1991, Gastdozent an der Universität Paris VIII 1990 und 1992. Veröffentlichungen u.a. in *Les Temps modernes*.

## Chronologie

### 1945

- 8.5. Bedingungslose Kapitulation Deutschlands
- 5.6. Proklamationen der Besatzungsmächte zur Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland
- 9.6. Bildung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD)
- 1.7. Rückzug der amerikanischen Truppen aus Sachsen, Thüringen und Mecklenburg; Besetzung der Westsektoren Berlins
- 17.7.–2.8. Potsdamer Konferenz
- 20./21.12. 60er Konferenz von SPD und KPD in Berlin: Beschluß zur Vorbereitung der Vereinigung

### 1946

- 21./22.4. Gründungsparteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)
- 30.6. Wahlen zu den verfassunggebenden Landesversammlungen der amerikanischen Zone
- Sept. Gemeindewahlen in der sowjetischen, britischen und französischen Zone
- 20.10. Kreis- und Landtagswahlen in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in Berlin
- 24.11./1.12. Landtagswahlen in Württemberg-Baden, Hessen, Bayern, verbunden mit Volksabstimmungen über die Landesverfassungen

### 1947

- 1.1. Inkrafttreten des Bizonenabkommens
- 13.3. Truman-Doktrin

- 6.–9.6. Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder in München
- 30.9. Gründung des Kominform
- 1948
- 26.2. Ende der Entnazifizierung in der SBZ
- 9.3. Übernahme der zentralen Lenkung und Leitung der Wirtschaft in der SBZ durch die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK)
- 20.3. Sowjetische Vertreter verlassen den Alliierten Kontrollrat
- 18.6. Beginn der Berlin-Blockade
- 20.6. Währungsreform in den Westzonen
- 23./24.6. Warschauer Konferenz von acht Ostblockstaaten
- 24.6. Währungsreform in der SBZ
- 1.9. Konstituierung des Parlamentarischen Rates in Bonn
- 13.10. Beginn der Aktivistenbewegung in der SBZ: Adolf Hennecke übererfüllt sein Soll mit 380%
- 26.11. Abschaffung der Betriebsräte und Ersetzung durch Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) in der SBZ
- 1949
- 14.1. Wahl von Ernst Reuter zum Oberbürgermeister von Westberlin
- 1.4. Zusammenschluß der französischen Zone und der Bizone zur Trizone
- 4.4. Gründung der NATO
- 12.5. Ende der Berlin-Blockade
- 23.5. Verkündung des Grundgesetzes
- 14.8. Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag
- 15.9. Wahl Adenauers zum Bundeskanzler

- 4.3. Erklärung von Ulbricht in «Neues Deutschland», Stalin sei kein Klassiker des Marxismus
- 7.7. Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes durch den Bundestag
- 25.10.–4.11. Revolution in Ungarn; Niederschlagung durch sowjetische Truppen

**1957**

- 25.3. Unterzeichnung der EWG- und EURATOM-Verträge in Rom
- 27.7. Regierung der DDR schlägt Konföderation zwischen DDR und Bundesrepublik vor
- 3.10. Wahl Willy Brandts zum Regierenden Bürgermeister von Berlin

**1958**

- 29.5. Abschaffung der Lebensmittelkarten in der DDR
- 4.11. Kommuniqué der SED zu Fragen der Versorgung und des Handels, in dem als eine der «ökonomischen Hauptaufgaben» festgelegt wird, die Bundesrepublik bis 1961 wirtschaftlich zu überholen
- 10.11. Chruschtschow verkündet Berlin-Ultimatum bezüglich Aufhebung des Viermächtestatus
- 1.12. Errichtung der «Zentralstelle zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen» in Ludwigshafen

**1959**

- 24.4. Bitterfelder Kulturkonferenz
- 1.7. Wahl Heinrich Lübkes zum Bundespräsidenten
- 1.10. Siebenjahrplan von der Volkskammer beschlossen
- 13.–15.11. Godesberger Parteitag der SPD
- 2.12. Volkskammer beschließt das Gesetz über die Entwicklung des Schulwesens (10jährige Schulpflicht)

## 1960

- 10.2. Bildung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR
- 14.4. Abschluß der Kollektivierung der Landwirtschaft
- 7.9. Tod des DDR-Staatspräsidenten Wilhelm Pieck
- 12.9. Konstituierung des Staatsrats der DDR; Vorsitzender: Ulbricht
- 8.11. Wahl J. F. Kennedys zum Präsidenten der Vereinigten Staaten

## 1961

- 13.8. Abriegelung Ostberlins und Beginn des Mauerbaus

## 1962

- 24.1. Volkskammer beschließt Einführung der allgemeinen Wehrpflicht
- 22.10. Amerikanische Seeblockade gegen Kuba; Beginn der Kubakrise
- 23.11. Veröffentlichung des Entwurfs für ein Parteiprogramm der SED

## 1963

- 15.–21.1. VI. Parteitag der SED; Verabschiedung des Parteiprogramms
- 22.1. Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages
- 23.–26.6. Staatsbesuch Kennedys in der Bundesrepublik
- 15.10. Rücktritt Adenauers als Bundeskanzler
- 20.10. Volkskammerwahlen in der DDR, 99,95% für die Einheitslisten
- 17.12. Protokoll zur Ausgabe von Passierscheinen für Westberliner zu Verwandtenbesuchen in Ostberlin unterzeichnet

## 1964

- 12.6. Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen DDR und UdSSR
- 21.9. Tod Otto Grotewohls

24.9. Willi Stoph wird Vorsitzender des Ministerrats und Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrats

25.11. Beschluß der DDR-Regierung zum Zwangsumtausch von DM-Beträgen in Ostmark

### 1965

15.–18.12. Auf der 11. Tagung des ZK der SED Beschluß zur zweiten Etappe des «Neuen ökonomischen Systems» und Kritik an Kulturschaffenden

### 1966

6.10. Übereinkunft über die Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten in Westberlin

1.12. Wahl Kurt Georg Kiesingers zum Kanzler der Regierung der Großen Koalition

### 1967

1.1. Gründung der «Kommune 1» in Westberlin

20.2. «Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR»

17.–22.4. VII. Parteitag der SED in Ostberlin

19.4. Tod Konrad Adenauers

2.6. Erschießung von Benno Ohnesorg in Westberlin

28.8. Einführung der 5-Tage-Arbeitswoche in der DDR; wöchentliche Arbeitszeit beträgt 43½ Stunden

### 1968

9.4. Inkrafttreten der neuen DDR-Verfassung

11.–17.4. Massendemonstrationen und gewaltsame Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke

30.5. Verabschiedung der Notstandsverfassung

- 20./21.8. NVA-Einheiten beteiligen sich an dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in der CSSR

**1969**

- 20.1. Richard M. Nixon wird neuer Präsident der Vereinigten Staaten
- 5.3. Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten
- 10.–14.9.1. Synodaltagung des neugegründeten Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR in Potsdam
- 29.9. Ratifikation des Atomwaffensperrvertrages durch die DDR
- 21.10. Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler

**1970**

- 19.3. Willy Brandt und DDR-Ministerpräsident Stoph treffen in Erfurt und Kassel zu Gesprächen zusammen
- 26.3. Beginn der Viermächteverhandlungen über Berlin
- 12.8. Unterzeichnung des Moskauer Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion
- 7.12. Unterzeichnung des Warschauer Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen

**1971**

- 3.5. Rücktritt Walter Ulbrichts als Erster Sekretär des ZK der SED; sein Nachfolger wird Erich Honecker
- 15.–19.6. VIII. Parteitag der SED
- 3.9. Unterzeichnung des Viermächteabkommens zwischen den USA, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion über Berlin
- 30.9. Postabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR
- 20.10. Friedensnobelpreis für Willy Brandt
- 26.11. Konstituierende Sitzung der Volkskammer wählt Ulbricht zum Staatsratsvorsitzenden, Stoph zum Vorsitzenden des Minister-

rates, Honecker zum Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates

17.12. Transitabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

1972

17.5. Annahme der Ostverträge im Deutschen Bundestag

26.5. Unterzeichnung des Verkehrsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

6.10. Amnestie in der DDR

21.12. Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

1973

1.8. Tod Ulbrichts

18.9. Aufnahme der DDR und der Bundesrepublik Deutschland in die UNO

3.10. Die 10. Tagung der Volkskammer wählt Stoph zum neuen Staatsratsvorsitzenden und Sindermann zum Vorsitzenden des Ministerrates

15.11. Verdoppelung der Mindestumtauschsätze bei der Einreise von Besuchern aus «nicht-sozialistischen Staaten und Westberlin» in die DDR

1974

14.3. Unterzeichnung des Protokolls über die Einrichtung «Ständiger Vertretungen» in Bonn und Ostberlin

6.5. Rücktritt Willy Brandts als Bundeskanzler

15.5. Wahl Walter Scheels zum Bundespräsidenten

16.5. Helmut Schmidt neuer Bundeskanzler

4.9. Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der DDR

7.10. Änderung der DDR-Verfassung von 1968 (der Begriff «deutsche Nation» ist beseitigt)

#### 1975

30.7. Bundeskanzler Schmidt und Erich Honecker treffen in Helsinki zu ersten Gesprächen zusammen

30.7.–1.8. KSZE-Gipfelkonferenz in Helsinki; Unterzeichnung der Schlußakte

7.10. «Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand» zwischen der DDR und der Sowjetunion von Breschnew und Honecker in Moskau unterzeichnet

16.12. Vereinbarung über den Berlin-Verkehr zwischen Bundesrepublik und DDR

#### 1976

18.–22.5. IX. Parteitag der SED beschließt neues Programm und Statut sowie Direktive zum Fünfjahrplan 1976–1980; Honecker Generalsekretär der SED

18.8. Öffentliche Selbstverbrennung des evangelischen Pfarrers Brüsewitz in Zeitz aus Protest gegen die Unterdrückung der Kirche in der DDR

29.10. Wahl Erich Honeckers zum Staatsratsvorsitzenden

2.11. Wahl Jimmy Carters zum Präsidenten der USA

16.11. Ausbürgerung von Wolf Biermann aus der DDR

26.11. Prof. Robert Havemann wird unter Hausarrest gestellt

22.12. Ausweisung des ARD-Korrespondenten Lothar Loewe aus der DDR

#### 1977

17.2. In einem Interview mit der «Saarbrücker Zeitung» bestätigt

- 18.3. Politbüro-Beschluß über die «Aufgaben der Universitäten und Hochschulen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft»
- 13.10. In Gera hält Honecker eine «Abgrenzungs»-Rede gegenüber der Bundesrepublik
- 4.11. Wahl Ronald Reagans zum Präsidenten der USA
- 1981**
- 11.–16.4. X. Parteitag der SED
- 1.9. Die vormilitärische Ausbildung wird in den Erweiterten Oberschulen der DDR Pflichtfach
- 11.–13.12. Treffen zwischen Helmut Schmidt und Erich Honecker am Werbellin-See in der DDR
- 13.12. Verhängung des Ausnahmezustands in Polen
- 13.–15.12. Treffen von Wissenschaftlern und Schriftstellern aus Ost und West in Ostberlin, auf dem Fragen der Friedenssicherung erörtert werden
- 1982**
- 14.2. Friedensforum von 5000 Anhängern der unabhängigen Friedensbewegung der DDR in der Dresdner Kreuzkirche; «Schwerter zu Pflugscharen»
- 18.6. Neue «Swing»-Regelung für Überziehungskredite im Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik und der DDR
- 17.9. Die FDP-Minister scheiden aus der Bundesregierung aus
- 1.10. Durch konstruktives Mißtrauensvotum wird Helmut Kohl (CDU) anstelle von Helmut Schmidt zum Bundeskanzler gewählt
- 10.11. Tod Leonid Breschnews; am Rande der Trauerfeiern in Moskau Treffen Honeckers mit Bundespräsident Carstens (14.11.)
- 1983**
- 6.3. Vorgezogene Neuwahlen zum Deutschen Bundestag; Bestätigung der Koalition aus CDU/CSU und FDP

Honecker, daß 10 000 DDR-Bürger Ausreiseanträge gestellt hätten

23.8. Festnahme von Rudolf Bahro wegen Veröffentlichung seines regimiekritischen Buches «Die Alternative» in der Bundesrepublik

4.10.–9.3. KSZE-Folgetreffen in Belgrad

## 1978

1.1. Das neue Arbeitsgesetzbuch der DDR tritt in Kraft

6.3. Treffen zwischen Honecker und dem Vorstand der Evangelischen Kirchenleitungen der DDR unter Leitung von Bischof Albrecht Schönherr

1.9. Mit Beginn des neuen Schuljahres erstmals Wehrkundeunterricht in der DDR für die Klassen 9 und 10

16.11. Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und der DDR über den Bau einer Autobahn zwischen Berlin und Hamburg

29.11. Grenzabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR

## 1979

14.4. Beschränkung der Arbeitsmöglichkeiten westlicher Journalisten in der DDR

25.5. Wahl von Karl Carstens zum Bundespräsidenten

7./10.6. Erste Direktwahl zum Europäischen Parlament

28.6. Volkskammer beschließt 3. Strafrechtsänderungsgesetz mit erheblichen Verschärfungen des politischen Strafrechts

7.10. Bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft gelingt erstmals einer grünen Gruppierung der Einzug in ein Landesparlament

12.12. NATO-Doppelbeschluß

27.12. Sowjetische Intervention in Afghanistan

## 1980

13.1. Gründungsparteitag der Grünen in Karlsruhe

- 4.5. «Luthertag» auf der Wartburg leitet das Lutherjahr der Evangelischen Kirche in der DDR ein
- 8.6. Zwangsweise Abschiebung des Mitglieds der Jenaer Friedensgruppe Roland Jahn; bereits zuvor wurden 20 Mitglieder der Friedensbewegung abgeschoben
- 29.6. Die Bundesrepublik bewilligt einen Kredit von 1 Milliarde DM an die DDR
- 24.7. Der bayerische Ministerpräsident Strauß zu einem mehrtägigen Besuch in der DDR; Zusammentreffen mit Honecker
- 1984**
- 13.2. Am Rande der Beisetzungsfeierlichkeiten für den verstorbenen Generalsekretär der KPdSU, Andropow, in Moskau, Gespräch zwischen Bundeskanzler Kohl und Honecker
- 29.7. 950-Millionen-Kredit der Bundesrepublik an die DDR
- 1985**
- 12.3. Weiteres Gespräch zwischen Kohl und Honecker in Moskau
- 1986**
- 17.–24.4. XI. Parteitag der SED
- 6.5. Unterzeichnung des Kulturabkommens zwischen Bundesrepublik und DDR in Ostberlin
- 1987**
- 1./2.4. Politbüromitglied Mittag trifft in Bonn mit verschiedenen Ministern und Vertretern der Parteien zusammen
- 8.6. Zusammenstöße zwischen Volkspolizei und jugendlichen Fans, die am Brandenburger Tor ein Rockkonzert auf der westlichen Seite mithören wollen; massive Behinderung westlicher Medienvertreter durch die Sicherheitskräfte

- 27.8. Gemeinsame Veröffentlichung des Papiers «Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit» von SPD und SED
- 1.–18.9. Teilnehmer beim Olof-Palme-Friedensmarsch der unabhängigen Friedensbewegung der DDR bleiben unbehelligt
- 7.–11.9. Offizieller Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik; Treffen mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Kohl; mehrere Abkommen werden unterzeichnet

**1988**

- 17.1. Anlässlich der offiziellen Luxemburg-Liebknecht-Demonstration in Ostberlin werden über 100 Angehörige der unabhängigen Friedens- und Menschenrechtsbewegung festgenommen, die sich mit dem Motto Rosa Luxemburgs beteiligen wollten, «Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden»
- 13.2. Anlässlich der Gedenkfeiern zum Jahrestag der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg werden Verhaftungen von DDR-Bürgern vorgenommen, die für die Einhaltung der Menschenrechte demonstrierten
- 3.8. Bärbel Bohley und Werner Fischer, Mitglieder der Ostberliner Initiative für Frieden und Menschenrechte, die nach ihrer Festnahme am 25.1. die DDR zu einem «Studienaufenthalt» verlassen mußten, kehren nach Ostberlin zurück
- 31.12. 1988 siedeln 39 832 Bürger aus der DDR in die Bundesrepublik über

**1989**

- 7.5. Bei den Kommunalwahlen entfallen nach offiziellen Angaben 98,85% der Stimmen auf die Kandidaten der Einheitsliste; Oppositionelle konstatieren vielerorts Wahlfälschungen und machen dies öffentlich
- 10./11.9. Ungarn läßt alle dort anwesenden fluchtwilligen Bürger aus der DDR in den Westen ausreisen; bis Ende September fliehen über 25 000 Bürger aus der DDR in den Westen

- 19.9. Mit dem «Neuen Forum» beantragt erstmals seit Bestehen der DDR eine Oppositionsgruppe offiziell ihre Zulassung als Vereinigung; Ablehnung des Antrags am 20.9. mit der Begründung, sie sei staatsfeindlich
- 2.10. Demonstration von 20 000 Menschen in Leipzig für Reformen in der DDR; es kommt zu Festnahmen von Demonstranten
- 4.10. Sonderzüge der Reichsbahn befördern mehr als 7000 DDR-Flüchtlinge aus der bundesdeutschen Botschaft in Prag über DDR-Territorium in die Bundesrepublik
- 6./10. Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR, an denen Gorbatschow teilnimmt; Festnahme von über 1000 Menschen, die an den zahlreichen Demonstrationen für Meinungsfreiheit und Reformen teilnehmen
- 9.10. Demonstration von 70 000 Menschen in Leipzig für demokratische Erneuerung der DDR; erstmals kein Einschreiten der Sicherheitskräfte
- 18.10. Entbindung Honeckers von allen seinen Ämtern «auf eigenen Wunsch»; Egon Krenz neuer Generalsekretär der SED
- 24.10. Wahl von Egon Krenz zum Staatsratsvorsitzenden und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates
- 4.11. Eine Million Menschen demonstrieren in Ostberlin für Demokratie in der DDR
- 6.11. In Leipzig demonstrieren Hunderttausende für unbeschränkte Reisemöglichkeiten, Aufgabe des Führungsanspruchs der SED und freie Wahlen
- 7.11. Geschlossener Rücktritt der DDR-Regierung
- 9.11. Die sofortige Öffnung der Grenzen zur Bundesrepublik und nach Westberlin wird verkündet
- 17.11. Der neue Regierungschef Hans Modrow präsentiert die Minister seines verkleinerten Kabinetts; Umwandlung des Ministeriums für Staatssicherheit in ein Amt für Nationale Sicherheit
- 19.–20.12. Bundeskanzler Helmut Kohl trifft sich in Begleitung mehrerer Minister mit Hans Modrow; man vereinbart Verhandlungen über eine deutsch-deutsche Vertragsgemeinschaft

## 1990

- 18.3. Erste freie Wahlen zur Volkskammer; Mehrheit für die CDU (163 Sitze), die SPD erhält 88 Mandate, die PDS 66
- 12.4. Lothar de Maizière wird zum Ministerpräsidenten gewählt
- 5.5. Beginn der «Zwei-plus-Vier-Gespräche» (die vier Außenminister der Siegermächte sowie der beiden deutschen Staaten) über die äußeren Aspekte der staatlichen Einheit Deutschlands
- 1.7. Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion
- 14.–16.7. Gorbatschow stimmt der NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland zu
- 23.8. Beschluß auf einer Sondersitzung der Volkskammer über den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990
- 3.10. Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes. Die Bundesrepublik verfügt mit dem am 12.9. in Moskau unterzeichneten «Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland» über die volle Souveränität

## PERSONENINDEX

- Abercrombie 43  
Abusch, Alexander 95, 96, 97, 267  
Ackermann, Anton 114  
Adenauer, Konrad 280, 284, 285  
Adorno, Theodor W. 97  
Altenberg, Peter 207  
Anderson, Sascha 201, 202, 203, 209, 210,  
211, 212, 215  
Andropow, Jurij 130  
Arendt, Erich 95, 179, 202  
Arendt, Hannah 94, 95, 267  
  
Bäcker, Gerd 270  
Bahro, Rudolf 289  
Barthel, Kurt (Kuba) 269  
Bartsch, Kurt 179  
Baudelaire, Charles 210  
Becher, Bernhard 201  
Becher, Johannes R. 38, 95, 96, 97, 267, 268  
Becher, Hilla 201  
Bechert (Oberst) 128  
Becker, Jurek 179, 181, 198  
Beckert, Rudi 270  
Beckett, Samuel 92, 136, 154  
Behrens, Peter 56  
Benjamin, Walter 96  
Berbig, Roland 274  
Berghaus, Ruth 82  
Berija, Lawrentij Pawlowitsch 16  
Berlinguer, Enrico 185  
Beyer, Frank 180  
Beyme, Klaus von 275  
Bickhardt, Stephan 203  
Bielfeld, Hans Holm 111  
Biermann, Wolf 8, 111, 152, 174, 175, 176,  
177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185,  
186, 187, 188, 189, 190, 191, 195, 196, 197,  
198, 199, 202, 208, 211, 258, 272, 273, 274,  
288  
Bill, Max 46  
Bismarck, Otto von 96, 254  
Blecha, Kurt 271  
Bloch, Ernst 39, 45, 46, 49, 107, 110, 112  
Bloch, Karola 49  
Boeckh, Joachim G. 106, 107, 268  
Böhme, Lothar 195  
  
Bohley, Bärbel 134, 202, 208, 209, 292  
Boileau, Nicolas 88  
Bolz, Lothar 40, 45, 49  
Bonhoeffer, Dietrich 219  
Born, Arne 274  
Böttcher, Manfred 195  
Brandt, Willy 221, 283, 286, 287  
Brasch, Thomas 179, 196, 197  
Braun, Volker 179, 181, 196, 203, 208  
Brecht, Bertolt 19, 20, 38, 77, 78, 79, 80, 81,  
82, 84, 87, 89, 93, 95, 97, 112, 114, 142, 143,  
154, 186, 189, 190, 202, 255, 262, 266,  
274  
Brentano, Margarita von 21  
Breschnew, Leonid 122, 130, 208, 288, 290  
Britten, Benjamin 90  
Brockschmidt, Karl 36  
Bruyn, Günter de 180, 181  
Busch, Ernst 143  
  
Cage, John 276  
Carstens, Karl 289, 290  
Carter, Jimmy 288  
Ceausescu, Nicolae 253  
Cézanne, Paul 195  
Chlebnikow, Velimir 202  
Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 19,  
161, 163, 164, 171, 282, 283  
Claudius, Eduard 95  
Clinton, Bill 10, 31  
Cocker, Joe 246  
Collein, Edmund 41, 43  
Conrad, Joachim 201  
Cremer, Fritz 179  
Cronica, Equipo 201  
  
Derrida, Jacques 73, 85  
Döblin, Alfred 67, 95, 193  
Döring, Stefan 203, 209  
Domröse, Angelica 179  
Dreier (Leutnant) 24  
Dubček, Alexander 122, 188  
Durth, Werner 275  
Dutschke, Rudi 185, 285  
Dylan, Bob 246  
Dymschitz, Alexander 85  
  
Einstein, Carl 101  
Eisler, Gerhart 114  
Eisler, Hanns 114, 189  
Eisenstein, Sergej Michailowitsch 79  
Endler, Adolf 202  
Engel, Helmut 265

- Engels, Friedrich 54, 102, 121, 126, 173, 255, 265  
 Enzensberger, Hans Magnus 275  
 Erb, Elke 180, 202, 208  
 Erben, Josef 201  
 Erdmann, Anatol 201  
 Erhard, Ludwig 164  
 Erpenbeck Fritz 82  
 Eulitz 173  
 Faktor, Jan 203, 210, 212  
 Falkenberg, Liv 33  
 Felsenstein, Walter 77, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 266  
 Fischer, Veronika 241  
 Fischer, Werner 292  
 Flierl, Bruno 265  
 Forck, Gottfried 277  
 Forster 110  
 Fricke, Karl Wilhelm 268, 269, 270  
 Friedrich II. 96  
 Friedrich, Walter 105, 268  
 Fries, Fritz Rudolf 179  
 Frings, Theodor 108, 110  
 Frobenius, Leo 252, 253  
 Fuchs, Jürgen 179, 181, 196, 198  
 Fühmann, Franz 179, 181, 202, 211  
 Fürnberg, Louis 95  
 Furtwängler, Wilhelm 138  
 Gansel, Carsten 267  
 Garibaldi, Giuseppe 33  
 Gaus, Günter 68  
 Geschonnek, Erwin 81  
 Giacometti, Alberto 276  
 Giersch 173  
 Glasbrenner, Adolf 254  
 Glatzer, Ruth 177  
 Goethe, Johann Wolfgang von 102  
 Gomulka, Wladyslaw 257  
 Göpfert, Rolf 49  
 Gorbatschow, Michail 30, 130, 146, 148, 233, 293, 294  
 Gorella, Arwed 190  
 Görlich, Günter 258  
 Graf, Peter 180  
 Grass, Günter 182, 202  
 Gratzik, Paul 203  
 Grimm, Gebr. 110  
 Groehler, Otto 265  
 Grotewohl, Otto 103, 120, 269, 281, 284  
 Guttusso, Renato 33  
 Gutzeit 167  
 Hagen, Eva-Maria 179  
 Hagen, Nina 179  
 Hager, Kurt 130, 211  
 Hahn, Otto 102, 268  
 Halle (Oberst) 128  
 Halle, Günter 271  
 Haley, Bill 163  
 Hamann, Johann Georg 102  
 Haug, Wolfgang Fritz 21, 22, 24  
 Hauptmann, Elisabeth 20  
 Havemann, Katja 208  
 Havemann, Robert 146, 181, 185, 186, 195, 199, 202, 274, 288  
 Heartfield, John 114, 189  
 Hebebrand, Werner 43  
 Hegel, Georg Friedrich Wilhelm 24, 25, 80, 189  
 Heidegger, Martin 137  
 Heinemann, Gustav 286  
 Heldt, Werner 194  
 Helms, Hans G. 276  
 Hennecke, Adolf 280  
 Henselmann, Herrmann 54, 265  
 Henze, Volker 201  
 Herbell (Oberst) 162  
 Hermlin, Stephan 95, 179, 181  
 Herrmann, Peter 179  
 Herrnstadt, Rudolf 45, 49, 116, 269, 282  
 Herwegh, Georg 108  
 Herz, Joachim 90  
 Herz, Peter 270  
 Herzfelde, Wieland 114  
 Hess 99  
 Heuckenamp, Ursula 267  
 Heym, Stefan (eigentl. Flieg, Helmut) 95, 114, 146, 179, 196, 199  
 Hillmann, S. 274  
 Hirsch, Ursula 265  
 Hitler, Adolf 15, 96, 132  
 Hoffmann, Hans-Joachim 175, 211  
 Hölderlin, Friedrich 178  
 Hollitzer, Tobias 270  
 Holzweißig, Gunter 271  
 Honecker, Erich 28, 30, 122, 130, 152, 186, 195, 208, 211, 223, 239, 260, 276, 286, 287, 288, 290, 291, 292, 293  
 Honecker, Margot 248  
 Höpcke, Klaus 175  
 Hopfer, Bernd 270  
 Horkheimer, Max 97  
 Huch, Ricarda 96, 267  
 Humboldt, Wilhelm von 100, 137  
 Hünninger, Uta 201  
 Hurwitz, Angelika 81

- Irmler (General) 135  
 Jäger, Manfred 273  
 Jahn, Roland 291  
 Jakobs, Karl-Heinz 180, 198, 273, 274  
 Jean-Paul (eigentl. Richter, Johann Friedrich Paul) 102  
 Johnson, Uwe 182  
 Judersleben, Jörg 274
- Kahlen, Wolf 201  
 Kaiser 54  
 Kant, Hermann 180, 196, 262  
 Kantorowicz, Alfred 112  
 Karajan, Herbert von 138  
 Karlson, Holger Jens 274  
 Keitel, Wilhelm 15  
 Kennedy, John F. 10, 284  
 Kerbach, Ralf 203  
 Kerbel, Lew 256, 257  
 Kertzscher, Günter 273  
 Kiesinger, Kurt Georg 285  
 Kirsch, Rainer 208  
 Kirsch, Sarah 179, 181, 196, 198  
 Klaus, Georg 265  
 Knauer, Gerd 271  
 Knobelsdorff, Georg von 36  
 Koch, Peter 274  
 Kohl, Helmut 31, 290, 291, 292, 293  
 Köhler, Günter 271  
 Kolbe, Uwe 196, 201, 202, 208, 209, 210, 211  
 Kollwitz, Käthe 194  
 Krauss, Werner 95, 106, 107, 110, 112  
 Krenz, Egon 30, 135, 293  
 Krug, Manfred 179, 196  
 Krüger, Hans Peter 268  
 Krusche, Dorit 274  
 Kuczynski, Jürgen 95, 107, 108  
 Kühnel 167  
 Kuhnert 54  
 Kunert, Christian 181, 198  
 Kunert, Günter 179, 198  
 Kupfer, Harry 90
- Lange-Müller, Katja 180, 201  
 Langhoff, Matthias 180  
 Langhoff, Thomas 179  
 Langhoff, Wolfgang 114, 189  
 Lasky, Melvin J. 96  
 Lasswell, Harold D. 63, 64, 266  
 Laufer, Jochen 270  
 Leber, Wolfgang 195  
 Le Corbusier (eigentl. Jeanneret, Charles Edouard) 46, 265
- Leibniz, Gottfried Wilhelm 100, 102, 103  
 Leibold, Emil 49  
 Lenin (eigentl. Uljanow), Wladimir Iljitsch 116, 121, 124, 126, 146, 185, 250, 256, 257  
 Lenard, Philipp 101  
 Leucht, Kurt W. 46  
 Liebermann, Max 194  
 Liebknecht, Karl 40, 189, 229, 265, 292  
 Liebknecht, Kurt 265  
 Loewe, Lothar 288  
 Lorek, Leonhard 212  
 Lorenzen, Ursel 129  
 Lübke, Heinrich 283  
 Lucke 59  
 Ludwig, Otto 102  
 Lukács, Georg 107, 110, 112, 143, 144  
 Lumer, Bob 258  
 Luther, Martin 96  
 Luxemburg, Rosa 40, 185, 186, 187, 189, 229, 274, 292
- Maetzig, Kurt 257  
 Magritz, Kurt 265  
 Maizière, Lothar de 294  
 Makeba, Miriam 149  
 Mann, Heinrich 97, 267  
 Mann, Thomas 95  
 Mao Tsetung 188  
 Marcel, Gabriel 88  
 Marchwitza, Hans 95  
 Martinkat, Christoph 274  
 Maaß, Ekkehard 203  
 Maaß, Wilfriede 202  
 Marx, Karl 19, 54, 73, 77, 85, 102, 120, 121, 126, 146, 173, 255, 256, 260, 265, 272  
 Matthies Frank-Wolf 196, 199, 202, 203  
 Mauersberger (Hauptmann) 29  
 May, Ernst 43  
 Mayer, Hans 95, 112  
 Medek, Tilo 180  
 Mehlhorn, Ludwig 203  
 Metzkes, Harald 195  
 Meusel, Alfred 107  
 Meuschel, Sigrid 267  
 Meyer, Hannes 43  
 Meyerhold, Wsewolod 79  
 Mickel, Karl 208  
 Mielke, Erich 113, 114, 115, 117, 118, 119, 121, 122, 126, 127, 128, 129, 130, 132, 135, 161, 174, 198, 268, 269  
 Minetti, Hans-Peter 262  
 Miró, Juan 276  
 Mittag, Günter 291

- Mittenzwei, Werner 110, 111  
 Mitter, Armin 270  
 Modrow, Hans 133, 293  
 Möller (Generalmajor) 129  
 Moltke, Helmuth von 45  
 Monet, Claude 276  
 Mothes, Kurt 120  
 Mozart, Wolfgang Amadeus 90, 91  
 Mucchi, Gabriele 33  
 Mühlen, Heinrich von zur 268  
 Müller, Ernst 267  
 Müller, Heiner 179, 181  
 Müller, Helmut 180, 183  
 Müller-Enbergs, Helmut 269, 270  
 Mueller-Stahl, Armin 180, 196  
 Münz-Koenen, Inge 267
- Naas, Josef 101, 104  
 Naumann, Konrad 181, 262  
 Naumann, Manfred 111  
 Neubert, Werner 177  
 Neumann, Nicolaus 272  
 Neuss, Wolfgang 19  
 Niethammer, Lutz 67, 266  
 Nixon, Richard M. 287
- Odenbach, Marcel 201  
 Oelschlegel, Vera 262  
 Oelßner, Fred 107, 108, 119  
 Ohnesorg, Benno 285
- Palitzsch, Peter 84, 85  
 Palme, Olof 292  
 Panke, Werner 274  
 Pannach Gerulf 179, 181, 196, 198  
 Papenfuß, Bert 203, 209  
 Paris, Helga 201  
 Pasternak, Boris 202  
 Paul, Hermann 260  
 Paulick, Richard 38, 49  
 Penck, A.R. (eigentl. Ralf Winkler) 199  
 Petersilie, Margarete 33  
 Petöfi, Alexander 197  
 Picasso, Pablo 191, 201  
 Pieck, Wilhelm 89, 281, 284  
 Pietra, Richard 196, 202  
 Piscator, Erwin 79  
 Pistoletto, Michelangelo 201  
 Planck, Max 101  
 Plenzdorf, Ulrich 179, 181, 196, 197  
 Poche, Klaus 180  
 Poppe, Gerd 202, 203  
 Pröhl, Wolfhard 270
- Rabehl, Bernd 267  
 Rathenow, Lutz 196, 199, 203, 210, 212  
 Reagan, Ronald 290  
 Reck, Steffen 201  
 Reimann, Aribert 92  
 Renft, Klaus 241  
 Renn, Ludwig 38  
 Rennecke, Frank 31  
 Reuter, Ernst 280  
 Rheinsberg, Raffael 201  
 Ribbe, Wolfgang 265  
 Richter, Hans Werner 266  
 Roos, Peter 272  
 Rosenthal, Rüdiger 212  
 Rousseau, Jean-Jacques 43
- Sagebiel, Ernst 46  
 Sartre, Jean-Paul 19, 21, 27, 46, 276, 278  
 Schädlich, Hans Joachim 179, 181, 182, 184  
 Scharoun, Hans 39  
 Schedlinski, Rainer 204, 209, 210, 212, 215  
 Scheel, Walter 221, 287  
 Scheer, Ullrich 270  
 Scheffler, Wolfram Adalbert 203  
 Scheib, Hans 201, 202, 214  
 Schenk, Johannes 274  
 Schinkel, Karl Friedrich 36  
 Schirdewan, Karl 117  
 Schlauer, Wolfgang 270  
 Schleime, Cornelia 203  
 Schlesinger, Klaus 179, 196, 197  
 Schneider, Rolf 179  
 Schmidt, Hans 34  
 Schmidt, Helmut 287, 288, 290  
 Schnitzler, Karl Eduard von 262  
 Schönherr, Albrecht 289  
 Schröter, Erasmus 201  
 Schubert, Dieter 179  
 Schulz, Max Walter 177  
 Schumacher, Ernst 266  
 Schumann, Wolfgang 274  
 Schütz, Helga 180, 181, 196  
 Schwalm, Klaus 270  
 Schwanitz Wolfgang 135  
 Schwarz 99  
 Schweinebraden, Jürgen 199, 201  
 Schwenke, Hans 270  
 Seghers, Anna 84, 95, 97, 114, 184  
 Seidel, Almut 270  
 Selbmann, Fritz 119  
 Séletrenny, Rita 270  
 Shdanow, Andrej 80  
 Sindermann, Horst 287

- Slánský, Rudolf 281  
 Sokolowski, Wassilij Danilowitsch 101  
 Sölle, Dorothee 218  
 Solotuchin 101  
 Solschenizyn, Alexander 197  
 Sperling, Otto 24  
 Spitzer, Leo 102, 103, 268  
 Springsteen, Bruce 246  
 Stade, Martin 196, 197  
 Stalin (eigentl. Dschugaschwili), Josif  
   Wissarinowitsch 16, 40, 49, 115, 116, 120,  
   132, 146, 160, 161, 256, 260, 269, 281, 283  
 Stangl, Reinhard 201, 214  
 Stanislawski, Konstantin Sergejewitsch 80,  
   88, 89  
 Staritz, Dieter 266  
 Steineckert, Gisela 258, 261  
 Steinitz, Wolfgang 95, 107  
 Stolpe, Manfred 222, 225  
 Stolz 99  
 Stoph, Willi 116, 285, 286  
 Strasser, Johanno 202  
 Strauß, Franz Josef 291  
 Strauß, Johann 85  
 Strehler, Giorgio 82  
 Streisand, Joachim 108  
 Stroux, Johannes 101, 268  
 Stutz-Herrnstadt, Nadja 269  
 Sudau, Christel 273  
  
 Tandler, Gerold 179  
 Thalbach, Katharina 179  
 Thälmann, Ernst 18, 257  
 Thate, Hilmar 179  
 Tintoretto (eigentl. Robusti, Jacopo) 276  
 Toppel, Harald 201  
 Tragelehn, B. K. 179  
 Trolle, Lothar 201  
 Trotzki, Leo (eigentl. Bronstein, Lew) 250  
 Tschernenko, Konstantin 130  
 Tscheschner, Dorothea 265  
 Tschiaureli, Michail 116  
 Tucholski, Herbert 194  
 Tucholsky, Kurt 143  
 Turgenjew, Iwan 76  
  
 Uhse, Bodo 95  
 Ulbricht, Walter 12, 16, 19, 38, 39, 40, 41, 52,  
   63, 66, 75, 89, 91, 97, 107, 115, 116, 117, 119,  
   122, 146, 161, 164, 165, 166, 167, 168, 173,  
   186, 254, 255, 257, 261, 263, 265, 266, 269,  
   283, 284, 286  
 Ullrich, Helmut 266  
  
 Verner, Paul 265  
  
 Wagner, Bernd 201, 212  
 Wagner, Richard 208  
 Wallraff, Günter 272  
 Walter, Jürgen 261  
 Walther von der Vogelweide 261  
 Wandel, Paul 99, 101  
 Weber, Max 58, 266  
 Weckwerth, Manfred 82, 86, 262  
 Wegner, Bettina 179, 196, 197  
 Weigel, Helene 77, 81, 82, 143, 262  
 Weinert, Erich 95  
 Weimann, Robert 111  
 Weisenborn, Günther 96  
 Weizsäcker, Richard von 292  
 Werfel, Franz 95  
 Werner, Frank 265  
 Werner, Gustav-Adolf 39  
 Wieland, Christoph Martin 102, 110  
 Wiens, Paul 258  
 Wilhelm II. 96  
 Winckler, Lutz 267  
 Windmüller, Eva 274  
 Winzer, Otto 254  
 Woisnitza, Karla 201  
 Wolf, Christa 93, 179, 181, 183, 184, 196, 203  
 Wolf, Friedrich 95  
 Wolf, Gerhard 179, 181, 198, 214, 215  
 Wolf, Markus 114  
 Wolf, Stephan 270  
 Wolle, Stefan 270  
 Wollweber, Erich 115, 117, 119, 269  
 Womacka, Walter 56, 254  
 Wroblewsky, Vincent von 22, 24, 25, 26  
 Wruck, Peter 274  
  
 Zaisser, Wilhelm 114, 115, 116, 282  
 Zeissler, Armin 177  
 Ziegengeist, Gerhard 111  
 Ziegenrucker, Wieland 278  
 Ziller, Gerhard 117  
 Zimmer, Dieter E. 272  
 Zuckmayer, Carl 193  
 Zweig, Arnold 95  
 Zweiling, Klaus 268  
 Zwetajewa, Marina 202

## BILDNACHWEIS

*Bundesarchiv, Koblenz* S. 35, 37, 42 oben, 70, 81, 86 oben, 91, 118, 131, 134, 162 unten, 170 unten

*Landesbildstelle Berlin* S. 42 unten, 51, 55, 60, 62, 83, 86 unten, 125, 151, 155, 162 oben, 170 oben, 172

*Ostkreuz-Agentur, Berlin/Harald Hauswald* S. 200 unten, 206, 213

*Ostkreuz-Agentur, Berlin/Sibylle Bergemann* S. 205 unten

*Ulrich Burchert, Berlin* S. 235, 240 oben, 240 unten, 244

*Roger Melis* S. 200 oben, 204